

# Das Parlament

Berlin, Montag 22. Oktober 2012

www.das-parlament.de

62. Jahrgang | Nr. 43 | Preis 1 € | A 5544

## KOPF DER WOCHE

### Ein Job für Herkules

**Peter Altmaier** Die Energiewende ist zum Aufregerthema geworden, seit steigende Strompreise die Bürger erschrecken. Mitten drin Peter Altmaier, seit Mai Nachfolger von Norbert Röttgen (CDU) als Bundesumweltminister. Der CDU-Abgeordnete und enge Vertraute von Angela Merkel hat die Herkulesaufgabe übernommen, dieses Mammutprojekt durch das konfliktbeladene Interessensdickicht zu steuern. Vergangene Woche verteidigte er die Energiewende im Bundestag gegen Oppositionsvorwürfe, die Stromverteuerung habe viel mit Entlastungen für die Industrie zu tun. Altmaier ist auch im heftigen Streit mit Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP), der eine schnelle Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes will. Doch der 54-jährige Saarländer wehrt sich, wie es seine Art ist, gegen Schnellschüsse: „Wir brauchen ein Gesetz, das zehn bis zwölf Jahre hält und nicht alle acht Monate ein neues.“ kru



© picture-alliance/dpa

## ZAHL DER WOCHE

20,36

Milliarden Euro müssen die Verbraucher in Deutschland 2013 für die Einspeisung von Ökostrom bezahlen. Dies bezifferten die Netztreiber Amprion, Tennet, 50Hertz und TransnetBW. In diesem Jahr zahlen die Verbraucher rund 14 Milliarden Euro an die Betreiber von Solar-, Bio- und Windkraftanlagen.

## ZITAT DER WOCHE

»Ich mache ein bisschen mehr Druck als der Kollege.«

**Philipp Rösler** (FDP), Bundeswirtschaftsminister, über Umweltminister Peter Altmaier (CDU), der nur wenig Chancen für eine rasche Reform der Förderung erneuerbarer Energien sieht.

## IN DIESER WOCHE

### INNENPOLITIK

**Antisemitismus** Parlament debattiert über Expertenbericht Seite 4

### WIRTSCHAFT UND FINANZEN

**Berufsbildung** Bundesregierung sieht noch viel Handlungsbedarf Seite 10

### WIRTSCHAFT UND FINANZEN

**Bankenaufsicht** Geldhäuser sollen sich aus eigener Kraft retten können Seite 11

### KULTUR UND MEDIEN

**Wissenschaftsfreiheit** Forschungsinstitute erhalten mehr Spielraum Seite 13

### MIT DER BEILAGE



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
60268 Frankfurt am Main



# Unter Strom gesetzt

WIRTSCHAFT Opposition warnt vor »Schuldenfalle« durch Preiserhöhungen. Neue Belastungen in Sicht

Erneuerbare Energien sind allen lieb – und vor allem wird durch sie der Strom immer teurer. Auf Subventionen im Energiebereich will niemand verzichten – weder die mit staatlichen Preis- und Abnahmegarantien versehenen Produzenten von „grünem Strom“ noch die energiehungrige Industrie, die von den zahlreichen Ausnahmeregelungen bei Stromsteuern und Umlagen profitiert. Das nicht mehr überraschende Ergebnis war die Ankündigung der Übertragungsbetreiber in der vergangenen Woche, die Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG-Umlage) von 3,6 auf 5,3 Cent pro Kilowattstunde zu erhöhen. Der Dritte im Bunde, der private Stromverbraucher, darf die Rechnung übernehmen: Im Durchschnitt wird die EEG-Umlage im nächsten Jahr jeden Haushalt mit 200 Euro belasten. Zum Vergleich: Im Jahr 2000 betrug die Öko-Umlage gerade 0,20 Cent.

**Schmerzgrenze erreicht** Wird Energie unbezahlbar? Von der Linksfaktion gibt es ein klares Ja auf diese Frage. Um 70 Prozent seien die Strompreise seit 2000 gestiegen. Für Privathaushalte und kleine Unternehmen sei „die Schmerzgrenze erreicht, für viele sogar überschritten“, so Linken-Abgeordnete Katja Kipping in einer Debatte des Bundestages am Freitag. Kipping warnte: „Die Stromrechnung darf keine Schuldenfalle werden.“ Die Linksfaktion will eine staatliche Strompreisaufsicht einführen und Stromsperrungen verbieten lassen. Jeder Privathaushalt solle ein an der Haushaltsgröße orientiertes kostenloses Grundkontingent an Strom erhalten, heißt es in einem an die Ausschüsse überwiesenen Antrag (17/10800).

Hans-Josef Fell (Grüne) erklärte, die EEG-Umlage sei nicht schuld an der Strompreisverteuerung. Bärbel Höhn (Grüne) rechne in einer aktuellen Stunde des Bundestages am Mittwoch vor, inzwischen würden 700 Unternehmen von der EEG-Umlage befreit. Früher seien es 250 gewesen. In einem ebenfalls an die Ausschüsse überwiesenen Antrag der Grünen (17/11030) werden Einsparungen beim Verbrauch in den Vordergrund gestellt, um die Bezahlbarkeit der Energieversorgung der privaten Haushalte sicherzustellen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, einen mit drei Milliarden Euro ausgestatteten Energiefonds einzurichten, aus dem unter anderem eine verstärkte Energieberatung finanziert werden könne. Wie die Grünen forderte auch die SPD, die Ausnahmen bei der EEG-Umlage zu reduzieren. „Wann beenden sie diese Privilegien?“, fragte der SPD-Abgeordnete Matthias Miersch. Das „grottenschlechte Management der Regierung“ treibe die Strompreise hoch, meinte Hubertus Heil (SPD) am Freitag im Plenum: „Die Koalition findet nicht die Kraft, die Energiewende umzusetzen.“ Sie habe „keine Konzepte und Antworten“. Die zuständigen Minister Peter Altmaier (Umwelt, CDU) und Philipp Rösler (Wirtschaft, FDP) blockierten sich gegenseitig. Die Kanzlerin schau zu, „wie diese Jungs die Energiewende vergurken“. Heil hielt Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) einen Zickzackkurs vor: erst Klimakanzlerin, dann Atomlaufzeitverlängerungskanzlerin, schließlich Ausstiegskanzlerin. Die Vorwürfe wollte Altmaier natürlich nicht auf sich sitzen lassen. Er warf der Opposition vor, falsche Aussagen zur Erhöhung der EEG-Umlage zu machen. „Das hat der Akzeptanz der Energiewende geschadet“, sagte der Umweltminister. Er bestritt, dass die Ausweitung der Ausnahmeregelungen für energieintensive Betriebe die EEG-Umlage erhöht habe. „Wenn wir sämtliche Ausnahmen streichen würden, wäre das EEG trotzdem gestiegen“, betonte Altmaier. Marie-Luise Dött (CDU) warf Rot-Grün vor, den Bürgern mit dem EEG „einen Kosten-



Der Energieverbrauch wird immer mehr unter Kostenaspekten diskutiert. Selbst die Beleuchtung wird teuer, wenn nicht besonders sparsame Glühlampen verwendet werden.

rucksack hinterlassen“ zu haben. Und Thomas Bareiß (CDU) machte sich für „mehr Markt und Wettbewerb“ im Energiebereich stark. „Wir haben ernst gemacht mit dem Abbau der rot-grünen Über-Förderung“, befand Bareiß mit Blick auf den Solarstrom. Er hielt SPD und Grünen vor, zu ihrer Regierungszeit kein Energiekonzept gehabt zu haben: „Wir haben nicht nur den Ausstieg organisiert, sondern auch den Einstieg in erneuerbare Energien.“ Klaus Breil (FDP) reichten die Einschränkungen bei der Förderung nicht. Von 2010 auf 2011 sei das Volumen der EEG-Umlage von 8,2 auf zehn Milliarden Euro gestiegen. Dieses Jahr würden es rund 20 Milliarden Euro. „Damit ist die Schmerzgrenze deutlich überschritten“, meinte er. Breil forderte, die Stromsteuer um die Summe zu kürzen, die beim Fiskus als Plus bei der Mehrwertsteuer wegen des Anstiegs der EEG-Umlage ankomme.

zur Zeit fährt der Kostenzug noch in eine andere Richtung. Mit der Neuregelung des Energiewirtschaftsgesetzes (17/10754) will die Bundesregierung die Haftung der Übertragungsbetreiber begrenzen, wenn Offshore-Anlagen nicht rechtzeitig ans Netz angeschlossen werden können. Zur Entschädigung der Betreiber von Offshore-Anlagen soll eine „Entschädigungsumlage“ eingeführt werden, die nach den Erwartungen der Bundesregierung zu einer Strompreiserhöhung von einem Prozent führen wird. Änderungsanträge der Koalition zu diesem Entwurf sehen zudem vor, dass Kraftwerksbetreibern die Stilllegung von al-

»Wir haben ernst gemacht mit dem Abbau der rot-grünen Über-Förderung.«

Thomas Bareiß (CDU)

te „systemrelevante“ Kraftwerke unterzogen werden kann, um das Stromnetz stabil zu halten. Die Entschädigungskosten dafür werden auf 0,024 Cent pro Kilowattstunde geschätzt. Belastet wird über „Netzentgelte für Haushaltskunden“, wie es im Änderungsantrag heißt. *fla/ash/le*

## EDITORIAL

### Wenn das Ziel verschwimmt

VON JÖRG BIALLAS

Eine gesicherte Energieversorgung ist fester Bestandteil eines zivilisierten Lebens. Wir brauchen Strom so elementar wie Unterkunft, Nahrung, Kleidung oder Wasser. Und doch ist Energie für die meisten Menschen vor allem eines: eine Selbstverständlichkeit, über die es sich allenfalls nachzudenken lohnt, wenn wieder einmal die Preise steigen sollen.

So war es auch in der vergangenen Woche, als die Öko-Umlage angehoben wurde. Die meisten Haushalte werden problemlos in der Lage sein, diesen Obolus zur Finanzierung der Energiewende zu entrichten. Insofern war die öffentliche Aufregung übertrieben und wirkte wie in der politischen Küche hausgemacht.

Allerdings ist dabei ein Aspekt in den Blickpunkt geraten, der für wahr bemerkenswert ist: Zahlreiche industrielle Großabnehmer nehmen angeblich die Möglichkeit in Anspruch, vom Netzentgelt befreit zu werden. Bei vielen mag das, wie im Gesetz vorgesehen, nachvollziehbar sein, um auf schwierigen, internationalen Märkten konkurrenzfähig zu bleiben.

Andere haben Ausnahmegenehmigungen offenbar ohne triftigen Grund beantragt – und trotzdem erhalten. Gut also, dass der politische Streit darüber Handlungsbedarf herausgeschält hat. Der fatale Eindruck, Otto Normalverbraucher subventioniere finanzstarke Unternehmen, wird damit entkräftet.

Diskussionen über solche Details machen vergessen, dass der angestrebte Ausstieg aus der Atomenergie ein sehr komplexes Generationenprojekt ist. Gelingt es, hat Deutschland beispielsweise für alle anderen Nationen eine zukunftsweisende Wegmarke erreicht.

Bis dahin gibt es freilich noch Vieles zu bewältigen: Leitungen müssen ausgebaut, Speicherkapazitäten erhöht, kosteneffizientere Methoden regenerativer Stromgewinnung entwickelt und flexibel zuschaltbare Energiequellen vorgehalten werden.

Es ist parlamentarischer Wille im Land, die Herausforderungen einer grundlegenden Energiewende anzugehen. Über konkrete Inhalte muss weiterhin diskutiert werden. Eins darf dabei jedoch nicht geschehen: Dass in dieser Debatte parteipolitische Scharmützel um des temporären Triumphes willen das gemeinsam definierte Ziel unkenntlich werden lassen.

Der Atomausstieg ist ein Thema, das für plakatöse Zuspitzung ungeeignet ist. Sogar in Zeiten des Wahlkampfes.

## Schäuble entdeckt Offshore-Windparks als Geldquelle

FINANZEN Die deutsche See-Wirtschaftszone soll Erhebungsgebiet für Versicherungssteuer werden. Bis 200 Seemeilen Reichweite

Manchmal scheint die linke Hand nicht zu wissen, was die rechte tut. An diese Volkswirtschaftler in einer Anhörung des Finanzausschusses in der vergangenen Woche erinnert. Einerseits fordert Umweltminister Peter Altmaier (CDU) den schnelleren Ausbau von Windkraftwerken auf hoher See (Offshore), und dann kommt Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) mit der Idee, sein Steuergebiet auszudehnen und bis zu 200 Seemeilen vor der deutschen Küste noch Versicherungssteuer für die Verträge der Windanlagenbetreiber zu kassieren. Die deutsche Wirtschaft reagierte entsetzt und warf der Bundesregierung vor, mit ihren Steuerplänen die Energiewende zu konterkarieren.

In einer öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses in der vergangenen Woche warnten die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft in einer gemeinsamen Stellungnahme davor, die Versicherungssteuer in Höhe von 19 Prozent künftig auch in der deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone (das ist die Zone seawärts der Zwölf-Seemeilen-Grenze bis zu 200 Seemeilen zur Küste) zu erheben. Dies führe zu einer erheblichen zusätzlichen wirtschaftlichen Belastung der ohnehin sehr kostenintensiven Errichtung und des Betriebes von Offshore-Windanlagen: „Diese rein fiskalisch motivierte Neuregelung konterkariert damit Vorhaben, die den Zielen der von der Bundesregierung forcierten Energiewende dienen, nämlich die Stromerzeugung durch deutsche Offshore-Windparks in Nord- und Ostsee.“



Weit vor der Küste, aber für das Finanzamt bald in Reichweite: deutscher Windpark

Die Ausweitung der Versicherungssteuerpflicht auf das offene Meer ist in dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Versicherungsteuergesetzes und des Kraftfahrzeugsteuergesetzes (17/10039) enthalten. Dagegen protestierte auch der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW): „Eine zusätzliche steuerliche Belastung der hohen Risiken des Baus und des

Betriebs von Offshore-Windparks konterkariert die Ziele der Energiewende.“ Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft hielt mit dem Argument der Gleichmäßigkeit der Besteuerung dagegen. Weiter regelt der Gesetzentwurf die Befreiung von Personenkraftwagen, Nutzfahrzeugen, Leichtfahrzeugen und Krafträdern für zehn Jahre von der Kraftfahrzeugsteuer, wenn sie reine Elektrofahrzeuge sind. Die Befreiung soll für alle vom 18. Mai 2011 (Datum des Kabinettsbeschlusses zur Elektromobilität) bis zum 31. Dezember 2015 zugelassenen Fahrzeuge gelten. Die Deutsche Umwelthilfe bezeichnete die Steuerbefreiung in ihrer Stellungnahme als nicht zielführend: „Legt man den aktuellen Strommix in Deutschland zu Grunde, erzeugt eine Kilowattstunde Emissionen in Höhe von circa 566 Gramm CO<sub>2</sub>. So ist nicht einzusehen, warum zukünftig Elektro-Sportwagen oder -SUVs mit einem spezifischen Ausstoß von über 200 g/km ebenso gefördert werden sollen wie elektrisch betriebene Mittelklasse-Pkw oder Kleinwagen.“ Selbst kleine E-Autos seien „nicht signifikant klimafreundlicher als vergleichbare spritsparende Modelle mit konventionellem Antrieb.“ *hle*

GASTKOMMENTARE

STROMSTEUER SENKEN?

Willkürlich erhoben

PRO



Frank Thewes »Focus«

Es klingt nach einem vernünftigen Konzept: Die rot-grüne Regierungskoalition wollte 1999 mit der Stromsteuer Energie verteilen und mit den Einnahmen die Lohnnebenkosten senken. Doch die Gleichung, Arbeitskosten auf Energiekosten zu verlagern, geht nicht wirklich auf. Denn für die Unternehmen ist auch Energie ein wesentlicher Produktionsfaktor. Sind zwar die Arbeitskräfte günstiger, aber der Strom teuer, gehen trotzdem Jobs verloren. Deshalb haben die Erfinder der Stromsteuer gleich eine Reihe von Ausnahmen eingebaut. Das gilt auch für die Umlage zugunsten erneuerbarer Energie, die der Staat den Stromkunden noch zusätzlich aufbrummt. Auf alle Elemente des Strompreises kassiert der Fiskus übrigens noch Mehrwertsteuer, die er 2007 ebenfalls kräftig angehoben hat. Damit sind Steuern und Abgaben inzwischen der größte Kostenfaktor beim Strom. Sie machen 46 Prozent der Rechnung eines durchschnittlichen Privathaushalts mit einem Verbrauch von 3.500 Kilowattstunden im Jahr aus. Weil Strom plötzlich erschreckend teuer wird, spendiert die Politik gleichzeitig neue Subventionen: Energieintensive Unternehmen oder solche, die besonders gute Lobbyisten haben, lassen sich vor Stromsteuer und EEG-Umlage durch Ausnahmen, Abschläge und Sonderregeln schützen. Die Einnahmen aus der Stromsteuer sind inzwischen genau so hoch wie die (rechnerischen) Ausfälle durch die Ausnahmen. Private Haushalte zahlen gleich mehrfach: die eigene Stromsteuer, die Ausnahmen für andere und über höhere Preise auch das, was etwa der Bäcker von seinen steigenden Energiekosten inklusive Abgaben an der Ladentheke auf seine Kunden umlegen muss. Eine Steuer aber, die so willkürlich erhoben wird, muss weg.

Blanker Aktionismus

CONTRA



Michael Baumüller »Süddeutsche Zeitung«

Gerecht klingt sie schon, die Senkung der Stromsteuer, jedenfalls im ersten Moment. Die Ökostrom-Umlage wird erhöht, und der Staat verdient über die Mehrwertsteuer sogar noch extra dran – da ließe sich doch die Stromsteuer prima im gleichen Umfang senken, zur Entlastung der Stromkunden. So jedenfalls fordert es die FDP, seit die massive Steigerung der Erneuerbaren-Umlage bekannt ist. Nur leider geht die Rechnung so nicht auf. Denn die Stromsteuer entrichtet niemand direkt. Sie ist ein kleiner Posten, versteckt irgendwo in der Stromrechnung. Damit so eine Entlastung beim Stromkunden ankommt, müssten Stadtwerke und Stromkonzerne die Senkung schon eins zu eins weiterreichen. Das aber wird nicht passieren. So wenig, wie nach der umstrittenen „Mövenpick-Steuer“ für Hoteliers die Zimmerpreise sanken, würde die Stromsteuer-Senkung irgendwem entlasten. Sie verschönert allenfalls die Bilanzen der Versorger. Doch selbst wenn etwas davon bei den Haushalten ankäme – mit nicht einmal einem Euro im Monat wäre die Entlastung verschwindend gering. Der Vorstoß ist blanker Aktionismus, mehr nicht. Schlimmer noch: Diejenigen, die eine Entlastung tatsächlich gebrauchen könnten, gehen nun im Nebel einer nutzlosen Stromsteuerdebatte unter. Es sind Geringverdiener oder Hartz-IV-Empfänger, die künftig einen noch größeren Teil ihrer bescheidenen Mittel für Strom aufwenden müssen. Wer sie wirklich entlasten will, müsste schon direkter helfen: durch höheres Wohngeld etwa oder mehr Bafög, durch staatlich organisierte Hilfestellungen beim Stromsparen. Das alles ist die Sache der FDP nicht so. Für deren Klientel ist eine Senkung der Stromsteuer ein nettes Symbol – von dem sie aber leider nichts spüren werden.

Mehr zum Thema auf den Seiten 1 bis 3 Kontakt: gastautor@das-parlament@bundestag.de

Frau Höhn, haben Sie schon Ihre Stromabrechnung für dieses Jahr bekommen?

Wir haben bei uns zuhause die Energiekosten erheblich senken können, dadurch dass wir öfter sagen „Licht aus“ oder unsere Gefriertruhe nicht mehr nutzen. Außerdem haben wir sparsamere Geräte gekauft und heizen mit einer Solar- und Holzpelletanlage. Wir zahlen durch viele Energiesparmaßnahmen 60 Prozent weniger Heizkosten als in dem Winter, in dem wir das Haus gekauft haben.

Nach der Erhöhung der EEG-Umlage auf 5,28 Cent pro Kilowattstunde wird der Strompreis weiter steigen. Sind daran die erneuerbaren Energien schuld?

Der Anteil des Zubaus der Erneuerbaren an der Erhöhung beträgt in diesem Jahr 0,6 Cent pro Kilowattstunde. Das ist ein Drittel von 1,8 Cent. Der Rest sind Ausnahmen und Boni, die sich in den letzten Jahren im EEG angesammelt haben und nur Mitnahmeeffekte sind. Wir sagen, dass man vier Milliarden Euro im EEG einsparen kann. Das wäre umgerechnet auf die EEG-Umlage ein Cent weniger.

Welche Faktoren spielen beim Strompreis noch eine Rolle?

Die anderen sind Steuern und Konzessionsabgaben, aber auch Transportkosten und Preise am Strommarkt. Dabei haben wir festgestellt, dass die Preise am Strommarkt seit 2008 sogar gesunken sind und jetzt unter fünf Cent pro Kilowattstunde liegen. Das müsste auch irgendwann mal bei den Verbrauchern landen, aber dort kommen immer nur die Kostensteigerungen an, nicht aber die Kostensenkungen.

Umweltminister Peter Altmaier hat Rot-Grün eine Mitschuld an den Preissteigerungen durch das EEG gegeben. Sind es strukturelle Probleme oder ist es das Ergebnis einer falschen Politik?

Wir haben immer gesagt, das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist ein lernendes System. Daher ist es im Gegensatz zur Kohlesubvention, die auf Dauer angelegt war, so konzipiert, dass man es auch verändern muss. Als Schwarz-Gelb 2009 an die Regierung kam, hatten wir eine EEG-Umlage von einem Cent, jetzt sollen wir 5,3 Cent bekommen. Da gibt es schon eine klare Verantwortung, denn auch Schwarz-Gelb hätte es stärker anpassen und darauf achten können, dass es nicht diese vielen teuren Ausnahmeerregelungen gibt.

Warum sinkt der Strompreis an der Strombörse in Leipzig und gleichzeitig steigt der Preis für die EEG-Umlage?

Der Ausbau der Erneuerbaren führt dazu, dass das Angebot an der Strombörse steigt und so der Börsenpreis sinkt. Da aber bei der EEG-Umlage genau die Differenz zwischen Strompreis und Einspeisevergütung gezahlt werden muss, erhöht sich die Öko-Umlage für die Verbraucher.

Die FDP will es anders machen und fordert, zur Senkung des Strompreises die Stromsteuer zu senken...

Ich denke, das ist kein guter Ansatz, denn immer wenn wir etwas senken, kommt das bei den Verbrauchern nie an. Das heißt, es ist bisher immer nur in die Taschen der großen Unternehmen geflossen. Außerdem ist es nicht gerecht. Jemand, der viel Strom verbraucht, würde davon mehr profitieren als die Leute, die wirklich sparen wollen.

Die Linke fordert, den Strompreis einzufrieren, die Einführung eines Strom-Sozialtarifs und eine Abwrackprämie für energieintensive Geräte. Unterstützen Sie solche Forderungen?

Solche Regulierungen haben bisher noch nichts gebracht. Wir wollen auch keinen Sozialtarif, weil man gegen steigende Energie-

»EEG ist lernendes System«

BÄRBEL HÖHN Die grüne Energie-Expertin sagt, dass nicht allein die Erneuerbaren, sondern Boni und Ausnahmeregeln den Strom verteuern



kosten gar nicht ansubventionieren kann. Wir schlagen einen Spartarif vor. Das heißt, dass Energieversorger einen Tarif anbieten müssen, der die ersten Kilowattstunden zu einem niedrigeren Tarif anbietet und dann entsprechend höher geht. Jemand, der viel verbraucht, hat dann auch einen höheren Preis. Es reicht nicht, nur in das System hineinanzubventionieren, sondern man muss es auch mit einem Anreiz zum Sparen verbinden.

Sie sagen, dass die EEG-Umlage um ein Cent sinken könnte, wenn man unter anderem die Privilegien für energieintensive Betriebe zurückführen würde. Umweltminister Altmaier nennt andere Zahlen. Wer hat denn nun Recht? Die Befreiung der Betriebe, die in den letzten Jahren immer stärker zugenommen hat, macht genau die 0,5 Cent aus, von denen auch Bundeskanzlerin Angela Merkel gesprochen hat. Die hat offenbar dieselben

Zahlen wie wir. Daneben gibt es aber auch noch die Markprämie und die Liquiditätsreserve. Das heißt, es gibt noch weitere Verteuerungen der EEG-Umlage, die nicht notwendig sind.

Sehen Sie nicht auch die Gefahr, dass Betriebe aus Deutschland nicht mehr wettbewerbsfähig sind und abwandern, wenn die Energiekosten zu hoch sind?

Wir wollen die Sonderregelungen für energieintensive Betriebe nicht kippen, sondern auf den Stand von 2008 zurückfahren. Wir wollen aber auch, dass diese Betriebe sparen und schauen, ob sie wirklich im internationalen Wettbewerb stehen. So braucht etwa die Zementindustrie zwar viel Energie, befindet sich aber gar nicht im internationalen Wettbewerb, denn Zement exportiert man nicht, weil er einfach zu schwer ist.

Eine weitere Sorge ist die Versorgungssicherheit. Brauchen wir bei Kraftwerken eine „stille Reserve“, damit in Deutschland die Lichter nicht ausgehen?

Die größten Probleme hatten wir im letzten Winter, weil damals acht Atomkraftwerke abgeschaltet worden waren. Die Situation wird sich eher 2020 wieder zuspitzen, wenn mehr Kraftwerke vom Netz genommen und noch mehr Erneuerbare da sind. Der Trend geht dahin, dass die Erneuerbaren, wie etwa Windkraftanlagen in größeren Höhen, dauerhaftere Betriebszeiten haben. Man muss daher zu einem guten Energiemix kommen.

Wie kann dieser Energiemix aussehen?

Es gibt viele kluge Lösungen, die auch schon da sind. Nehmen Sie etwas das Beispiel der Biogasanlagen. Die laufen derzeit in der Grundlast, was bedeutet, dass sie einfach eingespeist werden. Hier würde es viel mehr Sinn machen, sie je nach Bedarf ans Netz gehen zu lassen. Oder wenn wir viel Windkraft im Netz haben, könnten wir den überschüssigen Strom in Wärme umwandeln.

Bundesumweltminister Peter Altmaier hat vorgeschlagen, das EEG in einem möglichst großen Konsens neu zu regeln. Ist das ein richtiger Weg?

Auch wenn er sie nicht so nennt, will Altmaier eine Quote für bestimmte Energieformen und auch Quoten auf regionaler Ebene. Ich halte davon gar nichts. Solche Quotenmodelle sind Planwirtschaft. Großbritannien gibt sein Quotenmodell gerade auf, weil es nicht funktioniert und sehr teuer ist.

Wie sehen Ihre Vorstellungen für ein neues EEG aus?

Kurzfristig müsste man die Befreiungstatbestände, aber auch bestimmte Boni geringer ansetzen. Auf längere Sicht müssen wir es schaffen, dass bestimmte Erneuerbare wie Windkraft und Photovoltaik in Zukunft auch außerhalb des EEG ihren Weg gehen. Man kann die Erneuerbaren aber nicht einfach aus dem EEG entlassen. Dafür muss man sich etwas mehr Zeit lassen und schauen, was es außerhalb des EEG für Geschäftsmodelle gibt, um diese Energien zu vermarkten.

Sehen Sie die Chance für einen parteiübergreifenden Konsens in der Energie-wende?

Das sehe ich momentan nicht, weil es bei der Energiefrage um sehr viel Macht, Geld und Einfluss geht. Im Moment sind einige unterwegs, die zwar sagen, rettet die Energie-wende, aber das Herzstück, das EEG, kaputt machen wollen.

Das Interview führte Annette Sach.

Bärbel Höhn, Jahrgang 1952, war von 1995 bis 2000 Umweltministerin einer rot-grünen Koalition in Nordrhein-Westfalen. Sie ist seit 2005 Mitglied des Bundestages und dort stellvertretende Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Umweltpolitiker mit ruhiger Hand: Ulrich Petzold

Wie er schalkhaft und ernst zugleich dreinblickt, immer wieder still lächelt und beim Nachdenken die Augen schließt, sieht er gar nicht aus wie ein Überdrehter. Wie einer, dem die Zeitläufte etwas überdreht vorkommen. „Die Debatte über die Strompreise hat eine unangemessene Dramatik zur allgemeinen Energiepreissteigerung“, sagt Ulrich Petzold und fährt mit seiner rechten Hand über den Augensärmel, als wollte er ein paar Teilnehmer der aktuellen Debatte über die Energiepreise gleich mit wegwischen. Petzold, 60, Umweltpolitiker seit 1990, regt sich auf. „Jeder, der sagt, dass ihm nicht klar war, wie viel der Weg hin zu den regenerativen Energien kosten wird, der schummelt“, sagt er über manchen Kollegen. Und überhaupt: „Im direkten Gespräch zeigen sich die Bürger viel eher bereit, fünf Euro im Monat mehr für Strom zu zahlen als die zehn Euro mehr bei jedem Tanken.“ Petzold mag nicht mehr diskutieren, ob eine Stromleitungsstrasse gebaut werden soll oder nicht. „Und wenn sich jemand beschwert, weil bei einem Windrad in drei Kilometern Entfernung zum Wohnhaus ein rotes Lichtlein blinkt und gleichzeitig unendlich viele Stromzähler allein in der Küche stehen, hält sich mein Verständnis in Grenzen.“ Ulrich Petzold, Bundestagabgeordneter des Wahlkreises Dessau-Wittenberg, ist gleichwohl kein Grüner. Seit dem Jahr 1990, als er und einige Freunde den Kreisverband der Ost-CDU übernahmen, ist er Christdemokrat. „Die hatten ein Büro, ein Telefon und einen Verteiler, das war toll.“ Damals engagierte sich Petzold im Betriebsrat und versuchte in der Wende- und Auflösungszeit der

DDR Arbeitsplätze zu retten. Und er entschied sich für Umweltpolitik.

Seinen eigenen ersten Job hatte er 1974 als Instandhaltungs-Ingenieur im Chemiekombinat Bitterfeld angetreten. „Damals wuchs nicht einmal Unkraut um den Betrieb herum.“ Er sah die Baumleichen, von Schaum gelb gefärbte Ufer. Und Eisenträger, die



»Jeder, der sagt, dass ihm nicht klar war, wie viel der Weg hin zu den regenerativen Energien kosten wird, schummelt.«

binnen vier Jahren durchrosteten. Dies in der Freiheit zu ändern, kam Petzold vor wie Selbstverständliches.

„Politik ist konkret. Wir kommen halt aus dem Osten“, sagt er. Auf seiner Webseite schreibt er: „Seit der Wende bin ich für Sie und unsere Region bundespolitisch aktiv“ – das klingt mehr nach Dienstleister als nach Herzblut. Als Ziele benennt das Umweltausschussmitglied den Ausgleich zwischen Wirtschaft und Natur, Jobs, das Augenmerk bei den Schwächsten, Behebung des Ärztemangels und bessere Bildung. Aber wenn Petzold über sein Mandat redet, wirkt er wie ein Novize, der seine erste Saison im Parlament

absolviert: „Die Politik im Bundestag ist richtig spannend, hoch interessant und macht Freude, bei aller Mühe und Anstrengung.“ Petzold ist Parlamentarier seit 1990, mit einer Unterbrechung zwischen 1998 und 2002.

Politik ist konkret – und so gestaltet er sie. „70 Prozent der Bundestagsbeschlüsse werden über die Grenzen der Regierungskoalition hinweg getroffen.“ Das fasziniert ihn. Die Suche nach Kompromissen unter Politikern scheint ihn zu beselen. „Wir haben aber seit 1990 durchaus gelernt, auch mal den Fuß stehen zu lassen“, sagt er mit Blick auf die Erfahrungen einiger ostdeutscher Politiker, denen Lagerdenken nicht auf Anhieb so gelang, wie es ihnen die Kollegen aus dem Westen vormachten.

Und wie reagiert nun der Realpolitiker Petzold auf die gestiegenen Strompreise? „Das kann man so nicht laufen lassen, aber einen Schnellschuss darf es auch nicht geben“, sagt er und kann sich Zuschläge im Sozialbereich vorstellen. „Hauptsache, alle Bürger sind von der Notwendigkeit der Energie-wende überzeugt.“ Denn schließlich könne sich eine Regierung ja nun mal keine neue Bevölkerung wählen.

Eine Politik der ruhigen Hand zeigt er bei seinen Hobbys. Wenn der Imker zu seinen bis zu fünf Bienenstöcken geht, zeigen sie ihm den Stachel, wenn er nicht Ruhe ausstrahlt. Und die rund 1.000 selbst gegossenen Zinnfiguren werden auch nicht über Nacht bemalt. Wenn also die aktuelle Debatte über die Energie-wende dem Chef der CDU-Landesgruppe Sachsen-Anhalts im Bundestag vorkommt wie im Bienenkorb, dann wird er: zum Zinnsoldaten. Jan Rübel |

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
 Mit der ständigen Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte ISSN 0479-611 x (verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)  
 Anschrift der Redaktion (außer Beilage) Platz der Republik 1, 11011 Berlin Telefon (0 30) 2 27-3 05 15, Telefax (0 30) 2 27-3 65 24  
 Internet: http://www.das-parlament.de E-Mail: redaktion.das-parlament@bundestag.de  
 Chefredakteur Jörg Biallas (jb)  
 Verantwortliche Redakteure Dr. Bernard Bode (bob) Alexander Heinrich (ah), stellv. Cvd Michael Klein (mik) Hans Krump (kru), Cvd Hans-Jürgen Leersch (hle) Johanna Metz Dr. Verena Renneberg (ver) Annette Sach (as) Helmut Stoltenberg (sto) Alexander Weinlein (aw) Dr. Thomas von Winter (twv)  
 Fotos Stephan Roters  
 Redaktionsschluss 19. Oktober 2012

Druck und Layout Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH Kurhessenstraße 4-6 64546 Mörfelden-Walldorf  
 Anzeigen-/Vertriebsleitung Frankfurter Societäts-Medien GmbH Klaus Hofmann (verantwortl.) Frankfurterallee 71-81 60327 Frankfurt am Main  
 Leserservice/Abonnement Frankfurter Societäts-Medien GmbH Vertriebsabteilung Das Parlament Frankfurterallee 71-81 60327 Frankfurt am Main Telefon (0 69) 75 01-42 53 Telefax (0 69) 75 01-45 02 E-Mail: parlament@fs-medien.de  
 Anzeigenverkauf Frankfurter Societäts-Medien GmbH Katrin Kortmann Frankfurterallee 71-81 60327 Frankfurt am Main Telefon (0 69) 75 01-43 75 Telefax (0 69) 75 01-45 02 E-Mail: katrin.kortmann@fs-medien.de  
 Anzeigenverwaltung, Disposition Zeitungsanzeigengesellschaft RheinMainMedia mbH Andrea Schröder Frankfurterallee 71-81 60327 Frankfurt am Main Telefon (0 69) 75 01-41 33 Telefax (0 69) 75 01-41 34 E-Mail: parlament@rheinmainmedia.de

Abonnement Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten) Alle Preise inkl. 7% MwSt. Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums. Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.  
 Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.  
 „Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)  
 Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Energetisches Probewohnen: Seit März 2012 ist für Jörg Welke und Simone Wiechers mit ihren beiden Kindern das besonders energieeffiziente Haus in Berlin-Charlottenburg ihr neues Zuhause

# Schöne teure Welt

**ENERGIEWENDE** Steigende Strompreise gefährden die ambitionierten Ziele für die Erneuerbaren Energien. Ein Besuch bei Sparsam

Jeder Tag bringt für Peter Altmaier (CDU) großes Kino. Er steht an diesem Montag in einem Saal der Nordischen Botschaften in Berlin, er weiß: Sie schauen alle auf ihn. Regierungspolitiker Europas in der ersten Reihe, danach Diplomaten und Forscher, dann auf den hinteren Rängen eine internationale Journalistenschar. „Ich freue mich, dass die Energiewende nicht mehr nur in inneren Zirkeln diskutiert wird“, sagt er und zeigt lächelnd seine Zähne, „sondern in einer breiten öffentlichen Debatte.“ Man sieht seinem Gesicht nicht an, ob sich der Bundesumweltminister tatsächlich über die gesteigerte Aufmerksamkeit freut. Grimmig und entschlossen schaut er drein, der Chef-Architekt dieses „nationalen Gemeinschaftswerks“, welches im angelsächsischen Wortschatz schon jetzt keiner Übersetzung bedarf wie „Kindergarten“, „Blitzkrieg“ oder „Weltanschauung“: Wie die „Energiewende“ gelingen soll, wollen alle von ihm wissen, in einem mit dunkelrotem Leder bezogenen Saal, hinter dem Christdemokraten eine große Filmleinwand.

ger verbraucht werden“, ruft er dem internationalen Publikum zu. „Wir können ein Modellland werden.“

**Ausbau mit Augenmaß** Doch vorerst muss er die Leute im eigenen Land von der Energiewende überzeugen, vom Ausstieg aus der Atomkraft und einem derart starken Ausbau der regenerativen Energien, dass sie bis 2050 rund 80 Prozent der Stromerzeugung in Deutschland abdecken. Auf Twitter schreibt er nach seinem Auftritt in den Nordischen Botschaften Skandinaviens: „Der Ausbau der Erneuerbaren Energien war und ist richtig. Er muss weitergehen in Zukunft. Aber mit Augenmaß. Und ohne Schnellschüsse!“ Altmaiers Rechnung für den Bürger macht schon Sinn. Wer weniger Strom verbraucht, zahlt auch weniger. Doch geht das so leicht? Sein Ministerium setzt auf Sparberater, sie sollen künftig vielen Haushalten im Land zeigen können, wie sich der Stromzähler langsamer dreht. Vorerst indes kommen nur Bezahler von Hartz-IV oder Grundeinkommen in den Genuss solch kostenlosen Services. Neun Kilometer südlich von den Nordischen Botschaften am weitläufigen Tiergarten durchteilen gedrungene Altbaustraßen den Neuköllner Kiez. Junge Studenten wohnen hier und viele Einwanderer. Ihr Bürgermeister beklagt die hohe Arbeitslosigkeit unter Arabern und Türken, aber auch unter den so genannten „Ur-Neuköllnern“ gibt es hier etliche ohne Job. Viel zu tun also für

den katholischen Wohlfahrtsverband „Caritas“. Es ist 9.30 Uhr. Wenig los auf den Bürgersteigen, hier und da Maurer, die an verwaschenen Gründerzeithäusern den Putz ausbessern. Da fährt ein weißer Polo vor. Die Stromsparberater von der Caritas nehmen zwei Köfferchen von der Rückbank. Sie haben einen Termin bei Frau K. In der 55-Quadratmeter-Wohnung steht kalter Rauch. Stefan Becker zückt ein Messgerät und beruhigt erstmal Frau K. „Nein, die Kaffeemaschine läuft ganz normal, die ist kein Stromfresser.“ Das war ihre größte Sorge gewesen; doch mehr Stimmrüzeln bereitet Stefan Becker und seinem Kollegen Muhammad Khalife der große Kühlschrank daneben. „Den hat mein verstorbener Mann vor 14 Jahren gekauft“, lächelt Frau K. „Wenn der kaputt gehen sollte, lassen Sie sich bloß keinen schenken oder kaufen Sie keinen gebrauchten“, rät Muhammad Khalife. Kühlschränke sorgen oft für 25 Prozent des gesamten Stromverbrauchs in einem Haushalt. „Nun, dann spare ich mal auf einen neuen“, murmelt Frau K. leise. „Gibt es eigentlich bald eine Abwrackprämie für alte Kühlschränke? Würde sich doch lohnen“, fragt sie. Ihr Haar hat die zierliche Mittelfingerin zu einem eleganten Zopf gebunden; seit zwei Jahren bezieht sie eine Berufsunfähigkeitsrente wegen ihrer kaputten Knochen, lebt mit ihrem 18-jährigen Sohn hier. „Eine Spülmaschine würde sich auch lohnen“, schlägt Muhammad Khalife vor,

aber da zieht Frau K. bloß die Schultern hoch. Im Wohnzimmer, wo Frau K. schläft, wird Stefan Becker ebenfalls fündig. „Dieser Deckenstrahler da geht gar nicht“, sagt er streng. Ach, sagt Frau K., den benutze sie eigentlich nie. Und der Fernseher in der Ecke? „Nun, zum Einschlafen mache ich ihn mit der Fernbedienung aus“, erzählt sie. Stefan Becker misst am Flachbildschirm eine Leistung von 4,1 Watt – im Stand-By-Modus. „Das macht sieben bis zehn Euro im Jahr aus“, sagt er. Ein separater Stecker am Bett würde den unnötigen Strom abwürgen. „Na jut“, antwortet Frau K. Sie schaut zufrieden. In zwei Wochen werden die Stromsparberater noch einmal kommen, mit konkreten Vorschlägen für die ganze Wohnung. „Da wird sich einiges machen lassen“, verspricht ihr Stefan Becker. Untersucht er solch einen Sparteam jeden Haushalt, würde im Land einiges an eingespartem Strom zusammenkommen, keine Frage. Und das Duo von der Caritas spart nur Strom mit konventionellen Methoden. Wie nah aber die Zukunft totaler Ersparnis ist, zeigt dagegen ein Haus wieder zurück am Berliner Tiergarten.

„Der Energieverbrauch ist schon phänomenal niedrig“, sagt er, und zeigt auf dreifach verglaste Fenster, mit Zellstoff und Hanf gedämmte Wände und die Fußbodenheizung. Die wird betrieben durch eine Wärmepumpe. „Der umgebenden Luft wird wie bei einem umgekehrten Kühlschrank

nen Euro hat das 130-Quadratmeter-Wohnhaus gekostet. „Nun, Photovoltaik passt auf jedes Dach“, sagt Welke. Und für Neubauten sollten gute Dämmung und Lüftung selbstverständlich sein. „Viele, viele solcher Häuser sollte man schaffen“, sagt er zum Abschied. Und das könne man auch. Derweil hetzt Umweltminister Peter Altmaier entlang einer Terminstafette. Hält Reden und Grußworte, legt nebenbei, mal abseits der Energiewende, einen Gesetzentwurf für eine neue Endlagerstätte vor oder verteidigt in der aktuellen Stunde des Bundestages seine Pläne für eine Neuregelung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG). Das möchte er gern in einem breiten gesellschaftlichen Konsens mit allen Beteiligten reformieren. Das Internet indes kennt die ganze Woche über vor allem ein Thema: die neuen Strompreise. „Das Volk ist nicht blöd“, wird Altmaier angetwittert. „Energiespartipps lösen das eigentliche Problem nicht. Strom ist für Privatleute zu teuer.“ Und der umtriebige Minister antwortet prompt: „Hab' ich auch nicht behauptet, aber bis ich Energiewende vom Kopf auf die Füße gestellt habe, kann man selbst schon mal was tun.“

**»Wir können ein Modellland werden.«**  
Peter Altmaier (CDU),  
Umweltminister

**»Strom ist immer noch zu billig.«**  
Jörg Welke,  
Bewohner eines  
Energieüberschusshauses

**Parlamännchen**  
Politik für Kinder

**Erneuerbare Energien**

Unser Strom kommt zwar aus der Steckdose, er muss jedoch erst in einem Kraftwerk aus sogenannten Energieträgern gewonnen werden. Davon gibt es zwei Gruppen: Gruppe eins sind fossile Energieträger wie Kohle, Öl oder Gas. Allerdings sind deren Vorräte irgendwann einmal aufgebraucht. Deshalb soll immer mehr Strom aus der zweiten Gruppe gewonnen werden. Die nennt man erneuerbare Energieträger. Diese Vorräte wachsen sehr schnell wieder nach oder sind praktisch unerschöpflich. Die Sonnenstrahlen, Wind und Wasser, aber auch Holz und bestimmte Pflanzen werden dafür zur Energiegewinnung genutzt.

die Wärme entzogen und diese mit einer Pumpe weiter erwärmt.“ Das gesamte Haus sei übrigens nahezu komplett recycelbar. „Wir müssen nur noch die Temperatur einstellen, von dem ganzen High-Tech kriegen wir nichts mit.“ Ist das alles nicht ein wenig übertrieben, überhaupt ein Beispiel für Andere? Es kann schließlich nicht jeder in seinem eigenen Kraftwerk wohnen. Immerhin 1,75 Millio-

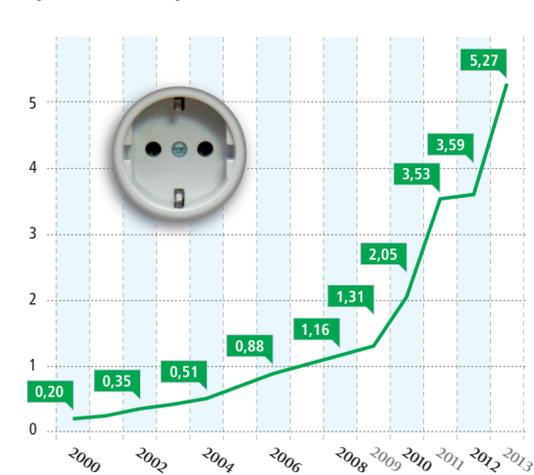
Der Autor arbeitet als freier Journalist in Berlin.

Mehr zum Thema Energiesparen unter: [www.stromspar-check.de](http://www.stromspar-check.de)

## Die Ökostromzulage

Die EEG-Umlage\* in Cent pro Kilowattstunde Strom

\*Zulage nach dem Erneuerbare-Energien Gesetz



Quellen: ÜNB Grafikquelle: dpa 17561 Bearbeitung: Stephan Roters Stand: 15.10.2012

**Saftige Preiserhöhung** Es ist kein guter Tag für Peter Altmaier. Vor zwei Stunden haben die Netzbetreiber eine saftige Preiserhöhung bekannt gegeben: Die Umlage für den Ökostrom steigt pro Kilowattstunde von 3,6 Cent auf 5,3 Cent. Ein Durchschnittshaushalt zahlt dann allein für die Umlage 185 Euro im Jahr – etwa 60 Euro mehr als bislang, wobei darin die Mehrwertsteuer noch nicht mit eingerechnet ist. Dabei ist die Politik in einem Dilemma: Zum einen gelangen immer mehr regenerativ erzeugte Strommengen aus Wind, Sonne oder Biogas auf den Markt und machen die Erneuerbaren damit eigentlich billiger; die Differenz zum veranschlagten Garantiepreis für die Ökostromproduzenten erhöht sich damit und macht den Strom insgesamt teurer. Diese Differenz, die im Jahr 2013 rund 20,36 Milliarden Euro betragen wird, wird auf alle Stromkunden umgelegt und ergibt die sogenannte EEG- oder Ökostrom-Umlage. Zum anderen sind viele energieintensive Unternehmen von der vollen Umlagezahlung befreit, um sie nicht im internationalen Wettbewerb zu schädigen. Dass vielleicht allzu viele in diesen Genuss kommen, wird gar Kanzlerin Angela Merkel (CDU) einen Tag später andeuten: „Auch diesen Teil müssen wir uns noch mal anschauen, ob es eigentlich richtig war, dass wir so viele Unternehmen rausgenommen haben“, sagte sie beim Arbeitgebtag. Politiker stehen ungerne als Preistreiber da. Peter Altmaier öffnet die Arme, schiebt sie vor, als wolle er ein Meer teilen. „Ich bin immer besorgt“, sagt er mit Blick auf die steigenden Strompreise, „zeige es nicht immer, bin es aber.“ Ein Patentrezept präsentiert er nicht, sieht er auch nicht. Pocht aber auf mehr Stromeffektivität. „In Deutschland sollen bis 2020 zehn Prozent Strom weni-

## Die Last der Verbraucher

**STROMPREISE** Fragen und Antworten zur Preisentwicklung

Die Verbraucher müssen in Zukunft für ihren Strom noch tiefer in die Tasche greifen. Denn obwohl der Strompreis im September an der Strombörse in Leipzig im Vergleich zum Vorjahr um 15 Prozent sank, wird er für die Stromkunden weiter steigen. Woran liegt das? Dazu Fragen und Antworten:

**Was wird nach dem EEG gefördert?**  
Wer Strom aus erneuerbaren Energien, sei es aus Wind und Sonne oder Biomasse, produziert und anbietet, wird nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gefördert. Ziel des Gesetzes ist es, den Anteil dieser nicht fossilen Energie sukzessive zu steigern. Da diese Energieproduktion bislang teuer war und ist, erhält jeder Produzent pro Kilowattstunde über 20 Jahre lang einen staatlich garantierten Preis – die sogenannte Einspeisevergütung. Sie ist bereits mehrfach abgesenkt worden, um die erneuerbaren Energien wirtschaftlicher zu machen.

**Wer bezahlt die Förderung der erneuerbaren Energien?**  
Der Verbraucher bezahlt ihre Förderung über die sogenannte EEG-Umlage. Sie wird im kommenden Jahr um knapp 50 Prozent auf 5,3 Cent pro Kilowattstunde steigen. Ih-

re Höhe berechnen die vier Übertragungsnetzbetreiber, die die Konten für die Vergütungszahlungen verwalten, jeweils im Herbst. Da der Preis für Ökostrom an der Strombörse niedriger ist als der Preis, zu dem er von den Anlagenbetreibern eingekauft wird, entsteht hier ein Minus. Die Differenz zwischen Vergütung und Marktpreis drückt sich in der Höhe der EEG-Umlage aus. Je günstiger der Strom an den Börsen gehandelt wird, umso höher ist dementsprechend die zu zahlende Umlage.

**Für wen gelten Ausnahmeregelungen?**  
Um international wettbewerbsfähig bleiben zu können, sind energieintensive Unternehmen von der EEG-Umlage befreit oder zahlen deutlich weniger. Nach Auskunft des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (bafa) sind 2012 über 700 Unternehmen von der Umlage befreit worden. Da die Voraussetzungen für eine Befreiung nochmals stark gesenkt wurden, haben für 2013 über 2.000 Unternehmen eine Befreiung beantragt. Inwieweit der Verbraucher für die Befreiung von der Umlage zur Kasse gebeten wird und für welche Unternehmen sie wirklich Sinn macht, wird politisch kontrovers diskutiert.

Annette Sach

**V**ergangenes Jahr hat es „in Deutschland laut Bundesinnenministerium 1.239 antisemitische Straftaten und 29 Gewalttaten“ gegeben, wie Volker Beck vergangene Woche im Bundestagsplenum referierte: „Alle sieben Stunden eine antisemitische Straftat, an jedem zwölften Tag eine antisemitische Gewalttat“, rechnete der Grünen-Abgeordnete vor, um dann das Resümee zu ziehen: „Antisemitismus in Deutschland ist Teil des Alltags“ – ein Alltag, an dem man sich nicht gewöhnen dürfe. Auch Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) prangerte in der Debatte „den alltäglichen Antisemitismus in Deutschland“ an, für den er zwei aktuelle Beispiele nannte: „In den letzten Wochen wurde in Berlin ein Rabbiner überfallen. Der Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland wurde bedroht“. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) wertete den Überfall auf den Rabbiner Daniel Alter von Ende August als „Handlungsauftrag an alle“, sicherzustellen, „dass es kein Stadtviertel in irgendeiner Stadt dieses Landes geben darf, in dem Menschen um ihre Sicherheit oder gar um ihr Leben fürchten müssen, nur weil sie sich zu einer bestimmten Religion bekennen oder weil sie eine bestimmte Hautfarbe haben oder weil sie als ‚andere‘ erkennbar sind“. Antisemitismus beruhe „die Grundfesten unserer Demokratie, unserer Freiheit, unseres Zusammenlebens“, warnte der Ressortchef in der Debatte über den Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, der von der Bundesregierung als Unterrichtung (17/7700) vorgelegt wurde.

**Etwa 20 Prozent** In dem Bericht zeigen die Wissenschaftler aus den verschiedensten Disziplinen auf, dass „in der deutschen Mehrheitsgesellschaft in erheblichem Umfang antisemitische Einstellungen in unterschiedlichen inhaltlichen Ausprägungen vorhanden sind, die wiederum auf weitverbreiteten Vorurteilen und tief verwurzelten Klischees beziehungsweise auf schlichtem Unwissen über Juden und Judentum basieren“. Nach Einschätzung der Wissenschaftler weisen heute etwa 20 Prozent der Bevölkerung in Deutschland antisemitische Tendenzen auf. Dabei gilt „das rechtsextremistische Lager als nach wie vor wichtigster Träger des Antisemitismus“ in der Bundesrepublik, wie der Expertenkreis schreibt. Während der Antisemitismus im rechtsextremen Spektrum zum konstitutiven Bestandteil der Ideologie und des Lagerzusammenhaltes gehöre, sei dies beim Linksextremismus nicht der Fall. Trotzdem gebe es auch unter Linksextremisten „Positionen, die einen antisemitischen Diskurs befördern können“.

**Differenzen erkennbar** Waren sich alle Fraktionen in ihrer klaren Verurteilung jeder Form von Antisemitismus einig, liefen sich bei der Frage nach seiner konkreten Bekämpfung Differenzen erkennen. Friedrich kündigte an, dass man die in dem Bericht enthaltenen Empfehlungen „sorgfältig prüfen“ und auch umsetzen werde, „soweit sie sinnvoll, notwendig, finanziell und nicht schon durchgeführt sind“. Zugleich sprach sich der Minister dafür aus, den Bericht mindestens einmal pro Wahlperiode zu aktualisieren.

# Ein dunkler Teil des Alltags

**EXTREMISMUS** Der Bundestag verurteilt einmütig jede Form von Antisemitismus. Debatte über seine Bekämpfung



Der Rabbiner Daniel Alter (Mitte) erlitt bei einem antisemitischen Überfall Ende August in Berlin einen Jochhieb.

Thierse plädierte dafür, dass der Bundestag in jeder Legislaturperiode über einen solchen Bericht debattieren solle. Zudem forderte er eine „Verstärkung“ der Bundesprogramme gegen Extremismus. Da „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus“ andauernde Probleme seien, bedürfe es auch einer dauerhaften Bekämpfung. Für die Linke beklagte Petra Pau, es gebe immer mehr Initiativen gegen Antisemitismus, „die finanziell ausbluten, weil sie bundespolitisch allein gelassen werden“. Sie forderte, gesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus, Ras-

sismus und Antisemitismus „verlässlich“ zu fördern. Auch müsse man Antisemitismus „parteibergreifend achten und viel mehr zur Prävention tun“. Beck sagte mit Blick auf die Empfehlungen des Expertenkreises, Fraktionen und Bundesregierung müssten sich nun „zusammensetzen und schauen, wie wir diese Dinge auf den Weg bringen“. Dazu gehöre für ihn auch die Beseitigung der sogenannten Extremismusklausel. Auch dürften Projekte, die vor Ort arbeiten, „nicht immer nur eine Finanzierung auf drei Jahre bekommen“.

**»Etwas zögerlich«** Der FDP-Abgeordnete Stefan Ruppert zeigte sich als Anhänger von

„Extremismusbekämpfungsprogrammen“. Am Ende sei aber „das Problem nur durch die Gesamtheit der Bürger, durch die Zivilgesellschaft zu lösen“ und nicht „durch einzelne Programme, so wichtig sie auch sind“. Der CSU-Parlamentarier Hans-Peter Uhl zeigte sich „etwas zögerlich“, wenn es darum gehe, konkrete Projekte auf Bundesebene zu starten. Es sei vielmehr Aufgabe der Kommunen, den Antisemitismus zu bekämpfen. „Wir sollten assistieren“ und „alles dazu beitragen, was man tun kann“, fügte er hinzu. Notwendig sei, in den Kommunen zivilgesellschaftlich tätig zu werden, „wo am Stammisch immer wieder Antisemitismus aufflackert“. Helmut Stoltenberg

## Streit um Rechtsschutz für Flüchtlinge

**ASYL** Koalition weist Grünen-Vorstoß für Gesetzesänderung zurück

Die Grünen-Fraktion ist im Bundestag mit einem Vorstoß für einen „wirksamen Rechtsschutz im Asylverfahren“ gescheitert. Gegen die Stimmen der drei Oppositionsfraktionen lehnte das Parlament vergangene Woche einen entsprechenden Grünen-Antrag (17/8460) mit den Stimmen der Koalitionsmehrheit ab. In der Vorlage hatte die Grünen-Fraktion kritisiert, dass die deutsche Regelung, wonach die „aufschiebende Wirkung von Rechtsmitteln gegen eine Dublin-Überstellung ausgeschlossen ist“, mit der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht vereinbar sei. Die Bundesregierung sollte daher nach dem Willen der Fraktion einen Gesetzentwurf vorlegen, mit dem der „Ausschluss des vorläufigen Rechtsschutzes gegen Überstellungen im Rahmen der Dublin-II-Verordnung“ aufgehoben und gegen derartige Überstellungen im deutschen Recht ein effektiver Rechtsschutz festgeschrieben wird.

In der Begründung verwiesen die Abgeordneten auf eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR), der zufolge „ein Schutzsuchender in jedem Fall vor einer Rückführung in einen anderen EU-Mitgliedsstaat die Möglichkeit einer effektiven rechtlichen Überprüfung mit aufschiebender Wirkung“ haben müsse. Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) habe „die vom EGMR vorgegebene Richtung bestätigt“. Eine auch im deutschen Recht enthaltene „unwiderlegbare Vermutung“, dass die Mitgliedstaaten die Grundrechte der Asylbewerber beachten, verwerfe der EuGH ausdrücklich.

**»Mensch unwürdige Zustände«** Für den Grünen-Parlamentarier Volker Beck ist es „eines Rechtsstaates unwürdig“, dass „bei Überstellungen nach der Dublin-II-Verordnung Schutzsuchende im Asylverfahren



Asylbewerber in Eisenhüttenstadt

nach deutschem Recht keinen Anspruch auf effektiven einwilligen Rechtsschutz“ haben. Demgegenüber verwies der CDU-Abgeordnete Helmut Brandt darauf, dass die Regelungen des Asylverfahrensgesetzes zum „sicheren Drittstaat“ 1996 vom Bundesverfassungsgericht grundsätzlich gebilligt worden seien. Auch der Europäische Gerichtshof habe 2011 festgestellt, „dass eine Prüfung der Rechtstexte, die das Gemeinsame Europäische Asylsystem bilden, die Annahme zulasse, dass alle an diesem System beteiligten Staaten die Grundrechte beachten“, gab Brandt zu Protokoll.

Von einer Rücküberstellung abzusehen sei dem Europäischen Gerichtshof zufolge allerdings, wenn „ernsthafte und durch Tatsachen bestätigte Gründe die Annahme nahelegen, dass das Asylverfahren und die Aufnahmebedingungen für Asylbewerber im zuständigen Mitgliedstaat systemische Mängel aufweisen“, fügte Brandt hinzu. Er

erinnerte zugleich daran, dass Rücküberstellungen nach Griechenland, wo „in den Flüchtlingslagern menschenunwürdige Zustände“ herrschten, bis Januar 2013 vollständig ausgesetzt seien. Über eine mögliche Verlängerung dieser Aussetzung werde rechtzeitig entschieden. Für andere Mitgliedstaaten gebe es indes keine konkreten Anhaltspunkte für „systemische Mängel des Asylsystems, die zu einer generellen Aussetzung von Überstellungen veranlassen“. Für den FDP-Parlamentarier Harfrid Wolf wird mit der Aussetzung der Überstellungen nach Griechenland die schwierige Situation berücksichtigt, die dort für Asylbewerber bestehe. Als Reaktion auf die Aussetzung habe das Bundesverfassungsgericht die Verfahren eingestellt, „die dort zur Geltendmachung einwilligen Rechtsschutzes anhängig waren“. Über die Notwendigkeit eines einwilligen Rechtsschutzes sei also nicht entschieden worden.

**»Notwendiger Schritt«** SPD und Die Linke stellten sich klar hinter den Grünen-Antrag. Um ein wirksames europäisches Asylsystem zu haben, müssten an vielen Stellen Änderungen vorgenommen werden, argumentierte der SPD-Abgeordnete Rüdiger Veit. Die „von den europäischen Gerichten eingeforderte Möglichkeit der Gewährung einwilligen Rechtsschutzes gegen Rücküberstellungen in Erstaufnahmeländer“ sei ein „notwendiger Schritt in diese Richtung“. Für Die Linke unterstrich ihre Parlamentarierin Ulla Jelpke, ernstliche Zweifel an der Funktionsfähigkeit des Asylsystems und den Aufnahmebedingungen des Staates, in den überstellt werden soll, müssten grundsätzlich überprüft werden können. „Die unerträglichen Zustände in Griechenland, aber zum Beispiel auch in Italien und Ungarn, führen das klar vor Augen“, fügte sie hinzu. sto

## AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

### Ausbau des Petitionsrechts gefordert

**BUNDESTAG** Die Bundesregierung soll nach dem Willen der Fraktion Die Linke einen Entwurf für ein Petitionsrecht vorlegen, der unter anderem die Behandlung von Massen- und Sammelpetitionen im Plenum und in den zuständigen Fachausschüssen vorsieht. Die gegenwärtigen Regelungen zum Petitionsrecht reichten nicht aus, heißt es in der Begründung eines entsprechenden Antrages (17/10682), der vergangene Woche erstmals auf der Tagesordnung des Bundestagsplenums stand. Dabei verwies Ingrid Remmers für Die Linke darauf, dass die Koalition versprochen habe, das Petitionsrecht zu erweitern. Wenn die Koalition nicht mehr Bürgerbeteiligung wolle, frage sie sich, warum Union und FDP „es vorher in den Koalitionsvertrag schreiben“, gab Remmers zu Protokoll. Dies sei „reine Wählertäuschung“. Günter Baumann (CDU) erinnerte dagegen daran, dass sich 2011 etwa 500.000 Bürger am Petitionswesen beteiligt hätten. Dies belege eindrucksvoll, dass sich das Petitionsverfahren

bewährt habe. Er erkenne keinen Grund, ein Petitionsrecht neu zu schaffen. Auch Stephan Thomae (FDP) wandte sich gegen den Antrag der Linksfraktion, stimmte aber mit ihr darin überein, dass die gegenwärtigen Regelungen zum Petitionsrecht nicht ausreichten. Nach dem Willen der FDP sollten Petitionen, die von mindestens 100.000 Menschen unterstützt werden, im Plenum debattiert und anschließend an die zuständigen Fachausschüsse überwiesen werden, bevor sie in die Anhörung des Hauptpetenten im Petitionsausschuss münden. Für Sonja Steffen (SPD) sollte immer wieder überlegt werden, wie man das Petitionswesen „und damit die direkten Einflussmöglichkeiten der Menschen auf unser Parlament und seine Entscheidungen stärken“ könne. Dafür eigne sich der Antrag der Linksfraktion jedoch nicht. Auch Memet Kilic (Grüne) plädierte für eine Stärkung des Petitionsrechts. Es sei aber „absurd“, die Formulierung eines solchen Gesetzes in die Hände der Regierung zu legen. sto

### Bilanz der Contergan-Entschädigung

**FAMILIE** Die Bundesregierung zieht eine positive Bilanz aus dem Zweiten Änderungsgesetz des Conterganstiftungsgesetzes, das Ende Juni 2009 in Kraft trat. Der Parlamentarische Staatssekretär im Familienministerium, Hermann Kues (CDU), informierte vergangene Woche den Familienausschuss über die Umsetzung des Gesetzes. Nach seinen Angaben sind nach Abschaffung der bis dahin geltenden Ausschlussfrist zur Geltendmachung von Entschädigungsleistungen im Jahr 2009 insgesamt 565 neue Anträge eingereicht worden. 65 von ihnen seien bisher bewilligt worden, 126 Antragsverfahren seien noch nicht abgeschlossen. In neun Fällen sei eine einmalige Kapitalentschädigung, in 56 Fällen eine Kapitalentschädigung und die Zahlung der monatlichen Conterganrente bewilligt wurden. Die Mindestrente stieg

laut Kues von 248 auf 255 Euro und die Höchstrente von 1.090 auf 1.151 Euro. Vertreter der Conterganstiftung und der Betroffenenverbände bestätigten zwar, dass die Gesetzesänderung zu Verbesserungen geführt habe. Zugleich mahnten sie jedoch weitere Verbesserungen an. So seien die Handlungsempfehlungen des Instituts für Gerontologie an der Universität Heidelberg in eine Gesetzesnovelle einzubeziehen. Das Institut war gemäß eines fraktionsübergreifenden Antrags von CDU/CSU, SPD und FDP aus dem Jahr 2008 (16/11223) beauftragt worden, den tatsächlichen Bedarf von Conterganbeschädigten zu ermitteln. Im Januar 2013 wird der Familienausschuss den Abschlussbericht des Instituts, der bis Jahresende vorliegen soll, in einer öffentlichen Anhörung thematisieren. aw

### Schutz vor Sanktionen

**Gesundheit** Gesundheitsdienstleister, die Behandlungsfehler melden, sollen keine beruflichen Nachteile oder strafrechtliche Verfolgung fürchten müssen. Dies ist das Ziel eines Änderungsantrages der Koalitionsfraktionen zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Thema Patientenrechte (17/10488), mit dem sich der Gesundheitsausschuss vergangene Woche befasst hat. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass Krankenhäuser und Arztpraxen künftig die Patientensicherheit erhöhen und dafür Fehlervermeidungssysteme einführen sollen. Nach Ansicht der Koalition darf die Bereitschaft von Beschäftigten im Gesundheitswesen, Fehler zu benennen, nicht durch die Furcht vor arbeitsrechtlichen Sanktionen oder strafrechtlicher Verfolgung beeinträchtigt werden. Die neue Vorschrift soll jedoch nicht gelten, wenn die Verwendung der Daten zur Verfolgung einer

Straftat erforderlich ist, die im Höchstmaß bei mehr als fünf Jahren Freiheitsstrafe bedroht ist und besonders schwer wiegt. Aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen definiert die Bestimmung nicht genau genug, was unter einer „schwerwiegenden Straftat“ zu verstehen ist. Auch die SPD-Fraktion sieht dies so und fordert daher, die Vorschrift zu konkretisieren. „Es kommt bei Operationen leicht zu Fällen von Körperverletzung“, gaben die Sozialdemokraten zu bedenken. Der Beschäftigte könne daher rasch in die Situation geraten, bei einer Fehlermeldung doch einer Sanktion ausgesetzt zu sein. Die FDP-Fraktion argumentierte hingegen, dass es hier um die Abwägung von zwei Rechtsgütern gehe. Es gebe Fälle, in denen das „Interesse an der Strafverfolgung höher zu bewerten“ sei als der Schutz eines Beschäftigten vor Sanktionen. tw

## »Mehr als dürftig«

**WAFFENRECHT** Scharfe Kritik an Evaluierungsbericht

Ein Evaluierungsbericht der Bundesregierung zur Wirksamkeit der 2009 beschlossenen Verschärfungen des Waffenrechts stößt insbesondere bei Abgeordneten der Opposition auf Kritik. Dieser „angebliche Evaluierungsbericht“ sei eine „Unverschämtheit“, gab die SPD-Abgeordnete Gabriele Fograscher vergangene Woche bei der ersten Beratung eines Antrags ihrer Fraktion zur „Evaluierung der Auswirkungen des neuen Waffenrechts“ (17/10114) zu Protokoll. Sie verwies darauf, dass der Bundestag bei der Verabschiedung der Reform die Bundesregierung in einer Entschließung (16/13423) aufgefordert hatte, „die Wirksamkeit der getroffenen Regelungen zur sicheren Aufbewahrung und zum Schutz vor unberechtigtem Zugriff bis Ende 2011 zu evaluieren“. Man habe aber erst im Oktober 2012 ein Schreiben aus dem Bundesinnenministerium erhalten, „das der geforderte Evaluierungsbericht sein soll“. Die Vorlage sei jedoch die Zusammenfassung eines Berichts

der Innenministerkonferenz (IMK), der dem Bundestag nicht zugänglich gemacht werde. Ihre Fraktion fordere von der Bundesregierung bis Jahresende einen „auf eigenen Erhebungen und Befragungen basierenden Evaluierungsbericht“.

**Ergänzung angeregt** Für Die Linke kritisierte Frank Tempel, die Bundesregierung habe den Evaluationsbericht der Expertenkommission „Waffenrecht“ der IMK abgeschrieben, dessen Datenlage „mehr als dürftig“ sei. Seine Fraktion verlange indes eine „grundhafte Evaluation des bundesdeutschen Waffenrechts“. Wolfgang Wieland (Grüne) monierte, die Bundesregierung verzichte in dem Bericht darauf, „irgendwelche Schlussfolgerungen zu ziehen“. „An Evaluierung“ gebe es „nicht mehr als Sätze der Komplexitätsstufe ‚Die Regelung hat sich dem Grunde nach bewährt‘. Günter Lach (CDU) beklagte, die Ergebnisse des Berichts seien „leider nicht so aussagekräftig“ wie von ihm gewünscht. An das Bundesinnenministerium richtete er die „Anregung“, eine „Ergänzung des Berichts vorzunehmen“. Deutlich geworden sei aber, dass Sportschützen, Jäger und Sammler die neuen Sicherheitsanforderungen bei der Aufbewahrung von Waffen und Munition „weitestgehend erfüllt haben“. Serkan Tören (FDP) resümierte, wie dem Bericht zu entnehmen sei, „scheinen sich die Änderungen im Waffenrecht der letzten Jahre bewährt zu haben“. Es wäre „hilfreich, den Bericht der Länder zu bekommen“. sto



Waffen und Munition müssen sicher aufbewahrt werden.

## KURZ NOTIERT

### Linke fordert Exportverbot für Rüstungsgüter

Die Fraktion Die Linke macht sich für ein Exportverbot für Rüstungsgüter stark. In einem Antrag (17/10842) fordert die Fraktion die Bundesregierung auf, „Rüstungsexporte nicht als Mittel der Außenpolitik einzusetzen“, keine Genehmigungen für den Export von Rüstungsgütern mehr zu erteilen sowie „auf den Export von Rüstungsgütern aus Überschussbeständen der Bundeswehr zu verzichten“. Auch soll die Bundesregierung nach dem Willen der Linksfraktion ein „Konversionsprogramm für die exportorientierte Rüstungsindustrie“ anstoßen und dafür die benötigten finanziellen Mittel bereitstellen. Ferner soll sich die Regierung der Vorlage zufolge dafür einsetzen, „dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union ebenfalls ihre Rüstungsexporte einstellen“. sto

### SPD-Fraktion will Patientenrechte erweitern

Die Fraktion der SPD will die Rechte der Patienten erheblich erweitern. In einem Antrag (17/11008) kritisiert die SPD, dass dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zu einem Patientenrechtegesetz wesentliche Regelungen zum Schutz und zur Interessenvertretung von Patienten fehlten. Er kodifiziere lediglich das bereits bestehende Richterrecht. Demgegenüber habe die SPD seit März 2010 in einer Reihe von Anträgen zahlreiche darüber hinausgehende Forderungen erhoben. Die Fraktion will diese nun um weitere Punkte ergänzen. So sollen nach ihrem Willen unter anderem Patienten nach jedem Eingriff einen Patientenbrief mit Informationen über die durchgeführte Operation, die angewandten Techniken, den Verlauf und eventuelle Komplikationen erhalten. tw



Innen-Staatssekretär Klaus-Dieter Fritsche vor der Vernehmung durch den Ausschuss. Diese Aktenberge türmen sich vor dem Ermittlungsbeauftragten auf, der nächste Woche eingesetzt werden soll.

## Neues Wahlrecht rückt näher

**BUNDESTAG** Bei der vom Bundesverfassungsgericht geforderten Reform des Wahlrechts rückt eine Neuregelung näher. Man habe sich auf ein „Modell mit Ausgleichsmandaten verständigt“, erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Thomas Oppermann, vergangene Woche zu den interfraktionellen Verhandlungen über ein neues Wahlrecht. Damit würden Überhangmandate vollständig neutralisiert. „Die Chancen sind jetzt gestiegen, dass wir uns bis Weihnachten auf einen konkreten Gesetzentwurf einigen“, fügte Oppermann hinzu. Sein Grünen-Kollege Volker Beck erklärte, vier der fünf Fraktionen hätten sich darauf verständigt, „dass das Bundesinnenministerium eine Formulierungshilfe zum Modell ‚Sitzkontingente mit Vollaussgleich‘ vorlegt“. Dies sei „nur die drittbeste Lösung“, doch sei entscheidend, dass der Vorschlag „verfassungsfest ist und allein der Wähler mit seiner Zweitstimme (...) die Stärkeverhältnisse im Deutschen Bundestag bestimmt“.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Michael Grosse-Brömer (CDU), verwies darauf, dass in der interfraktionellen Arbeitsgruppe zum Wahlrecht vergangene Woche die Anhörung der Experten im Mittelpunkt gestanden habe. Man habe „erneut Fortschritte gemacht, was die Bewertung der zur Diskussion stehenden Modelle betrifft“, fügte Grosse-Brömer hinzu und kündigte an, in dieser Woche eine Einigung anzustreben. Der FDP-Abgeordnete Stefan Ruppert sprach von einer „sehr guten Anhörung der Wahlrechtsexperten“, die eine „gute Basis für eine mögliche Einigung“ in dieser Woche sei.

Für Die Linke wandte sich ihre Parlamentarierin Halina Wawzyniak gegen die ins Auge gefasste Lösung. Dieses Modell hätte im Fall seiner Anwendung seit 1994 immer zu einer Vergrößerung des Bundestages geführt, kritisierte sie. Nach ihren Worten wird bei dem Modell anhand der Bevölkerungszahl festgelegt, wie viele Mandate auf die einzelnen Bundesländer entfallen. In einer zweiten Stufe komme es zu einem Ausgleich der gegebenenfalls anfallenden Überhangmandate. sto ||

# Angriff als Verteidigung

**NSU-Ausschuss** Staatssekretär Fritsche sorgt mit seinem Auftritt für Wirbel. Kritik an föderalistischen Strukturen

Viele Stunden zieht sich die Vernehmung Klaus-Dieter Fritsches hin, dann macht der Innen-Staatssekretär eine brisante Bemerkung. Als Vizechef des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) habe er sich einmal irritiert im Haus erkundigt, warum in Thüringen die Polizei nach den 1998 untergetauchten Bombenbauern aus Jena nur zurückhaltend fände. Die Antwort: Es werde versucht, das Trio aus der rechtsextremen Szene zu lösen. Bislang hieß es stets, man sei über die Gruppe, die sich im November 2011 als „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) entpuppt hat, nicht näher informiert gewesen. Aber waren die Behörden an der Zelle doch näher dran als behauptet? Grünen-Obmann Wolfgang Wieland erkundigt sich, wer welche Kontakte zu dem Trio hatte. Fritsche weiß nichts Genaues.

gebürstet“. Der Ausschuss will an diesem Tag eine tour d’horizon durch die NSU-Affäre absolvieren, in deren Zeitraum der Zeuge zunächst als BfV-Vize, dann als Geheimdienstkoordinator im Kanzleramt und jetzt als Staatssekretär an Schaltstellen saß und sitzt.

Erst einmal aber verblüfft der CSU-Politiker die Parlamentarier mit Angriffslust: Die Aufklärung werde „von einem Skandalisierungswettbewerb überlagert“, er wehre sich dagegen, mit dem „Wissen von heute“ Polizisten und Verfassungsschützer mit „beißender Kritik, Hohn und Spott“ zu überziehen.

Von „mangelnder Kooperationsbereitschaft“ seitens der Regierung könne keine Rede sein: Es werde nichts „vertuscht“, doch wegen des Persönlichkeitsschutzes etwa bei V-Leuten könnten manche Unterlagen nur mit geschwärzten Klarnamen übermittelt werden. Aufklärung und „Staatswohl“ stünden in einem „Spannungsverhältnis“.

Edathy kontert: Angesichts der Mordserie sei das Aufklärungsinteresse höher zu bewerten als Vertraulichkeitszusagen an V-Leute. FDP-Obmann Hartfrid Wolf insistiert, über das „Staatswohl“ habe das Parlament mitzuentcheiden. Am Widerstand der Länder, kritisiert Fritsche, sei sein Bemühen gescheitert, dem BfV eine Zentralkompetenz zuzuerkennen. Wegen der Hoheit der Landesbehörden für Verfassungsschutz hätten dem BfV bis zum Aufliegen des NSU

80 Prozent der relevanten Akten nicht vorgelegen. Mit dem Argument, dies habe damals dem Kenntnisstand entsprochen, verteidigt der Zeuge seine Feststellung als BfV-Vize aus dem Jahr 2003, das abgetauchte Jenaer Trio habe „soweit erkennbar“ keine Gewalttaten begangen.

**»Fatale Fehleinschätzung«** SPD-Sprecherin Eva Högl hingegen spricht von „fataler Fehleinschätzung“, es habe sehr wohl Hinweise auf den NSU gegeben. Aus Sicht von Unions-Obmann Clemens Binninger hätte man beim Nagelbombenattentat 2004 in Köln durchaus Spuren zu den Jenaer Bombenbauern finden können. Fritsche konzediert, es habe ihn „fassungsgelöst“ gemacht, dass im Herbst 2011 wenige Tage nach der NSU-Enttarnung im BfV Akten über einen V-Leute-Einsatz beim „Thüringer Heimatschutz“ vernichtet worden seien. Bei diesem Fehlverhalten eines Referatsleiters sei es aber nicht um „Vertuschung“ gegangen. Ein solches Motiv verneint auch der zur Aufklärung dieser Affäre vom Innenressort eingesetzte Sonderermittler Hans-Georg Engelke, den der Ausschuss weitgehend geheim befragt. Freilich fand Engelke heraus, dass im BfV noch weit mehr Dokumente geschreddert wurden, nämlich rund 300. In den meisten Fällen existiere jedoch keine Verbindung zum Umfeld des NSU.

Högl moniert, dass nach der NSU-Entdeckung das Vernichten von Akten nicht generell gestoppt worden sei. Linken-Obfrau Petra Pau bezweifelt, dass die Unterlagen nur aus „Dummheit und Faulheit“ von Mitarbeitern des Bundesverfassungsschutzes geschreddert wurden.

Eine andere Akten-Affäre ist beigelegt. Der Ausschuss hatte sich mit den Innenministerien des Bundes und der Mehrheit der Länder über den Umgang mit Hunderten von ungeschwärzten Dokumenten aus Thüringen gestritten. Nun will der Untersuchungsausschuss am 25. Oktober einen Ermittlungsbeauftragten zur Sichtung der Akten einsetzen. Die Ministerien sollen Schwärzungen vorschlagen können, sollte es keine Einigung mit dem Beauftragten geben, entscheidet der Ausschuss. Karl-Otto Sattler ||



**»Es gibt Grenzen dessen, was man hinnehmen muss.«**  
Sebastian Edathy (SPD)

**Tour d’horizon** Dieses Thema bleibt vergangene Woche im Untersuchungsausschuss rätselhaft, der Fehlgriffe bei den Ermittlungen zu der dem NSU angelasteten Mordserie an neun türkisch- oder griechischstämmigen Kleinunternehmern und einer Polizistin durchleuchten soll. Schlagzeilen produziert die Anhörung Fritsches vor allem, weil sich Parlamentarier und Zeuge in die Haare kriegen. Der Vorsitzende Sebastian Edathy (SPD) unterbricht sogar das Treffen für 20 Minuten: „Es gibt Grenzen dessen, was man hinnehmen muss.“ Wieland kommentiert, Fritsche sei „auf Krawall

## Keine Extraregelung für Hasskriminalität

**MENSCHENVERACHTENDE MOTIVE** Bundestag lehnt Gesetzentwürfe zur Strafverschärfung ab

Wenn Herkunft, Haar- oder Hautfarbe Anlass einer Straftat sind, ist die Rede von sogenannter Hasskriminalität. Der Bundestag sowie die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen hatten für derartige Delikte eine Strafverschärfung gefordert und entsprechende Vorlagen in den Bundestag eingebracht. Diese wurden vergangenen Donnerstag in zweiter und dritter Lesung im Plenum beraten. Alle drei Entwürfe wurden mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und bei Enthaltung der Linksfraktion abgelehnt. Die SPD-Fraktion enthielt sich bei dem Grünen-Antrag sowie die Grünen-Fraktion bei dem SPD-Entwurf.

**Unrechtsgehalt** Der Bundestag hatte in seinem Gesetzentwurf (17/9345) gefordert, dass menschenverachtende Tatmotive strafverschärfend bewertet werden sollen. Dazu müsse das Strafrecht in Teilen geändert werden. Die Länderkammer argumentierte, dass Hassdelikten gegenüber sonstigen Gewaltdelikten ein erhöhter Unrechtsgehalt inne wohne. Ähnlich argumentiert die SPD-Fraktion in ihrem Gesetzentwurf (17/8131). Das Strafrecht müsse deutlicher als bisher zum Ausdruck bringen, dass die Gesellschaft Straftaten nicht duldet, die sich gegen Personen richtet, allein oder vorwiegend wegen ihrer politischen Einstellung, Natio-

nalität, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status.

**»Anschlag auf Menschenwürde«** Die Grünen-Fraktion schließlich fordert in ihrem Antrag (17/8796) die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der Straftaten gegen andere Menschen wegen sexueller Identität, des Geschlechts, der Weltanschauung, Behinderung oder Alters verfolgt. Der Grünen-Abgeordnete Jerzy Montag warb für den Antrag seiner Fraktion als dem „erfolgsversprechenderen Weg“. Die Vorlagen von Bundestag und SPD-Fraktion wies er hingegen als „kontraproduktiv“ zurück. Hasskriminalität sei ein „Anschlag auf die Menschenwürde“, sagte Burkhard Lischka (SPD-Fraktion), „ein Anschlag auf uns alle“. Und das müsse eben auch „in unserem Strafgesetzbuch Niederschlag finden, wie in vielen, vielen anderen Ländern auch“. Bereits im Juni diesen Jahres, kurz vor der parlamentarischen Sommerpause, hatte der Rechtsausschuss eine Expertenanhörung anlässlich der drei Initiativen durchgeführt. Insgesamt waren sich die Experten einig, dass eine menschenverachtende Motivation bei der Festlegung des Strafmaßes bei Ge-

waltdelikten berücksichtigt werden sollte und strafverschärfend wirken müsse. Darüber herrschte auch im Bundestag interfraktionelle Einigkeit. Allerdings argumentierten die Vertreter der Koalitionsfraktionen sowie der Linksfraktion gegen die drei Gesetzesnovellen von Bundestag, SPD- und Grünen-Fraktion.

**Sache der Gerichte** Der Strafraum, also das gesetzliche Höchst- und Mindestmaß, werde bereits durch den konkreten Gesetzesverstoß festgestellt, und zwar mit „all seinen Tatmodalitäten und Tatumständen, die das Strafmaß erhöhen oder mildern können“, erklärte der CDU/CSU-Abgeordnete Ansgar Heveling. Eine zu schließende rechtliche Lücke gebe es also nicht, argumentierte er. Der Neuregelung käme lediglich „Symbolcharakter“ zu. Dem pflichtete sein Koalitionskollege, der FDP-Politiker Jörg van Essen bei: „Strafzumessung ist stets eine Einzelfallentscheidung der Gerichte, denen man vertrauen kann und muss“, sagte er. Ähnlich argumentierte Halina Wawzyniak für die Linksfraktion. Es sei nicht hilfreich, das Strafgesetzbuch zu ändern, „um die Gerichte zu sensibilisieren“, sagte sie. Vielmehr sollten alle gemeinsam dafür sorgen, dass „Hasskriminalität keine Chance hat“. Verena Renneberg ||

Anzeige

**SCHÜTZT**  
**Tetra Pak**  
**WAS GUT IST™**

**ICH BIN ÖKOLOGISCH VORTEILHAFT.**

**Du hast es in der Hand.**

Tetra Pak Getränkekartons liefern gute Gründe, warum sie zu den ökologisch vorteilhaften Verpackungen zählen: Sie bestehen überwiegend aus dem nachwachsenden Rohstoff Holz aus verantwortungsvoll bewirtschafteten Wäldern und werden in Deutschland mit Ökostrom hergestellt. Und noch ein weiterer von vielen Vorteilen für unsere Umwelt: Nach dem Gebrauch sind Tetra Pak Getränkekartons vielseitig wiederverwertbar.

**tetrapak.de**



# Frage des Vertrauens

**PARLAMENTARIER** Bundestag, Bürger und Medien befassen sich derzeit mit Abgeordnetenbestechung und dem Umgang mit Nebentätigkeiten. Ein demokratischer Prozess mit vielen Meinungen

Funktionierende Demokratie: Transparenz und Unabhängigkeit sind sowohl bei den Demonstranten vor dem als auch bei den Volksvertretern im Reichstagsgebäude Thema.

**K**orruption und Transparenz, der „gläserne Abgeordnete“ und die „Causa Steinbrück“: Begriffe, die dieser Tage die öffentliche Diskussion prägen. Eine Diskussion, in der es übergeordnet um Vertrauen geht, das Vertrauen der Bürger in die Politik, das Vertrauen der Bürger in ihre Bundestagsabgeordneten, die Volksvertreter. Doch was in der öffentlichen Wahrnehmung ein Thema ist, sind in Wirklichkeit zwei Themen:

**Causa Bestechung** Zum einen ist das die Causa Abgeordnetenbestechung, Korruption: Was, wieviel und wie oft darf ein Mandatsträger als Geschenk annehmen, wo endet die Unabhängigkeit? Dieser Frage ging vergangene Woche eine Expertenrunde im Rechtsausschuss nach. Begleitet wurde sie von medienwirksam inszenierten Aktionen wie der Demonstration vor dem Reichstagsgebäude. Am Morgen hatten Vertreter von „Abgeordnetenwatch“ medienwirksam im Scheinwerferlicht der TV-Kamera dem Ausschussvorsitzenden Siegfried Kauder (CDU) eine eigene Gesetzesinitiative überreicht. Sie war kein Thema in der Anhörung, wohl aber die Gesetzentwürfe der Oppositionsfaktionen. Nach Meinung der SPD-Fraktion ist die Vorschrift zur Abgeordnetenbestechung nicht ausreichend, weshalb die Fraktion einen Gesetzentwurf (17/8613) eingebracht hat. Nach geltendem Recht seien Bestechlichkeit und Bestechung von Parlamentariern nur als Stimmenverkauf und -kauf bei Wahlen strafwürdig. Bis heute gebe es keine straf-

rechtliche Regelung, die sämtliche strafwürdigen Verhaltensweisen von Mandatsträgern im Bereich der Vorteilsannahme und -zuewendung erfasst. Die Linksfraktion fordert in ihrem Gesetzentwurf (17/1412), Abgeordnetenbestechlichkeit in das Strafgesetzbuch aufzunehmen: Zuwiderhandeln soll mit mehrjährigen Haftstrafen geahndet werden. Die geltende Regelung werde den Anforderungen des UN-Übereinkommens gegen Korruption nicht gerecht, schreibt die Grünen-Fraktion in ihrem Gesetzentwurf (17/5933). Auch die geladenen Experten sahen Handlungsbedarf. Das Thema wird den

**»Wir müssen schnell zu einem Ergebnis kommen, damit die Diskussion ein Ende hat.«**

Hermann Otto Solms (FDP)

Rechtsausschuss und den Bundestag weiterhin beschäftigen. Skeptiker sahen sich an diesem Tag durch den Rücktritt des maltesischen EU-Gesundheitskommissar John Dalli bestätigt: Gründe waren Korruptionsvorwürfe.

**Causa Steinbrück** Zum anderen ist da die „Causa Steinbrück“, die Veröffentlichung von Verdiensten aus Nebentätigkeiten. Denn kurz nachdem die SPD ihren Kanzlerkandidaten bekannt gegeben hatte, wurde dieser in der Presse auf Herz und Nieren geprüft. Immerhin sei der Abgeordnete Steinbrück so gläsern, dass das mediale Scheinwerferlicht auf seine – lukrativen – Nebentätigkeiten fallen konnte, argumentierte der christdemokratische Parlamentarier Michael Grosse-Brömer vergangenen Donnerstag im Bundestagsplenarium. Ob Bundestagsabgeordnete ihre Nebentätigkeiten auf den Cent genau veröffentlichen oder aber weiterhin lediglich in drei Stufen anzeigen sollen, war die zentrale Fra-

ge der Debatte. Gegenüber dem Bundestagspräsidenten müsse ohnehin jeder Abgeordnete seine Nebenverdienste „auf Heller und Pfennig“ darlegen, argumentierte Grosse-Brömer. Gegenüber der Öffentlichkeit aber ergebe das „keinen Mehrwert“.

**Stufenmodell** Derzeit werden die Nebentätigkeiten der Mandatsträger auf ihren Internetseiten unter [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) aufgelistet. Dort wird auch die jeweilige Stufe genannt. In Stufe eins fallen Einkünfte von über 1.000 bis 3.500 Euro, in Stufe zwei Einkünfte bis 7.000 und in Stufe drei über 7.000 Euro.

Während die Redner der Oppositionsfaktionen für die exakte Offenlegung der Einkünfte aus Nebentätigkeiten plädierte, sprachen sich die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen für die Beibehaltung eines Stufenmodells aus. Allerdings, räumte der FDP-Abgeordnete und Bundestagsvizepräsident Hermann Otto Solms ein, werde in der Rechtsstellungskommission des Ältestenrates des Parlaments, die er als Mitglied des Präsidiums leitet, bereits eine „Zehn-Stufen-Regelung“ diskutiert. Solms warf der SPD-Fraktion vor, bis zur „Causa Steinbrück“ zu einer Stufenregelung bereit gewesen zu sein. Erst jetzt fordere sie die „Offenlegung auf den Cent genau“. „Wir müssen schnell zu einem Ergebnis kommen, damit die leidige Diskussion ein Ende hat“, sagte der FDP-Politiker abschließend. Allerdings herrschte unter den Abgeordneten Uneinigkeit über den Stand der Debatte in der Rechtsstellungskommission: Der Bündnis-Grüne Volker Beck, dessen Frakti-

**»Sie fürchten Transparenz, wie der Teufel das Weihwasser.«**

Volker Beck (Grüne)

on die Aktuelle Stunde gefordert hatte, hatte mit seiner Rede die Aussprache eröffnet. Er monierte, dass bereits seit Jahren, auch in der Rechtsstellungskommission, über das Thema ergebnislos diskutiert werde. Dafür machte er die Regierungsfaktionen verantwortlich: „Sie fürchten Transparenz, wie der Teufel das Weihwasser“, warf Beck CDU/CSU- und FDP-Fraktion vor. Dieser Argumentation schloss sich Thomas Oppermann (SPD) an. Seine Fraktion fordere den „gläsernen Abgeordneten“. Auch Oppermann ist Mitglied in der Rechtsstellungskommission, deren Vorankommen die Regierungsfaktionen behindern würden. Sicher ist jedenfalls, dass die Rechtsstellungskommission bereits in dieser Woche wieder tagen wird, um einem Ergebnis näher zu kommen. Und der Linke-Abgeordnete Raju Sharma forderte „neue Transparenzkriterien“. Er verwies auf die Internetpräsenz der Linksfraktion beziehungsweise die Seiten all ihrer Mandatsträger. Sie würden bereits ihre Einkünfte aus Nebentätigkeiten freiwillig genau veröffentlichen.

Während die Gegner von Nebentätigkeiten der Meinung sind, dass die alleinige Ausübung des Mandats unabhängig mache, sagen die Befürworter, dass Nebentätigkeit Unabhängigkeit sichern würden: nach dem Ausscheiden aus dem Parlament könnte diese Praxis den Wiedereinstieg in den Beruf erleichtern. Verena Renneberg

Mehr zum Thema der Woche auf Seite 9 und unter: [www.das-parlament.de](http://www.das-parlament.de)

## AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

### Zwischen Integration und Inklusion

**BEHINDERTE RECHTE** Um Menschen mit Behinderungen eine volle gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, muss die Sozialgesetzgebung reformiert werden. Das schreibt die Fraktion Die Linke in einem Antrag (17/7889) und fordert deshalb von der Bundesregierung, bis Ende 2012 ein Teilhabesicherungsgesetz vorzulegen. Zwei Monate vor Jahresende befasste sich nun das Bundestagsplenium mit dem Antrag und der Forderung der Linksfraktion und wies den Antrag zurück.

Die Antragsteller hatten argumentiert, dass entsprechend den Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) die volle und wirkliche Teilhabe für Menschen mit Behinderungen gewährleistet werden müsse. Dies soll durch die Einrichtung einer flächendeckenden, sozialen, inklusiv ausgestalteten Infrastruktur erreicht werden.

In einem zweiten Antrag (17/7872) hatte die Linksfraktion gefordert, ein umfassendes Diskriminierungsverbot zum Schutz von Menschen mit Behinderungen gesetzlich festzuschreiben. Auch hier bezog sie sich auf die UN-Konvention. Die Fraktion forderte deshalb von der Bundesregierung, den „Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention“ (NAP) unverzüglich

dem Bundestag als Unterrichtung vorzulegen, um eine umfassende Beratung des NAP zu ermöglichen. Im Anschluss an diese Beratungen solle der NAP im kommenden Jahr überarbeitet werden. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Mit der Ablehnung beider Anträge folgte das Bundestagsplenium mehrheitlich der Beschlussempfehlung (17/10008) des Ausschusses für Arbeit und Soziales.

Die CDU/CSU-Abgeordneten Maria Michalk und Paul Lehrieder sprachen sich gegen die Forderungen aus, weil die aktuellen Maßnahmen der Bundesregierung bereits ausreichen würden: Der Nationale Aktionsplan habe bereits und werde auch weiterhin das Leben der rund 9,6 Millionen Menschen mit Behinderung in Deutschland „maßgeblich verbessern und beeinflussen“, sagte Lehrieder. Die Komplexität dieser Thematik verbiete Schnellschüsse, erklärte Michalk. „Wir müssen uns weiter mit der Thematik beschäftigen“, sagte sie weiter, allerdings in einem „für alle Bundesländer verbindlichen Verfahren“. Da alle im Bundestag vertretenen Fraktionen auch in unterschiedlichen Konstellationen Regierungsverantwortung in den Ländern tragen, „haben wir uns gegenseitig keinen Vorwurf zu machen“, sagte Michalk abschließend. ver ||

### Rentenversicherungspflicht geplant

**SOZIALES** Im Bundesministerium für Arbeit und Soziales hält man an den Planungen für eine Rentenversicherungspflicht für Selbstständige fest. „Es geht nicht mehr um das Ob, sondern um das Wie“, bestätigte der Parlamentarische Staatssekretär Hans-Joachim Fuchtel (CDU) vergangene Woche vor dem Petitionsausschuss. Zugleich betonte Fuchtel, dass es sich derzeit lediglich um Überlegungen innerhalb des Ministeriums handle. „Der Prozess ist noch nicht im Bundeskabinett abgestimmt“, sagte der Parlamentarische Staatssekretär. Hintergrund der Überlegungen ist nach seinen Worten das Ziel, Altersarmut bei Selbstständigen zu verhindern.

Gegen eine solche Rentenversicherungspflicht spricht sich Tim Wessels, selbstständiger IT-Unternehmer und Initiator einer öffentlichen Petition, die mehr als 80.000 Mitzeichner gefunden hat, aus. In der öffentlichen Sitzung des Ausschusses betonte er, dass Selbstständige durchaus in der Lage seien, sich auch selbst um eine Altersvorsorge zu kümmern. Für „junge Selbstständige“ würde zudem der angedachte einkommensunabhängige Pflichtbeitrag in Höhe von 260 Euro „ganz wenig Luft lassen“. Angesichts von mehr als einer Million Selbstständiger,

die weniger als 1.100 Euro im Monat verdienen würden, sei zudem zu erwarten, dass diese ihre Selbstständigkeit aufgeben müssten und gegebenenfalls den Sozialsystemen zur Last fielen, warnte Wessels.

Die Abgeordneten teilten die Sicht des Petenten nicht. Es gehe darum, Altersarmut bei Selbstständigen zu vermeiden, sagte Paul Lehrieder (CDU). Gerade junge Unternehmerrücker dürften oft nicht an das Alter, gab er zu bedenken. Ottmar Schreiner (SPD) sprach sich dafür aus, nach einem Mechanismus zu suchen, der sicherstellt, dass auch bei der Einzahlung lediglich des Arbeitnehmeranteils am Ende eine Rente stehe, die über der Grundsicherung liegt. Die Ablehnung der Rentenversicherungspflicht durch den Petenten gehe am Schutzgedanken für die Selbstständigen vorbei und übersehe die Vorteile der gesetzlichen Rentenversicherung, befand Matthias Birkwald (Die Linke). Wolfgang Strengmann-Kuhn (Grüne) machte deutlich, dass seine Fraktion für eine Bürgerversicherung sei, in die alle entsprechend ihres Einkommens einzahlen müssten. Peter Röhlinger (FDP) sagte, es sei gut, dass ein Prozess in Gang gesetzt worden sei, um ein Problem anzugehen, „das dringend einer Lösung bedarf“. hau ||

### Mehr Rechte für Seeleute

**ARBEITSÜBEREINKOMMEN** Bereits 2006 hatte die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) ein Seearbeitsübereinkommen ausgefertigt. Heute, sechs Jahre später, ist die Umsetzung in nationales Recht in Deutschland noch immer nicht vollzogen. Allerdings beschäftigt sie derzeit Parlament und Regierung.

Vergangene Woche standen ein Antrag der Linksfraktion (17/9066) sowie ein Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/10959) auf der Agenda des Bundestagspleniums. Während dem Antrag bereits eine Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales (17/9614) vorlag, wurde der Regierungsentwurf in erster Lesung beraten. Anschließend wurde interfraktionell seine Überweisung in die zuständigen Ausschüsse beschlossen. Der Beschlussempfehlung folgend wurde der Antrag der Linksfraktion mit den Stimmen der Koalitionsoptionen und gegen die Stimmen der Oppositionsfaktionen abgelehnt. Die Antragsteller hatten die Bundesregierung aufgefordert, bis Mitte 2012 einen Gesetzentwurf zur Ratifizierung vorzulegen. Weiter sollte nach dem Willen der Fraktion die Regierung einen Gesetzentwurf für die Umsetzung in nationales Recht vorlegen. ver ||

Mit dem Seearbeitsübereinkommen sollen weltweit günstige Mindeststandards für die Arbeits- und Lebensbedingungen der über 1,2 Millionen Seeleute sowie einheitliche Wettbewerbsbedingungen der Schifffahrt geschaffen werden, heißt es zur Begründung. Dieses Übereinkommen sei aber bis heute noch nicht in Kraft getreten, obwohl es vor mehr als sechs Jahren beschlossen worden sei. International trete es erst dann in Kraft, wenn es durch mindestens 30 Staaten ratifiziert worden sei, bisher hätten 23 Staaten dies getan.

Die Oppositionsfaktionen hatten bereits im Ausschuss eine weitaus schnellere Umsetzung gefordert. Das Übereinkommen sei zu begrüßen, um die Arbeitsbedingungen der Seeleute zu verbessern. Das Zögern der Bundesregierung sei nicht nachvollziehbar. Den eigenen Entwurf zur Umsetzung des Übereinkommens hat die Bundesregierung erst in diesem Monat in den Bundestag eingebracht. Auch die Regierung sieht Umsetzung und Ratifizierung vor. Allerdings müssten zuerst die Umsetzung in deutsches Recht erfolgen und dass entsprechende Gesetz verabschiedet werden. Erst im Anschluss könne Deutschland das Abkommen ratifizieren. ver ||

## Neun auf einen Streich: Antragsflut zur Bewältigung der Altersarmut

**RENTENPOLITIK** Die Zahl der Menschen, die im Alter Grundsicherung beziehen, steigt stetig an. Im Gegensatz zur Koalition sieht die Linksfraktion akuten Handlungsbedarf

Etwa die Hälfte aller Empfänger der Grundsicherung ist 65 Jahre oder älter. Aktuell sind das fast eine Million Alte: Von je 1.000 Menschen dieser Altersklasse waren in Deutschland Ende 2011 29 Frauen und 22 Männer auf Unterstützung angewiesen. Das zeigen aktuelle Zahlen, die das Statistische Bundesamt vergangenen Donnerstag veröffentlicht hat. Ein deutliches Zeichen für Altersarmut.

**Alarmierende Zahlen** Die Zahl der Leistungsempfänger im Rentenalter ist in den vergangenen Jahren stets gestiegen: waren es 2005 bundesweit 342.855 Betroffene, sind es nun 436.210. Die Tendenz ist weiter steigend, der demografische Wandel soll Experten zufolge ein Übriges dazu leisten. Ebenfalls am Donnerstag stand das Thema Rentenpolitik – wieder einmal – auf der Tagesordnung des Bundestagspleniums. Nur

zwei Sitzungswochen zuvor hatte Bundessozialministerin Ursula von dem Leyen (CDU) vor den Volksvertretern für ihre Rentenpolitik und die Senkung des Beitragssatzes in der allgemeinen Rentenversicherung für das Jahr 2013 von derzeit 19,6 auf dann 19,0 Prozent gewonnen.

Diesmal hatte die Linksfraktion ihre Rentenpolitik auf die Agenda gesetzt. Gleich neun Anträge hatte sie im Vorfeld der Plenardebatte in den Bundestag eingebracht. Die Titel stehen für die neun Forderungen der Fraktion: „Wiederherstellung eines Lebensstandard sichernden und strukturell armutsfesten Rentenniveaus“, „Altersarmut wirksam bekämpfen – Solidarische Mindestrente einführen“, „Rente erst ab 67 sofort vollständig zurücknehmen“, „Kindererziehung in der Rente besser berücksichtigen“, „Eine solidarische Rentenversicherung für alle Erwerbstätigen“, „Risiko der

Erwerbsminderung besser absichern“, „Angleichung der Renten in Ostdeutschland auf das Westniveau bis 2016 umsetzen“, „Rente nach Mindestentgeltpunkten entfristen“ und „Rentenbeiträge für Langzeiterwerbslose wieder einführen“ (17/10990 bis 17/10998).

**Forderung nach Mindestlohn** Die Beratung der Anträge fand in erster Lesung statt. Anschließend wurde interfraktionell die Überweisung der Vorlagen an die zuständigen Ausschüsse beschlossen. Voran ging jedoch eine halbstündige Debatte, die der Linke-Abgeordnete Matthias W. Birkwald eröffnete. Bereits die Bedingungen für Arbeitnehmer müssten sich ändern, um Altersarmut zu bekämpfen, erklärte er. „Wir brauchen am Arbeitsmarkt gute Tariflöhne. Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn“, sagte er.

Da zwei Drittel der Leiharbeiter hierzulande Niedriglöhne erhielten, würde seine Fraktion diese „am liebsten verbieten“.

Rechne man die Dunkelziffer der Alten, die auf Grundsicherung angewiesen sind, hinzu, unterstrich der Linkspolitiker die Forde-

rungen seiner Fraktion, „stellt man fest, dass es um weit über eine Million Menschen geht“.

Der CDU/CSU-Abgeordnete Max Straubinger entgegnete, dass die Antragsteller ein „verzerrtes Bild“ der Rentensituation in Deutschland zeichnen würden. Die Finanzgrundlagen für die Rentenversicherung seien „von dieser Bundesregierung nachhaltig gefördert“ worden. Abschließend verwies er darauf, dass seine Fraktion die Anträge der Linksfraktion ohne Ausnahme ablehnen werde. Auch der FDP-Politiker Heinrich L. Kolb signalisierte die Ablehnung der Anträge durch seine Fraktion. Auch er warf der Linksfraktion vor, von falschen Voraussetzungen auszugehen. Der SPD-Abgeordnete Anton Schaaf sprach von Diskussionsbedarf und forderte die Bundesregierung auf, eigene Konzepte vorzulegen. ver ||



Mitunter bleibt am Monatsende nur wenig von der Rente übrig.

## Strafe für Aggressoren

**MENSCHENRECHTE** Die Normierung eines Aggressionstatbestandes im Römischen Statut ist nach Darstellung der Bundesregierung ein „historischer Durchbruch“ für die Weiterentwicklung des Völkerrechts. Damit werde eine wesentliche Lücke der völkerrechtlichen Strafbarkeit geschlossen, heißt es im Gesetzentwurf des Bundesregierung (17/10975), der am vergangenen Donnerstag in erster Lesung im Bundestag beraten wurde und mit dem die Änderung im Statut ratifiziert werden soll. Die Einigung der Vertragsstaaten 2010 in Kampala (Uganda) markiere einen wichtigen Schritt beim Kampf gegen die Straflosigkeit schwerster Verbrechen, welche die internationale Gemeinschaft als Ganze betreffen, schreibt die Bundesregierung.

Für Michael Frieser (CDU) seien einzelne Staaten in „mühsamen Verhandlungen“ Kompromisse eingegangen, um das gemeinsame „höhere Ziel“ voranzubringen: ein umfassendes System internationaler Strafgerichtsbarkeit, die die nationale Strafverfolgung wirksam ergänze. Der SPD-Abgeordnete Christoph Strässer nannte die Einigung einen „historischen Erfolg“. Die Annahme der Aggressionsbestimmung und die Übernahme in deutsches Recht stellten deshalb einen „riesigen Schritt“ für die internationale Strafjustiz dar. Marina Schuster (FDP) bezeichnete die Einigung als „Meilenstein im internationalen Kampf gegen die Straflosigkeit“. Laut Stefan Liebich (Die Linke) sei die Definition des Verbrechens der Aggression historisch „gar nicht hoch genug zu bewerten, bei allen Abstrichen und vielen Kompromissen“. Volker Beck (Bündnis 90/Die Grünen) führte die praktischen Konsequenzen vor Augen: „Nun müssen Präsidenten oder Armeeführer damit rechnen, wegen völkerrechtswidriger Invasionen, Bombardements oder Blockaden anderer Länder persönlich zur Verantwortung gezogen zu werden.“ bob |



Die Kanzlerin und der Kandidat: Angela Merkel (CDU) und Peer Steinbrück (SPD) vergangene Woche im Bundestag

## Bankenaufsicht kommt 2013

**EU-GIPFEL** Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union haben sich auf ihrem Herbstgipfel Ende vergangener Woche in Brüssel auf einen Zeitplan für den Aufbau der umstrittenen europäischen Bankenunion geeinigt. Bis zum frühen Freitagmorgen hatten die Staats- und Regierungschefs um eine Lösung gerungen. Sie einigten sich darauf, dass bis zum Jahresende der rechtliche Rahmen für die



Präsident Hollande

Aufsichtsbehörde, die bei der Europäischen Zentralbank (EZB) angesiedelt sein wird, gefunden werden soll. Wann die Kontrollen über 6.000 Banken im Jahr 2013 wirklich ihre Arbeit aufnehmen können, ist momentan noch unklar. Dahinter steht vor allem die Frage, wann marode Banken direkte Hilfen aus dem Euro-Rettungsfonds ESM erhalten können. Voraussetzung dafür ist die Einsetzung der Bankenaufsicht. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bezeichnete den ausgehandelten Zeitplan als „schon sehr ambitioniert“. Ihr sei von Anfang an klar gewesen, dass der Aufbau einer solchen Behörde Zeit erfordere. Schließlich müssten dafür 200 bis 400 Mitarbeiter gesucht werden. „Das Ziel ist eine Bankenaufsicht, die diesen Namen auch verdient“, sagte Merkel. Auch Frankreichs Staatspräsident François Hollande sprach von einer „guten Einigung“.

Im Vorfeld des Gipfels hatte es zwischen Deutschland und Frankreich Streit über den Zeitplan gegeben. Frankreich und einige südliche Länder hatten darauf gedrängt, die Bankenaufsicht schon ab 1. Januar 2013 zu starten, während Deutschland und Staaten des Nordens mehr Zeit für die Umsetzung der Bankenunion gefordert hatten. Uneinigkeit zwischen den Staaten herrscht allerdings weiterhin über die Frage eines gemeinsamen Haushalts zwischen den Mitgliedsländern der Euro-Zone, die vor dem Gipfel von EU-Ratspräsident Herman van Rompuy ins Gespräch gebracht worden war. Frankreichs Präsident Hollande sprach sich dafür aus. Er sagte aber, ein Haushalt der Euro-Länder „sei kein Ersatz, sondern eine Ergänzung“ der nationalen Haushalte. Auch Deutschland begrüßt ein gemeinsames Eurozonen-Budget, den Bundeskanzlerin Merkel als „Solidaritätsfonds“ bezeichnete. Merkel möchte einen solchen Fonds für die Förderung gezielter Reformen verwenden etwa im Bereich der Wettbewerbsfähigkeit oder bei der Bildung.

Im Bereich der Außenpolitik sicherten die Staats- und Regierungschefs der Türkei im Konflikt mit Syrien ihre volle Unterstützung zu. Gleichzeitig zeigten sie sich zutiefst besorgt über die Lage in Syrien und forderten die dortigen Behörden auf, „die territoriale Unversehrtheit und die Souveränität aller Nachbarländer uneingeschränkt zu respektieren“.

Annette Sach |

# Duell auf Augenhöhe

**EUROPA** Die Kanzlerin betont die Solidarität mit Griechenland. Der Herausforderer hält ihr ein »Doppelspiel« in der Euro-Krise vor

Es ist das erste Rede-Duell zwischen Angela Merkel (CDU) und ihrem sozialdemokratischem Herausforderer Peer Steinbrück: Koalition und Opposition haben sich im Anschluss an die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin am vergangenen Donnerstag zum EU-Gipfel (siehe Beitrag links) einen heftigen Schlagabtausch zum weiteren Kurs in der Euro-Krise geliefert. Während die eine Seite der Bundesregierung vorwarf, der seit drei Jahren anhaltenden Krise zu spät, zu zögerlich und mit den falschen Instrumenten zu begegnen, attackierte die andere Seite Steinbrück als Kanzlerkandidaten ohne klare Linie und Programm.

Weigehend einig war man sich über die Fraktionsgrenzen hinweg jedoch in einem Punkt: Der Friedensnobelpreis, der der Europäischen Union Mitte Oktober zugesprochen wurde, sei Ansporn und Verpflichtung, die Probleme in Europa in den Griff zu bekommen. Bundeskanzlerin Angela Merkel nannte die Vergabe „eine wunderbare Entscheidung“ des Nobelpreis-Komitees. „Der Euro steht symbolhaft für die wirtschaftliche, soziale und politische Einigung Europas“, sagte Merkel und fuhr fort: „Ich wünsche mir, dass Griechenland im Euro-Raum bleibt.“ Die Lage dort sei alles andere als einfach, viele Reformen würden zu langsam vorangetrieben, dennoch hätte sie bei ihrem Besuch in Athen einen „ernsten Willen zur Veränderung“ in Politik und Gesellschaft erlebt.

**Durchgriffsrechte** Rückendeckung gab die Kanzlerin ihrem Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) mit seinen Vorschlägen für eine Aufwertung des EU-Währungskommissars. Deutschland sei dafür, der EU-Kommission bei Verstößen gegen die Haushaltsdisziplin „echte Durchgriffsrechte gegenüber den nationalen Haushalten zu gewähren“, sagte Merkel. Als neues Instrument brachte die Kanzlerin einen Fonds ins Gespräch, der aus den Mitteln der Finanztransaktionssteuer gespeist werden könnte und Reformen in den Mitgliedsländern unterstützen soll:

„Nicht alle Länder werden gleichzeitig ihre Haushaltskonsolidierung und die notwendigen Investitionen in Zukunftsaufgaben schaffen“, sagte Merkel.

Peer Steinbrück warf der Bundeskanzlerin vor, keine klare Linie in der Euro-Politik zu finden und stattdessen ein „Doppelspiel“ zu betreiben. Merkel sei Getriebene, die zu vielem so lange Nein sage, bis der Druck im Kessel so stark werde, dass sie schließlich Ja sagen müsse. So werde es weitere Hilfen für Griechenland geben, und es werde über ein womöglich drittes Hilfspaket im Bundestag abzustimmen sein: „Sagen Sie es endlich den Menschen“, mahnte Steinbrück. Merkel habe über Monate ein „Mobbing“ gegen Griechenland aus den Reihen ihrer Koalition zugelassen. Weder Helmut Kohl noch ein anderer Vorgänger hätten akzeptiert, einen EU-Partner „derart für innenpolitische Händel“ zu missbrauchen.

Ins Gericht ging Steinbrück mit den Rezepten der Koalition: „Aus einer einseitigen Krisenanalyse folgt eine einseitige Therapie: Sparen, sparen, sparen.“ Dabei strengte sich die Koalition selbst viel zu wenig an, um das deutsche Haushaltsdefizit zu senken. „Vorsichtig formuliert: Es gibt von dieser Bundesregierung keine Vorreiterrolle beim Schuldenabbau in Europa.“

**Bankenunion** Steinbrück forderte mehr Anstrengungen bei der Regulierung von Banken und Finanzinstituten. Zur geplanten Bankenunion müsse ein Fonds zur Rekapitalisierung von Instituten gehören, der allerdings nicht von den Steuerzahlern, sondern von den Banken selbst getragen wird. Steinbrück machte deutlich, dass Europa mehr als ein „Wechselbalg der Ratingagenturen“ sei. „Wir merken, dass uns diese Krise mehr als Geld kosten könnte – nämlich die Legitimation“ durch die Bürger. Rainer Brüderle kritisierte, Steinbrück selbst habe in der Euro-Krise laviert: „Steinbrück weiß es besser, aber immer erst hinterher“, sagte der FDP-Fraktionsvorsitzende und fragte: „Wo bleibt ihr Plan für Deutschland, für Europa?“ Die SPD wolle Steuererhöhun-

gen in Höhe von 30 Milliarden Euro, die Grünen eine Vermögenssteuer, die „Millionen und nicht Millionen“ treffe. Solche Rezepte würden die deutsche Wirtschaft direkt in die Rezession führen, sagte Brüderle. Für Griechenland gelte nach wie vor: keine Leistung ohne Gegenleistung. „Ein Fass ohne Boden darf es nicht geben.“ Der Fraktionsvorsitzende der Linken, Gregor Gysi, kontierte: Das Land werde durch die Sparauflagen in eine so tiefe Rezession gestürzt, dass es die Hilfskredite gar nicht zu zurückzahlen könne. Die Bundesregierung bezichtigte Gysi deshalb einer „schweren Untreue zum Nachteil“ der Steuerzahler. An Griechenland dürfe „kein Exempel statuiert werden, wie das der weltberühmte bayerische Ökonom Markus Söder forderte“, sagte Gysi.

**Demokratische Kontrolle** Der Vorsitzende der Unionsfraktion, Volker Kauder, stärkte die Bundeskanzlerin auf dem Weg zum EU-Gipfel den Rücken: „Die Richtung stimmt. Wir stehen hinter Ihrer Politik in Europa“, sagte Kauder. Er pochte jedoch auf parlamentarische Kontrolle. Ein Mehr an Europa dürfe nicht ein Mehr an Bürokratie, sondern müsse „ein Mehr an demokratischer Legitimation bedeuten“. Einer Übertragung von Kompetenzen ohne parlamentarische Kontrolle werde seine Fraktion nicht zustimmen. Die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Renate Künast, warf der Bundesregierung vor, ohne Plan und Kompass zu agieren: Sie sei wieder zu spät und falle am Ende doch um, sagte Künast mit Blick auf die gemeinsame Haftung über EZB-Anleihen. Statt die Karten auf den Tisch zu legen und zum Beispiel klarzustellen, dass es ein drittes Hilfspaket an Griechenland geben werde, mache die Bundesregierung „wilde und unabgestimmte Vorschläge“ – etwa zu einem Sperrkonto für Athen und zu einem „Superkommissar“, der über den Haushalten souveräner Mitgliedstaaten den Daumen hebe oder senke. Das Mindeste sei, dass ein solcher Kommissar vom Europäischen Parlament gewählt und auch abberufen werden könne, sagte Künast. Alexander Heinrich |

## AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

### 350.000 Syrer auf der Flucht

**MENSCHENRECHTE** Deutschland will seine Hilfe für syrische Flüchtlinge um fünf Millionen auf 28,3 Millionen Euro aufstocken. Damit sollen die medizinische Versorgung verbessert und Vorbereitungen für den Winter getroffen werden, teilte das Auswärtige Amt am vergangenen Donnerstag mit. Mit seinen Mitteln der humanitären Hilfe will Deutschland „einen Beitrag zur Linderung der Not leisten“, sagte Außenminister Guido Westerwelle (FDP). Deutsche Hilfsorganisationen und das Technische Hilfswerk (THW) arbeiteten gemeinsam mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) daran, die Situation der Flüchtlinge zu verbessern. UNHCR-Kommissar António Guterres warnte zuvor vor einer Zuspitzung der humanitären Lage der Flüchtlinge rund um Syrien. Rund 350.000 Menschen hätten seit Beginn der Proteste ihrer Heimat den Rücken gekehrt und seien vor allem in die Nachbarländer Türkei, Jordanien, Libanon und Irak geflohen, sagte Guterres vergangene Woche im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Die Dunkelziffer dürfe nochmals höher liegen, da ein beträchtlicher Teil sich nicht als Flüchtlinge offiziell registrieren ließe. Allein die Türkei habe mehr als 100.000 Flüchtlinge in Lagern aufgenommen, berichtete Guterres. Die internationale Staatengemeinschaft sei gefordert, die Nachbarländer Syriens mit diesem Problem nicht allein zu lassen.

Guterres sprach von einer „Multiplizierung der Krisen“ innerhalb der letzten beiden Jahre und nannte als Beispiele für 2012 die Krisen in Somalia, Sudan und Südsudan und Mali. Mit über 800.000 Menschen, die allein 2011 aus ihrem Heimatland fliehen mussten, habe die Anzahl von neuen Flüchtlingen seit 2000 einen neuerlichen Höchststand erreicht. Guterres äußerte zudem den Wunsch, dass die Europäische Union deutlich mehr Anstrengungen zur Harmonisierung des Asylrechts in den Mitgliedsländern unternehme. Derzeit gebe es in Europa ein „Asylrecht à la carte“, bei dem die Chance auf Anerkennung in einem Land bei neun und in einem anderen Land bei über 30 Prozent liegen würde. Die Chance auf Schutz vor Verfolgung müsse in Europa überall gleich sein. Im Augenblick sei das System zudem kaum balanciert – etwa was den Lastenausgleich zwischen den EU-Mitgliedsländern angeht. Als praktisches Beispiel für „Dysfunktionalitäten“ im europäischen Asylsystem nannte Guterres Griechenland, in dem es bis vor kurzem kein Asylrecht gegeben habe, obgleich etwa die Hälfte aller Asylbewerber in der EU über Griechenland einreisen würden. In einigen griechischen Behörden würden die Anträge auflaufen und unbearbeitet bleiben, die Situation sei teilweise „sehr besorgniserregend“. Er wünsche sich eine deutlich „proaktivere Haltung“ der Europäischen Union, sagte Guterres. ahe |

### Berlin will Bremsen für EU-Haushalt

**FINANZEN** Die Verhandlungen über den EU-Haushalt 2014-2020 sind in der heißen Phase. Am Freitag will die zypriische EU-Ratspräsidentschaft ihre Vorschläge vorlegen. „Wir werden dann prüfen, wie sich dies zu unseren Zielen verhält“, sagte der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Michael Link (FDP), vor dem EU-Ausschuss am vergangenen Mittwoch. Nach seiner Auffassung nimmt die derzeitige Ratspräsidentschaft durchaus Rücksicht auf die Wünsche von EU-Nettozahlern wie Deutschland. Link führt für Berlin die Verhandlungen in Brüssel. Er bekräftigte das Ziel der Bundesregierung, dass die mittelfristigen Ausgaben der EU bei 1,0 Prozent des Bruttonationaleinkommens der EU gedeckelt blieben, was rund einer Billion Euro entspricht. Die EU-Kommission strebt 1,1 Prozent an, was den Etat um rund 100 Millionen Euro steigen ließe. EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy hat für den 22. und 23. November zu einem Sondergipfel zum mehrjährigen Finanzrahmen geladen. Laut Link steht die Bundesregierung unter anderem im engen Kontakt mit Großbritannien, um die Verhandlungsspielräume auszuloten. Großbritannien, das auf seinem unter Ex-Premierministerin Margaret Thatcher erkämpften Beitragsrabatt beharrt, strebt eine deutliche Senkung des nächsten EU-Haushalts an. Laut Link sollen die EU-Gelder künftig „gezielter eingesetzt werden“. Die Bereiche Wachstum, Beschäftigung und Innovation müssten stärker berücksichtigt werden. Deshalb müsse es auch „Aufwuchsbremsen“ für die beiden größten Ausgabenposten Agrar- und

Kohäsionspolitik (für ärmere Länder und Regionen) geben, „sonst verschlechtert sich die Nettozahlerrolle Deutschlands“. Deutschland war auch 2011 mit knapp neun Milliarden Euro wieder größter Nettozahler in der EU. Auch für Agrar und Kohäsion „gibt es keine Volumengarantie“ beim nächsten EU-Etat, sagte Staatsminister Link. Um hier Missbrauch und Fehlentwicklungen zu verhindern, müsse es künftig „Sanktions- und Reaktionsmöglichkeiten geben“, damit die EU-Förderung nicht sieben Jahre lang falsch laufe. Der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Stefan Kapferer, erwartet, dass die Kosten für den auf 20 Milliarden Euro geschätzten Leistungsausbau für die deutsche Energiewende nur zum geringen Teil EU-finanziert werden könne. Mittel könne es allenfalls für die Stromverbindungen zu anderen EU-Ländern geben. Die SPD-Fraktion unterstützte die deutsche Position, künftig EU-Mittel mehr auf die Bereiche Wachstum und Innovation zu konzentrieren. Bei den 80 Millionen Euro, die für Innovationsförderung eingeplant seien, seien aber bereits 78 Millionen für die Fortführung bisheriger Programme reserviert. Dies sei problematisch. Die Linksfraktion monierte, dass im Euro-Land Griechenland durch die Troika eine Politik betrieben werde, „die gegen Wirtschaftswachstum gerichtet ist“. Laut Fraktion Bündnis 90/Die Grünen widerspricht der ganze Fiskalpak der Euro-Länder einer gewünschten Konzentration der Politik auf Wachstum in der Europäischen Union. Damit widerspreche sich die Bundesregierung selbst. kru |

## Streit ums Budget

**EU-PARLAMENT** Abgeordnete gegen Pläne der Mitgliedstaaten

Die Europaabgeordneten wollen den EU-Mitgliedstaaten in den Verhandlungen um den EU-Haushalt 2013 die Stirn bieten. An diesem Dienstag werden sie im Plenum mit großer Wahrscheinlichkeit die Kürzungen der Mitgliedstaaten ablehnen, nachdem der Haushaltsausschuss bereits mit einer deutlichen Mehrheit dagegen gestimmt hat. Viele Europaabgeordnete sind verärgert, dass die Mitgliedstaaten der EU neue Aufgaben zuweisen, diese dann aber nicht finanzieren wollen. „Zu Recht haben sich die Mitgliedstaaten in der Vergangenheit für eine Stärkung von Europas Wettbewerbsfähigkeit ausgesprochen“, sagt Helga Trüpel, haushaltspolitische Sprecherin der Grünen. „Mit den geforderten Kürzungen macht der Rat aber genau diese Investitionen unmöglich“, erklärte sie. Die Mitgliedstaaten der EU möchten die Ausgaben 2013 um lediglich 2,8 Prozent erhöhen. Das Europäische Parlament folgt dagegen dem Ansatz der Kommission, die

einen Anstieg von 6,8 Prozent auf 138 Milliarden Euro vorgesehen hatte. Eine solche Größenordnung sei notwendig, so die Argumentation der Abgeordneten des Parlaments, damit die EU ihre Zahlungsverpflichtungen leisten könne.

**Haushaltslücken befürchtet** Nachdem die EU-Staaten im vergangenen Jahr den Haushalt für 2012 gekürzt haben, sind nun die Mittel für Forschung oder den Erasmus-Studienaustausch so knapp geworden, dass noch im Oktober ein Nachtragshaushalt beschlossen werden muss. Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, der konservative Franzose Alain Lamassoure, beziffert die Haushaltslücke auf zehn Milliarden Euro. Hinzu kommt: Der Haushalt 2013 bildet die Grundlage für die Verhandlungen über die EU-Finanzausstattung von 2014 bis 2020 (siehe Beitrag oben). Er setzt damit folglich ein Signal für die künftige Ausgabenpolitik. Nach der Abstimmung im Europäischen

Parlament haben Abgeordnete und Mitglieder 21 Tage Zeit, eine gemeinsame Linie zu finden. Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz (SPD), twitterte bereits: „Das Parlament wird sicherstellen, dass Wachstum und Jobs keine leeren Wörter bleiben, sondern dass wir sie angemessen finanzieren.“ Jutta Haug (SPD), stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses, fordert ihre Kollegen auf, bei den Gesprächen nicht einzuknicken: „Hier muss das Parlament seine Standhaftigkeit beweisen.“ Silke Wetzack |



Wollen mehr Geld für Europa: Der Präsident des EP, Martin Schulz (l.) und EU-Kommissionspräsident Barroso

**KURZ NOTIERT**

**SPD und Grüne pochen auf Unterrichtung in EU-Fragen**

SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben die Bundesregierung im Zusammenhang mit den EU-Hilfen für Portugal aufgefordert, künftig sicherzustellen, dass der Bundestag frühzeitig und umfassend unterrichtet wird. In einem Antrag (17/11009) verlangen sie, dass die innerstaatlichen Verfahrensschritte von Ratsentscheidungen künftig so gestaltet werden sollen, dass die verfassungsmäßigen und gesetzlichen Beteiligungsrechte des Bundestages gewahrt werden können. Zudem soll der Bundestag fortlaufend über die Umsetzung des Anpassungsprogramms in Portugal unterrichtet werden. Der Antrag wurde vergangenen Donnerstag mit den Stimmen der beiden Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von SPD und Grünen bei Enthaltung der Linken abgelehnt. **as**

**Beitrittsperspektive für die Länder des westlichen Balkans**

Die SPD ist mit einer Initiative zur Stabilisierung des westlichen Balkans gescheitert. Ihr Antrag (17/9744) wurde vergangenen Donnerstag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Linken bei Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt. Die Sozialdemokraten hatten gefordert, die politische, wirtschaftliche und soziale Stabilisierung des westlichen Balkans „mit Nachdruck“ zu unterstützen und dafür ausreichende Mittel zur Verfügung stellen. Die Zusage des Gipfels von Thessaloniki von 2003, wonach alle Länder die Perspektive einer Mitgliedschaft in der EU hätten, sei „im Sinne einer glaubwürdigen EU-Erweiterungspolitik ausdrücklich zu bekräftigen und einzuhalten“. **bob**

**Beteiligung von Frauen in Friedensprozessen**

Die SPD hat sich mit einer Initiative zur raschen Umsetzung der UN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ nicht durchsetzen können. Ein entsprechender Antrag der Fraktion (17/8777) wurde am vergangenen Donnerstag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von SPD und Grünen bei Enthaltung der Linken abgelehnt. Die Sozialdemokraten hatten die Bundesregierung aufgefordert, „unverzüglich“ einen „Nationalen Aktionsplan“ zur Umsetzung der UN-Resolution vorzulegen und entsprechend zu budgetieren. Die Resolution fordere, „Frauen in allen Phasen der Konfliktbewältigung und Konfliktprävention aktiv einzubinden und ihren Schutz in bewaffneten Konflikten sicherzustellen“. **bob**

**Menschenrechte im Südkaukasus**

Eine Initiative der Linken für die Förderung der Menschenrechte im Südkaukasus hat vergangenen Donnerstag keine Mehrheit gefunden. Einen entsprechenden Antrag (17/7645) lehnten die Fraktionen von Union, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen ab. Die Linke hatte die Bundesregierung aufgefordert, in Gesprächen mit den Regierungen von Georgien, Armenien und Aserbaidschan die problematische Menschenrechtslage in den drei Ländern zu thematisieren. In der Menschenrechts-, Entwicklungs- und Außenpolitik Deutschlands müssten den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten der gleiche Stellenwert eingeräumt werden wie den bürgerlichen und politischen. **ahh**



Graffiti in Moskau im Jahre 2012: Für Präsident Wladimir Putin ist Russland noch nicht reif für eine Demokratie nach westlichem Vorbild. Das Aufbegehren der Zivilgesellschaft seit 2011 dürften ihn jedoch überrascht haben.

# Offene Türen und offene Worte

**RUSSLAND** Außenpolitiker aller Fraktionen sprechen sich für mehr Flexibilität bei der Visavergabe aus

Die politische Entwicklung Russlands gibt Anlass zur Sorge. Korruption, politische Einflussnahme auf die Justiz, Unterdrückung der Zivilgesellschaft und unaufgeklärte politische Morde waren nur einige Punkte, die während der Russland-Debatte im Bundestag am vergangenen Freitag aufgezählt wurden. Bei der Feststellung der Defizite herrschte Einigkeit unter den Fraktionen.

Auch wenn eine Russland-Debatte niemals ohne die Erinnerung an die im Zweiten Weltkrieg an und in Russland verübten Verbrechen verlaufen könne, sei eine „Kalter Krieg-Rhetorik“ ebenso fehl am Platz wie ein voraussetzendes Verständnis für Fehlentwicklungen, machte die Menschenrechtsexpertin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Marieluise Beck, deutlich. Ihre Geduld mit der Regierung Putin sei gleichwohl erschöpft. „Der Krell in seiner jetzigen Verfassung ist kein verlässlicher Partner für die Modernisierung“, betonte sie. Adressat der Bemühungen für eine Modernisierung Russlands müsse vielmehr die Zivilgesellschaft sein. „Wir brauchen einen langen Atem und politische Phantasie.“ Mit der Visafreiheit habe man aber ein wichtiges Instrument in der Hand. „Die Erfahrung einer offenen Gesellschaft, die Begegnung mit Freiheit und freier Kultur und Vielfalt ist das süßeste Gift gegen autoritäre Regierungen“, sagte Beck. Ihre Kollegen rief sie dazu auf, sich gemeinsam den Innenpolitikern entgegenzustellen, die diesen „friedlichen“ Weg blockieren würden.

Nicht nur die Oppositionsredner, sondern auch Patrick Kurth (FDP) unterstützte die Forderung nach einer „Verbesserung des Visaregimes“, da durch die derzeitige strenge Regelung Brücken abgebrochen würden. Statt Beifall handelte er sich für dieses Bekenntnis jedoch Schelte des Außenexperten der Linkenfraktion, Wolfgang Gehrke, ein. „Setzen Sie in ihrer Fraktion Änderungen durch, statt hier an die Innenpolitiker zu appellieren“, sagte Gehrke. Auch für ihn stehe die Visafreiheit an erster Stelle. Man signalisiere mit der jetzt gültigen Regelung, „ihre seid uns nicht willkommen“, kritisierte er.

**Auf Augenhöhe** Der Linken-Abgeordnete forderte zudem deutlich zu machen, dass die Diskussion mit dem Ziel geführt werden sollte, Russland einen Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit, weniger Armut und mehr Demokratie aufzuzeigen. Dies dürfe jedoch nicht „von oben herab“, sondern müsse auf Augenhöhe geschehen. „Auch wir können etwas von der Entwicklung in Russland lernen“, sagte Gehrke. Deutschland sei nicht der „dominante Erziehungsbeauftragte Russlands“, gab Patrick Kurth zu bedenken. Es helfe andererseits auch nicht, wenn sich Deutschland von Russland abwende. Die Entwicklungen im Land seien gleichwohl „besorgniserregend“. Eine Reformbereitschaft Putins sei nicht zu erkennen, befand der Liberale. In Anspielung auf eine Aussage des ehemaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder (SPD) sagte Kurth: „Putin ist offenbar doch kein so lupenreiner Demokrat.“

Der SPD-Abgeordnete Franz Thönnes revidierte sich für die Äußerung mit der Feststellung, dass die Koalition keine gemeinsame Linie in der Russlandpolitik verfolge. Zumindest habe sie – anders als SPD und Grüne – keinen Antrag vorgelegt. Thönnes erinnerte daran, dass auch Deutschland ei-

Rechtsstaatlichkeit zu verankern. „Das Recht des Stärkeren gilt es durch die Stärkung des Rechts zu ersetzen.“ Die Bundesregierung sei sich der Problematik in Russland bewusst, sagte Frank Heinrich (CDU) und bezog sich auf die Antwort der Regierung (17/9521) auf eine Große Anfrage

schaft müsse es dann auch möglich sein, seine Meinung zu äußern. Neben der erwähnten Großen Anfrage diskutierten die Abgeordneten auch Anträge der Fraktionen von SPD- und Grünen (17/11005, 17/11002). Die Sozialdemokraten fordern in ihrer Vorlage die Bundesregierung auf, den russischen Präsidenten Wladimir Putin an seine Zusagen hinsichtlich der Stärkung der Meinungs- und Pressefreiheit, des Aufbaus einer unabhängigen Justiz sowie der Modernisierung der Wirtschaft, der Verwaltung und des Bildungssystems zu erinnern. Russland sei „mitunter ein unbequemer“, aber auch unverzichtbarer Partner bei der Bewältigung globaler Probleme, heißt es in der Vorlage. Egal, ob es um die iranische Nuklearfrage, die Überwindung des Bürgerkriegs in Syrien oder der Stabilisierung Afghanistans gehe: Eine Lösung der genannten Konflikte ohne oder gegen Russland sei kaum vorstellbar, stellt die SPD-Fraktion fest.

**Justizreformen** Die Grünen weisen in ihrem Antrag auf die „rechtsstaatlichen Defizite“ in Russland hin. Die Bundesregierung solle insbesondere die fehlende Unabhängigkeit der Justiz thematisieren und Angebote zu deren Reform vorlegen. Weiterhin soll die Regierung sich bei der russischen Regierung für die Gewährleistung der Entwicklungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft durch das Beenden der Verfolgung unabhängiger und kritischer Nichtregierungsorganisationen unter straf- und steuerrechtlichen Vorwänden sowie eine entsprechende Revision des NGO-Gesetzes einsetzen. **Gotz Hausding**



Demonstration gegen die russische Führung Ende 2011 in Moskau

nen langen Weg vom Kaiserreich über den Zerfall der Weimarer Republik, die Hitlerdiktatur und die Diktatur in der DDR genommen habe. „Auch bei uns ist nicht alles von heute auf morgen gegangen“, betonte er. Bei dem historischen Prozess in Russland brauche man einen langen Atem. Ziel müsse sein,

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/7541). Bei aller Kritik aber, sagte Heinrich, teile er die Sicht der Regierung, wonach es auch einer Wertschätzung bedarf für vieles, das erreicht worden sei. „Deutschland und Russland sollten Partner und Freunde sein“, sagte Heinrich. Innerhalb dieser Partner-

**AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN**

## Rechte indigener Völker im Fokus

**ENTWICKLUNG** Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sind mit ihrer Forderung gescheitert, den Schutz der Rechte indigener Völker für die Bundesrepublik Deutschland völkerrechtlich verbindlich zu machen. Einen entsprechenden Antrag (17/5915) lehnten die Koalitionsfraktionen von Union und FDP vergangene Woche im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ab, die Fraktion Die Linke votierte für den Antrag. Sozialdemokraten und Grüne hatten darin die Bundesregierung aufgefordert, dem Bundestag die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über eingeborene und in Stämmen lebende Völker umgehend zur Ratifizierung vorzulegen.

Die wirtschaftlichen Aktivitäten deutscher Unternehmen berührten deren Lebensverhältnisse ebenso wie die deutsche Außen-, Wirtschafts-, Umwelt- und Entwicklungspolitik. Die Konvention 169 sei das einzig völkerrechtlich verbindliche Dokument, das die Rechte indigener Völker weltweit und umfassend anerkennt, heißt es im Antrag weiter. Sie verhindere Diskriminierung, garantiere das Recht auf traditionelles Land und Territorien, das Recht auf kulturelle und selbstbestimmte Entwicklung und das Recht der indigenen Völker, ihre politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systeme aufrechtzuerhalten.

Vertreter von Union und FDP begrüßten das Anliegen, unterstrichen jedoch, dass die ILO-Konvention nicht der richtige Lösungsansatz sei. Die Bundesregierung trete mit ihrer Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik für die Rechte indigener Völker ein, hieß es aus der FDP-Fraktion. Eine Vertreterin der Unionsfraktion sprach von einer „Haftungsumkehr“, sollte die Bundesrepublik die Konvention ratifizieren. Deutschen Unternehmen würden Haftungs- und Prozessrisiken aufgebürdet, die womöglich kontraproduktiv für Investitionen in Entwicklungsländern seien. Für die Einhaltung der Rechte der indigenen Völker seien nicht die Investoren, sondern in erster Linie die Staaten selbst verantwortlich. Ein Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen widersprach: Die Verantwortung der Investoren in Entwicklungsländern könne nicht einfach an womöglich korrupte Regierungen abgeschoben werden. Ein Vertreter der Linkenfraktion bezeichnete den Anwendungsbereich der ILO-Konvention 169 als „extraterritoriale Staatenpflicht“, mit der die Rechte indigener Völker verbindlicher gemacht würden. Eine Vertreterin der SPD-Fraktion nannte die Konvention eine „gute Grundlage“, um im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit für bessere Gesundheitsbedingungen, Bildung und Mitspracherechte indigener Völker zu sorgen. **ahh**

## Klitschko kämpft sich auf den zweiten Platz

**UKRAINE** Die Partei des Box-Weltmeisters sammelt im Parlamentswahlkampf Stimmen gegen Janukowitschs Lager

Seine berühmten Fäuste schwingt Boxweltmeister Vitali Klitschko nun im ukrainischen Wahlkampf. Mit harten Worten kritisiert der 41-Jährige ein Klima der Einschüchterung in der Ex-Sowjetrepublik. Schuld daran sei Präsident Viktor Janukowitsch, attackiert er den politischen Gegner. Klitschko bringt zu Auftritten seiner Partei „Udar“ („Schlag“) oft Tausende Zuhörer zusammen. An diesem Herbsttag stehen vier Kundgebungen an, der Höhepunkt soll am 28. Oktober in der Hauptstadt stattfinden. Meist erhält er Applaus, manchmal wollen die Leute nur ein gemeinsames Foto mit ihrem berühmten Landsmann. „Ich kämpfe für eine demokratische Ukraine“, betont Klitschko bei jedem Auftritt. Vor der Parlamentswahl am 28. Oktober liegt „Udar“ in einer Umfrage der Stiftung „Demokratische Initiativen“ mit 16 Prozent auf dem zweiten Platz, gefolgt vom Bündnis „Vereinigte Opposition“ (15 Prozent), dem auch die „Vaterlands-Partei“ der inhaftierten früheren Ministerpräsidentin Julia Timoschenko angehört. Mit 23 Prozent hat die „Partei der Regionen“ des Präsidenten Janukowitsch die Nase vorn. Mit „fünf Schlägen“ wolle er das Leben der 46 Millionen Ukrainer verbessern, sagt Klitschko in Schopla rund 200 Kilometer südlich von Kiew. „Wir brauchen Korrupti-

onsbekämpfung, mehr Mitbestimmung für die Bürger, gleiche Chancen für alle, lokale Selbstverwaltung und europäische Lebensstandards“, ruft der Udar-Vorsitzende den Zuhörern zu. Einige nicken, viele schauen skeptisch. Zu oft schon haben sie solch schöne Reden gehört, ohne dass sich ihr Leben verbesserte. Klitschko spricht über die fehlenden Perspektiven der Jugend, die schlechte medizi-



„Udar“-Gründer Vitali Klitschko

nische Versorgung und über Arbeitslosigkeit – ein zentrales Thema hier in Schopla. Viele der 18.000 Einwohner sind nach der Schließung der örtlichen Textil- und Brotfabriken erwerbslos. Klitschko spricht eine halbe Stunde, dann wandert das Mikrofon an die Menge. „Was machen Sie mit abtrünnigen Abgeordneten?“, will eine Frau wissen. Der Kandidat schwingt demonstrativ seine Faust. „Sie können sich nicht vorstellen, was ich mit ihnen machen werde“, sagt Klitschko. Die Menschen lachen.

Weiter geht es nach Smela, 50 Kilometer ostwärts. Ein Möbel- und ein Maschinenwerk sorgen in der Stadt mit 70.000 Einwohnern für ein bescheidenes Einkommen. Klitschko stellt den Udar-Direktkandidaten Andrej Kolesnik vor, doch der Ex-Bürgermeister ist nicht bei allen beliebt. Seine Gegner werfen ihm vor, beim Privatisieren der Energie und Wasserwirtschaft Verwandte bedacht zu haben. Klitschko verteidigt seinen Kandidaten, es hagelt kritische Fragen. Trotz vieler Zweifel gibt es in der Stadt auch klare Anhänger des Oppositionspolitikers. Tatjana Gerassimenko zum Beispiel will Udar wählen. Dass die Führung in Kiew das Rentenalter von 55 auf 60 Jahre anhebe, sei ein Skandal, sagt die 52-Jährige. Falls Klitschko an die Regierung komme, werde er dies ändern, da ist sie sicher.

Am Abend steht für Klitschko die letzte Veranstaltung des Tages in Tscherkassy an, einer 300.000-Einwohner-Stadt im Zentrum der Ukraine 150 Kilometer südöstlich von Kiew. Etwa 5.000 Menschen warten schon ungeduldig auf dem Theaterplatz. Eine Videoleinwand zeigt Szenen von Boxkämpfen des Kandidaten, Trommler auf der Bühne heizen die Stimmung an, rote Udar-Fahnen dominieren den Veranstaltungsort. Jeder Teil seiner Rede wird mit Applaus bedacht.

**Junge Wähler** Klitschko hat das mehrheitlich junge Publikum offenbar überzeugt. Wladimir Jurtchenko wird ihn „auf jedem Fall“ wählen. „Alles muss anders werden, so kann man nicht mehr leben“, sagt der 35-jährige Systemadministrator. Die 23-jährige Viktoria Dantschuk hofft als Alleinerziehende auf ein Ende der Korruption. „Überall muss ich Bestechungsgeld zahlen – im Kindergarten, in der Schule, sogar auf der Entbindungsstation“, klagt sie. Klitschkos Wahlkampfteam fährt unterdessen weiter. Rund 600 Kilometer hat der Sportler heute absolviert. Wenn am 28. Oktober im zweitgrößten Flächenstaat Europas die Wahllokale öffnen, wird er im Kampf um Stimmen mehr als 30.000 Kilometer zurückgelegt haben. **dpa/ahh**

# »Transparenz schafft Vertrauen«

## SIEGFRIED KAUDER UND ULRICH KELBER

Die beiden Bundestagsabgeordneten streiten über die stärkere Offenlegung von Nebeneinkünften. Bei einigen Berufsgruppen wird es schwierig, sagt der CDU-Abgeordnete Kauder. Für den SPD-Mandatsträger Kelber ist es vor allem wichtig, dass Wähler wieder mehr Vertrauen in die Politik bekommen

**Herr Kauder, Herr Kelber, die SPD schlägt vor, dass Nebeneinkünfte von Abgeordneten künftig auf Euro und Cent angegeben und auch Auftraggeber und Veranstalter genannt werden müssen. Herr Kauder, was halten Sie davon?**

**Kauder:** Das bringt doch nichts – außer mehr Aufwand für den Betroffenen. Ist es wirklich so entscheidend, ob ein Honorar 3.700 Euro oder 3.751 Euro und 22 Cent beträgt?

**Kelber:** Grundsätzlich ist es zunächst einmal gut, dass eine Debatte, die seit Jahren schwelt, wieder mehr Aufmerksamkeit erfährt. Denn Aufmerksamkeit ermöglicht immer, dass eines Tages Entscheidungen erzwungen werden. Ja, Transparenz nutzt allen, vor allem auch den Abgeordneten selbst. Neben Transparenz brauchen wir Bestrafung von Korruption und ein klares Lobbyisten-Register.

**Wenn Sie auf die Aufmerksamkeit für das Thema hinweisen, Herr Kelber: Hat die SPD eigentlich damit gerechnet, dass die Nominierung ihres Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück diese Debatte auslöst?**

**Kelber:** Darüber wurde gesprochen, aber die Geschwindigkeit, mit der die Entscheidung für die Kandidatur getroffen wurde, hat es unmöglich gemacht, alles im Detail vorzubereiten. Eines ist auch klar: Peer Steinbrück hat seine Nebeneinkünfte nach allen geltenden Regeln veröffentlicht. Regeln übrigens, die Rot-Grün 2005 noch im Alleingang durchgesetzt hat. Jetzt würden wir gern mehr machen. Jahrelang hat es in der Rechtsstellungskommission nicht geklappt, mehr Transparenz bei Nebeneinkünften durchzusetzen. Wir werden das aber jetzt vehement vorantreiben.

**Kauder:** Langsam. Haben Sie denn auch bedacht, dass es Berufsgruppen gibt, bei denen Sie die Transparenz gar nicht erreichen können? Beispielsweise bei Rechtsanwälten, wie ich einer bin.

**Kelber:** Das ist doch nicht wirklich ein Problem: Wir machen eine Grundsatzregelung und zusätzlich Spezialregelungen für bestimmte Personengruppen. Aber auch Anwälte werden in Zukunft deutlich machen müssen, womit sie ihr Geld verdienen. Ich finde schon, dass beispielsweise ein Abgeordneter, der als Anwalt für einen Energiekonzern arbeitet, das erläutern muss, wenn er politisch im Energiebereich tätig ist.

**Kauder:** Das ist nicht zulässig, weil der Anwalt dann gegen den Mandantenschutz verstößen würde.

**Kelber:** Mandantenschutz? Wieso das denn? Niemand verlangt, dass der genaue Auftraggeber preisgegeben wird. Wohl aber, um welche Branche es sich handelt.

**Kauder:** Ich bleibe dabei: Da könnte es Probleme geben, die nicht lösbar sind.

**Kelber:** Ich kann nur immer wieder bei Abgeordneten werben: Transparenz schafft Vertrauen. Ich mache das jetzt seit zwölf Jahren sehr nachvollziehbar auf meiner Website. Und wissen Sie, was passiert? Menschen begeistern sich für Politik, weil die gängigen Vorurteile entkräftet werden.

**Kauder:** Ja, ja, das ist alles schön und gut. Aber es geht auch um die, die einen Anwalt beauftragen und die Frage, wo deren Schutz

bleibt. Ein Problem haben übrigens auch Anwalts-Gesellschaften. Wenn der Mitgesellschafter eines Abgeordneten nicht möchte, dass sein Einkommen publik wird, der Abgeordnete sein Einkommen aber veröffentlicht, lässt sich über die Verteilung der Anteile in der Kanzlei errechnen, wie viel der Mitgesellschafter verdient. Das geht doch nicht, da muss es Grenzen geben.

**Kelber:** Das sehe ich auch so. Diese Grenzen sind übrigens auch im SPD-Entwurf enthalten. Uns geht es um Abgeordnete, die – kaum im Bundestag – auf einmal zu Beratern von Firmen werden, mit denen sie in ihren Aus-

„ Man kann das Ganze nicht aus dem Ärmel schütteln, denn die Themen Offenlegen der Nebeneinkünfte und Vorteilsannahme hängen doch irgendwie zusammen. „

Siegfried Kauder

schüssen zu tun haben. Da reicht es dann nicht zu sagen: Kunde eins, Einkommensstufe drei. Das will ich dann genauer wissen.

**Kauder:** Wenn wir schon einmal dabei sind, sage ich Ihnen, was wir außerdem regeln müssen: Es wäre nicht schlecht, wenn aus Gesetzentwürfen der Ministerien hervorginge, wer die ausgearbeitet hat.

**Kelber:** Zunächst wäre es gut, wenn der Bundestag seine eigenen Regeln macht. Aber dann: Ja, wunderbar, ein Lobbyisten-Register gehört auch dazu. Haben wirklich Ministeriumsmitarbeiter oder irgendwelche Lobbyisten Gesetzentwürfe gemacht? Ist alles schon da gewesen. Und schließlich gehört das Stichwort Abgeordnetenbestechung noch in das Paket. Da habe ich mich über Sie, Herr Kauder, gefreut, als Sie ankündigten, Ihre bisherige Haltung zu überdenken. Denn es kann doch nicht wahr sein, dass Deutschland im Gegensatz zu 162 anderen Ländern die UN-Konvention nicht unterschreibt.

**Kauder:** Wenn wir den Begriff Abgeordnetenbestechung durch Vorteilsannahme ersetzen, kommen wir uns näher.

**Kelber (lacht):** Also wenn ein Jurist inhaltliche Zugeständnisse macht, wenn ich ein anderes Wort wähle, mache ich das als Informatiker gerne.

**Kauder:** Trotzdem macht das Ergebnis der Sachverständigen-Anhörung nicht viel Mut, dass es bei diesem Thema zügig vorangeht.

**Kelber:** Aber wir wissen doch, wie es bei Sachverständigen-Anhörungen zugeht: Die Gegner des Entwurfes benennen Experten, die in der Regel auch Gegner des Entwurfes sind. Da die Parteien, die bisher gegen die UN-Konvention waren, eine Mehrheit haben, stellen sie auch die Mehrheit der Experten in Anhörungen.



## ZUR PERSON

**Ulrich Kelber (44, Foto rechts) ist Diplom-Informatiker und seit 2000 SPD-Bundestagsabgeordneter. Er ist für den Wahlkreis Bonn seit dem Jahr 2002 direkt gewählt und wurde im November 2005 stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender. Ulrich Kelber nennt sich selbst „gläserner Abgeordneter“ und veröffentlicht seit dem Jahr 2000 seine Steuererklärungen auf seiner Homepage.**

**Siegfried Kauder (61) ist Rechtsanwalt und gehört dem Bundestag seit 2002 als direkt gewählter CDU-Abgeordneter für den Wahlkreis Schwarzwald-Baar an. Der Bruder des Unions-Fraktionschefs Volker Kauder ist seit November 2009 Vorsitzender des Rechtsausschusses. Siegfried Kauder gehörte zu den neun Bundestagsabgeordneten, die 2006/2007 erfolglos in Karlsruhe gegen die Offenlegung der Nebeneinkünfte klagten.**

**originären Aufgaben, politische Standpunkte in der Öffentlichkeit kundzutun?**

**Kelber:** Es ist die Aufgabe von Politikern, Reden in der Öffentlichkeit zu halten. Allein aus meinem Wahlkreis kenne ich ein Dutzend Beispiele, wo Herr Steinbrück das kostenfrei getan hat – in Schulen, in Vereinen oder anderswo. Etwas anderes ist es doch aber, wenn eine Bank für ihre Aktionärsversammlung einen Redner haben will. Dann ist es auch als Abgeordneter völlig legitim, dafür ein Honorar entgegenzunehmen. Ich habe bisher alle Angebote für bezahlte Reden abgelehnt. Ich habe da für mich etwas härtere Regeln aufgestellt als die, über die jetzt diskutiert wird, und würde beispielsweise alle Redetermine auf meiner Website veröffentlichen.

**Kauder:** Na ja, das ist schon eine Grauzone. Die Frage ist: An wen geht die Einladung? Geht sie an den Politiker, sollte er kein Honorar annehmen. Wird er als Rechtsanwalt oder Professor eingeladen, steht ihm ein Honorar zu. Kurz nachdem ich einmal die Messe der Spielautomatenhersteller eröffnet hatte, rief mich ein Journalist an, um zu erfahren, ob ich dafür ein Honorar bekommen habe. Ich war völlig baff. Ich war dort als Vorsitzender des Rechtsausschusses, nicht als Anwalt. Also stand mir kein Honorar zu. Das habe ich auch nicht bekommen und nie verlangt.

**Herr Steinbrück ist als ehemaliger Bundesfinanzminister, also als Politiker, eingeladen worden.**

**Kelber:** Ja, aber nicht als amtierender, sondern als ehemaliger Finanzminister. Und wer eine dieser Reden erlebt hat, glaubt wirklich nicht, dass es eine bezahlte Gefälligkeitsrede war. Herr Steinbrück wäscht jedem den Kopf.

**Wird der Trend zum Berufspolitiker, der die Bodenhaftung zum Leben außerhalb der Politik verloren hat, durch strengere Regeln für Nebeneinkünfte verstärkt?**

**Kelber:** Nein, absolut nicht. Ein Beispiel aus der CDU: Friedrich Merz. Jeder wusste, dass Merz eine Reihe von Aufsichtsratsmandaten hatte und ab und zu beim Besuch von Veranstaltungen in Zeitnot geriet. Die Bürgerinnen und Bürger in seinem Wahlkreis haben das akzeptiert und ihn trotzdem mit einem besseren Ergebnis als zuvor wieder in den Bundestag gewählt. Das heißt: Die Wähler können das durchaus einordnen. Dafür brauchen sie aber die Fakten. Noch einmal: Transparenz schafft Vertrauen.

**Kauder:** Aber die Höhe der Einkünfte haben die Bürger offensichtlich weniger interessiert als die Frage, in welchem Aufsichtsrat er ist.

**Kelber:** Richtig, und beiden Sachen gehören zusammen. Wir wissen, dass es Aufsichtsräte in dieser Republik gibt, in denen bei minimalem Aufwand höchste Gehälter fließen. Das muss man veröffentlichen. Wenn ich als Umweltpolitiker zum Beispiel im Aufsichtsrat eines Energiekonzerns wäre und für vier oder fünf Sitzungen im Jahr das doppelte Gehalt eines Abgeordneten bekäme, dann müssten mich die Menschen in meinem Wahlkreis fragen dürfen: Bist du eigentlich noch frei in deinen energiepolitischen Entscheidungen? ■

**Kauder:** Ich werde mich aktiv in die Diskussion einbringen und versuchen, einen eigenen Entwurf zu präsentieren, der ein bisschen anders aussieht als das, was wir bisher hatten. Das Grundproblem ist nämlich, dass wir immer versuchen, an Korruptionsstrafbestände anzudocken. Das kollidiert mit der Immunität und Indemnität von Parlamentariern, die Gemeinde- oder Kreisräte nicht haben. Es könnte sinnvoll sein, diese Bereiche zu trennen. Herr Kelber, dann kommen wir möglicherweise schneller zu einer Lösung als Sie denken.

**Kelber:** Wir sind froh, wenn wir einen weiteren Entwurf bekommen. Dann können wir über Kompromisse nachdenken. Außerdem sieht die Öffentlichkeit, welche Partei wofür steht – das Wesen parlamentarischer Arbeit.

**Kauder:** Man muss klar machen: Diese Aufgabe muss das Parlament lösen, auch wenn wir in eigener Sache tätig und damit gewissermaßen befangen sind. Das ist eine schwierige Ausgangslage, die aber mit gutem Willen zu meistern ist, wenn wir von dem Aufhänger Korruption wegkommen.

**Zurück zu den Abgeordneten-Nebentätigkeiten. Herr Kauder, die Koalition hat die Debatte angezündet und gerät jetzt in die Defensive, weil die SPD offensiv damit umgeht und selbst neue Regeln vorlegt.**

**Kauder:** Ach was. Das ist doch das übliche Spiel. Die Opposition drängt, die Regierungskoalition bremst. Ist auch gar nicht schlecht. Man kann das nicht aus dem Ärmel schütteln, denn die Themen Offenlegen der Nebeneinkünfte und Vorteilsannahme hängen doch irgendwie zusammen.

**Kelber:** Es geht doch nicht darum, irgendetwas aus dem Ärmel zu schütteln. Die gültigen Regeln sind 2005 mit Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU/CSU und FDP eingeführt worden. 2009 haben wir einen neuen Stufenmodell-Vorschlag eingebracht, um überhaupt einen Kompromiss erreichen zu können. Dieser Vorschlag wird jetzt seit drei Jahren in der Rechtsstellungskommission von Sitzung zu Sitzung verlegt, verschleppt, blockiert. Vor diesem Hintergrund wird das Spielchen gegen Peer Steinbrück initiiert, um ordentlich mit Schmutz

werfen zu können. Und dann wundert sich die Koalition, dass wir die Zügel stärker anziehen? Nein, wir werden nicht ein weiteres halbes Jahr mit der Union verhandeln. Noch ein, zwei Gesprächsrunden, dann werden die Regeln im Plenum des Bundestages namentlich zur Abstimmung gestellt. Die Menschen im Land werden erfahren, wer für Transparenz ist und wer dagegen.

**Kauder:** Dann haben Sie doch unter dem Strich nichts erreicht und deswegen halte ich dieses Vorgehen nicht für klug. Man muss sich für ein Gesetzgebungsvorhaben Freunde, nicht Feinde schaffen.

**Kelber:** Herr Kauder, drei Jahre! Wenn Sie drei Jahre nicht vorwärts kommen, dann ist irgendwann Ende Gelände. Ich sage Ihnen aus meiner Erfahrung: Die Bürgerinnen und Bürger werden das richtig werten, denn sie empfinden Transparenz als ihr gutes Recht.

**Anlass der Debatte waren Rede-Honore für Herrn Steinbrück. Ist es in Ordnung, wenn sich Abgeordnete für Reden bezahlen lassen, oder gehört es nicht zu ihren**

Das Interview führten Jörg Biallas und Hans Krump.



Fachwissen wird von Generation zu Generation weitergegeben.

## 5,3 Millionen für Stadtschloss

**VERKEHR UND BAU** Für die Rekonstruktion der Fassade des Berliner Schlosses – Humboldtforum – sind bisher Spenden in Höhe von 5,3 Millionen Euro eingegangen. Dies erklärte vergangene Woche der Geschäftsführer der „Stiftung Berliner Schloss-Humboldtforum“, Manfred Rettig, im Ausschuss für Verkehr und Bau. Insgesamt müssten 80 Millionen Euro an Spenden aufgebracht werden. Er sei jedoch optimistisch, dass nach dem Beginn der Bauarbeiten das Spendenaufkommen ansteigen werde. „Insgesamt sind Zeiten und Kosten im grünen Bereich“, erklärte er weiter. Die Koalition zeigte sich erfreut darüber, dass der Zeit- und Finanzplan eingehalten werde. Zudem gebe es noch einen finanziellen Puffer in Höhe von rund 30 Millionen Euro. Das Humboldtforum sei der Schlussbaustein einer weltweit einzigartigen Museumslandschaft. Auch der Sprecher der SPD-Fraktion betonte, dass seine Fraktion großes Interesse an einem Erfolg habe. Deshalb müssten schnellstens die fehlenden Gelder eingeworben werden. Die Linksfraktion und Bündnis 90/Die Grünen interessierte vor allem, was geschehe, wenn das Spendenaufkommen nicht ausreichen würde. Rettig erklärte, dass nach Gesprächen mit mehreren potentiellen Großspendern er keinen Zweifel daran habe, dass die Summe eingeworben werde. Deshalb gebe es auch keine Planungen, wenn dies wider Erwarten nicht der Fall sein werde. *mik*

## SPD-Vorstoß zur Stadtentwicklung

**Verkehr und Bau** Das Programm „Soziale Stadt“ soll zukunftsfähig weiterentwickelt werden. Das fordert die SPD-Fraktion in einem Antrag (17/10999), der am Donnerstag erstmals im Bundestag beraten wurde. Deshalb soll die Bundesregierung umgehend für eine verlässliche Mittelausstattung der Städtebauförderung mit dem Leitprogramm „Soziale Stadt“ sorgen, es zum ressortübergreifenden Leitprogramm für den sozialen Zusammenhalt in Städten und Gemeinden weiterentwickeln und finanziell entsprechend ausstatten. Weiter fordern die Abgeordneten die Bundesregierung auf, als Ziel des Programms „Soziale Stadt“ die Stabilisierung der benachteiligten Quartiere mit Blick auf die Stärkung ihrer Integrationsfunktion für die Städte und Gemeinden zu verankern, so dass Integration erreicht und Verdrängung vermieden wird. Schließlich fordern die Abgeordneten unter anderem weiter, die Finanzkraft der Kommunen nachhaltig zu verbessern und kurzfristig eine Initiative zu ergreifen, um Kommunen in prekärer Haushaltslage die Teilnahme an Förderprogrammen zu ermöglichen.

Lebenswerte, attraktive, funktionsfähige und sozial ausgeglichene Städte und Gemeinden seien die Grundlage für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft, schreibt die Fraktion zur Begründung. Die Städte und Gemeinden würden einem ständigen Wandel unterliegen. Ökonomische und demografische Veränderungen, die zunehmende Polarisierung zwischen Arm und Reich sowie die ökologischen Anforderungen und Folgen der Energiewende seien in der Stadtentwicklung von Bedeutung. Als zentrales Handlungsinstrument für die zukünftige Entwicklung der Städte und Gemeinden habe sich in mehr als 40 Jahren die Städtebauförderung erwiesen. Diese würde von der Bundesregierung vernachlässigt. *mik*

# Vorbild Deutschland

**BERUFS-AUSBILDUNG** Koalition sieht gute Lage für Jugendliche. Opposition kritisiert Unübersichtlichkeit

Verglichen mit dem Ausland ist die Lage auf dem deutschen Ausbildungsmarkt gut. Die Jugendarbeitslosigkeit erreichte im August 8,1 Prozent und liegt damit am niedrigsten Stand in ganz Europa. Zugeschrieben wird dieser Erfolg nicht nur dem demografischen Faktor und dem daraus folgenden Rückgang von Schulabgängern, sondern auch dem dualen Ausbildungssystem. „Die duale Ausbildung hat eine internationale Zustimmung wie nie“, sagte Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) am Donnerstag in der Debatte zur Lage auf dem Ausbildungsmarkt. Immer mehr junge Menschen finden eine Ausbildungsstelle in Deutschland, und immer weniger junge Menschen bleiben im sogenannten Übergangssystem nach der Schule hängen. Länder aus Südamerika, Asien und vor allem aus dem krisengebeutelten Südeuropa interessieren sich daher neuerdings sehr für das deutsche System. Auch wenn die Opposition die grundsätzlich guten Zahlen auf dem Arbeitsmarkt nicht bestritt, kritisierte sie große Teilbereiche der Regierungspolitik. In Deutschland verharren von den rund 540.000 Bewerbern für eine Ausbildung rund 30 Prozent im Übergangssystem zwischen Schule und Beruf. Das sei „nicht erträglich“, sagte Willi

Brase (SPD) bei der Debatte. Dass die Zahl nicht noch höher sei, sei nicht das Ergebnis politischer Maßnahmen, sondern „ein Produkt der demografischen Entwicklung“, argumentierte der Sozialdemokrat und stütze sich damit in Teilen auch auf den Berufsausschussbericht 2012. Das Mitglied des Bildungsausschusses kritisierte, dass es zu viele und zu viele unübersichtliche Maßnahmen im Übergangssystem gebe, das jährlich sechs Milliarden Euro koste.

Schavan konterte diesen Vorwurf: Verglichen mit 2010 sei die Zahl derjenigen, die nach der Schule keine Ausbildungsstelle in Deutschland, 5,7 Prozent zurückgegangen. Sie wolle auch in Zukunft diese sogenannten Altbewerber mit verschiedenen Maßnahmen zum Einstieg in die berufliche Bildung unterstützen. Zudem ging Schavan auf den jetzt schon in einigen Branchen bestehenden Fachkräftemangel ein, der sich noch verstärken dürfe. Sie erinnerte daran, dass die Bundesagentur für Arbeit bis zum Jahr 2025 in Deutschland mit einem Rückgang der Erwerbstätigen um 6,5 Millionen Menschen rechne. „Deshalb müssen wir erreichen, dass die Unternehmen in unserem Land Fachkräfte bekommen.“ Gerade in der Fläche sei das zün-

schon ein Problem. Es müssten dort mehr Ausbildungsstellen geschaffen werden. Denn schon jetzt würden Unternehmen Ausbildungsstellen anbieten, die nicht besetzt würden.

»Generation abgehängt« Zudem verwahrte sie sich dagegen, über die schon 360 bestehenden Ausbildungsberufe hinaus weitere zuzulassen. Vielmehr müssten „Ausbildungsfamilien“ geschaffen werden, also eine Bündelung stattfinden. Unterstützt wurde die Ministerin von Heiner Kamp (FDP), der sagte: „Never touch a running system.“ Die Opposition solle nicht an den Zahnrädern des gut funktionierenden Ausbildungssystems in Deutschland herumstellen. Allein im vergangenen Jahr sei die Zahl der betrieblichen Ausbildung um vier Prozent gestiegen. Eine Ausbildung bleibe die beste Garantie für gesellschaftliche Integration und Teilhabe in den Arbeitsmarkt. Es habe sich ausgezahlt, „dass wir nicht die Axt an das Berufssystem angelegt haben“. Und auch Uwe Schummer (CDU) unterstützte diese Linie. Von den Akademikern seien in Deutschland 3,2 Prozent arbeitslos, von den Menschen, die eine Ausbildung hinter sich gebracht hätten aber nur 2,7 Prozent. Agnes Alpers (Die Linke) ging vor allem auf die 2,2 Millionen jungen Menschen zwischen 20 und 34 Jahren ein, die gar keine Ausbildung erhalten. Nur noch 22,5 Prozent der Betriebe würden ausbilden, weil gerade bei Kleinbetrieben der „Druck für die Betriebe groß sei. Jeder Auftrag müsse

schnell und fachgerecht ausgeführt werden, niemand habe Zeit, den Lehrlingen etwa beizubringen, es gebe keine Ausbilder.“ Deutliche Worte fand Kai Gehring (Bündnis 90/Die Grünen) mit der Wiedergabe eines Zitats des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Die Gruppe der 2,2 Millionen ohne Ausbildung nenne der DGB bereits „Generation abgehängt“, sagte er. Auch ging er auf die Gruppe der Menschen im Übergangssystem ein. Dabei verteidigte er das Modell DualPlus, das die Grünen erarbeitet haben. Es wird jedoch von einigen Fachleuten und

Teilen der Regierungskoalition als nicht praxistauglich und umsetzbar angesehen. DualPlus soll nach Vorstellung der Grünen gerade solchen Jugendlichen die Teilnahme an der dualen Ausbildung ermöglichen, die bisher als nicht „ausbildungsreif“ oder „ausbildungsfähig“ eingestuft worden sind oder aus anderen Gründen am Arbeitsmarkt schlechte Chancen haben. Grundsätzlich setze die Regierung weiter auf eine gute Konjunktur und unternehme wenig. Gehrings Fazit: „Das nenne ich aussitzend.“ *Annette Rollmann*



»Die duale Ausbildung hat Zustimmung wie nie.«

Annette Schavan (CDU)

### STICHWORT

#### BERUFS-AUSBILDUNG – Duales System wird zum Exportartikel

> **Ausbildungsmarkt** Die Jugendarbeitslosigkeit liegt in Deutschland bei 8,1 Prozent. Immer mehr Länder interessieren sich für das deutsche duale Ausbildungssystem, die Verzahnung von Berufsschule und Lehre.

> **Übergangsbereich** Obwohl die Konjunktur in Deutschland stark ist, finden viele Bewerber zunächst keinen Ausbildungsplatz. Rund 175.000 junge Menschen ohne Ausbildungsplatz drehen derzeit Warteschleifen.

> **Generation abgehängt** 1,5 Millionen Menschen im Alter zwischen 20 und 29 erhalten keine Ausbildung. Im Bundesbildungsbericht heißt es dazu: „Dies ist mit erheblichen negativen Konsequenzen verbunden – für den Einzelnen und für die Gesellschaft insgesamt.“



Anzeige

## DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

- Mehr Information.
- Mehr Themen.
- Mehr Hintergrund.
- Mehr Köpfe.
- Mehr Parlament.



Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de  
parlament@fs-medien.de  
Telefon 069-75014253



## Rauchende Schornsteine

**INDUSTRIE-EMISSIONEN** Bundestag setzt Richtlinie der Europäischen Kommission in nationales Recht um

Sie soll helfen, dass Emissionen aus der Industrie möglichst wenig Luft, Wasser und Böden verunreinigen: die EU-Richtlinie über Industrieemissionen (Industry Emission Directive/IED). Bereits vor zwei Jahren wurde sie von der Europäischen Kommission auf den Weg gebracht. Am vergangenen Donnerstag wurde dafür zunächst die entsprechende Verordnung über Industrieemissionen (17/10605) vom Bundestag verabschiedet. Das Gesetz zur EU-Richtlinie über Industrieemissionen (17/10486) soll in dieser Woche vom Bundestag in nationales Recht umgesetzt werden. Durch dieses Rahmengesetz wurden und werden in einem Umsetzungspaket auch weitere einschlägige Bundesgesetze wie etwa das Bundes-Immissionsschutzgesetz oder das Wasserhaushaltsgesetz entsprechend novelliert.

**Deutschland einst Vorreiter** Bei der Umsetzung der EU-Richtlinie ging es im Kern um die Frage, ob die gesetzlichen Vorgaben aus Brüssel eins zu eins umgesetzt werden oder ob darin weitergehende Umweltstandards eingearbeitet werden sollten. Während die Wirtschaft fürchtete, dass es bei einer Ausweitung der Richtlinie zu Wettbewerbsverzerrungen komme, warnten Umweltschützer vor einem weiteren Abbau von in Deutschland vorhandenen Umwelt-

standards. Die Bewertung des Gesetzentwurfes fiel bei der Anhörung am vergangenen Montag entsprechend unterschiedlich aus. Bei der Richtlinie handle es sich nicht um grundlegend neues EU-Recht, sagte Rechtsanwalt Manfred Rebentisch von der Kanzlei Clifford Chance. „Für die Umsetzung wird am bewährten Konzept festgehalten“, sagte der Rechtsanwalt.

Der Sachverständige von ThyssenKrupp Steel Europe AG, Andreas Theuer, machte deutlich, dass die gesetzlichen Regelungen für Industrieemissionen nicht nur ein wesentlicher Baustein des europäischen Umweltrechts seien, sondern auch eine starke industriepolitische Komponente besäßen. Die Industrie habe großes Interesse an Standards, die verbindlich und durchsetzbar seien. „Das hohe Umweltschutzniveau muss vom deutschen Gesetzgeber nicht vorgegoldet werden“, sagte er. Christian Tebert von der Ökopoll Gmbh stellte hingegen mit Bedauern fest, dass es sich bei Umsetzung der Richtlinie „keine großen Neuerungen“ gebe. Bislang sei Deutschland im Umweltbereich jedoch immer Vorreiter gewesen. „Das ist für die wirtschaftliche Lokomotive Deutschland zu wenig“, sagte er. Mit Blick auf die Verordnung forderte ein Teil der Experten bei Industrieemissionen höhere Grenzwerte etwa für Quecksilber oder Stick-

stoffoxide. Der Experte für industriellen Umweltschutz, Harald Schönberger, warnte hinsichtlich der Grenzwerte zum Beispiel bei Emissionen von Zementwerken vor einer Bevorzugung der Mitverbrennung im Vergleich zur Abfallverbrennung. Auch Professor Uwe Lahl, von der BZL Kommunikation und Projektsteuerung GmbH sagte, dass die Emissionen von Quecksilber bei-

spielsweise aus Kohlekraftwerken im Gegensatz zu den USA in Deutschland unterschätzt würden. Er sprach bei der Umsetzung der Richtlinie von einer „vertanen Chance“. Deutschland hätte die Chance gehabt, „Energieeffizienz als ordnungspolitisches Instrument einzuführen“, sagte er. „Das ist ein Gestaltungsspielraum, der nicht genutzt wurde.“ *Annette Sach*



In ganz Deutschland werden von der EU-Richtlinie rund 9.000 Anlagen erfasst.

Die Welt der deutschen Privatbanken ist klein geworden. Die Dresdner Bank ist schon lange Geschichte, die Commerzbank geriet mit der Finanzkrise ins Schlingern und ist inzwischen teilstaatlich. Die „Hypo Real Estate“ (HRE) brach krachend zusammen und firmiert heute unter dem Namen „Deutsche Pfandbriefbank“ als hundertprozentiges Staatsinstitut. Allein die Deutsche Bank hat die Krise bisher überstanden.

Die Aussichten für das deutsche Geldgewerbe sind allerdings nicht rosig. Erst in der vergangenen Woche veröffentlichte die Ratingagentur Moody's eine Studie, nach der der Ausblick für die deutschen Banken negativ bleibt. Die ohnehin schwachen Erträge sollen noch weiter schrumpfen. Die deutschen Banken seien zudem zu stark in besonders zyklischen und damit krisenaffinen Sektoren wie der Schiffsfinanzierung und im Immobilienbereich engagiert. Gerade auf dem Immobilienbereich könnte die nächste Blase wachsen, befürchten Finanzexperten.

**Wenn die Blase platzt** Warum Banken beim Platzen von Spekulationsblasen Probleme bekommen, ist bekannt: Die Institute haben zu wenig Eigenkapital. Kommt eine Krise, wird es eng, und der Steuerzahler muss zur Rettung antreten. Um Ruhe ins System zu bringen, hatte der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht, ein internationales Gremium von Zentralbanken, bereits im Dezember 2010 eine Stärkung der Eigenkapitalbasis vorgeschlagen („Basel III“). Die Vorschläge sehen unter anderem vor, dass das „harte Kernkapital“ der Finanzinstitute um das Dreieinhalbfache erhöht wird. Außerdem sollen Banken in wirtschaftlich besseren Zeiten verpflichtet werden können, zusätzliches Kapital aufzubauen, um für Konjunkturschwankungen besser vorzubereiten. Mit der Neuregelung wird auch ein Beschluss des G-20-Gipfels von 2009 umgesetzt, der gefordert hatte, die Widerstandskraft des Bankensektors gegenüber Schocks aus Stresssituationen im Finanzsektor und in der Wirtschaft zu stärken. Der gesamte Prozess wird als „CRD IV“ bezeichnet. Angestrebt werden auch ein besseres Risikomanagement der Banken und mehr Transparenz durch erweiterte Offenlegungspflichten.

»Nur Verpackung« In Deutschland sollen die Baseler Vorschläge, die die EU als eigene Rechtsakte übernehmen will, im Gesetzentwurf zur Umsetzung europäischer Rechtsvorschriften über Eigenkapital- und Aufsichtsbedingungen an Banken (17/10974) umgesetzt werden. Zu den Eigenkapitalvorschriften heißt es, die Institute müssten künftig einen fixen Kapitalerhaltungspuffer aufbauen, der im Jahr 2016 mit 0,625 Prozent beginnt und im Jahr 2019 2,5 Prozent an zusätzlichem und ständig vorzuhaltendem hartem Kernkapital betragen soll. Daneben soll ein antizyklischer Kapitalpuffer gebildet werden, „der in Deutschland eine zeitlich befristete Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen im Umfang von bis zu 2,5 Prozent, unter bestimmten Voraussetzungen auch mehr, an zusätzlichem harten Kernkapital erfordert. Ein weiterer Kapitalpuffer zur Abwehr systemischer Risiken von bis zu drei Prozent oder mehr unter bestimmten Voraussetzungen kann zusätzlich festgelegt werden“, schreibt die Bundesregierung.

Auch wenn sich alle Fraktionen über das Ziel einer besseren Eigenkapitalausstattung einig waren, ging die Opposition dennoch scharf mit der Regierung ins Gericht. So warf Carsten Sieling (SPD) bei der ersten Beratung des an die Ausschüsse überwiesenen Gesetzentwurfs am Donnerstag der Bundesregierung eine „virtuelle Gesetzgebung“ vor, weil die EU-Verordnung und die EU-Richt-



Banken, so heißt es häufig, haben Geld genug. Aber oft genug sind die Tresore in Wirklichkeit leer.

# Banken-Härtung

**FINANZEN I** Mit höherem Eigenkapital sollen deutsche Geldhäuser krisenfest gemacht werden. Auch die Aufsicht wird verbessert

linie, die hier umgesetzt werden sollten, noch gar nicht verabschiedet worden seien. Manfred Zöllmer (SPD) sagte: „Wir haben nur Verpackung, aber keinen Inhalt.“ Basel III bezeichnete er als „dringend notwendiges Regelwerk zur Stabilisierung des Finanzsystems“. Mehr Eigenkapital bedeute weniger Geld für riskante und spekulative Geschäfte. Es seien aber auf europäischer Ebene eine Reihe wichtiger Fragen wie die Liquiditätssicherung und die Eigenkapitaldefinition offen. Zöllmer appellierte an die Bundesregierung, den Worten Taten folgen zu lassen.

Für Axel Troost (Die Linke) hatte die Beratung eine „gewisse Komik“. Es sei wohl der „besonderen deutschen Termintreue“ zu verdanken, dass man eine Gesetzeshülle, aber keinen Inhalt habe. Bei der Erfüllung

der Millenniumsziele der vereinten Nationen könne man diese Termintreue allerdings nicht. Grundsätzlich bezeichnete Troost ein höheres und besseres Eigenkapital für Banken als sinnvoll, weil Banken damit widerstandsfähiger würden. Wie andere Redner forderte er, dass Sparkassen und Genossenschaftsbanken nicht auf der Strecke bleiben dürften: „Das würde das Finanzsystem nicht sichern, sondern nur noch wackeliger machen.“ Insgesamt werde in dem Entwurf aber zu wenig zwischen großen Banken, die Probleme bereiten würden, und kleinen Instituten unterschieden.

Diesen Aspekt sprach auch Grünen-Finanzexperte Gerhard Schick an. Fünf Jahre nach Ausbruch der Krise dürfe die Deutsche Bank mit 2,5 Prozent Eigenkapital herumlaufen. Diese Bank würde aber keinem Unterneh-

men mit einer so niedrigen Kapitalquote einen Kredit geben, sagte Schick. Die deutschen Banken hätten im internationalen Vergleich die niedrigste Eigenkapitalausstattung, „und das zeigt, wir haben richtig was zu tun“. Schick verlangte außerdem eine Begrenzung der Boni-Zahlungen für Bankler, die nicht höher als das jeweilige Grundgehalt sein dürften.

**Herzstück der Reformen** Zuvor hatte Hartmut Koschyk (CSU), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, festgestellt: „Banken, die zu wenig mit Eigenkapital ausgestattet sind und zu starke über ihre Eigenkapitalquote hinausgehende Risikogeschäfte eingehen, können nationale und internationale Finanzsysteme in große Erschütterung versetzen.“ Die Umset-

zung von Basel III sei daher ein „Herzstück“ der Finanzmarktreflexionen. Die frühe Vorlage des Gesetzentwurfs verteidigte Koschyk mit dem Argument, „wir wollten in Deutschland alles tun, um unsere Entschlossenheit zu bekunden, Basel III so früh wie möglich umzusetzen“. Zugleich wies er darauf hin, dass die „bewährte Infrastruktur der deutschen Bankenlandschaft“ nicht verändert werde. Auch in Zukunft würden Anteile an Genossenschaftsbanken und stille Einlagen bei Sparkassen zum harten Kernkapital zählen. Die regionalen Banken könnten ihre Rolle sogar besser als zuvor erfüllen, freute sich Koschyk.

Klaus-Peter Flosbach (CDU) verteidigte die frühe Einbringung mit den intensiven Beratungen im Bundestag, auch wenn derzeit noch nicht jedes Detail geklärt sei. Björn Sängler (FDP) räumte ein, in Brüssel habe es bei der Verabschiedung der Vorschriften, „aber wir sind bereit, das umzusetzen“. Die neuen Eigenkapitalvorschriften würden zusammen mit dem Banken-Restrukturierungsgesetz das „Fundament einer neuen Sicherheitsarchitektur darstellen“.

Getreu der Devise, dass im Bereich des deutschen Finanzmarktes nichts unreguliert bleiben soll, brachten die Koalitionsfraktionen inzwischen auch ein anderes Projekt voran: Im Finanzausschuss des Bundestages wurde am vergangenen Mittwoch der von der Bundesregierung eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der deutschen Finanzaufsicht (17/10040) beschlossen. CDU/CSU- und FDP-Fraktion stimmten dem Entwurf zu, während SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen dagegen stimmten. Die Linksfraktion enthielt sich. Der von den Koalitionsfraktionen mit mehreren Änderungsanträgen veränderte Entwurf sieht unter anderem die Gründung eines Ausschusses für Finanzstabilität vor. Mit dem Gesetzentwurf wird der Bundesbank die Aufgabe zugewiesen, auch zur Wahrung der Finanzstabilität beizutragen, indem sie „laufend die für die Finanzstabilität maßgeblichen Sachverhalte analysiert“. Gegebenenfalls soll sie Vorschläge zu Warnungen oder sogar Maßnahmenempfehlungen erarbeiten. Auf dieser Grundlage solle dann der Ausschuss für Finanzstabilität seine Empfehlungen aussprechen. Außerdem wird die Zusammensetzung des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) geändert, und es wird ein Verbraucherbeirat eingerichtet.

»Meilenstein der Regulierung« Die Koalitionsfraktionen wiesen Befürchtungen der Wirtschaft als unbegründet zurück, durch die Änderungen am deutschen Finanzaufsichtssystem werde es zu mehr Bürokratie kommen. Bei der Datenerhebung sei eine möglichst geringe Belastung der Unternehmen sichergestellt, sagte ein Vertreter der CDU/CSU-Fraktion. Die FDP-Fraktion sprach sogar von einem „Meilenstein bei der Regulierung der nationalen Finanzmärkte“.

Die SPD-Fraktion warf der Koalition vor, das Gesetz bereits verabschiedet zu wollen, ohne dass Klarheit darüber bestehe, welche Veränderungen die EU an der Finanzaufsicht vornehmen wolle. Erst wenn Klarheit über das EU-Aufsichtssystem bestehe, könne man über die deutsche Aufsicht entscheiden. Zudem sei es falsch, dem Verbraucherschutz nur einen niedrigen Stellenwert einzuräumen. Auch die Linksfraktion kritisierte die unzureichende Berücksichtigung des Anleger- und Verbraucherschutzes in dem Entwurf. Weder sei die Anregung des Bundesrates, einen Finanzmarktwatcher einzuführen, berücksichtigt worden, noch werde es zur Einrichtung eines „Finanzmarkt-TÜV“ kommen. Wie die anderen Oppositionsfraktionen kritisierten auch die Grünen den mangelnden Verbraucher- und Anlegerschutz. Der Verbraucherbeirat bei der BaFin werde „zahnlos“ sein. Hans-Jürgen Leersch

## KURZ NOTIERT

### Deutschland strebt neuen Flugvertrag mit Kanada an

Zu dem Luftverkehrsabkommen vom 17. Dezember 2009 zwischen Kanada und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf (17/10917) vorgelegt. Danach sind einige Bestimmungen des bisherigen Luftabkommens zwischen Deutschland und Kanada mit dem Unionsrecht nicht vereinbar. Mit dem Gesetzentwurf soll dies geändert werden. Besonders das Niederlassungsrecht europäischer Luftfahrtunternehmen innerhalb der EU und das Recht auf diskriminierungsfreien Marktzugang zwischen Landepunkten in der EU und solchen in Kanada soll damit gewährleistet werden. Der Bundestag hat den Gesetzentwurf am Donnerstag zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen. *mik*

### Luftverkehrsgesetz soll geändert werden

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf (17/10958) zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1177/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über die Fahrgastrechte im See- und Binnenschiffsverkehr sowie zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes vorgelegt. In der EU-Verordnung wird den Mitgliedstaaten unter anderem aufgegeben, für die Einhaltung und Durchsetzung der Verordnung in Bezug auf den See- und Binnenschiffsverkehr entsprechende Stellen einzurichten. Mit der Änderung des Luftverkehrsgesetzes soll zudem die Übergangsfrist des Paragraphen 73 Absatz 4 Luftverkehrsverordnung um zwei weitere Jahre bis zum 31. Dezember 2014 verlängert werden. Dies gewährleistet, dass die bisherigen im deutschen Lufttraum in grenz nahen Bereichen ausgeübten Tätigkeiten ausländischer Flugsicherungsorganisationen zulässigerweise fortgesetzt werden können, heißt es im Gesetzentwurf, der am Donnerstag erstmals im Bundestag beraten wurde. *mik*

### SPD will Überarbeitung des Radverkehrsplans 2020

Eine Überarbeitung des Nationalen Radverkehrsplans 2020 fordert die SPD-Fraktion in einem Antrag (17/11000), der am Donnerstag erstmals im Bundestag beraten wurde. Dadurch sollen neue Impulse für die Förderung des Radverkehrs gesetzt werden. Deshalb fordern die Abgeordneten die Bundesregierung unter anderem auf, den unterschiedlichen Entwicklungsstufen des Radverkehrs in den Regionen in Deutschland gerecht zu werden und entsprechend differenzierte Förderansätze zu erarbeiten. Dabei soll unter anderem die Finanzausstattung für den Bau von Radwegen an Bundesfernstraßen bedarfsgerecht in Höhe von rund 100 Millionen Euro in der mittelfristigen Finanzplanung festgeschrieben werden. Der Bau von Fahrradwegen als Teil von städtebaulichen Konzepten zur Umgestaltung des öffentlichen Raumes soll im Rahmen der Städtebauförderung weiter gefördert werden. Voraussetzung dafür sei, dass die Bundesmittel für die Städtebauförderung entsprechend des Bedarfs auf mindestens 700 Millionen Euro erhöht und in der mittelfristigen Finanzplanung verstetigt werden. Fahrradfahren ist eine gesunde und umweltfreundliche Alternative zum Auto, erhöht die Lebensqualität und führt attraktiveren, lebendigeren Städten und Gemeinden, schreibt die Fraktion in dem Antrag. *mik*

## AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

### Gute Zeiten, schlechte Zeiten

**ENQUETEKOMMISSION** Rosige Zeiten kommen auf Arbeitnehmer zu. Künftig wird es weniger um die Suche nach Jobs für Erwerbslose gehen. Dafür um so mehr um die Besetzung freier Stellen. Der demographische Wandel wird das Arbeitskräfteangebot verknappen und besonders den Fachkräftemangel verschärfen. Und nach vielen Jahren des Drucks auf Löhne wird mit spürbaren Gehalts-Anhebungen zu rechnen sein. Mit dieser frohen Botschaft überraschte vergangene Woche Karl-Heinz Paqué die Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. Der von der FDP in das Gremium berufene Sachverständige: „In Zukunft stehen die Zeichen wieder auf Expansion.“ Ein eher pessimistisches Szenario entwarf hingegen DGB-Vertreter Dietmar Hexel: Die Langzeiterwerbslosigkeit halte sich hartnäckig auf hohem Niveau, schon acht Millionen Menschen müssten für Niedriglöhne arbeiten, die erst anlaufende Digitalisierung der Verwaltung und des Wissenssektors werde viele Jobs vernichten, Leiharbeiter verdienten 30 Prozent gegenüber Festangestellten, konstatierte der von der SPD benannte Experte. Auch Hexel sieht den sich abzeichnenden Fachkräftemangel, ohne eine bessere Umschulung und Fortbildung komme indes der Abbau der Erwerbslosigkeit nicht voran.

Die Kontroverse entbrannte nach einem optimistischen Blick Michael Hüthers auf den Arbeitsmarkt. Der Direktor des Instituts der Deutschen Wirtschaft sprach von einem „Hochstand bei der Beschäftigung“, die Zahl der Erwerbstätigen steige, bei den Frauen liege Deutschland in der Spitzengruppe. Zwar mache der Niedriglohnsektor mittlerweile über 20 Prozent des Arbeitsmarkts aus, doch erhöhe sich diese Quote nicht weiter. Die Zahl sozialversicherungspflichtiger Jobs habe sich stabilisiert. Bei der Debatte über die „Zukunft der Arbeit“ forderte Adelheid Biesecker, die häufig aus dem regulären Arbeitsmarkt ausgegrenzte oder schlecht entlohnte „Sorgearbeit“, die vorwiegend von Frauen geleistet werde, als „gesellschaftlich notwendig“ anzuerkennen. „Diese Tätigkeiten tragen viel zu Wohlstand und Lebensqualität bei“, betonte die emeritierte Bremer Wirtschaftsprofessorin: „Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit.“ Zur wichtigen „außermarktlichen Arbeit“ rechnete sie auch bürgerschaftliches Engagement. Biesecker beklagte, dass die existenzsichernde Erwerbstätigkeit im produzierenden Gewerbe immer knapper werde, auch erfasse der Trend zur „Prekarisierung“ selbst Vollzeitstellen. Sie plädiert für Arbeitszeitverkürzungen, um die Erwerbsarbeit gerechter zu verteilen. *Karl-Otto Sattler*

## Steuerabkommen mit Schweiz und Liechtenstein

**FINANZEN II** Opposition sieht Anspruch gegen Steuerhinterzieher auf Zahlung und Strafe aufgegeben

Der Finanzausschuss hat vergangene Woche dem Doppelbesteuerungsabkommen mit der Schweiz und weiteren Doppelbesteuerungsabkommen mit anderen Ländern zugestimmt. Für das von der Bundesregierung als Gesetzentwurf vorgelegte Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt in der Fassung vom 5. April 2012 (17/10059) stimmten die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP, während die SPD-Fraktion, die Linksfraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Abkommen ablehnten.

**Zehn Milliarden erwartet** Ein Sprecher der CDU/CSU wies auf Verbesserungen in dem Abkommen hin. Man sei „bis an die Grenze des Machbaren gekommen“. Zu Forderungen nach Änderungen sagte er, es handle sich um einen Vertrag mit einem souveränen Staat, der nach langen, zähen Verhandlungen ausgehandelt worden sei. Die Union erwartet Mehreinnahmen von zehn Milliarden Euro. Die FDP-Fraktion kritisierte die Verweigerungshaltung der Opposition im Bundesrat. Wenn das Abkommen nicht bald in Kraft treten könne, drohten zum Jahresende 1,5 Milliarden Euro Steuerforderungen zu verjähren.



Auch mit Liechtenstein (im Bild die Burg in Vaduz) gibt es ein Steuerabkommen.

Die SPD-Fraktion warf dagegen der Koalition vor, den Anspruch auf deutsche Steuer- und Strafansprüche aufzugeben und das Schweizer Bankgeheimnis zu schützen zu wollen. Steuerhinterziehung werde noch goudiert, da die Höhe der vorgesehenen Pauschalzahlungen deutlich unter der individuellen Steuerschuld liege. Weitreichende Umgehungsmöglichkeiten seien nicht auszuschließen. Da durch das Abkommen keine CDs mit Daten mehr aufgekauft werden

könnten, werde das Entdeckungsrisiko der Steuerhinterzieher sinken. Auch die Linksfraktion sprach von einer Begünstigung der Steuerhinterzieher. Das Abkommen räume Steuerhinterziehern genügend Zeit ein, um ihr Geld aus der Schweiz abzuziehen und woanders anzulegen. Auch räume das Abkommen die Möglichkeit zu einer strafbefreienden Teilselbstanzeige ein, die in anderen Fällen nicht möglich sei. Dass die Nachversteuerung anonym mög-

lich sei, sei ein Persilschein, mit dem Schwarzgeld aus der Vergangenheit weiß gewaschen werden könne. Das Abkommen bedeute eine direkte Einladung zur Geldwäsche und sei ein „Sabotageakt gegen den automatischen Informationsaustausch“. Auch Bündnis 90/Die Grünen forderten einen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen mit der Schweiz und die Zulassung von Gruppenanfragen zu Steuerangelegenheiten. Mit der Möglichkeit von Gruppenanfragen mit Rückwirkung könne das Abschleichen in andere Länder verhindert werden. Das Abkommen sieht vor, dass Kapitalerträge deutscher Steuerpflichtiger in der Schweiz in Zukunft wie in Deutschland besteuert werden sollen. Dafür sollen die Schweizer Zahlstellen eine der deutschen Abgeltungsteuer (derzeit 25 Prozent) und dem deutschen Solidaritätszuschlag (5,5 Prozent der Abgeltungsteuer) entsprechenden Quellensteuer erheben. Unversteuerte deutsche Kapitalanlagen in der Schweiz in Zukunft sollen „einem nicht kalkulierbaren Entdeckungsrisiko“ unterliegen. Der Finanzausschuss billigte außerdem Doppelbesteuerungsabkommen mit Luxemburg (17/10751), mit den Niederlanden (17/10752) und mit dem Fürstentum Liechtenstein (17/10753). *hle*

## KURZ NOTIERT

## 771 Millionen Euro aus dem ERP-Sondervermögen

Zur Förderung der deutschen Wirtschaft hat die Bundesregierung am vergangenen Donnerstag den Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Wirtschaftsplanes des ERP-Sondervermögens für das Jahr 2013 (17/10915) eingebracht. Mit dem ERP-Wirtschaftsplanesetz werden Mittel aus dem ERP-Sondervermögen in Höhe von rund 771 Millionen Euro bereitgestellt. Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und insbesondere des Mittelstandes sollen zinsgünstige Finanzierungen aus ERP-Programmen mit einem Volumen von zusammen rund 6,6 Milliarden Euro erhalten. Finanzierungszwecke sind unter anderem Vorhaben in regionalen Fördergebieten, Existenzgründungen und Wachstumsfinanzierungen, Refinanzierungen privater Kapitalbeteiligungsgesellschaften, Innovationen sowie Exportfinanzierungen. *hle* ■

## Raumordnungsplan für Energiewende verlangt

Klimaschutz und Energiewende sollen auch im Raumordnungsrecht umgesetzt werden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert in einem am Donnerstag erstmals beratenen Antrag (17/9583) die Aufstellung eines Bundesraumordnungsplans für erneuerbare Energien. Dieser Plan soll Transparenz schaffen, den nachfolgenden Ebenen Orientierung bieten und damit einen „Beitrag zur sachgerechten Verteilung erneuerbarer Energien im Raum“ leisten, schreiben die Antragsteller. Außerdem sollen mit Gesetzesänderungen sogenannte Verhinderungsplanungen bei Windkraftanlagen eingedämmt werden. *hle* ■

## Regierung will Weingesetz ändern

Die Bundesregierung legt den Entwurf eines siebten Gesetzes zur Änderung des Weingesetzes (17/10042) vor. Ziel der Novellierung ist unter anderem die Einbeziehung des Jungweins bei der Berechnung der von Betrieben von anderen Betrieben übernommenen Mengen von Weinerzeugnissen, um Ungleichheit im Wettbewerb zu vermeiden. Des Weiteren soll durch die Übernahme von Sanktionsmaßnahmen aus dem Lebensmittelrecht in das Weingesetz gewährleistet werden, dass die Gesundheit gefährdende Weine den zuständigen Behörden rechtzeitig gemeldet werden können. *eis* ■

## Ausschuss fordert Stärkung kleiner Tankstellen

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat vergangene Woche mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition Änderungen im Wettbewerbsrecht (17/9852) zugestimmt. Damit soll die Situation der freien Tankstellen verbessert werden. Den Entwurf sieht eine Stärkung kleinerer und mittlerer Tankstellentreiber vor. Dies soll durch eine Verlängerung des Verbots der „Preis-Kosten-Schere“ erfolgen. Damit soll verhindert werden, dass große Mineralölkonzerne kleine und mittlere Konkurrenten im Wettbewerb behindern, indem sie ihnen Kraftstoffe zu einem höheren Preis liefern als dem, den sie selbst an ihren eigenen Tankstellen von den Autofahrern verlangen. Außerdem werden die gesetzlichen Krankenkassen dem Wettbewerbsrecht unterworfen. *hle* ■



Über zwei Billionen Euro hat die öffentliche Hand in Deutschland an Schulden angehäuft. Durch den Fiskalpakt soll die Schuldenzehr des Bundes der Steuerzahler künftig langsamer laufen.

# Sparbremse wird angezogen

**HAUSHALT** Fiskalpakt wird in nationales Recht umgesetzt. Linksfraktion sorgt sich um Kommunen

**A**lle reden vom Sparen, aber leider sieht die Lage im Euro-Land gar nicht gut aus. Denn der Staatsschuldenstand beträgt im Durchschnitt aller 17 Euroländer 91,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und soll im nächsten Jahr auf 92,6 Prozent steigen, geht aus einer Unterrichtung (17/10669) der Bundesregierung hervor. Der Bericht gibt Schätzungen und Zahlen der EU-Kommission wieder. Der Staatsschuldenstand in der gesamten EU soll demnach von 86,2 auf 87,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen, während die Länder außerhalb des Euroraums Schulden abbauen.

**Alarmsignal** Die Zahlen sind ein Alarmsignal, zumal immer mehr Euroländer Schuldenstände von über 100 Prozent aufweisen. Die Koalitionsfraktionen wollen jetzt aber die Sparbremse anziehen. Im Bundestag legten sie am Freitag ein klares Bekenntnis zur Sparsamkeit und zur Einhaltung der Schuldenbremse ab. „Wir werden das Ziel der Schuldenbremse drei Jahre früher erreichen“, freute sich der CDU-Haushaltsexperte Norbert Barthle in der Debatte über den Fiskalpakt und den zweiten Nachtragshaushalt für 2012 (siehe Beitrag unten). Im Grundgesetz wird vorgeschrieben, dass die Neuverschuldung 2016 höchstens noch 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen darf. Dieser Wert soll nach den Planungen der Regierung 2013 erreicht werden. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Steffen Kampeter (CDU) sagte, der Fiskalpakt habe meh-

re Dimensionen. Zum einen gehe es um andere Haushaltspolitik, „dass man auf Dauer nicht mehr Geld ausgeben darf als man hat“. Außerdem müsse die Reformkompetenz in der Eurozone mit dem Ziel der Wettbewerbsstärkung verbessert werden. Es sei wichtig, dass eingeführt werden könne, wenn sich Länder nicht an die europäischen Vorschriften halten würden. Das geltende deutsche Regelwerk solle jetzt um einen „Sicherungs- und Korrekturmehanismus auf nationaler Ebene“ ergänzt werden. Die Einhaltung der Neuverschuldungsgrenze solle durch einen Stabilitätsrat überwacht werden. „Insgesamt schaffen wir so ein finanzpolitisches Regelwerk im Sinne des europäischen Geistes“, sagte Kampeter, der zudem die deutsche Haushaltspolitik als vorbildlich für Europa bezeichnete. Florian Toncar (FDP) nannte den Fiskalvertrag einen „ganz entscheidenden Baustein unserer neuen europäischen Stabilitätsunion“. Die Begrenzung des Defizits auf 0,5 Prozent und die Verpflichtung zum Abbau des Schuldenstands auf 60 Prozent stelle die von der rot-grünen Koalition gemeinsam mit Frankreich 2004 ausgehobene Regelung wieder her. Wie Barthle begrüßte auch Toncar, dass die Vorgaben der Schuldenbremse drei Jahre früher eingehalten würden als geplant.

Dagegen erinnerte der SPD-Haushaltsexperte Carsten Schneider daran, dass Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU/CSU) seit Beginn seiner Amtszeit 112 Milliarden Euro an neuen Schulden aufgenommen habe. Dabei sprudelten die Steuereinnahmen, und die Zinsausgaben seien um 20 Milliar-

den Euro gesunken. „Das ist keine solide Haushaltspolitik, sondern das Gegenteil“, sagte Schneider. Die geplante Kreditaufnahme sei mit 32 Milliarden Euro fast doppelt so hoch wie im letzten Jahr. Den auf die deutsche Schuldenbremse aufsetzenden Fiskalpakt begrüßte Schneider, bezeichnete je-

doch das geplante unabhängige Gremium zur Begutachtung der Finanzpolitik als zu exekutiv orientiert und fixiert. Die Mehrheit der Mitglieder sei nicht wirklich unabhängig, und dem Bundestag werde nicht berichtet. „Wenn aber Finanzpolitik, Steuern und Verschuldung Kernbereich der parlamenta-

rischen Demokratie und unsere Entscheidungsbefugnis ist, dann muss dieses Gremium beim Bundestag sein“, verlangte Schneider. Für die Linksfraktion lehnte Steffen Bockhahn Schuldenbremse und Fiskalpakt ab: „Es gibt Situationen, in denen sind Schul-

den ihrer Perspektiven“, beklagte Bockhahn mit Blick auf stark gestiegene Sozialausgaben. Mit der Neuverschuldung setzte sich Prisca Hinz (Bündnis 90/Die Grünen) auseinander. Die Koalition erwecke den Eindruck, dass Deutschland eine hervorragende Sparpolitik mache, an der sich Europa ein Beispiel nehmen solle. In Wirklichkeit sehe der Nachtragshaushalt 32 Milliarden Euro neue Schulden vor, „obwohl wir sprudelnde Einnahmen und ein historisch geringes Zinsniveau haben“. Wie Schneider kritisierte auch Hinz, dass das geplante unabhängige Gremium „nicht der Weisheit letzter Schluss“ sei. Wenn das Gremium wirklich unabhängig sein solle, dürfe es keine Exekutivveranstaltung sein und müsse frei sein von politischer Einflussnahme.

**Geld für Kitas** Der Bundestag überbrachte den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrages (17/10976) an die Ausschüsse. Darin wird die Obergrenze für das strukturelle Defizit von höchstens 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts festgeschrieben werden. Auch das Sanktionszahlungs-Aufteilungsgesetz soll geändert werden. Etwaige Sanktionszahlungen wegen Überschreitens der Defizitobergrenze soll der Bund bis einschließlich 2019 alleine tragen, da die Länder laut Grundgesetz von der Verpflichtung eines ausgeglichenen Haushalts bis 2020 freigestellt sind. Zudem verpflichtet sich der Bund, für zusätzliche Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren 580,5 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. *Hans-Jürgen Leersch* ■



Zum Sparen gehört auch Investieren: Der Bund gibt den Ländern Geld für Kinderbetreuung.

den sogar sehr sinnvoll, und dann braucht man sie.“ Von der möglichen Schuldenaufnahme von 0,5 Prozent nehme sich der Bund 0,35 Prozent, während für Länder und Kommunen 0,15 Prozent übrig blieben. „Das ist eine völlig unrealistische Einschätzung der Finanzlage der Kommunen und

den sogar sehr sinnvoll, und dann braucht man sie.“ Von der möglichen Schuldenaufnahme von 0,5 Prozent nehme sich der Bund 0,35 Prozent, während für Länder und Kommunen 0,15 Prozent übrig blieben. „Das ist eine völlig unrealistische Einschätzung der Finanzlage der Kommunen und

## AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

## Nachtragsetat über 2,2 Milliarden

**HAUSHALT** Die Bundesregierung hat am Freitag einen Gesetzentwurf zu einem Zweiten Nachtragsetat 2012 (17/10900) vorgelegt. Damit sollen für die Europäische Investitionsbank (EIB) und für das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ insgesamt 2,2 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden. Laut Gesetzentwurf haben die Staats- und Regierungschefs der EU beschlossen, das Kapital der EIB um zehn Milliarden Euro auf 21,6 Milliarden Euro zu erhöhen. Der deutsche Anteil an der Kapitalerhöhung betrage 1,6 Milliarden Euro. Ziel der Kapitalerhöhung der EIB sei es, den wirtschaftlichen Aufschwung der Mitgliedstaaten zu fördern und zu unterstützen. Mit der Stärkung der Eigenkapitalbasis erhöhe sich die Darlehenskapazität der EIB um 60 Milliarden Euro. Auf diese Weise könne die Bank einen zusätzlichen Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung in Europa leisten und damit wichtige Impulse für die nachhaltige Überwindung der aktuellen Krise und der Wettbewerbschwäche in einigen Mitgliedstaaten geben, schreibt die Regierung. Mit der Kapitalerhöhung der EIB könnten zusätzliche Investitionen bis zu 180 Milliarden Euro in allen Ländern der Europäischen Union angestoßen werden. Neben kleinen und mittleren Unternehmen sollen Projekte in den Berei-

chen Forschung, Energie, Umweltschutz und Infrastruktur gefördert werden. Weiter soll mit dem Nachtragsetat das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ von Seiten des Bundes um 580,5 Millionen Euro erhöht werden. Zwischen Bund und Ländern sei eine Übereinkunft zur gemeinsamen Finanzierung der Betriebs- und Investitionskosten von 30.000 zusätzlichen Plätzen für die öffentlich geförderte Betreuung von Kindern unter drei Jahren getroffen worden. Hierdurch soll das Ausbauziel des Kinderförderungsgesetzes auf 780.000 Plätze erhöht werden. Mit der Zuführung von weiteren Mitteln in Höhe von 580,5 Millionen Euro an das Sondervermögen leiste die Bundesregierung ihren Beitrag zur gemeinsamen Finanzierung der notwendigen Investitionen. Darüber hinaus werden im Zweiten Nachtrag zum Bundeshaushaltsplan 2012 Anpassungen bei den Zinseinnahmen und -ausgaben vorgenommen. Diese sollen in diesem Jahr gegenüber den bisherigen Planungen um 2,4 Milliarden Euro geringer ausfallen. Insgesamt sollen die Ausgaben in diesem Jahr damit 312,5 Milliarden Euro betragen. Bisher waren 312,7 Milliarden Euro vorgesehen. Die veranschlagte Nettokreditaufnahme für 2012 soll laut Entwurf unverändert bei 32,1 Milliarden Euro bleiben. *Michael Klein* ■

## Riester-Rentensparen soll attraktiver werden

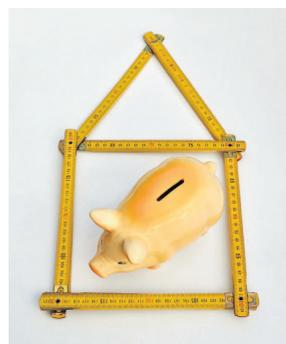
**FINANZEN** SPD-Fraktion zweifelt an Tauglichkeit von Immobilien zur Altersvorsorge

Der von der Koalition vorgelegte Gesetzentwurf zur Verbesserung der steuerlichen Förderung der privaten Altersvorsorge (17/10818) stößt auf Kritik der Opposition. Bei der ersten Lesung der Vorlage am vergangenen Freitag begrüßten SPD und Grüne zwar die Grundrichtung der Initiative, bezeichneten aber die Umsetzung als nicht ausreichend zur Steigerung der Attraktivität der Riester-Rente. Die Linksfraktion hingegen forderte ein Ende der Riester-Rente zugunsten einer Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung.

**Transparente Produkte** Ziel des Gesetzentwurfes sei es, die Rechtslage bei der privaten Altersvorsorge „flexibler und transparenter zu machen“, sagte Klaus Peter Flosbach (CDU). Dazu gehöre die Einführung von Produktinformationsblättern, die die verschiedenen Riester-Produkte besser vergleichbar machen sollen. Beim sogenannten Wohn-Riester soll die jederzeitige Entnahme von Kapital für selbst genutztes Wohneigentum in der Ansparsphase möglich sein, so Flosbach weiter. Außerdem soll die Eigenheim-Rentenförderung künftig auch für den Umbau genutzt werden können. „Mit dem Gesetz machen wir Riester-Verträge attraktiver“, zeigte sich Flosbach optimistisch.

Es gebe zwar zustimmungsfähige Teile, wie etwas das Produktinformationsblatt und die Kostentransparenz, sagte Petra Hinz (SPD). Kritisch sehe sie aber die „Privilegierung von Wohn-Riester“. Erst recht vor dem Hintergrund, dass es noch fraglich sei, ob eine Immobilie tatsächlich als Altersvorsorge tauglich sei. Hinz erhob zugleich die Forderung, das in der privaten Altersvorsorge an-

gesparte Geld dürfe im Alter nicht auf die Grundsicherung angerechnet werden. Anders als die SPD wolle seine Fraktion die Menschen selber entscheiden lassen, wie sie sparen, sagte Frank Schäffler (FDP) und nahm dabei Bezug auf Pläne von SPD-Chef Sigmar Gabriel, der gefordert habe, das Arbeitnehmer zwei Prozent des Einkommens in die betriebliche Altersvorsorge einzahlen müssen. „Wenn Menschen in eine Immobilie sparen, haben sie vielleicht gar nicht die Möglichkeit, in eine betriebliche Altersvorsorge einzuzahlen“, sagte Schäffler. Mit dem Gesetz wolle die Koalition in das Dickicht der privaten Altersvorsorge „mit einer Taschenlampe Licht bringen“, sagte Matthias Birkwald (Die Linke). „Wir wollen aber dieses Dickicht roden, statt es besser auszuleuchten“, machte er deutlich. Anstelle der „milliardenschweren Riester-Förderung“ müsse jeder Cent in die gesetzliche Rente investiert werden, forderte Birkwald. Die Linksfraktion wolle das Kind mit dem Bade ausschütten, so Gerhard Schick (Grüne). „Bloß weil es Defizite bei Riester gibt, muss nicht alles abgeschafft werden“, sagte er. Es gelte vielmehr, die Probleme anzugehen. Dazu gehört aus seiner Sicht, dass viele Riester-Produkte ohne die staatliche Förderung nicht attraktiv seien. Zudem bleibe viel zu viel Geld im Vertrieb stecken. *hau* ■



Das Eigenheim als Altersvorsorge

## Geringeres Wachstum

**HAUSHALT** Die Bundesregierung geht in diesem Jahr von einem Wirtschaftswachstum von 0,8 Prozent aus. Im kommenden Jahr soll es ein Prozent betragen. Bisher erwartete die Regierung für kommendes Jahr 1,6 Prozent. Dies erklärte Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) vergangene Woche im Haushaltsausschuss bei der Beratung des Etats 2013 des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. Rösler wies darauf hin, dass die andauernde Schuldenkrise das Wachstum der deutschen Wirtschaft weiterhin hemme. Es müsse alles getan werden, um den Euro zu stabilisieren und die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu halten. Als weiteren Schwerpunkt der Arbeit seines Ministeriums nannte er die Umsetzung der Energiewende. Auch für die Sprecher der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP ist die Energiewende die größte Herausforderung für das Ministerium. Daneben setzte sich aber vor allem die Union dafür ein, die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) noch mehr zu fördern. Dies soll eventuell in der sogenannten Bereinigungssitzung am 8. November geschehen. Mehr Mittel für die GRW forderten auch die Oppositionsfraktionen in zahlreichen Anträgen – allerdings erfolglos. *mk* ■

**KURZ REZENSIIERT**



Otfried Jarren, Matthias Künzler, Manuel Puppis (Hg): **Medienwandel oder Medienkrise?**

Nomos Verlag, Baden-Baden 2012; 229 S., 34 €

Die Mediensysteme, insbesondere die Tagespresse in den westlichen Demokratien, erleben derzeit eine konjunkturelle und strukturelle Krise: Symptome sind Redaktions-Schließungen, die Entlassung von Korrespondenten und wiederholte Sparrunden. Die Autoren des Sammelbandes „Medienwandel und Medienkrise“ zeigen, dass diese Probleme oft hausgemacht sind und auf eine „kommerzielle Institutionalisierung“ zurückgehen. Denn viele Eigentümer der Monopolzeitungen investierten ihre Gewinne nicht in die Redaktionen, um sich selbst hohe Dividenden überweisen zu können. Dadurch werde eine kritische und umfassende Berichterstattung „fundamental infrage gestellt“, mahnen die Autoren. Dies gehe zu Lasten der demokratischen Gesellschaft, die auf eine unabhängige Presse angewiesen sei.

Die starke Konkurrenz des Internets und die sinkenden Werbeeinnahmen hätten die Tageszeitungen in den USA und in Europa „inhaltlich bereits deutlich geschwächt“, unterstreichen die Medien-Wissenschaftler. Und zeigen sich erstaunt, dass nach all den Sparrunden überhaupt noch eine qualifizierte journalistische Leistung erbracht werde. Zwar bewirkten Bürgerjournalismus, Blogs und die Onlineangebote der sozialen Netzwerke eine Demokratisierung der Medienstrukturen insgesamt. Doch diese Entwicklung könne letztlich nur „eine Ergänzung, aber kein Ersatz“ für professionellen Journalismus sein. Die „Blogosphäre“ sei direkt von den Leistungen des Journalismus abhängig. Zudem richteten sich die neuen Onlineangebote an ein Nischenpublikum. Dies werde auch durch die die Zahl der Abrufe bestätigt.

Die Medienstudie bietet jedoch auch durchaus Grund zum Optimismus: So steige die Zahl der Leser deutscher und amerikanischer Qualitätszeitungen – einschließlich ihrer Onlineangebote. Exklusive journalistische Inhalte und Qualität sind offensichtlich noch immer die zentrale Voraussetzung für die Gewinnung von Lesern und wirtschaftlichem Erfolg. *Aschot Manutscharjan*



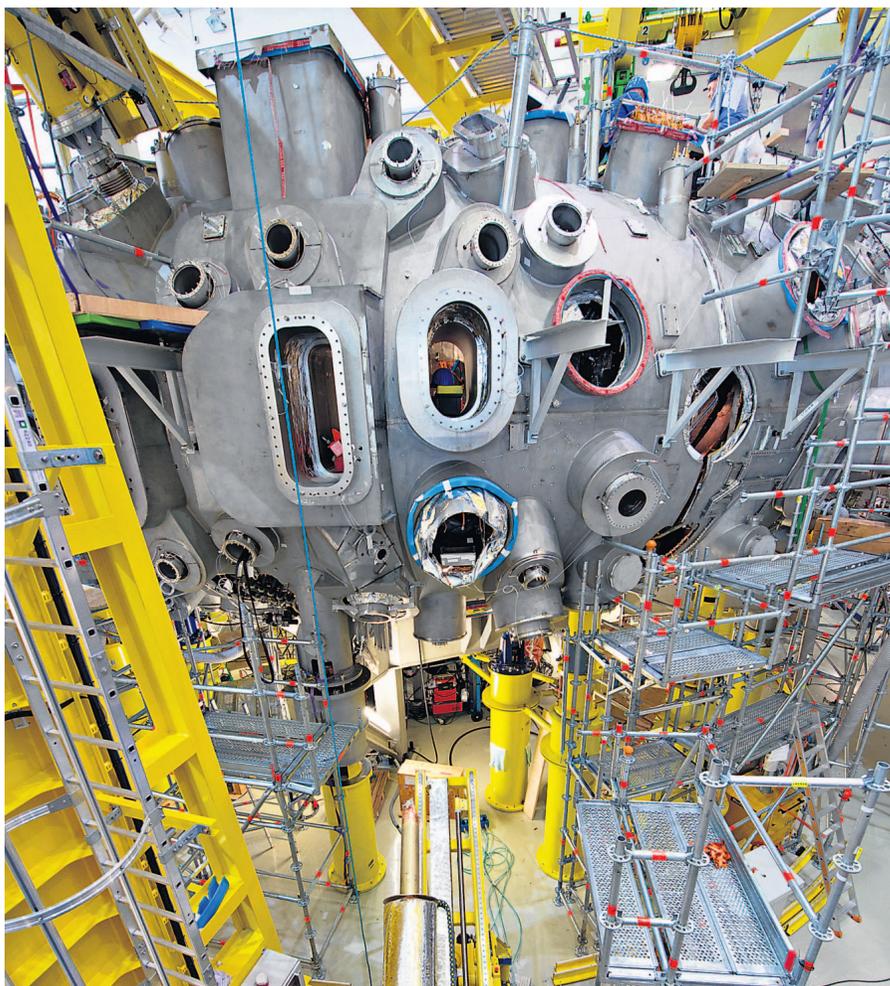
Christoph Birnbaum: **Die Pensionslüge.**

Deutscher Taschenbuch-Verlag, München 2012; 258 S., 14,90 €

„Die Rente ist sicher“: Dem berühmten gewordenen Mantra des ehemaligen Sozialministers Norbert Blüm (CDU) mag keiner mehr so recht folgen. Zumindest ist völlig unklar, ab welchem Lebensalter der arbeitende Bürger zukünftig in den Ruhestand gehen und wieviel Geld er dann aus dem staatlichen Rentensystem beziehen wird. Der Journalist Christoph Birnbaum stellt jetzt in seinem Buch über „Die Pensionslüge“ klar, dass diese Unsicherheit in Zukunft auch Deutschlands Beamte ereilen könnte. Bislang konnten die noch behaupten: „Die Pension ist sicher“. Birnbaum fordert, dass die derzeit noch verweigerte Debatte über die Zukunft der vermeintlich sichere Beamtenversorgung auf die Agenda gesetzt wird.

Über eine Billion Euro, so rechnet Birnbaum vor, müssen Bund und Länder bis zum Jahr 2040 für die Pensionen ihrer beamteten Staatsdiener aufbringen, „so viel, wie uns der Aufbau Ost in den vergangenen zwei Jahrzehnten gekostet hat“. Wer allerdings eine Abrechnung mit dem Beamtenstatus und den Beamten selbst befürchtet oder erhofft, der sei beruhigt beziehungsweise enttäuscht. Denn Birnbaum hat eben kein „Beamtenhasserbuch“ zu Papier gebracht, wie er klarstellt. Für den Beamtenstatus, der ein besonderes Treueverhältnis zum Staat konstituiert, gebe es viele gute Gründe. Ein Blick nach Griechenland, wo es eben keinen funktionierenden Beamtenapparat gebe, zeige dies deutlich.

Das Problem verortet der Buchautor beim Arbeitgeber, dem Staat. Der habe es versäumt, seiner Pflicht nachzukommen, für die Pensionen entsprechende Rücklagen zu bilden. Sprich: Am Tag der Auszahlung fehlt das Geld in den Haushalten. Aber Birnbaum rechnet auch mit so manchem aufgeblähten Verwaltungsapparat ab. So beschäftige das Wasser- und Schifffahrtsamt, zuständig für die deutschen Wasserstraßen, rund 12.000 Beamte und Angestellte. Das seien 1,7 Staatsdiener pro Stromkilometer. Birnbaum belässt es nicht beim Kritisieren. Er unterbreitet eine Reihe von Vorschlägen, die Grundlagen für eine überfällige Diskussion bieten. *Alexander Weinlein*



Forschungsreaktor „Wendelstein 7-X“ im Max-Planck-Institut in Greifswald. In der Anlage sollen Tests zur Kernfusion erfolgen.

# Neue Freiheiten

**WISSENSCHAFT** Außeruniversitäre Forschung bekommt mehr Autonomie. Die Opposition bemängelt fehlende Kontrolle

Für Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU) ist es ein Beitrag zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Forschungseinrichtungen. Für Petra Sitte (Die Linke) hingegen Hochstapelei. Derart unterschiedlich wird das von der Regierung vorgelegte Wissenschaftsfreiheitsgesetz bewertet, das der Bundestag am vergangenen Donnerstag mit den Stimmen der Koalition in der durch den Forschungsausschuss geänderten Fassung (17/11046) angenommen hat. Ziel ist es, „die haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen außeruniversitärer Wissenschaftseinrichtungen zu flexibilisieren“, wie es in der Gesetzesbegründung heißt.

Konkret bedeutet dies: Statt eines Stellenplans wird die Einführung von Globalhaushalten angestrebt. Haushaltsmittel müssen nicht mehr zwingend in einem bestimmten Jahr oder für einen festgelegten Zweck ausgegeben werden. Top-Wissenschaftlern können – am Besserstellungsverbot vorbei – Topgehälter gezahlt werden, wenn die Mittel dafür aus dem nichtöffentlichen Bereich kommen. Zudem sind benötigte Baumaßnahmen künftig auch ohne Beteiligung der zuständigen staatlichen Bauverwaltung durchführbar.

**Drei Säulen** Der Entwurf habe „ungeteilten Zuspruch durch die Wissenschaft erfahren und über die Fraktionsgrenzen hinweg einen breiten politischen Konsens gefunden“, freute sich Schavan. Die Ministerin verwies auf die drei Säulen des Gesetzes: Autonomie, Eigenverantwortung und Transparenz. Die Einrichtungen müssten selber entschei-

den können und kurzfristig auch neue Wege einschlagen dürfen, betonte sie. Was die Eigenverantwortung angeht, so habe die Pilotphase gezeigt, dass „maßvoll und verantwortungsvoll“ mit der Selbstständigkeit umgegangen werde, sagte Schavan. Schavans Lobeshymnen waren dem SPD-Forschungspolitiker Rene Rösper dann doch ein wenig zu viel des Guten. „Der Titel ‚Wissenschaftsfreiheitsgesetz‘ ist zu hoch gehängt“, befand er. Mit dem Gesetz werde „nur ein Bein gestärkt“. Nach wie vor Sorgen mache nämlich die universitäre Forschung. „Mit nur einem Bein läuft man aber im Kreis“, sagte der SPD-Abgeordnete. Positiv bewertete er, dass nicht abergenute Sachmittel beispielsweise für eine zusätzliche Professorenstelle genutzt werden können. Nicht gut sei allerdings, dass auch die Umwandlung von Personalmitteln in Sachmit-

tel „im extremen Fall für den Bau einer Dienstvilla des Institutsdirektors“ möglich sei. Daher plädierte seine Fraktion für ein besseres Steuerungs- und Kontrollsystem. Das Parlament müsse dabei einbezogen werden, denn: „Wir müssen vor den Bürgern Rechenschaft über die Verwendung der Mittel ablegen.“

**Beratungen im Ausschuss** Mit dem Gesetz werde die Grundlagenforschung, die oft keine Lobby habe, gestärkt, befand Peter Röhlinger (FDP). Zudem werde ein Zeichen für Verlässlichkeit, Dauerhaftigkeit aber auch Vertrauen gesetzt. Dass das Gesetz im Ausschuss verändert worden sei, begrüßte Röhlinger. Die Koalition sei der Opposition „sehr weit entgegengekommen“. Man habe sich darauf verständigt, mit der Humboldt-Stiftung und dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) zwei weitere Einrichtungen in das Gesetz einzufügen. Der Regierungsentwurf hatte ursprünglich neun Einrichtungen vorgesehen: Die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung, die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Mitgliedseinrichtungen der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren, Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz, die Deutsche Akademie der Technikwissenschaften, die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina, die Max Weber Stiftung/Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland sowie das Wissenschaftskolleg zu Berlin.

**Kritik des Rechnungshofes** Man hätte das Gesetz ehrlicherweise „Wissenschaftsmanagementgesetz“ nennen sollen, kritisierte die Linkenabgeordnete Petra Sitte und sprach von „Hochstapelei“. Es gehe im Grunde darum, dass „Institutsleitungen, Präsidien und Forschungsministerien mehr Handlungsspielraum bekommen“. Die Wissenschaftsfreiheit, so ihre Befürchtung, werde durch die Neuregelung eher verlieren. Der Bundesrechnungshof habe sich zudem zu der Vorlage „kritisch bis ablehnend zu Wort gemeldet“, was aber ignoriert worden sei. Gefordert worden seien klarere Regeln und Gehaltsobergrenzen. Die Bundesregierung habe sich aber zu einem „Rückzug aus der politischen Verantwortung“ entschlossen, sagte Sitte. Zu kritisieren sei außerdem, dass die Regelungen nur für Spitzenwissenschaftler gelten würden. „Die anderen Beschäftigten der Einrichtungen werden dabei ausgeschlossen“, bemängelte sie.

Auch die Grünen-Bildungsexpertin Krista Sager übte Kritik an der Neuregelung. So sei offen geblieben, mit welchen Instrumenten die Leistungen der Einrichtungen gemessen werden sollten. „Die Bundesregierung hat da ihre Hausaufgaben nicht gemacht“, urteilte Sager. Die an die betroffenen Einrichtungen zu verteilenden 4,6 Milliarden Euro seien schließlich „keine Peanuts“. Daher dürfe bei der Kontrolle das Parlament nicht auf den Boden bleiben. „Mehr Freiheit heißt auch mehr Verantwortung“, erwiderte der CSU-Abgeordnete Albert Rupprecht. Man erwarte von den Einrichtungen, dass über die erzielten Leistungen berichtet wird. Es wäre aber falsch gewesen, „jetzt schon ein detailliertes Berichtssystem gesetzlich festzuschreiben“. Vielmehr müsse dies „ab jetzt“ im Dialog mit den Einrichtungen entwickelt werden. Der Linkenfraktion warf Rupprecht vor, die Dimension nicht verstanden zu haben. „Mit dem Gesetz wird eine Welle angestoßen, die letztendlich auch vor den Hochschulen nicht Halt machen wird“, zeigte sich Rupprecht optimistisch. *Götz Hausding*

**KURZ NOTIERT**

**Zeitgeschichtliche Forschung soll verbessert werden**

Die Bundesregierung soll nach dem Willen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP sowie der SPD-Fraktion die zeitgeschichtliche Forschung zur Bundesrepublik Deutschland und zur DDR „durch Schaffung guter wissenschaftlicher Rahmenbedingungen“ fördern. In ihrem gemeinsamen Antrag (17/11001), den der Bundestag am vergangenen Donnerstag in die Ausschüsse überwies, wird die Regierung zudem aufgefordert, eine Bestandsaufnahme in Auftrag zu geben, die den aktuellen Forschungsstand und bestehenden Forschungsbedarf zur Geschichte der staatlichen Behörden und Institutionen im frühen Nachkriegsdeutschland ermittelt. *sto*

**Regierung will Hochschulen auch institutionell fördern**

Die Bundesregierung will die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten für eine Kooperation von Bund und Ländern im Wissenschaftsbereich erweitern. Der entsprechende Gesetzesentwurf (17/10956) sieht eine Änderung des Grundgesetzartikels 91b vor, um auch die institutionelle Förderung von Hochschulen durch den Bund zu ermöglichen. Bislang können Bund und Länder an Hochschulen nur thematisch und zeitlich begrenzt „Vorhaben der Wissenschaft und Forschung“ gemeinsam fördern. Der Bundestag überwies den Gesetzesentwurf am vergangenen Donnerstag zur weiteren Beratung in die Ausschüsse. *aw*

**Opposition scheidet mit Anträgen zur Medienvielfalt**

Keine Mehrheit haben die Anträge der Oppositionsfraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen (17/9155, 17/10787) zur Stärkung der Medienvielfalt und der Unabhängigkeit der Medien gefunden. Der Bundestag lehnte am vergangenen Donnerstag beide Anträge mit den Stimmen der Koalitionsmehrheit ab. SPD und Grüne hatten unter anderem gefordert, das Pressefusionsrecht zu novellieren und das Presse-Grosso-Vertriebssystem gesetzlich zu verankern. Zudem hatten sie sich für die Errichtung einer Mediendatenbank ausgesprochen. *aw*

**Linkenfraktion fordert Ausstellungsvergütung**

Die Linke fordert die Bundesregierung auf, die rechtlichen Voraussetzungen im Urheberrecht für die Zahlung einer Ausstellungsvergütung für bildende Künstler zu schaffen. Sie begründete ihren Antrag (17/8379) mit der schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Lage bildender Künstler in Deutschland. Nach einer Studie des Bundesverbandes bildender Künstler betragen im Jahr 2010 die durchschnittlichen Einkünfte von Künstlern aus dem Verkauf ihrer Werke 5.347 Euro pro Jahr. Der Bundestag überwies den Antrag am Donnerstag zur Beratung in die Ausschüsse. Vor einem Jahr waren die Grünen mit einem ähnlichen Vorstoß bereits gescheitert. Auch in der ersten Lesung des Linken-Antrags machten die Koalitionsfraktionen ihre Ablehnung deutlich. Die SPD zeigte zwar Sympathien für den Vorschlag, hält den Antrag aber für zu kurz gegriffen. *aw*

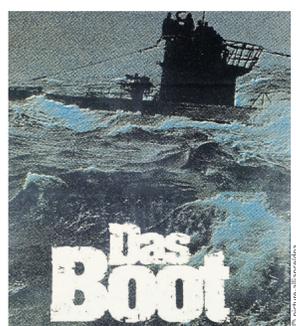
Anzeige

## Drum prüfe, wer sich ewig bindet

**KULTUR** Das Filmerbe soll erhalten werden. Aber völlig unklar ist, wie dies zu leisten ist

Die Linkenfraktion würde gerne Nägel mit Köpfen machen bei der Bewahrung des deutschen Filmerbes. Angesichts der Tatsache, dass sich alle Fraktionen einig seien, dass es sich „um eine kulturelle Aufgabe von grundlegender Bedeutung handelt“, müsse die Finanzierung dieser Aufgabe endlich sichergestellt werden. In ihrem Antrag (17/11007), den sie in der vergangenen Woche in die parlamentarische Beratung einbrachte, fordert sie, im Bundesarchivgesetz eine Regelung zu verankern, dass alle öffentlich aufgeführten deutschen Filme im Filmarchiv des Bundesarchivs als Kopie hinterlegt werden müssen. Betroffen von dieser Pflichtarchivierung sollen alle Kurz- und Spielfilme, Werbe-, Kultur-, Dokumentations- und Animationsfilme sein.

Um die Kosten für die Archivierung und Erhaltung des Filmerbes dauerhaft zu decken, will die Linkenfraktion jährlich sechs Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt bereitstellen. Weitere sechs Millionen soll die Filmwirtschaft und die filmtreibende Werbewirtschaft beisteuern. Und auch die Kinobesucher sollen ihren Beitrag leisten – in Form einer Abgabe von fünf Cent auf jede Kinokarte. Davon versprechen sich die Kulturpolitiker der Linken weitere jährliche Einnahmen von sechs Millionen Euro. Die Linke beruft sich auf Schätzungen von Experten, dass allein die Langzeitkonservierung der bereits bestehenden Archivbestände einen Finanzbedarf von rund 90 Millionen Euro erfordern wird.



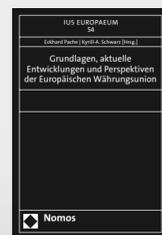
Kinoplakat des deutschen Erfolgsfilms „Das Boot“

Es ist nicht der erste Antrag zur Bewahrung des Filmerbes, der vorgelegt wurde. In den vergangenen Jahren ist von allen Fraktionen in unterschiedlicher Intensität gefordert worden, entsprechende Strategien zu entwickeln. Auch die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP legten in der vergangenen Woche parallel zu den Linken einen Antrag (17/11006) vor. Die Überlegungen bei Union und FDP bewegen sich in eine zumindest ähnliche Richtung wie in der Opposition. Doch die Koalitionäre sehen noch gewaltigen Klärungsbedarf, bevor gehandelt werden kann.

So soll die Bundesregierung prüfen, ob Gelder aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt werden können, ob und wie und wo eine verpflichtende Archivierung der Filme erfolgen kann und wie die private Filmindustrie an den Kosten beteiligt werden soll. Vor allem müsste geklärt werden, welche Kosten für das Unterfangen anfallen.

**Registrierung** Bislang werden in Deutschland nur Filme verpflichtend archiviert, die öffentlich gefördert werden. Nach Schätzungen der Bundesregierung wären hiervon 80 bis 90 Prozent der Filme betroffen. Doch durch die unterschiedlichen Praxen der Filmförderung sowie der Sicherungs- und Erfassungsmethoden in den Bundesländern „wird eine ungeklärte Anzahl deutscher Filme, die für die Archivierung in Frage kommen, nicht berücksichtigt“, bemängeln die Koalitionsfraktionen. Sie plädieren deshalb dafür, im Bundesarchivgesetz eine Pflichtregistrierung zu verankern, um alle neu produzierten Filme zu erfassen. Deutlich schwieriger gestaltet sich aber die Frage, auf welchem Medium die Filme gesichert werden sollen. Selbst digitale Daten müssen regelmäßig auf neue Datenträger überspielt werden, um für die Ewigkeit erhalten zu werden. Die Linkenfraktion geht sogar davon aus, dass die Archivierung vorerst weiterhin auf analogen Medien erfolgen wird. Auch Union und FDP sehen das Problem. Und fordern die Bundesregierung deshalb auf: Prüfen! *Alexander Weinlein*

## Grundlagen und Perspektiven der Währungsunion



Aktuell zur Euro-Krise

**Grundlagen, aktuelle Entwicklungen und Perspektiven der Europäischen Währungsunion**

Herausgegeben von Eckhard Pache und Kyrrill-A. Schwarz  
2012, 158 S., brosch., 42,- €  
ISBN 978-3-8329-7621-7  
(IUS EUROPAUM, Bd. 54)

Die medienbeherrschende „Griechische Finanzkrise“ stellt die Mitgliedstaaten der EU vor weitreichende Entscheidungen; „Solidarität in der Währungsunion?“, „Ausweitung des EFSF?“ oder steht das „Scheitern der Eurozone“ bevor? Diesen Fragen haben sich die 17. Würzburger Europarechts-tage am 17./18. Juni 2011 genähert.

Weitere Informationen: [www.nomos-shop.de/19268](http://www.nomos-shop.de/19268)



**AUFGEKEHRT**

**Digitale Muskelspiele**

Die Chinesen kommen gewaltig. Auch im Internet. Seit vergangener Woche dürfen chinesische Schriftzeichen lateinische Buchstaben beim Domainnamen, der Adressbezeichnung, ablösen. Statt der bisher allein gültigen Landeskenntung .cn können die Chinesen nun auch .中国 schreiben. Was Zhong Guo oder „Reich der Mitte“ heißt – die alte Selbstbezeichnung des fernöstlichen Landes, das sich jahrtausendlang als Mitte der damals bekannten Welt sah.

Ein wichtiger Sieg der prestigebewussten Chinesen gegen die amerikanischen Netz-Widersacher. Auch wenn kaum irgendwo sonst das Internet stärker im Griff der Krake Staat ist als in der Volksrepublik, verdächtigt das kommunistische Land die Amerikaner noch schlimmerer Dinge: via Microsoft, Google, Ebay, Amazon, Facebook oder Twitter eine moderne Internet-Diktatur über die Menschheit errichtet zu haben, mit dem Big Brother in den USA. Auch die Netzverwaltungs-Behörde Icnan, die die Domainnamen vergibt und im kalifornischen Marina del Rey sitzt, ist nach Pekinger Lesart Teil dieses allumfassenden Imperiums. Aber Icnan muss nachgeben. Auch Domainnamen auf Arabisch oder Kyrrilisch sind inzwischen erlaubt, hier sind indes die Nutzerzahlen eher bescheiden. So kann Chinas Internetgemeinde nun noch selbstbewusster auftreten. Über 510 Millionen Chinesen nutzen das Netz, der zweite Platz hinter den 565 Millionen Englischsprachigen. Aber schon 2015 könnte Chinesisch wichtigste Internet-Sprache sein. Aber Vorsicht vor großen Zahlen. Relativ sieht alles anders aus. Da sind die Deutschen oder besser Deutschsprachigen Spitze: Im Verhältnis zum Anteil an der deutschsprachigen Weltbevölkerung führt Deutschland bei der Internetnutzung: 79,5 Prozent der Deutschsprachigen nutzen das Netz, bei den Englischsprachigen 43,4 Prozent und den Chinesischsprachigen nur 37,2 Prozent. Wir sind nicht nur Papst, wir sind auch Internet! *Hans Krump*

**VOR 50 JAHREN ...**

**Beginn der Spiegel-Affäre**

26. Oktober 1962: „Spiegel“-Redaktion besetzt. Wir haben – Zurufe von der SPD zwischen Kanzler Konrad Adenauer (CDU) zu einer Pause – „einen Abgrund von Landesverrat im Lande.“ „Wer sagt das?“, fragt Walter Seuffert (SPD). „Ich sage das“, antwortet der Kanzler. Das Protokoll vermerkt „Laute Rufe von der SPD“. Die Stimmung im Bundestag war aufgeheizt während der ersten Fragestunde zur Spiegel-Affäre am 7. November 1962. Keine zwei Wochen zuvor, am Abend des 26. Oktober, hatten Polizei und Bundeskriminalamt



Die Spiegel-Affäre wurde zum Fanal für die Pressefreiheit in Deutschland.

naslamt die „Spiegel“-Redaktion besetzt. Mehrere Redakteure, darunter Conrad Ahlers und Herausgeber Rudolf Augstein, wurden verhaftet. Auslöser war Ahlers' Artikel „Beding abwehrbereit“, in dem bis zu 41 Staatsgeheimnisse publiziert worden sein sollen – und ein wütender Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß (CSU), der angab, mit der Razzia nichts zu tun gehabt zu haben. Der Artikel berichtet über das NATO-Manöver „Fallex 62“, das die Erkenntnis brachte, die Bundesrepublik sei gegenüber dem Warschauer Pakt nicht abwehrfähig; ein Angriff könne nur mit Hilfe westlicher Atomraketen abgewehrt werden. Schwere Geschütze gegen Strauß, der am 9. November im Parlament einräumen musste, die Festnahme Ahlers' doch veranlasst zu haben. Die Vorwürfe gegen den „Spiegel“ erwiesen sich dagegen als haltlos. Heute wird oft hinterfragt, was aus einem kritischen Artikel eine Affäre machte. Hat die Bundesregierung angesichts der Kubakrise überreagiert? Oder war das schlechte Verhältnis zwischen Strauß und Augstein ausschlaggebend? Sicher ist: Während die Ereignisse zu einer schweren Regierungskrise führten, gilt der Ausgang der Affäre als Triumph für die Pressefreiheit. *Benjamin Stahl*

**ORTSTERMIN: JAHRESEMPFANG DES WEHRBEAUFTRAGTEN**



Stimmungsvoller Ausklang des Besuchs von Kanadas Veteranenminister: Das Stabsmusikkorps der Bundeswehr spielt eine Serenade vor dem Reichstag.

**»Eine hintergründige Einladung«**

Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) brachte es kurz und bündig auf den Punkt: Die Einladung des kanadischen Ministers für Veteranenangelegenheiten, Steven Blaney, zum Jahresempfang des Wehrbeauftragten Hellmut Königshaus sei „klug und hintergründig“. Dieser hatte in seiner Rede in der Parlamentarischen Gesellschaft am vergangenen Mittwoch Abend – auch mit Einfühlungsvermögen für die Befindlichkeiten in Deutschland – für mehr gesellschaftliche Aufmerksamkeit und staatliche Fürsorge für Veteranen geworben. Ein Anliegen, das de Maizière und Königshaus teilen.

„Auch wenn wir bei der Fürsorge für unsere einsatzerfahrenen Soldatinnen und Soldaten in den vergangenen Jahren gut vorangekommen sind, so sind wir von unserem Anspruch bisher noch ein ganzes Stück entfernt“, argumentierte Königshaus. Und er fügte an: „Wir brauchen einen Status, mit dem alle, die für die Bundeswehr im Einsatz waren, erfasst werden. Nur wer erfasst ist, kann auch gezielt kontaktiert und betreut werden.“ Kanada hingegen habe

die Wahrnehmung der Interessen seiner Veteranen zu einer „nationalen Aufgabe“ gemacht. Auch de Maizière betonte, dass die Deutschen viel von ihren Verbündeten jenseits des Atlantiks lernen könnten im Umgang mit Veteranen. Und er nutzte den Abend, um seine Definition von Veteranen erstmals öffentlich zu machen: Er verstehe darunter jeden ehemaligen Soldat der Bundeswehr, der in einem Auslandseinsatz gedient hat. Sein Veteranenministerium, so legte Minister Blaney dar, habe zusammen mit dem Verteidigungsministerium beispielsweise 17 Kliniken etabliert, die sich um traumatisierte oder depressive Soldaten kümmern. Bei der Betreuung würde stark mit Veteranen zusammen gearbeitet werden und deren Erfahrungen genutzt. Aber es gehe nicht nur um eine Versorgung der Veteranen. Die Gesellschaft schulde den Soldaten ihren Respekt und mache: Er erbracht ein Opfer würdigen, sagte Blaney. Diese Ansicht teilten auch 93 Prozent seiner kanadischen Landsleute. Dieser Respekt und diese Würdigung, betonte der Kanadier, habe nichts

mit falscher Heldenverehrung zu tun. Blaney weiß, dass der Veteranenbegriff bei vielen Deutschen historisch belastet ist.

Deutsche Soldaten vermissen nach ihren Einsätzen oftmals diesen Respekt. „Es ist schon frustrierend, wenn man zu hören bekommt, wir würden in Afghanistan den ganzen Tag nur im Lager sitzen und uns betrinken. Oder wir hätten uns nur wegen des Geldes in den Einsatz gemeldet“, fasst ein Oberstabsgefreiter seine Enttäuschung zusammen. Er gehört zu der Gruppe geladener Soldaten an diesem Abend, die mit dem Ehrenkreuz der Bundeswehr ausgezeichnet wurden. Bei den Anschlägen und Gefechten am Karfreitag 2010 bei Kundus verlor er ein Auge. Sein Gesicht ist von Narben gezeichnet. Bereut hat er den Einsatz nicht. Er hat sich inzwischen als Berufssoldat verpflichtet. Er wirkt bescheiden, will nicht einmal seinen Namen gedruckt sehen. Aber er wünscht sich mehr Aufmerksamkeit für „unseren Einsatz und den hohen Preis, den wir gegebenenfalls zahlen.“ *Alexander Weinlein*

**LESERPOST**

**Zur Ausgabe 41-42 vom 8.10.2012, „Botschafter zwischen den Nationen“, Seite 14:**

Die Erfahrungen, die die jungen Leute während eines solchen Austauschjahres machen, prägen die Person und halten das ganze Leben. In diesem Jahr hatte ich die riesige Freude, mit meiner Abschlussklasse der Blissfield/Michigan Highschool das 60. Klassentreffen zu feiern. Ich ging 1951/52 mit dem zweiten Jahrgang des Austauschprogramms des „Youth for Understanding Komitee (YFU)“ („Jugend für Verständigung“) in die USA, gefördert durch den amerikanischen Hochkommissar für Deutschland und durch örtliche Rotary-Clubs – in unserem Fall in Michigan. Damals wurde das fast als Abenteuer betrachtet. Die Kontakte halten bis heute, die amerikanischen Gasteltern waren ein drittes Großelternpaar für unsere Kinder und ich tausche mich noch immer mit meiner Gastchwester über Alltägliches per E-Mail aus. Ich bin sehr dankbar für meine Erfahrungen des Austausches. Durch Offenheit für Fremdes und aktives ehrenamtliches Engagement – auch international – versuche ich bis heute, etwas davon zurück zu geben. *Anni Langhans, Erlangen*

**Zur Themenausgabe 41-42 „Die USA vor den Wahlen“ vom 8.10.2012:** Ein großes Lob für diese sehr informative und interessante Ausgabe. Sie haben es meiner Ansicht nach geschafft, mit der nötigen Distanz viele relevante Dinge anzusprechen. Sowohl „auffrischende“ Beiträge zur Grundkonzeption des Wahlsystems der USA, hintergründigere Artikel über die Kandidaten sowie generelle sicherheitspolitische Aspekte wie die NATO oder Sicherheitsstrategien wurden berücksichtigt. Da-

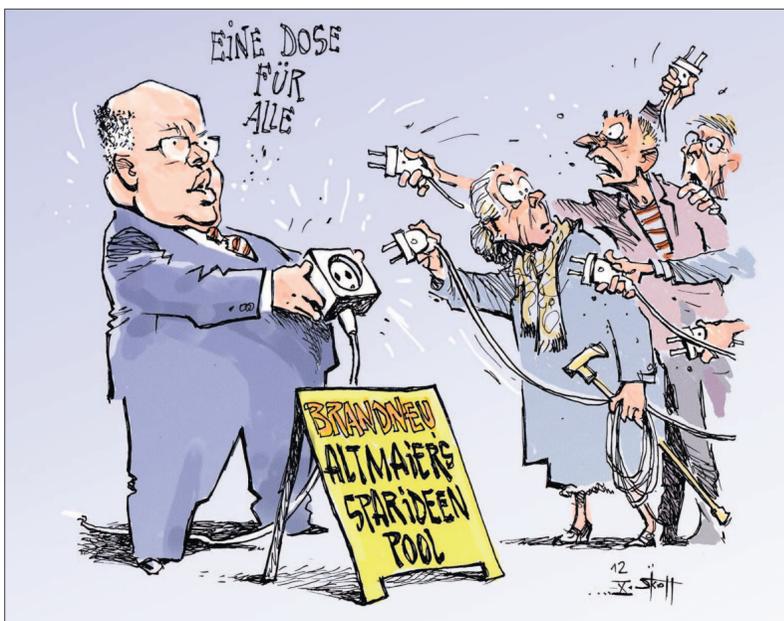
mit bewegen Sie sich nicht nur im bundesdeutschen Gelände sicher, sondern schaffen es auch, internationale Politik darzustellen. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass es in der Welt ohnehin eine gestiegene Interdependenz zumindest zwischen den Industrienationen gibt, sollten Sie dies öfter tun. *Fabian Rodriguez, per E-Mail*

**Zur Ausgabe 41-42 vom 8.10.2012, „Wir sind Europa“, Seite 15:**

Auf dem Bild strahlen mir die zur Zeit mächtigsten Repräsentanten der Bundesrepublik entgegen. Nur der Mächtigste sitzt mit sorgenvoller Miene, so erscheint er mir jedenfalls, am Schreibtisch, um dem bayerischen Löwen einen Gefallen zu tun und sich in das Goldene Buch des Freistaates einzutragen. Der gemeinsame Gesang der Hymne vom einzig deutschem Vaterland auf dem Festakt mit den geladenen Gästen hat nicht nur bei mir, sondern auch bei den Millionen Arbeitslosen, Sozialrentnern und Geringverdienenden, aber auch bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund, unterschiedliche Gefühle geweckt. Sie sehen sich angesichts der Auseinandersetzungen um die europäischen Einigungsbestrebungen mit dem Gedanken konfrontiert, ob unter diesen Umständen Deutschland noch unser Vaterland ist. Millionen sind nach meiner Auffassung nicht mehr davon überzeugt, weil die Gegensätze in den Staaten, besonders wirtschaftlich, unüberbrückbar erscheinen. So gesehen erscheint mir die Drohung der Kanzlerin, „scheitert der Euro, dann scheitert Europa“,

als eine Kampfansage gegen die von mir genannten Bevölkerungsschichten. Ich behaupte das als 90-Jähriger Bürger dieses Staates, der in der Weimarer Republik geboren wurde, die Krise der Weltwirtschaft als Kind am eigenen Leibe erlebte, als Jugendlicher vom NS-Staat missbraucht und schwer kriegsbeschädigt aus dem Krieg kam, die SED-Diktatur erlebte, um dann, in Freiheit entlassen, gegenwärtig in einer Seniorenresidenz seinen Lebensabend zu verbringen. Deshalb hoffe ich, dass der Optimismus für Deutschland und Europa auch noch in 2013 vorhanden ist. Allerdings unter der Voraussetzung, dass der sogenannte Fiskalpakt nicht nur auf die sozial Schwachen voll durchschlägt, sondern auch diejenigen zur Kasse bittet, die tatsächlich die Gewinner dieser Entwicklung sind, die millionenfach daran verdienen haben, dass es einigen Ländern verdammt schlecht geht. *Alfred Peim, Flensburg*

**SEITENBLICKE**



**PANNENMELDER**

In der Ausgabe 41-42 vom 8. Oktober wird im Artikel „Das transatlantische Verhältnis ist wieder im Lot“ auf Seite 10 geschrieben, Friedrich der Große habe seinen Offizier Friedrich Wilhelm von Steuben nach Amerika geschickt, um in der Armee George Washingtons zu kämpfen. Das ist falsch. Steuben nahm bereits 1762 seinen Abschied aus der preußischen Armee. 1777 lernte er den amerikanischen Botschafter in Paris, Benjamin Franklin, kennen. Er ging auf dessen Empfehlung nach Nordamerika, um am Unabhängigkeitskrieg gegen die britische Kolonialmacht teilzunehmen. Als Generalinspekteur von Washington disziplinierte Steuben die Truppe und war maßgeblich am militärischen Erfolg des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges beteiligt.

**BUNDESTAG**

**Behinderte treffen Politiker**

**DIALOG** Am 26. und 27. Oktober findet im Bundestag die fraktionsübergreifende Veranstaltung „Menschen mit Behinderungen im Deutschen Bundestag“ statt. Insgesamt 299 Teilnehmer sind eingeladen, um mit den Abgeordneten einen Dialog über Inklusion und Barrierefreiheit zu führen. Dabei werden in zwölf Arbeitsgruppen alle Politikbereiche aus der Sicht von Menschen mit Behinderungen diskutiert. Im Rahmen der Veranstaltung sind zudem die Foto-Dokumentation „Deutscher Bundestag barrierefrei“ und die Ausstellung „Gestaltung für alle“ zu sehen.

Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) eröffnet die Veranstaltung am Freitag, den 26. Oktober, gegen 14 Uhr. Danach erfolgt die Konstituierung der einzelnen Arbeitsgruppen. Am darauffolgenden Samstag stellen dann auf dem Abschlussplenum die Arbeitsgruppen ihre Ergebnisse vor. *jbll*

**PERSONALIA**

**>Reinhard Bühling † Bundestagsabgeordneter 1965-1980, 1981-1983, SPD**

Wie erst jetzt bekannt wurde, starb Reinhard Bühling am 25. August im Alter von 86 Jahren. Der aus Erfurt gebürtige Jurist und Magistratsdirektor in Berlin-Schöneberg wurde 1949 SPD-Mitglied. Er war zeitweise Vorsitzender seiner Partei in Neukölln und von 1958 bis 1963 Bezirksverordneter sowie Fraktionsvorsitzender in Wilmersdorf. Dem Berliner Abgeordnetenhaus gehörte er von 1963 bis 1965 an. Im Bundestag arbeitete Bühling vorwiegend im Innenausschuss mit. Von 1974 bis 1981 war er Vorsitzender des Kuratoriums der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung.

**>Angela Grützmann Bundestagsabgeordnete 1974-1976, SPD**

Am 22. Oktober wird Angela Grützmann 75 Jahre alt. Die aus Berlin stammende Journalistin wurde 1966 SPD-Mitglied und amtierte als Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen in ihrer Heimatstadt. 1974 war Grützmann für den verstorbenen Abgeordneten Klaus Dieter Arndt in den Bundestag nachgerückt. Hier gehörte sie dem Petitionsausschuss sowie dem Ausschuss für Bildung und Wissenschaft an.

**>Gerhart Rudolf Baum Bundestagsabgeordneter 1972-1994, FDP**

Gerhart Rudolf Baum vollendet am 28. Oktober sein 80. Lebensjahr. Der aus Dresden gebürtige Rechtsanwalt trat 1954 der FDP bei, war von 1966 bis 1968 Vorsitzender der Jungdemokraten und gehörte von 1966 bis 1994 dem FDP-Bundesvorstand an. Von 1982 bis 1991 war er Mitglied des Parteipräsidiums und zugleich stellvertretender Bundesvorsitzender. Baum, der nach seiner Wahl in den Bundestag 1972 parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Inneren wurde und von 1978 bis 1982 selbst als Bundesinnenminister amtierte, arbeitete im Bundestag von 1986 bis 1994 im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit mit. Nach dem Ende seiner politischen Laufbahn engagierte sich Baum in besonderer Weise für die Einhaltung der Menschenrechte. Ab 1992 war er für die UNO tätig, unter anderem als Chef der deutschen Delegation in der Menschenrechtskommission in Genf und von 2001 bis 2002 als UN-Sonderbeauftragter für Menschenrechte im Sudan. Zudem engagierte er sich bei Amnesty International und Human Rights Watch. Baum war darüber hinaus an einer Reihe von Verfassungsbeschwerden vor dem Bundesverfassungsgericht beteiligt. *bhm*

**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:**

Das Parlament  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 29. Oktober.

**BUNDESTAG LIVE**

Topthemen vom 22.-26.10.2012  
Geringfügige Beschäftigung (Do),  
Frauen in Führungsgremien (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de:  
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

Dr. Hans-Peter Friedrich, Bundesminister des Innern:

## Antisemitismus berührt die Grundfesten unserer Demokratie



Hans-Peter Friedrich (\*1957)  
Bundesminister

Der Deutsche Bundestag hat in der 16. Wahlperiode die Bundesregierung in einem Antrag aufgefordert, den Kampf gegen Antisemitismus weiter und verstärkt zu führen und jüdisches Leben in Deutschland zu fördern. Im Zuge der Umsetzung dieses Antrags des Deutschen Bundestages ist ein Expertengremium 2009 ins Leben gerufen worden, das, wie ich meine, einen sehr fundierten, einen sehr facettenreichen und sehr gründlichen Bericht in zweijähriger Arbeit erstellt hat. Dieser Bericht ist eine gute Diskussionsgrundlage und ergänzt die eigenen Erkenntnisse, die die Bundesregierung anhand von vielen Programmen, die standardmäßig wissenschaftlich begleitet werden, gewonnen hat. Insofern hat sich dies gelohnt und sollte in Zukunft fortgeschrieben werden. Antisemitismus ist ein Thema, das nicht nur die jüdische Gemeinde in Deutschland angeht. Es berührt die Grundfesten unserer Demokratie, unserer Freiheit, unseres Zusammenlebens.

Der Kampf gegen Extremismus, egal woher er kommt, ist eine Aufgabe, bei der dieser Staat und diese Gesellschaft gemeinsam zusammenwirken. Die Tatsache, dass die Zahl der antisemitischen Straftaten in den letzten Jahren stabil geblieben bzw. sogar leicht gesunken ist, beruhigt uns nicht; denn das Niveau ist nach wie vor sehr hoch. Allein die Tatsache, dass es solche Straftaten gibt, zeigt, dass das Problem vorhanden ist und dass wir das Problem gemeinsam lösen müssen.

Es gab erst vor wenigen Monaten hier in Berlin einen Überfall auf den Rabbiner Daniel Alter. Ich glaube, dass dieser Überfall ein Handlungs-

auftrag an alle war, nämlich sicherzustellen, dass es kein Stadtviertel in irgendeiner Stadt dieses Landes geben darf, in dem Menschen um ihre Sicherheit oder gar um ihr Leben fürchten müssen, nur weil sie sich zu einer bestimmten Religion bekennen, weil sie eine bestimmte Hautfarbe haben oder weil sie als anders erkennbar sind. Wir schulden es unserem Staat und unserer Demokratie, sicherzustellen, dass Freiheit, dass Recht und Toleranz überall im Lande, in jedem Stadtviertel durchgesetzt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Bericht spricht davon, dass circa 20 Prozent der Bevölkerung in Deutschland antisemitisches Gedankengut in irgendeiner Weise haben. Nun ist ein Streit darüber ausgebrochen, wie man auf diese 20 Prozent kommt.

Die einen sagen, es seien viel mehr, die anderen sagen, so viel könnten es gar nicht sein. Natürlich kommt es immer darauf an, wie man die Fragen formuliert. Entscheidend ist jedoch nicht, welche Zahlenstatistiken vorliegen. Entscheidend ist vielmehr, dass es immer noch oder schon wieder Ressentiments, Klischees und Verschwörungstheorien gibt, die mit

unserer Demokratie und der freiheitlichen Grundordnung nicht vereinbar sind und gegen die wir mit aller Konsequenz vorgehen müssen.

Das Thema Antisemitismus wird aber auch von außen an unser Land herangetragen. Für islamistische Aktivisten und Organisationen weltweit sind Antisemitismus und Ressentiments gegen Juden ein nahezu selbstverständlicher Bestandteil ihrer Propaganda und ihrer Ideologie. Das gilt auch für die Gruppierungen, die in Deutschland tätig sind und die von unserem Verfassungsschutz beobachtet werden.

Das Lagebild, das der Verfassungsschutz zeichnet, zeigt, dass auch für die Neonazis und die rechtsextremistischen Gruppen in Deutschland Antisemitismus ein verbindender und fester Bestandteil ihrer Propaganda und ihrer Ideologie ist. Es ist wichtig, dass man die Erkenntnisse, die der Verfassungsschutz gewonnen hat, einarbeitet in die politische Bildung und in die Aufklärungsaktionen, die wir jetzt und in der Zukunft gemeinsam auf den Weg bringen müssen.

Das alles kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass heutzutage 90

### Der Kampf gegen Extremismus ist eine Aufgabe, bei der Staat und Gesellschaft zusammenwirken müssen.



Berlin beherbergt die größte jüdische Gemeinde in Deutschland.

Prozent der antisemitischen Straftat und Gewalttaten von den Neonazis begangen werden. Schauen wir einmal, wie das konkret abläuft: Die Neonazis nehmen jedes tagespolitische Ereignis sofort zum Anlass, um Verschwörungstheorien über die Juden in Deutschland, aber auch weltweit, zu verbreiten. Das alles zeigt, dass wir gegen diese Volksverhetzung durch die Neonazis mit aller Konsequenz vorgehen müssen.

50 Prozent aller rechtsextremistischen Straftaten sind Volksverhetzungsstraftaten. Das macht deutlich, dass unser Staat und jeder Demokrat gefordert ist, den Antisemitismus entschlossen zu bekämpfen - egal in welcher Maske er daherkommt - und ihm entgegenzutreten. Es gibt zahlreiche Bundesprogramme, die aufzeigen sollen, mit welchen Mechanismen die antisemitische Propaganda der Neonazis vorgeht, um junge Leute auf ihre Seite zu ziehen und sie für sich zu gewinnen. Wir stellen fest, dass das Internet inzwischen zu einer bevorzugten Plattform für diese Propagandisten geworden ist; denn es eröffnet - allen Propagandisten übrigens - weltweit völlig neue Möglichkeiten, an junge Menschen, die in bestimmten Lebensphasen ein wenig anfällig sein können, heranzukommen.

Im Dezember 2011 haben wir das Gemeinsame Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus gegründet. Ein Schwerpunkt der Arbeit dieses Zentrums besteht in der Auseinandersetzung mit der Frage, welche Erscheinungsformen des Antisemitismus und des Rechtsextremismus es im Internet gibt und welche Gegenmaßnahmen man im Rahmen der politischen Bildung auch im Internet auf den Weg bringen kann, um diesen Propagandamustern und -strukturen etwas entgegenzusetzen.

Etwas entgegengesetzt - das bedeutet auch, dass wir die Zivilgesellschaft stärken müssen. Ein Programm aus dem Bundesinnenministerium, das sich „Zusammenhalt durch Teilhabe“ nennt, setzt genau an dieser Stelle an. Es geht dabei darum, Vereine und Organisationen zu stärken, Demokratietrainer auszubilden, die die Propagandastrukturen und die Argumentationsmuster der Antisemiten ausfindig machen, entlarven und dann entsprechend dagegen argumentieren können.

In der Deutschen Islamkonferenz steht das Thema Antisemitismus ebenfalls auf der Tagesordnung. Seit 2010 gibt es die Arbeitsgruppe „Prä-

ventionsarbeit mit Jugendlichen“, die sich mit Extremismus und Gewalt phänomenübergreifend beschäftigt und die insbesondere den religiös begründeten und begleiteten Extremismus zum Gegenstand hat.

Wir haben vor, bei der nächsten Islamkonferenz im März/April nächsten Jahres konkrete Handlungsempfehlungen auf den Tisch zu legen, wie diese Präventionsarbeit mit Jugendlichen in Zukunft verstärkt und weiter verbessert werden kann.

Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland - das ist die positive Botschaft - wächst, und sie wächst stärker als sonst wo in Europa. Die Bundesregierung unterstützt mit finanziellen Mitteln, aber auch ideell die Entwicklung insbesondere der überregionalen Einrichtungen, die Zusammenarbeit mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland und den Aufbau des jüdischen Lebens in Deutschland. Ich glaube, wir beobachten da seit vielen Jahren eine sehr positive Entwicklung, und sie ist es wert, dass alle Ebenen des Staates sie unterstützen. Der Bericht der Experten enthält viele Empfehlungen, die wir sorgfältig prüfen und die wir, soweit sie sinnvoll, notwendig, finanzierbar und nicht schon durchgeführt sind, unmittelbar umsetzen werden.

Entscheidend ist, dass wir diesen Bericht aktualisieren; ich würde vorschlagen, dass wir ihn mindestens einmal pro Wahlperiode auf den neuesten Stand bringen. Der vorliegende gründliche Bericht bildet hierfür ein gutes Fundament.

Ich bedanke mich bei den Professoren, den Wissenschaftlern und den Experten, die mitgemacht haben, für ihre Arbeit. Ich bedanke mich bei allen im Land, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, aktiv und leidenschaftlich dem Antisemitismus entgegenzutreten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland wächst, und sie wächst stärker als sonst wo in Europa.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. [www.bundestag.de/live/tv/index.html](http://www.bundestag.de/live/tv/index.html)

Wolfgang Thierse, Bundestagsvizepräsident:

## Wir nehmen diese moralische und politische Herausforderung ernst



Wolfgang Thierse (\*1943)  
Landesliste Berlin

Seit November 2011 liegt nun der erste Antisemitismusbericht dem Bundestag vor. Am 23. Januar 2012 habe ich ihn mit Kollegen aller Fraktionen und Mitgliedern des Expertenkreises der Öffentlichkeit vorgestellt. Heute erst debattieren wir darüber im Bundestag; das ist wahrlich etwas spät. Der Bericht hat größere Aufmerksamkeit als bisher verdient. Denn es gibt schlechten, bedrückenden aktuellen Anlass: In den letzten Wochen wurde in Berlin ein Rabbiner überfallen. Der Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland wurde bedroht. Das sind nur zwei Beispiele für den alltäglichen Antisemitismus in Deutschland.

Auch im Zusammenhang mit der Beschneidungsdebatte sind antisemitische Untertöne unüberhörbar. Ich zitiere nur einen Satz aus vielen polemischen, ja hasserfüllten Zuschriften an mich wörtlich: Ich bin kein Rechtsradikaler, aber irgendwann muss mal Schluss sein mit dem ewigen Ducken vor den Juden. – Ein geradezu prototypischer antisemitischer Satz.

Wie viele in Deutschland mögen genau so denken? Seitdem der Bericht vorliegt, wissen wir es: bis zu einem Fünftel der Bevölkerung; ein erschreckender Befund. Der Bericht macht auf beunruhigende Weise deutlich, dass antisemitische Einstellungen bis weit in die Mitte der Gesellschaft reichen. Erscheinungsformen, Wirkungsweisen und Ausbreitung dieser Menschenfeindlichkeit genau zu kennen und zu beobachten, ist die Vorbedingung für ein energisches und nachhaltiges Handeln. Das macht den Bericht so wichtig.

Wir sollten gemeinsam Konsequenzen aus ihm ziehen; denn – auch das will ich, so wie der Herr Minister, betonen – der Kampf gegen Antisemitismus ist nicht zuvörderst und schon gar nicht allein eine Sache der Juden in Deutschland, sondern unsere Sache, die Sache aller Demokraten, aller Anständigen im Lande.

Die Konsequenzen: Erstens. Wir brauchen Kontinuität und Stetigkeit

in Analyse und Berichterstattung; hier besteht, denke ich, Konsens. Der Bundestag hat schon in seiner Entschließung vom 4. November 2008 zum Ausdruck gebracht, dass er sich seiner Verantwortung bewusst ist, jeder Form von Antisemitismus in Deutschland entgegenzuwirken. Regelmäßige Berichte über Antisemitismus in Deutschland erstellen zu lassen, wurde interfraktionell beschlossen. Alle Beteiligten waren sich einig: Eine intensive und vor allem kontinuierliche Berichterstattung ist notwendig. Deshalb sollte das deutsche Parlament in jeder Legislaturperiode über einen solchen Bericht und die Konsequenzen daraus debattieren.

Zweitens. Antisemitismus ist kein gänzlich isolierbares Problem. Er ist eingebettet in und Teil von Rechtsextremismus, Rassismus, Islamismus, Israelfeindschaft, Minderheitenfeindlichkeit. Diesen Zusammenhang gilt es mehr denn je zu beachten.

Sie kennen die Zahlen: 90 Prozent aller antisemitischen Straf- und Gewalttaten werden von Rechtsextremisten begangen. Gerade weil wir das Phänomen, das Problem nicht isolieren können und dürfen, halte ich eine Ausweitung des Fokus auf weitere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit – diesen Begriff verwendet Wilhelm Heitmeyer, um die unterschiedlichen Formen von Menschenfeindlichkeit zu erfassen – für dringend erforderlich; denn unterschiedliche Vorurteile und Feindbilder greifen eben ineinander und bilden ein gefährliches Konglomerat.

Dass genau dies lange nicht erkannt wurde, zeigen auf dramatische Weise auch die Taten des NSU. Wer über Antisemitismus angemessen und folgenreich sprechen und wer handeln will, der darf über die anderen Erscheinungsweisen menschenfeindlichen Verhaltens nicht schweigen.

Drittens. Erkenntnisse allein reichen nicht aus. Sie müssen in Strategien und Aktivitäten zur Überwindung von Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit übersetzt werden. Der wissenschaftlichen Beobachtung müssen aktive Schritte folgen. Erforderlich ist, wie auch von den Experten empfohlen, eine Verstärkung der Bundesprogramme. Momentan sind dies vor allem Modellprojekte. Da aber gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus keine punktuellen, sondern andauernde Probleme und Herausforderungen sind, bedarf es auch keiner nur punktuellen, sondern eben einer dauerhaften Bekämpfung. Nur wenn dauerhafte Programme gefördert werden, kann die Arbeit ohne effizienzmindemde Förderlücken gesichert werden. Aus dem Nebeneinander und der zeitlichen Begrenztheit verschiedener Aktionen und Programme, die stets neu initiiert und aufgestellt werden, müssen Institutionen und Initiativen werden, die tatkräftig und verlässlich arbeiten, damit sie nachhaltige Wirkung entfalten können.

Meine Damen und Herren, es ist ein bedauernswerter Zustand, dass nach einer Schreckensmeldung in den Medien die öffentliche Erschütterung zwar groß ist, aber selten lange anhält. Es ist ein bedauernswerter Zustand, dass engagierte Menschen Projekte aufbauen, Netzwerke instal-

lieren und dass, kaum haben diese begonnen, zu arbeiten und zu funktionieren, die Förderung ausläuft und die Projekte enden. Diese Zyklen medialer Konjunktur und kurzfristigen staatlichen Engagements gilt es zu durchbrechen.

Über die genaue Form der Unterstützung und auch der Finanzierung der Bundesprogramme – ich persönlich plädiere dafür, dass wir endlich eine Bundesstiftung einrichten – wird man trefflich streiten können. Wichtig aber ist ein Konsens über deren Notwendigkeit. Eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe Antisemitismus hat bereits gut zusammenarbeitet und sollte sich jetzt daranmachen, einen gemeinsamen Antrag in dieser Richtung zu erarbeiten.

Der Beschluss von 2008 hat nichts von seiner Aktualität eingebüßt, wie wir immer wieder neu auf erschreckender Weise sehen.

Er ist zu erneuern und mit den Erkenntnissen dieses Berichts anzureichern und umzusetzen. Wie 2008 ist es auch heute wünschenswert und dringend erforderlich, dass der Bundestag geschlossen Gesicht zeigt, dass gemeinsam eine regelmäßige Berichterstattung über antisemitische und andere Formen der Menschenfeindlichkeit etabliert wird, dass eine Verstärkung der Bundesprogramme festgelegt wird und wir allen Menschen in Deutschland zeigen: Wir nehmen diese moralische und politische Herausforderung ernst. Wir tolerieren antisemitische Menschenfeindlichkeit nicht, und wir stehen dafür nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten ein – nicht punktuell, nicht zeitlich begrenzt, sondern fortwährend.

Beifall im ganzen Hause

### Beschlüsse

Im Plenum des Bundestages wurden in der Zeit vom 15. bis 19. Oktober folgende Vorlagen ohne Aussprache abschließend beraten:

#### Zustimmung

Recht „Gesetz zum Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Festlegung eines Mehrjahresrahmens (2013-2017) für die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte“ (Bundesregierung, 17/10760, 17/11062);

Wirtschaft und Technologie „Gesetz zu dem Freihandelsabkommen vom 6. Oktober 2010 zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Korea andererseits“ (Bundesregierung, 17/10758, 17/11054);

Umwelt „Zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufstellung des Programms für Umwelt- und Klimapolitik (LIFE)“ (Europäische Kommission, KOM (2011) 874 endg., Rats-

dok. 18627/11, 17/8515 Nr. A.42, 17/10196);

Auswärtiges „Gesetz zu dem Abkommen vom 29. Juni 2012 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Globalen Treuhandfonds für Nutzpflanzenvielfalt über den Sitz des Globalen Treuhandfonds für Nutzpflanzenvielfalt“ (Bundesregierung, 17/10756, 17/11035).

#### Abgelehnt

Wirtschaft und Technologie „Gesetz zur Änderung des Telemediengesetzes (TMG)“ (SPD, 17/8454, 17/8814);

Europa „Portugal unterstützen und Parlamenstrechte wahren – hier: Stellungnahme des deutschen Bundestages nach Artikel 23 des Grundgesetzes i.V.m. Paragraph 9 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union“ (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 17/11009).

Dr. Stefan Ruppert, FDP:

## Wir müssen uns Antisemitismus jeden Tag neu stellen



Stefan Ruppert (\*1971)  
Landesliste Hessen

Ich bin ausgesprochen dankbar dafür, dass uns eine wissenschaftlich begleitete Erfassung des Phänomens des Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland vorliegt. Wir haben in diesem Hause schon häufiger über dieses Phänomen diskutiert. Ich finde, die Vielschichtigkeit, die dieser Bericht offenbart, hilft uns, unseren analytischen Blick nochmals zu schärfen.

Ich will drei Aspekte hervorheben: Lange Zeit vertraten Wissenschaftler und große Teile der Zivilgesellschaft in Deutschland die Vorstellung, dass die Bekämpfung des Antisemitismus gelingt, wenn man die Gräueltaten der

deutschen Geschichte aufarbeitet, wenn man, um es mit Norbert Frei zu sagen, eine Vergangenheitspolitik betreibt. Man glaubte, das Phänomen so überwinden zu können.

Diese Schritte waren richtig und notwendig, aber wir stellen fest: Das allein reicht nicht aus. Der Antisemitismus stirbt nicht biologisch aus, sondern er kommt, wie es in dem Bericht ausgedrückt wird, in Wellenbewegungen wieder. Das hat mich, offen gesagt, schon beunruhigt, weil ich eigentlich stolz auf die Art und Weise bin, wie sich dieses Land seiner Vergangenheit, insbesondere den begangenen Gräueltaten und

dem Holocaust, gestellt hat, wie es diese Vergangenheit aufgearbeitet hat. Aber das allein reicht, wie gesagt, nicht aus. Wir müssen uns dem Phänomen auf leider unabsehbare Zeit jeden Tag neu stellen.

Wir stellen auch fest, dass es nicht ausreicht, zu sagen, dass dieses Phänomen ein Aspekt des Rechtsextremismus ist. Leider – auch das wird in diesem Bericht aufgezeigt – ist das Phänomen des Antisemitismus tief in der Gesellschaft verwurzelt, auch in bürgerlichen Gruppen, wahrscheinlich auch bei Wählergruppen unserer Parteien. Auch auf dieser Ebene müssen wir uns diesem Phänomen stellen und es wirksam bekämpfen.

Der Bericht ist gut, allein es ist nicht einfach, die Handlungsoptionen, die sich daraus ergeben, zu definieren. Ich bin ein Anhänger von Extremismusbekämpfungsprogrammen. Ich bin dafür, dass wir Ausstiegsprogramme bewusst finanzie-

ren. Das ist aber ein sehr punktueller Ansatz, und am Ende ist das Problem nur durch die Gesamtheit der Bürger, durch die Zivilgesellschaft zu lösen und nicht durch einzelne Programme, so wichtig sie auch sind. Die Lösung dieses Problems ist und bleibt also unser aller Aufgabe. Ich gebe meinem Vorredner durchaus recht: Wir sollen uns zu diesen Programmen bekennen. Das Konzept muss aber breiter angelegt sein, und deswegen sollten wir nicht, wie in so mancher Extremismusdebatte, in ein Links-Rechts-Schema verfallen und irgendwelche Dinge gegeneinander aufrechnen.

Ich finde, in der heutigen Debatte findet dies erfreulicherweise nicht statt. Nein, diese Debatte führt uns

Demokraten über Parteigrenzen hinweg zusammen, bis weit in die Partei der Linken hinein. Es ist gut, dass wir das zusammen machen, dass wir als Demokraten die Gemeinsamkeiten betonen und sagen, was wir hier gemeinsam verteidigen wollen. Ich glaube, für solche Debatten sollten wir uns öfter Zeit nehmen, auch wenn sie keinen Raum für parteipolitische Reflexe bieten, den Gesetzmäßigkeiten der Parteipolitik nicht folgen und auf den

ersten Blick keine politische Attraktivität entfalten. Ich glaube, wir tun gut daran, häufiger eine solche breiter angelegte Debatte zu führen, in der wir die Gemeinsamkeiten betonen.

Ohne konkret auf die Beschneidungsdebatte einzugehen, möchte

ich einen Punkt nennen, der mir in diesem Zusammenhang besonders aufgefallen ist: In der Bevölkerung in Deutschland geht die Sensibilität für die identitätsstiftende Funktion von Religion leider mehr und mehr verloren. Religion, nicht nur jüdischer Glaube, wird häufig als etwas wahrgenommen, das in einem Spannungsverhältnis zur Moderne steht.

Ich glaube, diese Betrachtung ist zutiefst falsch, weil Religion für viele Menschen ein ganz wichtiger Teil ihrer Identität ist. Es gilt, dies im Sinne von Art. 4 unseres Grundgesetzes gemeinsam zu schützen. Es ist eben nicht so, dass die Moderne sozusagen den Glauben überwindet. Ich glaube auch, dass die rigide Trennung von Staat und Kirche oder von Staat und Religionsgemeinschaften, die von manchen gefordert wird, dem Problem nicht gerecht wird. Warum zahlen wir denn an den Zentralrat der Juden? Wir zahlen, weil wir über jüdi-

ches Leben in Deutschland glücklich sind, weil wir froh sind, dass dieses Leben wieder erstarkt und präsenter wird. Alle laizistischen Konzepte würden einer solchen Konstruktion sicherlich eher zuwiderlaufen. Deswegen bin ich ein großer Anhänger des Kooperationsverhältnisses von Staat und Religionsgemeinschaften.

Dieser Bericht ist ein guter Auftakt. Er darf nicht das Ende, sondern er muss ein erneuter Aufbruch zur Bekämpfung des Antisemitismus sein. Er muss fortgeschrieben werden. Wir alle müssen uns fragen, auf welchen Ebenen wir dem Phänomen, das leider tiefer in unserer Gesellschaft verwurzelt ist, als wir alle es uns wünschen, begegnen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Petra Pau, Bundestagsvizepräsidentin:

## Wir müssen Antisemitismus parteiübergreifend ächten



**Petra Pau (\*1963)**  
Wahlkreis: Berlin-Marzahn - Hellersdorf

Erinnern wir uns: Ignatz Bubis war lange Jahre Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland. Er starb 1999. Sein Resümee war bitter – ich zitiere –:

Ich wollte diese Ausgrenzerei, hier Deutsche, dort Juden, weghaben. Ich habe gedacht, vielleicht schaffst du es, daß die Menschen anders über einander denken, anders miteinander umgehen. Aber, nein, ich habe fast nichts bewegt.

Ignatz Bubis ließ sich in Israel beerdigen – aus Angst, sein Grab werde in Deutschland geschändet wie das von Heinz Galinski, weil er Jude war.

Diese Geschichte fiel mir jüngst wieder ein. Ein Rabbiner wurde im Beisein seiner Tochter krankenhausergeschlagen, weil er Jude ist. Ein Taxifahrer verweigert einer Familie die Fahrt zur Synagoge. Beides geschah im Jahr 2012 in Berlin. In Göppingen skandierten Nazis: „Ein

Baum, ein Strick, ein Judengenick.“ Die Polizei griff nicht ein. Ich könnte noch mehr Beispiele nennen.

Der Deutsche Bundestag hat im November 2008 einen Beschluss gefasst: „Den Kampf gegen Antisemitismus verstärken, jüdisches Leben in Deutschland weiter fördern“. Auch ich hatte damals dafür geworben. Wir beschlossen einmütig sieben konkrete Aufträge an die Bundesregierung. Über einen davon reden wir heute: über die Analyse einer Expertenkommission zum Antisemitismus in Deutschland.

Ich bedauere ebenso wie der Kollege Thierse, dass wir das nicht dringlich auf die Tagesordnung gesetzt haben, sondern fast ein Jahr danach. Eine zentrale Aussage der Expertise ist: Nazis und Judenhass gehören zusammen. Dies ist kein Verweis auf vorgestern, sondern auf heute. Kurzum: Gegen Antisemitismus heißt primär gegen Rechtsextremismus.

Aber der Bericht belegt auch: Judenfeindlichkeit gibt es quer durch alle gesellschaftlichen Schichten und politischen Lager. Deshalb mahne auch ich – da haben Sie, Kollege Ruppert, recht –: Wir sollten uns hüten, das parteipolitisch auszuschlachten; denn das hilft letztendlich nur Antisemiten. Wir müssen Antisemitismus parteiübergreifend ächten und viel mehr zur Prävention tun.

Im vorliegenden Bericht werden ausführlich Quellen und Formen

von altem und neuem Antisemitismus beschrieben. Er grassiert beim Sport, in Medien, auf Schulhöfen, unter Deutschen und Migranten, in Ost und West. Dass er anderswo stärker ausgeprägt ist – ich verweise zum Beispiel auf Ungarn –, sollte uns endlich gemeinsam beunruhigen.

Antisemitismus ist ein drängendes EU-Problem. Aber er bleibt ein nicht delegierbares deutsches Problem. Es gibt engagierte gesellschaftliche Initiativen gegen Antisemitismus; die Amadeu-Antonio-Stiftung, die Initiative „Gesicht Zeigen!“ und das Internetportal haGalil gehören zu den

bekannteren. Die Schwarzkopf-Stiftung bringt Jugendlichen den europäischen Gedanken und zugleich den Kampf gegen Antisemitismus nahe. Anwärterinnen und Anwärter der Berliner Polizei pflegen Patenschaften

zum Denkmal für die Kindertransporte 1938/39 und zu noch Lebenden unter den damals so geretteten Jüdinnen und Juden. So weit, so beispielhaft.

Zugleich gibt es aber immer mehr Initiativen gegen Antisemitismus, die finanziell ausbluten, weil sie bundespolitisch alleingelassen werden. Wir kennen das aus Berlin-Kreuzberg. Ähnliche Beispiele gibt es vielerorts: hehre Beschlüsse hier und verheerendes Versagen da. Das muss sich ändern. Das müssen wir, auch wir im Bundestag, ändern.

Das mahnende Fazit im Expertenbericht lautet: Es gibt kein schlüssi-

ges Gesamtkonzept gegen Antisemitismus. Gemeint ist hier die Bundespolitik. Ich finde, dasselbe trifft auf den Kampf gegen Rechtsextremismus zu. Es ist also höchste Zeit, dass wir heute über den Bericht reden. Aber es hilft nichts, wenn es folgenlos bleibt. Deshalb schließe ich mich den Vorschlägen, die hier schon gemacht wurden, an und schlage vor:

Erstens. Das Mandat für die unabhängige Expertenkommission ist zu verlängern, verbunden mit hinreichenden Arbeitsbedingungen.

Zweitens. Das gesellschaftliche, wissenschaftliche und staatliche Engagement gegen Antisemitismus muss endlich koordiniert werden.

Drittens. Das Thema Antisemitismus sollte in der Ausbildung von Pädagogen, Journalisten, Polizisten und Juristen viel präsenter sein.

Viertens. Die europäische Dimension des Antisemitismus muss stärker eingeblendet und als gemeinsa-

mes Problem angenommen werden. Fünftens. Gesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind endlich verlässlich zu fördern.

Drei Schlusssätze, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich weiß, dass ob der jüngsten Vorkommnisse Jüdinnen und Juden erwägen, Deutschland zu verlassen. Ihre Flucht wäre für uns alle ein Armutszeugnis. Umso mehr werde ich weiter gegen Antisemitismus kämpfen und jüdisches Leben fördern. Wir sollten uns in der hier schon angeregten weiteren Debatte bzw. den bereits angeregten weiteren Debatten auch den anderen sechs Beschlusspunkten aus dem Jahre 2008 zum Thema „Förderung jüdischen Lebens“ zuwenden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

### Ein Rabbiner wurde im Beisein seiner Tochter krankenhausergeschlagen, weil er Jude ist.



Nichts von seiner Aktualität verloren: Der Antisemitismusbericht 2012

Volker Beck, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

# Antisemitismus in Deutschland ist Teil des Alltags



Volker Beck (\*1960)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Ich möchte zunächst die Mitglieder der Expertenkommission auf der Tribüne begrüßen. Da niemand daran gedacht hat, haben wir dafür gesorgt, dass sie der Debatte heute beiwohnen können.

Ich begrüße auch die Vertreterinnen und Vertreter der Amadeu-Antonio-Stiftung, des American Jewish Committee, des Zentralrates der Juden in Deutschland und der jüdischen Gemeinde von Berlin. Ich glaube, die Wertschätzung derjenigen, die sich tagein, tagaus – und nicht nur einmal im Jahr in einer Debatte über einen Bericht – im Kampf gegen den Antisemitismus engagieren, ist ein wichtiger Punkt bei der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit diesem Thema.

2011 gab es in Deutschland laut Bundesinnenministerium 1 239 antisemitische Straftaten und 29 Gewalttaten, davon allein 10 Gewalttaten in Nordrhein-Westfalen. Alle sie-

ben Stunden eine antisemitische Straftat, an jedem zwölften Tag eine antisemitische Gewalttat. Das heißt, Antisemitismus – da muss ich Ihnen widersprechen, obwohl ich sonst mit vielem einverstanden bin, Herr Ruppert – kommt nicht in Wellen. Antisemitismus in Deutschland ist Teil des Alltags.

An diesen Alltag dürfen wir uns nicht gewöhnen. Wir müssen offensiv etwas dagegensetzen. Wir dürfen die Situation in dieser Debatte nicht nur beklagen, sondern wir müssen klare Handlungsempfehlungen geben und Konsequenzen ziehen; sonst sind diese Debatten ein Stück weit wertlos.

Wir sind uns einig: Wir finden Antisemitismus in allen Fraktionen gleichermaßen verurteilenswert. Entscheidend ist, welche Konsequenzen wir daraus ziehen.

Meine Damen und Herren, normalerweise sucht sich der Antisemitismus einen Vorwand, um sich politisch zu entladen. Häufig sind es politische und militärische Konflikte im Nahen Osten, die von Antisemiten auch innenpolitisch instrumentalisiert werden. In diesem Jahr gab es die Beschneidungsdebatte. Es gibt viele Menschen in diesem Land und auch hier im Hohen Haus, die sagen: Der Weg, den das Justizministerium oder die Mehrheit des Bundestages beschritten haben, ist der falsche Weg; den

kann ich nicht mitgehen. – Diese Menschen tragen dafür aber respektable Gründe vor.

Allerdings was für Mails ich in diesem Zusammenhang als Reaktion auf meine öffentlichen Interventionen bekommen habe – nicht nur von Rechtsextremisten –, das hat mich wirklich erschüttert. Ich muss sagen: Zum ersten Mal habe ich viele jüdische Freunde verstanden, die manchmal darüber nachdenken, ob sie in diesem Land weiterhin leben wollen und weiterhin leben können. Ich zitiere nur einige dieser Zuschriften: Das sei das schlimmste Verbrechen seit Auschwitz. – Juden seien Babymetzler. – Der Zentralrat der Juden lenke die deutsche Politik, und ich sei ein Judenknecht. – Es gibt Vergleiche der Beschneidungen mit den Medizinversuchen des Naziarztes Mengele.

Solche Dinge lehnen wir alle hier im Hause gemeinsam ab; das ist klar. Aber wir müssen uns dem stellen; denn das kommt aus der Mitte der Gesellschaft, das kommt nicht nur von politisch organisierten Rechts-extremisten. Das ist das Problem, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen. Da reicht es nicht – obwohl es absolut notwendig ist –, dass wir auf die Straße gehen, dahin, wo die NPD und andere Organisationen hetzen, sondern wir müssen nachhaltig auch etwas für den Einstellungswandel mitten in unserer Gesellschaft tun.

**2011 gab es in Deutschland 1.239 antisemitische Straftaten und 29 Gewalttaten, davon allein 10 in NRW.**

Das ist die offene Frage, die hier auf dem Tisch liegt. Die Expertenkommission hat ja nicht nur einen Sachstandsbericht verfasst, sondern sie hat auch viele Empfehlungen erarbeitet. Da muss ich schon sagen: Schade, dass wir so spät darüber diskutieren; denn der Bericht war schon im November 2011 fertig.

Aber wenn wir schon so spät darüber diskutieren, hätte ich von Ihnen, Herr Bundesinnenminister, schon erwartet, dass die Bundesregierung uns in dieser Debatte eine Antwort auf die Empfehlungen gibt, aus der hervorgeht, was sie davon wann und wie umsetzen will. Ich hätte mir nicht gewünscht, dass sie nur sagt: Das werden wir alles prüfen. Wir schauen einmal; vielleicht ist manches auch finanzierbar.

Nein, Herr Bundesinnenminister, wir, Fraktionen und Bundesregierung, müssen uns nach dieser Debatte zusammensetzen und schauen, wie wir diese Dinge auf den Weg bringen.

Wir haben hier schon nach den NSU-Morden eine Resolution verabschiedet. Darin haben wir die Bundesregierung aufgefordert, zu überprüfen, wie wir die Hürden, die es gegenwärtig bei den unterschiedlichen Programmen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus gibt – diese Programme machen eine gute Arbeit –, stabilisieren können und wie wir dafür sorgen können, dass die Arbeit auch in den Regionen stattfinden kann, wo sie am nötigsten ist.

Ich habe von der Familienministerin bis heute nichts dazu gehört, was aus der Überprüfung geworden ist. Kein Punkt hat sich geändert. Der Bericht kritisiert ausdrücklich das Problem der Kofinanzierungen. In den Regionen, in denen wir ein besonders starkes Problem mit Rechtsextremismus und Antisemitismus haben, sind leider auch bei den kommunalen Akteuren die Sensibilität und das Problembewusstsein für die Problemlage zuweilen entsprechend schlecht ausgeprägt. Das heißt, die Bereitschaft der Kommunen, in die Kofinanzierung einzusteigen, ist gerade dort oftmals nicht vorhanden, wo die Projekte am notwendigsten sind. Deshalb muss die Kofinanzierungspflicht weg, und wir müssen das ganze Verfahren auch entbürokratisieren.

Wir müssen in dieser Debatte auch zum Ausdruck bringen, dass wir, was ich eingangs gesagt habe, die Leute, die diese Arbeit tun – das sind Menschen, die viel freie Zeit, viel private Energie, oftmals auch viel Geld in diese Arbeit stecken.

Wir sollen uns hier nicht als Demokraten selbst beweihräuchern, sondern wir müssen die Demokratinnen und Demokraten, die sich draußen in der Gesellschaft den

Rechten entgegenstellen, ihnen widersprechen, mit den Jugendlichen arbeiten, damit der Einfluss der Rechtsextremen auf die Köpfe abnimmt, tatkräftig unterstützen. Daran sind wir zu messen und nicht daran, wer im Deutschen Bundestag die schönste Rede zu diesem Thema gehalten hat. Am Ende geht es um das, was wir gemeinsam zustande bringen, um die Welt und unser Land in die richtige Richtung zu verändern. 20 Prozent Antisemiten in Deutschland, das kann uns doch nicht ruhen lassen.

**Wir können nicht davon ausgehen, dass nach drei Jahren Projektarbeit das Problem gelöst ist.**

Überlegen Sie, wie viele das hier im Haus wären, wenn wir uns einrechnen würden. Daran sieht man: Das ist eine gewaltige Quantität in der Anhängerschaft aller Parteien, aller gesellschaftlichen Organisationen. Dem müssen wir uns stellen.

Ich will dazu beitragen, dass wir hier die entsprechenden Dinge auf den Weg bringen. Dazu gehört für mich die Beseitigung der Extremismusklausel.

Dazu gehört für mich, dass die Projekte, die vor Ort arbeiten, nicht immer nur eine Finanzierung auf drei Jahre bekommen, und danach ist Schluss, dann muss man sich ein neues Projekt ausdenken, oder das Geld geht in eine andere Stadt, zu einem anderen Träger. Wenn wir verstanden haben, dass Rechtsextremismus und Antisemitismus ein kontinuierliches und dauerhaftes Problem in unserem Land sind, dann muss unsere Gegenstrategie doch genauso nachhaltig sein. Wir können nicht davon ausgehen, dass nach drei Jahren Projektarbeit das Problem gelöst ist und wir uns dem nächsten Thema zuwenden können. Ich glaube, das sind wir vor dem Hintergrund unserer Geschichte unseres Land und den Menschen in unserem Land schuldig.

Meines Erachtens ist die Arbeit gegen Antisemitismus nicht vordringlich die Aufgabe der Juden. Nein, es ist die Aufgabe aller Nichtjuden. Wir können dankbar sein, dass sich die jüdischen Gemeinden und Organisationen trotzdem – obwohl es nicht ihre Aufgabe ist – so engagiert um dieses Thema kümmern, und wir müssen sie dabei unterstützen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU), Gabriele Fograscher (SPD), Serkan Tören (FDP) und Dr. Maria Flachsbarth (CDU/CSU). Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.



In 108 Gemeinden in ganz Deutschland leben Juden ihren Glauben.

Regierungserklärung zum Europäischen Rat / 198. Sitzung des 17. Deutschen Bundestages am 18. Oktober 2012

Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin:

## Europa steht für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte



Angela Merkel (\*1954)  
Bundeskanzlerin

Inmitten der schwersten Krise seit Verabschiedung der Römischen Verträge vor 55 Jahren, inmitten der größten Bewährungsprobe, die wir Europäer seither zu bestehen hatten, genau in dieser Zeit wird am letzten Freitag in der Hauptstadt eines europäischen Landes, das selbst kein Mitglied der Europäischen Union ist, einer der bedeutendsten Preise der Welt an die Europäische Union vergeben.

Wenig, wie ich finde, macht die Dramatik der gegenwärtigen Lage Europas mit einem Schlag so deutlich wie die Verleihung des Friedensnobelpreises 2012 an die Europäische Union.

Wenig zwingt uns so sehr, uns die Größe der Aufgabe unserer politischen Generation bewusst zu machen, wie diese Entscheidung in Oslo am letzten Freitag. Ich finde, dies ist eine wunderbare Entscheidung, und zwar deshalb, weil das Nobelpreiskomitee den Friedensnobelpreis gerade nicht in den Jahren europäischer Triumphe und Glücksmomente – zum Beispiel 1990 nach dem Fall des Eisernen Vorhangs oder 2004 nach der Osterweiterung der Europäischen Union –, sondern jetzt verliehen hat.

In der Zeit der Krise ist diese Entscheidung weit mehr als nur eine Würdigung. Sie ist weit mehr als eine Erinnerung an den Ausgangspunkt der europäischen Einigungsidee nach Jahrhunderten des Mordens und Sterbens auf europäischen Schlachtfeldern. Diese Entscheidung ist so bedeutend, weil sie genau jetzt kommt. Denn damit ist sie als Mahnung zu verstehen. Mehr noch, sie ist Ansporn und Verpflichtung, und zwar für uns alle in Europa, das

Wichtige vom Unwichtigen zu trennen und den Kern der Bewährungsprobe, in der wir uns ja nun sichtbarweise befinden, immer wieder zu sehen.

Dieser Kern unserer Bewährungsprobe kann in einem einfachen Satz ausgedrückt werden: Der Euro, um dessen Stärke wir mit vielen Instrumenten und Maßnahmen gerade ringen, ist weit mehr als eine Währung, der Euro steht symbolhaft für die wirtschaftliche, soziale und politische Einigung Europas – mit großer Wirkung weit über Europa hinaus.

Das ist der Grund, warum die Überwindung der Krise im Euro-Raum seit nunmehr bald drei Jahren die Agenda aller G-8-Treffen, aller G-20-Treffen und fast aller Europäischen Räte der Staats- und Regierungschefs bestimmt. Wir haben seit Anfang 2010 allein zehn Räte gehabt. Auch heute und morgen, beim elften Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs, wird das nicht anders sein.

Es kann gar nicht oft genug gesagt werden: Die Probleme, mit denen wir uns beschäftigen, die Probleme, mit denen wir zu kämpfen haben, sind nicht über Nacht entstanden. Deshalb können sie auch nicht über Nacht gelöst werden. Sie sind auf eine mangelnde Wettbewerbsfähigkeit, sie sind auf die Überschuldung einzelner Mitgliedstaaten sowie auch auf Gründungsfehler des Euro zurückzuführen.

Wir begeben uns bei der Lösung dieser Probleme auf Neuland. Es gab und es gibt nicht die Lösung, den einen Befreiungsschlag, womit die Krise auf einen Schlag aus der Welt geschafft worden wäre. Auch der Gipfel heute und morgen wird nicht der letzte sein, der sich mit der Überwindung der Krise im Euro-Raum befasst. Es werden weitere folgen; denn die Stärkung des Euro ist ein Prozess aufeinanderfolgender Schritte und Maßnahmen. Manches ist bereits geschafft. In diesen drei Jahren der Krise haben wir im Übrigen weit mehr geschafft als in vielen Jahren vorher in Europa.

Wir können die Konturen einer Stabilitätsunion bereits deutlich erkennen. Viele Mitgliedstaaten unterziehen sich harten Reformen und Anpassungsprogrammen, um ihre spezifischen Probleme – das sind Staats- und Auslandsverschuldung, Bankenkrise, Verlust an Wettbe-

werbsfähigkeit – in den Griff zu bekommen.

Dies gilt auch für Griechenland. Davon konnte ich mich bei meinem Besuch in Athen in der letzten Woche persönlich überzeugen.

Es besteht überhaupt kein Zweifel: Die Lage in Griechenland ist alles andere als einfach. Vieles geht zu langsam. Maßnahmen, die längst hätten umgesetzt werden müssen, sind immer noch in Arbeit. Die Rezession ist weit stärker als erwartet. Strukturelle Veränderungen werden oftmals nur im Schnecken tempo durchgeführt. Die Verwaltung arbeitet an vielen Stellen unzureichend, und Betrug und Korruption sind immer noch nicht vollständig eingedämmt.

Ich kann gut verstehen, warum die große Mehrheit der griechischen Bürger wütend darauf reagiert, dass wohlhabende Griechen ihren Beitrag zur Lösung der Probleme ihres Landes nicht leisten wollen. Angesichts dessen ist es menschlich absolut nachvollziehbar, warum sich so viele Griechen schwer damit tun, einzusehen, dass die größte Zahl der Probleme zu Hause entstanden ist und deshalb auch nur zu Hause gelöst werden kann.

Doch, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nur die eine Seite der Medaille. Ich habe bei meinem Besuch auch die andere Seite der Medaille gesehen. In Athen, in der griechischen Regierung, bei vielen in Wirtschaft und Gesellschaft erlebe ich einen ernsten Willen zur Veränderung, den Willen, die eigenen Hausaufgaben zu machen, um so das Land in eine bessere Zukunft zu führen und Mitglied des Euro-Raums bleiben zu können.

Meine Damen und Herren, weil es so ist – wir kennen die eine Seite der Medaille, und wir kennen die andere Seite der Medaille –, kann und werde ich dem Bericht der Troika hier und heute nicht vorgehen. Aber ich wiederhole, was ich bereits an anderer Stelle, beim Besuch des griechischen Ministerpräsidenten genauso wie bei meinem Besuch in Athen, gesagt habe: Ich wünsche mir, dass Griechenland im Euro-Raum bleibt.

Ich wünsche mir das nicht nur, weil Griechenland unser Freund und Partner in der Europäischen Union wie auch in der NATO ist, sondern auch, weil dies immer noch, trotz aller Schwierigkeiten, im Interesse Griechenlands selbst wie auch der Euro-Zone und der Europäischen Union als Ganzes ist. Das ist die Haltung, mit der ich, mit der die Bun-

desregierung, mit der wir den Bericht der Troika abwarten sollten; wir sollten nicht vorher richten, sondern uns die Ergebnisse anschauen.

Griechenland muss die verabredeten Maßnahmen, zu denen das Land sich verpflichtet hat, einhalten. In meinen Gesprächen mit Ministerpräsident Samaras in Athen und erneut gestern am Rande des EVP-Gipfels in Bukarest habe ich den ernsthaften Willen gespürt, das zu schaffen und damit den Verpflichtungen nachzukommen. Sobald der Troika-Bericht vorliegt, werden die Entscheidungen über eine Auszahlung der nächsten Tranche hier im Deutschen Bundestag zu treffen sein, nirgendwo anders, und das werden wir gemeinsam diskutieren.

Auf dem Rat wird uns auch der spanische Ministerpräsident Rajoy über die Situation in seinem Land unterrichten. Der Bericht über die Rekapitalisierung der Banken – das haben wir verfolgt – liegt inzwischen vor. Ob und inwieweit Spanien darüber hinaus Hilfe aus dem ESM benötigt, ist allein – ich habe das in allen Gesprächen mit dem spanischen Ministerpräsidenten immer wieder deutlich gemacht – die Entscheidung Spaniens. Die Bedingungen für Hilfsanträge sind durch die Richtlinien des ESM völlig klar vorgegeben; sie sind inzwischen auch vom Deutschen Bundestag verabschiedet worden.

Meine Damen und Herren, wir wissen, dass den Menschen in Spanien, in Griechenland und in den anderen betroffenen Mitgliedstaaten außerordentlich viel abverlangt wird. Aber wir sehen auch, dass es Ergebnisse gibt: In Irland, in Portugal, in Spanien, aber eben auch in Griechenland sind die Lohnstückkosten deutlich gesunken. Dies ist ein wichtiger Faktor für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Wir sehen das im Übrigen auch bei allen Ländern an der Industrieproduktion, die zum Teil wieder zu wachsen beginnt. Defizite in den Leistungsbilanzen gehen zurück, auch Defizite im Haushalt. Man kann sagen, dass sich diese Länder in vielen Faktoren in die richtige Richtung bewegen. Aber dieser Reformweg ist natürlich noch lange nicht beendet, und er muss weiter gegangen werden. Wir dürfen nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Weil nachhaltige Konsolidierung und Wachstum einander bedingen, deshalb muss beides gleichermaßen verfolgt werden.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal sagen: Natürlich wissen wir, dass wieder Wachstum entstehen soll. Natürlich wissen wir, dass Wachstum kein Selbstzweck ist, sondern dass es um Beschäftigung in diesen Ländern geht. Natürlich wis-

sen wir, dass rund 50 Prozent der jungen Menschen in Spanien, in Griechenland und auch in anderen Ländern – das ist ein sehr hoher Prozentsatz – heute arbeitslos sind. Aber wir wissen doch aus eigener Erfahrung, dass nur durch Reformen am Arbeitsmarkt, durch Strukturformen und solide Haushalte überhaupt wieder Beschäftigung entstehen kann. Das ist doch kein Mysterium. Wachstum entsteht aus unternehmerischer Tätigkeit, unternehmerische Tätigkeit entsteht aus der notwendigen Flexibilität, und das müssen wir in Europa wieder schaffen, meine Damen und Herren. Da liegt der Schlüssel.

Deshalb haben wir ja auch, parallel zu all den Programmen, die für die Länder ausgearbeitet wurden, und zu all den Vorschlägen, die die Europäische Kommission gemacht hat, den Pakt für Wachstum und Beschäftigung in der Europäischen Union erarbeitet.

Trotz aller Gegensätze, die wir hier in diesem Hause haben: An den entscheidenden Stellen haben wir uns immer wieder zusammengerauft. Was für Europa gut ist, das machen wir gemeinsam.

Meine Damen und Herren, die Konturen einer Stabilitätsunion zeichnen sich aber auch deshalb ab, weil wir inzwischen dauerhafte Instrumente der Krisenbewältigung haben. Schon vor gut zwei Jahren hat sich die christlich-liberale Koalition dafür eingesetzt, einen permanenten Krisenbewältigungsmechanismus zu schaffen. Wir haben gewusst, dass 2013 die EFSF ausläuft, und wir haben uns deshalb rechtzeitig – denn wir wussten, dass dabei schwierige rechtliche Fragen zu klären sind – für einen solchen dauerhaften Rettungsschirm eingesetzt.

Jetzt kann ich sagen: Wir haben ihn heute. Er ist verabschiedet. Er ist ein dauerhaftes Instrument zur Bewältigung der Krise. Ich möchte einmal zwei Jahre zurückdenken. Wenn wir damals gefragt hätten: „Wer in Europa ist denn jetzt dafür?“, dann hätte man gesagt: Das ist nie zu schaffen.

Nur weil Deutschland an vielen Stellen vorangegangen ist, sind wir heute in Europa dort, wo wir sind, nämlich dass wir zum Beispiel ein dauerhaftes Krisenbewältigungsinstrument haben.

Wir haben noch etwas von Anfang an gesagt – und das ist der Maßstab unseres Handelns –: Solidarität auf der einen Seite im Rahmen des ESM geht Hand in Hand mit Bedingungen und Auflagen für die jeweiligen Mitgliedstaaten. Unter dieser Vo-

**Die Probleme, mit denen wir zu kämpfen haben, sind nicht über Nacht entstanden.**

**In der Zeit der Krise ist diese Entscheidung weit mehr als nur eine Würdigung.**

Fortsetzung von Seite 5: Dr. Angela Merkel (BUNDESKANZLERIN)

raussetzung haben wir stets solidarisch gehandelt und werden das auch in Zukunft tun.

Von besonderer Bedeutung für eine zukünftige Stabilitätsunion ist jedoch ohne Zweifel die Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Wir haben ihn im vergangenen Jahr so ausgestattet, dass Fehlentwicklungen in einzelnen Mitgliedstaaten in Zukunft nicht mehr die Stabilität des Euro als Ganzes gefährden werden. Sie kennen das – in Anführungsstrichen, sehr volksnah ausgedrückt – als „Six-Pack“.

Meine Damen und Herren, es geht ja im Kern immer wieder um Verbindlichkeit und Glaubwürdigkeit. Denn im Kern ist die europäische Staatsschuldenkrise eine Vertrauenskrise, eine Vertrauenskrise des Euro.

Deshalb haben wir neben dem ESM auch den Fiskalvertrag beschlossen. Er verlangt von jedem Mitgliedstaat, eine Schuldenbremse einzuführen, und die Einführung dieser Schuldenbremse kann dann vom Europäischen Gerichtshof überprüft werden. Zehn Mitgliedstaaten haben diesen Fiskalvertrag bereits ratifiziert und ich bin deshalb sehr zuversichtlich, dass Anfang 2013 dieser Fiskalvertrag in Kraft treten kann. Im Übrigen wird es dann so sein, dass nur derjenige, der diesen Fiskalvertrag ratifiziert hat, auch Hilfen aus dem ESM bekommen kann.

Wir haben also Instrumente zur Krisenbewältigung. Wir haben Reformen in den einzelnen Mitgliedstaaten. Wir haben den Stabilitäts- und Wachstumspakt gestärkt. Aber, meine Damen und Herren, damit sind die Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion insgesamt noch längst nicht beseitigt. Wir brauchen mehr. Deshalb haben uns auf dem letzten Rat im Juni die Präsidenten des Europäischen Rates, der Europäischen Kommission, der Euro-Gruppe und der Europäischen Zentralbank Vorschläge für die Fortentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion vorgelegt, und inzwischen haben genau dazu mit den Mitgliedstaaten Konsultationen stattgefunden.

Uns leitet dabei ein ehrgeiziges Ziel: Wir wollen beschließen, wie wir die Währungsunion weiterentwickeln wollen. Diese Weiterentwicklung ist unverzichtbar, und sie ist Voraussetzung dafür, Vertrauen und Glaubwürdigkeit im Zusammenhang mit der Währungsunion zurückzugewinnen. Nur so können wir die Vertrauenskrise überwinden.

Heute und morgen, beim Europäischen Rat, wird es nicht darum gehen, konkrete Entscheidungen zu treffen, sondern es muss darum gehen, die Weichen für Dezember zu stellen, Grundlagen für die Entscheidungen zu schaffen, die richtigen Fragen zu stellen und Arbeitsaufträ-

ge zu verteilen, wie wir diese Fragen bis zum Dezember lösen können.

Dabei ist für mich klar: Die erneuerte Wirtschafts- und Währungsunion soll von vier starken Säulen getragen werden: erstens von mehr gemeinsamer Finanzmarkt-politik, zweitens von mehr gemeinsamer Fiskal-politik, drittens von mehr gemeinsamer Wirtschaftspolitik und viertens von einer gestärkten demokratischen Legitimation und Kontrolle.

Zum ersten Punkt: mehr gemeinsame Finanzmarktpolitik. Die weltweite Finanzkrise hat uns dramatisch vor Augen geführt, dass ein unzureichend regulierter Bankenmarkt ganze Staaten an den Rand des Abgrunds führen kann. Um so etwas für die Zukunft zu verhindern, ist eine starke Finanzmarktregulierung sowohl bei uns zu Hause als auch in Europa

als auch weltweit notwendig. Wir sind in Europa hier schon Schritt für Schritt vorangekommen, um die notwendigen Regelungen zu finden.

Für mehr gemeinsame Finanzmarktpolitik brauchen wir allerdings auch eine gemeinsame Bankenaufsicht, die effizient und unabhängiger von den nationalen Einflüssen ist. Dabei soll die Europäische Zentralbank eine zentrale Rolle spielen. Die Europäische Kommission hat uns zu dieser Bankenaufsicht im September einen Vorschlag vorgelegt. Er wird nun beraten. Wir setzen uns dafür ein, die Arbeiten auf dieser Grundlage zügig voranzutreiben.

Wir haben vereinbart, dass die Vorschläge der Kommission bis Ende des Jahres geprüft werden sollen. Dann muss sich das Europäische Parlament mit dem Entwurf befassen. Der Präsident des Europäischen Parlaments hat selbst gesagt: Das Europäische Parlament wird es in diesem Jahr nicht mehr schaffen, dazu abschließende Beschlüsse zu fassen.

Die Einrichtung eines wirksamen Aufsichtsmechanismus ist dann die Voraussetzung für eine spätere Entscheidung über eine direkte Bankenrekapitalisierung durch den ESM. Der bloße Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens für eine Bankenaufsicht reicht nicht aus, sondern diese Bankenaufsicht muss arbeitsfähig sein, sie muss effektiv handeln können. Denn hier reden wir darüber, dass der ESM eines Tages Banken rekaptalisiert in Ländern, in die wir dann eingreifen müssen und wo zu wir Beschlüsse fassen müssen. Deshalb ist das eine komplizierte, aber leistbare Aufgabe, der wir uns mit ganzem Elan verschreiben.

Meine Damen und Herren, damit kommen wir zur zweiten Säule einer erneuerten Wirtschafts- und Währungsunion: Das ist mehr gemeinsame Fiskalpolitik. Bei der Stärkung der Haushaltsdisziplin sind wir zuletzt mit dem Fiskalvertrag durchaus ein

gutes Stück vorangekommen. Aber wir sind der Meinung – das sage ich für die ganze Bundesregierung –: Wir könnten hier sehr gut ein Stück weiter gehen, indem wir der europäischen Ebene echte Durchgriffsrechte gegenüber den nationalen Haushalten gewähren, dort, wo die vereinbarten Grenzwerte des Stabilitäts- und Wachstumspaktes nicht eingehalten werden. Ich weiß: Die Bereitschaft hierzu zeigen viele Mitgliedstaaten noch nicht. Aber ich sage auch: leider.

Das ändert jedoch nichts daran, dass wir uns weiter dafür starkmachen werden. Genau in dem Moment, in dem wir einen solchen Mechanismus hätten, dass ein Haushalt für ungültig erklärt werden könnte und dies auch vom Europäischen Gerichtshof überprüft werden könnte, wären wir an dem Punkt, dass wir natürlich in der Kommission jemanden brauchen, der dazu die Autorität hat und dies tun kann. Das wäre in diesem Fall der Währungskommissar.

Statt dass wir uns überlegen, wie wir mehr Verbindlichkeit und mehr Glaubwürdigkeit bekommen können, erleben wir eine permanente Diskussion, wie wir mehr gemeinsame Haftung für Staatsschulden bekommen können. Auch der Zwischenbericht der vier Präsidenten enthält diese Elemente wieder. Ich sage: Ich halte das für einen ökonomischen Irrweg.

Wo läge eigentlich die demokratische Legitimation, wenn wir uns für eine gemeinsame Haftung in Europa entscheiden würden? Der wesentliche Kern der Haushaltsverantwortung – das wird auf lange Zeit so bleiben – sind die Budgets der nationalen Staaten. Solange das so ist, müsste beispielsweise die französische Nationalversammlung über die deutsche Staatsverschuldung mitbestimmen, ebenso wie der Bundestag über die französische, die italienische oder die spanische. Schon dieses Beispiel zeigt doch, dass es faktisch unmöglich ist, in diesem Bereich als Erstes die Haftung zu vergemeinschaften und weiter nationale Budgets zu haben. Das wird nicht funktionieren.

Wir brauchen aber – das ist die dritte Säule – mehr gemeinsame Wirtschaftspolitik. Der frühere Kommissionspräsident Jacques Delors hat bereits 1989, als es um die Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion ging, einen Bericht vorgelegt. Darin heißt es sehr weitsichtig – ich zitiere –:

Eine gemeinsame Währung erfordert ein hohes Maß an Übereinstimmung in den Wirtschaftspolitiken sowie einer Reihe anderer Politikfelder, vor allem in der Fiskalpolitik.

Die Krise zeigt uns, dass Fehlentwicklungen in einzelnen Mitgliedstaaten tatsächlich den gesamten Euro in Bedrängnis bringen können. Deshalb müssen wir uns ganz im Sinne von Jacques Delors jetzt um die Politikfelder kümmern, in denen wir ein hohes Maß an Übereinstimmung brauchen. Diese Felder sollten

wir bis zum Dezember identifizieren, um dann zu sagen: Wenn wir hier nicht mehr Übereinstimmung bekommen, dann werden wir auch in Zukunft ein Problem haben.

Wo wird denn eine stärkere wirtschaftspolitische Koordinierung notwendig sein? Sie wird ganz wesentlich dort notwendig sein, wo Kernbereiche nationaler Souveränität berührt sind: in der Arbeitsmarktpolitik, in der Steuerpolitik, also in vielen Fragen, die in der nationalen Diskussion hochsensibel sind. Zu glauben, die einzige Antwort darauf sei, alle diese Politikfelder jetzt vergemeinschaften zu müssen – das wäre die klassische europäische Integrationslogik –, das, glaube ich, führt uns in die Irre.

Deshalb schlagen wir einen anderen Weg vor. Wir brauchen Lösungen, die einen sinnvollen Ausgleich herstellen zwischen notwendigen Eingriffsrechten der europäischen Ebene, um Fehlverhalten und Regelverstöße immer wieder zu korrigieren, und dem Selbstbestimmungsrecht und Gestaltungsspielraum der Mitgliedstaaten und ihrer Parlamente. Wir brauchen auch Lösungen, die zu verbindlichen und durchsetzbaren Reformverpflichtungen der Mitgliedstaaten führen, ohne dass nationale Kompetenzen, das Subsidiaritätsprinzip oder demokratische Verfahren untergraben werden.

Deshalb stellen wir uns vor, dass die Mitgliedstaaten zu diesem Zweck verbindliche Reformvereinbarungen mit der europäischen Ebene schließen, denen dann die jeweiligen nationalen Parlamente zustimmen. Dann ist sozusagen die demokratische Legitimierung gegeben, dass ein Nationalstaat sich verpflichtet, bestimmte Dinge umzusetzen. Um dann allen Mitgliedstaaten auch die Möglichkeit zu geben, zur Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit wirklich in der Lage zu sein, diese Verpflichtungen umzusetzen, schlage ich vor, dass wir ein neues Element der Solidarität einführen, einen Fonds, aus dem zeitlich befristet projektbezogen, also nicht unbestimmt, sondern ganz projektbezogen Gelder in Anspruch genommen werden können.

Ich sage: Ja, wir brauchen Solidarität. Aber wir brauchen eine Form der Solidarität, die uns auch wirklich zu dem führt, was wir brauchen, nämlich mehr Wettbewerbsfähigkeit, mehr Angleichung der Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten.

Meine Damen und Herren, wir haben doch gesehen, dass nicht konditionierte Finanzaufwendungen nicht nur nicht geholfen haben, sondern in den Ländern zum Teil Fehlentwicklungen weiter unterstützt haben. Daraus müssen wir die richtigen Lehren ziehen.

Deshalb ist gemeinsame Haftung die falsche Antwort. Wir brauchen vielmehr eine dezidierte Solidarität.

Meine Damen und Herren, darüber, wie die Gelder ausgegeben werden, wird natürlich auf der Grundlage der mit den Mitgliedstaaten vereinbarten Verträge die Kommission zusammen mit dem Rat und dem Europäischen Parlament wachen, wie das auch bei anderen Zahlungen im europäischen Rahmen der Fall ist.

Dies soll kein Closed Shop sein – das haben wir schon nicht beim Fiskalvertrag gemacht –, sondern wir sagen ausdrücklich: Alle Länder, die vielleicht morgen oder übermorgen im Euro sein wollen, können sich an diesem Fonds beteiligen, wenn sie gleichzeitig bereit sind, mit der Kommission bindende Vereinbarungen abzuschließen über die Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit.

Des Weiteren geht es viertens um die Frage der demokratischen Legitimation, die von allergrößter Bedeutung ist. Ich habe mehrmals gesagt, dass wir zur Bewältigung dieser Krise mehr Zusammenarbeit in Europa brauchen, also mehr statt weniger Europa. Aus meiner Sicht führt der Weg zu einer erneuerten Wirtschafts- und Währungsunion, einer Stabilitätsunion, die diesen Namen auch verdient, in einigen Bereichen ganz eindeutig zu einer Stärkung der Rolle der Kommission, des Rates und des Europäischen Parlaments und auch des Europäischen Gerichtshofs.

Dies ist im Übrigen auch sehr wichtig für den Zusammenhalt der Europäischen Union; denn von den 27 Mitgliedstaaten sind 17 im Euro. Immer wieder kommt die Frage: Wollt ihr einen Teil ausschließen? Wollt ihr eine Zweiklassengesellschaft? Ich sage: Nein, das wollen wir nicht. Aber wenn ein Teil in der verstärkten Zusammenarbeit – und so etwas ist ja der Euro – spezielle Probleme hat, dann können wir doch nicht sagen: Diese Probleme lösen wir nicht, weil noch nicht alle dabei sind. Aus diesem Grund muss es also

mehr demokratische Legitimation und Kontrolle geben, und dieses muss Hand in Hand mit mehr Integration gehen. Das heißt, dort, wo die europäische Ebene gestärkt wird, muss auch das Europäische Parlament gestärkt werden. Wo im Kern nationale Kompetenzen betroffen werden, kann die demokratische Legitimation nur über die Parlamente der nationalen Staaten gehen, das heißt, dann müssen wir dort entscheiden.

Jetzt noch ein Wort zu der Frage: Wie ist das denn, wenn Entscheidungen auf europäischer Ebene zu treffen sind, die nur den Euro-Raum betreffen? Man darf nicht darüber nachdenken, ob dann vielleicht nur die Parlamentarier aus den Euro-Ländern abstimmen. Es gibt eine ganze Menge von interessanten Ideen, wie man Ausschüsse gründen oder bestimmte Sitzungen durchführen kann, um zu gewährleisten, dass

### Im Kern ist die europäische Staatsschuldenkrise eine Vertrauenskrise des Euro.

### Eine gemeinsame Währung erfordert ein hohes Maß an Übereinstimmung in der Wirtschaftspolitik.

nicht diejenigen, die gar nicht Mitglieder des Euro-Raums sind, über Dinge entscheiden, die nur den Euro-Raum betreffen. Darüber müssen wir diskutieren. Wir werden uns dieser Diskussion stellen, meine Damen und Herren.

Ziel des heute beginnenden Europäischen Rates ist es also, den weiteren Prozess so zu strukturieren, dass wir im Dezember dieses Jahres ein Gesamtpaket zur Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion beschließen können, inklusive eines klaren Zeitplans.

Die nachhaltige Stabilisierung und Fortentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion ist die zentrale politische Herausforderung unserer Zeit, und sie ist entscheidend für die Zukunft der Europäischen Union insgesamt.

Ohne Zweifel: Die Schritte, die wir jetzt gehen müssen, um dieses Ziel zu erreichen, werden zu einer neuen Qualität in der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit in der Euro-Zone und darüber hinaus führen. Diese neue Qualität ist nach unserer Auffassung zwingend notwendig. Allerdings

wäre es ganz fatal wenn die von mir grundsätzlich begrüßte Ankündigung der Europäischen Zentralbank, bei klaren Konditionen unbegrenzt am

Sekundärmarkt zu intervenieren, jetzt dazu führen würde, dass die politischen Anstrengungen in Richtung einer stärkeren Wirtschafts- und Währungsunion aus genau diesen Gründen nachlassen. Das wäre genau die falsche Antwort. Es darf bei allen Instrumenten, die wir zur Eindämmung der Krise brauchen und die uns zur Verfügung stehen, niemals übersehen werden, dass am Ende nicht die Krisenmaßnahmen die Lösung bringen, sondern nur eine verbindliche politische Architektur. Nur so werden wir einen dauerhaft stabilen Euro bekommen. Dies muss über den Weg der Erneuerung der Wirtschafts- und Währungsunion erzielt werden. Nur dann kann das gelingen, was seit Beginn der Krise unser Ziel ist:

Dann kann Europa stärker aus der Krise hervorgehen, als es in die Krise hineingegangen ist, und dann wird Europa auch in Zukunft im internationalen Wettbewerb bestehen können.

Worum geht es bei dieser europäischen Vertrauenskrise denn eigentlich? Es geht darum, eine stabile, zukunftsfähige Architektur zu bauen. Aber eigentlich geht es um die Frage, ob sich Europa mit seinen Werten und Interessen im globalen Wettbewerb des 21. Jahrhunderts behaupten kann; das heißt auch, ob Europa seinen Wohlstand, seinen Lebensstandard und seine Art, zu leben, erhalten kann.

Meine Damen und Herren, dies führt mich zum Ausgangspunkt mei-

ner Überlegungen zurück: zu der überragenden Bedeutung, die die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union für uns in Europa hat. Ja, es geht immer auch darum, niemals zu vergessen, dass die Idee der europäischen Einigung eine Friedensidee war, die Idee, dass die Völker Europas nie wieder Krieg gegeneinander führen, was sie über Jahrhunderte getan haben, mit unglaublichem Blutvergießen und dem Opfer vieler Menschenleben. Aber für die heute Jungen, die Europa nur als Hort des Friedens kennen und glücklicherweise noch nie einen Krieg erlebt haben, geht es darum, ob wir in der Lage sind, den Nachweis zu erbringen, dass wir aufbauend auf dem, was wir geerbt haben, eine gute Zukunft gestalten können.

In diesem Jahr jährt sich die Unterzeichnung der Römischen Verträge zum 55. Mal. Als wir den 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge hier in Berlin gefeiert haben, haben wir an diese Anfangszeiten zurückgedacht. Das war das Jahr, in dem Deutschland die euro-

päische Präsidentschaft innehatte.

Zu Beginn dieser Präsidentschaft 2007 habe ich im Europäischen Parlament in Straßburg gesprochen. Damals habe ich in meiner Rede im Europäischen Parlament in Straß-

burg schon einmal die Frage gestellt: Wie werden denn eigentlich Regionen weltweit erfolgreich? Ich habe mich damals auf den amerikanischen Wissenschaftler Richard Florida bezogen, der sagt: Am erfolgreichsten entwickeln sich Regionen dann, wenn drei Faktoren zusammenkommen: Technologie, Talente und Toleranz. – Ich glaube, genau diese drei Dinge machen die europäische Stärke aus: Talente, Technologie und Toleranz. Denn es sind natürlich immer die Menschen, die wissenschaftlich-technischen Fortschritt möglich machen.

Es ist die Innovation, von der Europa lebt. Es sind der wirtschaftliche und soziale Fortschritt und der soziale Ausgleich, für den Europa wie keine andere Region auf dieser Erde steht. Es sind die Kraft der Toleranz, die Kraft der Rechtsstaatlichkeit, die Fähigkeit, unterschiedliche Meinungen zu ertragen und Widersprüche auszugleichen, und der Wille, Pressefreiheit und Religionsfreiheit zu ermöglichen, in einem Wort: „Demokratie, Freiheit und Menschenrechte“, die Europa seit mehr als sechs Jahrzehnten tragen.

Die Toleranz befähigt uns, aus Europas unveränderter Vielfalt von Sprachen und Kulturen, aber mit heute ganz gemeinsamen Werten, das Beste zu machen. Diesen Werten und Zielen zu dienen und sie im Alltag zu leben, uns also in diesem Sinne des Preises von Alfred Nobel würdig zu erweisen, ist jede Mühe und Anstrengung wert.

Das wird auch der Geist sein, in dem wir heute und morgen in Brüssel beraten werden, wo doch jeder vorher sagt: Die Vielfalt ist so groß, Europa ist zerstritten, die werden keinen Millimeter vorankommen. Ich sage Ihnen: Wir werden vorankommen, und zwar genau in dem von mir beschriebenen Sinn, weil die Werte, die uns einen, Werte und Ziele sind, mit denen Europa auch im weltweiten Wettbewerb des 21.

Jahrhunderts bestehen kann, weil wir uns alle, alle Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union, aller 27 Mitgliedstaaten, dem Geist verpflichtet fühlen und weil wir die gemeinsamen Werte auch wirklich teilen.

Wir wissen, dass wir in Europa in Freiheit leben. Wir wissen, dass wir in Europa Demokratie haben. Wir wissen, dass man in Europa auch demonstrieren kann, wenn

einer den anderen besucht. Wir wissen aber auch: Dafür geht keiner ins Gefängnis, wenn er nicht gerade gewalttätig geworden ist. Das eint uns; dafür werden wir arbeiten. Menschlich und erfolgreich wollen wir sein, in Frieden und Freiheit.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Peer Steinbrück, SPD:

## Das Europa der Zukunft braucht eine neue Begründung



Peer Steinbrück (\*1947)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Benso wie Sie, Frau Bundeskanzlerin, freuen wir Sozialdemokraten uns über die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union. In einer Zeit, in der viele Europäer in der Tat an Europa zweifeln, in einer Zeit, in der viele den Wert Europas nur noch an den Zinssätzen an den internationalen Finanzmärkten bemessen, erinnert uns das Nobelpreiskomitee in Oslo daran, dass Europa weit mehr ist als ein Wechselbalg der Ratingagenturen.

Wir müssen dem Nobelpreiskomitee, wie ich glaube, dankbar sein, dass es uns und auch der Welt einen Fingerzeig darauf gegeben hat, warum Europa nach dem dreißigjährigen Krieg von 1914 bis 1945 Erbfeindschaften und einen mörderischen Nationalismus überwand, aber auch, wofür es in Zukunft immer gebraucht wird.

Im Rückblick auf über 60 Jahre Frieden und wirtschaftlichen Fortschritt haben wir Deutsche übrigens einen besonderen Grund zur Dankbarkeit und eine außerordentliche Mitverantwortung für das Wohlergehen Europas.

Denn es waren unsere westlichen Nachbarn und sehr weitsichtige Staatsmänner, die uns schon wenige Jahre nach dem Krieg trotz schrecklicher Erfahrungen, trotz unsäglicher Verbrechen einladen, an dieser europäischen Einigung teilzuhaben. Es waren übrigens

auch unsere europäischen Nachbarn, die sich über die deutsche Wiedervereinigung freuten, obwohl sie mit einem starken Deutschland in der zentraleuropäischen Geografie über Jahrhunderte sehr schlechte Erfahrungen gemacht hatten. Sie hatten uns von den Montan-Verträgen zu Beginn der 50er-Jahre über die EWG, Römische Verträge 1957, die EG bis zur Europäischen Union inzwischen als gute, verlässliche und vor allen Dingen hilfsbereite Europäer kennengelernt. Und dabei sollte es bleiben.

Neben allem, worüber wir heute diskutieren und sicherlich auch streiten werden, dürfen wir nicht vergessen, worum es in Wahrheit bei diesem einmaligen Projekt Europa geht: um dauerhaften Frieden, um dauerhafte Freiheit, um dauerhafte Demokratie für alle Menschen auf unserem Kontinent. Gerade weil – wie der französische Philosoph André Glucksmann sagt – Demokratien dazu neigen, die tragische Dimension ihrer Geschichte gelegentlich zu ignorieren oder zu vergessen, und gerade weil sich die Bürger in der anhaltenden Krisen-debatte mit all ihren Fachbegriffen, in all ihrer Komplexität zunehmend orientierungslos und überfordert fühlen, dürfen wir Politiker den Fehler nicht fortsetzen, dieses Europa nur auf eine Währungsunion, nur auf ein Zentralbanksystem, nur auf einen gemeinsamen Markt, nur auf eine intergouvernementale Veranstaltung von 25 Männern und zwei Frauen zu reduzieren.

Es geht in der Tat um die Behauptung des Zivilisationsprojektes „Europa“. Der Historiker Heinrich August Winkler redet über das normative Projekt des Westens unter Einschluss Nordamerikas in einer Welt dynamischer Veränderungen mit neu aufstrebenden Ländern und Kontinenten. Verliert Europa

aber seine Wirkungsmacht durch Uneinigkeit und Renationalisierung werden wir auch die Attraktivität dieses Zivilisationsprojektes nicht behaupten können.

Ja, Frau Bundeskanzlerin, was Europa zu bieten hat, ist einmalig in der Welt: Gewaltenteilung, Achtung der Menschenrechte, Minderheitenschutz, Sozialstaatlichkeit, unabhängige Gerichte, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Demonstrationenfreiheit, die Trennung von Staat und Kirche – das Erbe der Aufklärung. Aber diese Rede und diese Beschreibung Europas, die hätten Sie schon vor zwei Jahren geben müssen. Diese Beschreibung Europas und damit die Abwehr einer Verkürzung Europas auf das bloß Ökonomische wurden bereits

vor zwei Jahren in einer Reihe von Beiträgen meiner Fraktion von diesem Pult aus formuliert. Kein Rettungsschirm und keine gemeinschaftliche Anstrengung sind deshalb zu groß, um dieses Europa für 500 Millionen

Menschen, ihre Kinder und ihre Kindeskinde zu bewahren. Kleinmüt würde dem nicht gerecht.

Deutschlands Zukunft ist Europa. In diese Zukunft werden wir investieren müssen, genauso wie wir in die deutsche Wiedervereinigung investiert haben. Das endlich den Bürgern unseres Landes zu sagen, Frau Bundeskanzlerin, und zu erklären, das ist Ihre Pflicht. Deutschland wird mit Blick auf Griechenland im Konzert weiterer europäischer Länder weitere Verpflichtungen übernehmen müssen. Sagen Sie das endlich den Menschen!

In der Welt des 21. Jahrhunderts braucht Europa eine gemeinsame Stimme. Entweder wir haben eine Stimme, oder wir haben keine Stimme. Genau diese Gemeinsam-

**Wir Deutsche haben eine außerordentliche Mitverantwortung für das Wohlergehen Europas.**

Fortsetzung von Seite 7: Peer Steinbrück (SPD)

keit steht aber auf dem Spiel; denn es ist offensichtlich, dass Europa an einer Weggabelung steht. Für die Europäische Währungsunion drückt sich das in einem nach wie vor pendelnden Konflikt zwischen einer gemeinsamen Währung einerseits und nationalen souveränen Rechten und Parlamentarisierung auf der anderen Seite aus. Diesen Konflikt haben wir bisher nicht aufgelöst. Entweder wir gehen den Weg zurück in einen losen Staatenverbund mit einem gemeinsamen Markt, in dem jeder für sich selbst verantwortlich ist, gegebenenfalls auch abstürzt, oder wir gehen den Weg einer weiteren europäischen Einigung und der Parlamentarisierung. Das ist exakt die Grundsatzfrage, die wir zu erörtern haben.

Wir dürfen nicht zulassen, dass aus diesem in 60 Jahren gebauten europäischen Haus einzelne Steine wieder herausgebrochen werden. Dies gilt auch dann, wenn einzelne Staaten Fehler und Versäumnisse zu verantworten haben wie Griechenland und wenn sie mit die Ursache für eine Krise ihrer eigenen Volkswirtschaft sind. Ist erst einmal der erste Stein aus diesem Gebäude herausgebrochen, dann werden weitere folgen.

Deshalb, Frau Bundeskanzlerin, war es ein so schwerer Fehler, dass Sie es zugelassen haben, dass im Sommer dieses Jahres Ihre Koalition monatelang ein Mobbing gegen die Mitgliedschaft von Griechenland in der Europäischen Währungsunion betrieben hat. Sie haben nicht eingegriffen. Sie haben sich nicht bekannt. Sie haben laiviert. Sie haben Herrn Dobrindt gewähren lassen, der gesagt hat: „Ich sehe Griechenland 2013 außerhalb der Euro-Zone.“ Sie haben Herrn Söder gewähren lassen, der an Griechenland sogar ein Exempel statuieren wollte.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben vor zwei Wochen den früheren CDU-Vorsitzenden und ehemaligen Bundeskanzler Helmut Kohl geehrt. Ehre, wem Ehre gebührt. Ich sage Ihnen: Weder Helmut Kohl noch einer Ihrer Vorgänger hätte zugelassen, einen europäischen Nachbarn derart für innenpolitische Händel zu missbrauchen.

Dieses Doppelspiel haben Sie uns und der deutschen Öffentlichkeit sehr lange vorgespielt. Sie wollen die Euro-Skeptiker in Ihrer eigenen Koalition und in Ihrem politischen Anhang nicht verprellen. Sie wollen einerseits auf einer Stimmungswoge surfen, die sich maßgeblich aus dem Ressentiment gegen eine deutsche Zahlmeisterrolle speist. Aber Sie wollen andererseits natürlich niemals in diese Woge eintauchen, weil Sie -darüber Ihre Stimme und Ihre Reputation in Brüssel einbüßen würden.

Sie sind inzwischen eine Getriebene, die zu vielem so lange Nein sagt, bis der Druck im Kessel der Realitäten so stark wird, dass Sie schließlich Ja sagen müssen. Das galt für den Kauf von Staatsanleihen durch die EZB im Mai 2010. Das galt für den permanenten Rettungsschirm ESM, den es nach einer Wette von Herrn Schäuble eigentlich nie hätte geben sollen. Das gilt demnächst wahrscheinlich auch für eine Fristverlängerung zur Erfüllung der Sparauflagen für Griechenland, die Christine Lagarde, Managing Director des IMF, gefordert hat. Dies würde aber konsequenterweise zu einem dritten Hilfspaket für Griechenland oder einer Aufstockung des zweiten Hilfspaketes führen - und damit zu einer Befassung des Deutschen Bundestages.

Aber nun auf einmal gibt es eine 180-Grad-Wendung: Kein Wort mehr von dem Rauswurf Griechenlands aus der Euro-Zone. Stattdessen erklärt Bundesfinanzminister Schäuble in Singapur zur Frage eines möglichen Austritts aus der Euro-Zone: „There will be no Staatsbankrott“. Selbst Herr Brüderle säuselt, dass er eine zeitliche Entkoppelung für Athen zur Erfüllung der Reformauflagen nicht mehr ausschließt.

Ja, aber um Himmels Willen, Frau Bundeskanzlerin, warum haben Sie denn ein solches Bekenntnis zum Verbleib von Griechenland nicht im Sommer 2010 abgegeben? Wo war Ihr zweites Fukushima, das Sie zu einer solchen 180-Grad-Wende in Europa und unter den Baum der Erkenntnis von Herrn Schäuble gebracht hat?

Vor allem, meine Damen und Herren, sind die Ergebnisse Ihrer Politik völlig anders als von der Bundesregierung vorhergesagt. Sie sagen tagaus, tagein und landauf, landab, dass Sie Europa in eine Stabilitätsunion führen wollen. Schauen wir uns die Realität an: Die Jugendarbeitslosigkeit in sieben europäischen Ländern ist größer als 25 Prozent; in vier Ländern ist sie größer als 30 Prozent; in zwei Ländern ist sie sogar größer als 50 Prozent. Was halten diese jungen Menschen von Europa und Demokratie, wenn sie sich so von der weiteren Entwicklung ausgeschlossen fühlen?

Die ökonomischen Perspektiven für die Euro-Zone sind für das nächste Jahr alles andere als gut. Viele Länder werden in einer Rezession landen, und auch in Deutschland hat die goldene Zeit von 2010, 2011, 2012 erkennbar und absehbar ein Ende.

Es bleibt die Erkenntnis, Frau Bundeskanzlerin, dass ohne Wachstum kein dauerhafter Schuldenabbau möglich ist.

Nur an Ihnen ist diese Erkenntnis lange vorbeigegangen. Ich sehe eine

erste Revision, auch nachdem ich Ihre Rede beim Deutschen Arbeitgebertag vor zwei Tagen gelesen habe. Selbst der IMF, der nicht im Verdacht orthodoxer sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik steht, hat in seinem Wirtschaftsausblick festgestellt, dass die Sparprogramme inzwischen negative Auswirkungen auf die Wirtschaftsleistungen der Länder haben.

Ihrer Politik lag zumindest für eine lange Zeit eine große Fehleinschätzung zugrunde. Diese Fehleinschätzung lautete, die Krise einseitig für etwas zu halten, das sie tatsächlich allenfalls nur in Teilen war, nämlich eine Verschuldungskrise.

Der ursächliche Einfluss der Finanz- und Bankenkrise und vor allen Dingen auch die wirtschaftlichen Ungleichgewichte, die strukturellen Disparitäten innerhalb der Europäischen Währungsunion und Europäischen Union kamen in Ihrer Analyse nicht vor. Sie wurden ausgeblendet.

Aus einer einseitigen Krisenanalyse folgt dann auch logischerweise eine einseitige Therapie: Sparen, Sparen, Sparen.

Um zu ermesen, wie groß die ökonomische Torheit ist, die in der simplen Gleichung „Stabilität durch Sparen“ liegt, sollten wir gemeinsam einen Ausflug in die deutsche Geschichte machen. Denn die Brüning'sche Sparpolitik Anfang der 1930er-Jahre, die genau dieser Logik folgte, hat eines garantiert nicht gebracht, nämlich Stabilität und Prosperität.

Not zerstört Demokratie. Hunger frisst gesellschaftliche Stabilität, meine Damen und Herren. Das gilt auch heute in den Ländern, die davon betroffen sind.

In einem solchen Europa herrscht aber auch kein Frieden. Denn der Frieden in Europa ist unabweisbar abhängig von Friedlichkeit in den Mitgliedsländern, abhängig von der sozialen Balance und der gesellschaftlichen Stabilität in diesen Ländern, und diese ist in einigen Ländern inzwischen längst in einer Unwucht.

Solange wir in Europa nicht in der Lage sind, den Menschen wieder Hoffnung zu geben, dass Anstrengungen und Fleiß sich lohnen, dass es gerecht zugeht, dass niemand aus der Verantwortung für das Gemeinwohl entlassen wird, dass all denjenigen geholfen wird, die unverschuldet in Not kommen, und ihnen die Würde des Lebens durch Solidarleistungen gewährleistet wird, so lange kommt Europa nicht wieder auf die Beine.

Im Kern geht es darum, die bewährten Mechanismen und den bewährten Ausgleich der sozialen Marktwirtschaft, die Deutschland stark gemacht hat, auf Europa zu übertragen. Ja, wir wollen stabile Verhältnisse in Europa. Und ja, dazu sind auch Sparanstrengungen, Konsolidierung und Strukturreform

men notwendig. Wir wissen aber auch, dass dies nur gelingen kann, wenn es in Europa auch Impulse für Wachstum und Beschäftigung gibt und wenn es in Europa gerecht zugeht.

Vordringlich ist zweierlei: eine wirksame Banken- und Finanzmarktregulierung und auch eine Bankenunion, zu der dann allerdings auch ein Bankfonds zur Rekapitalisierung von Banken gehört, der nicht von den Steuerzahlern finanziert wird, sondern von den Banken.

Zweitens gehört dazu ein echter Wachstums- und Beschäftigungspakt für Europa. Hier darf man daran erinnern, dass es zwei Jahre und 25 Gipfel gebraucht hat, um Sie, Frau Bundeskanzlerin, und konservativ-liberale Kräfte in Europa davon zu überzeugen, dass ein solcher Wachstums- und Beschäftigungspakt benötigt wird.

Der Punkt ist, dass nach dem Beschluss vom Juni 2012 wenig getan worden ist. Das denke ich mir nicht aus, sondern, wie der Brief des Ratspräsidenten Van Rompuy vom 8. Oktober über die konkrete Einlösung der Ankündigungen dieses Beschäftigungs- und Wachstumspaktes ausweist, ist bisher sehr wenig - um nicht zu sagen: gar nichts - geschehen. Wir erwarten, dass der Europäische Rat dies jetzt korrigiert und die Dinge auch mit Blick auf die Tätigkeit der Europäischen Investitionsbank ans Laufen bringt.

Besonders gern schaut die Bundesregierung weg, wenn es um die eigenen Hausarbeiten der Bundesrepublik Deutschland geht. Vorsichtig formuliert: Es gibt von dieser Bundesregierung keine Vorreiterrolle beim Schuldenabbau in Europa.

Im Übrigen: Wenn wir davon reden, dass die länderspezifischen Empfehlungen, die von der Kommission gegeben werden, umgesetzt werden sollen, dann sehen wir: Es ist Deutschland auch hier nicht der Vorreiter und das Vorbild; denn in diesen länderspezifischen Empfehlungen steht zum Beispiel drin:

Es steht explizit drin: keine Steuersenkungen. Und es steht explizit drin: die Einführung eines Mindestlohns in Deutschland.

Die Frage ist: Wie wollen Sie denn andere Länder zur Befolgung der länderspezifischen Empfehlungen veranlassen, wenn Sie selber die auf uns bezogenen länderspezifischen Empfehlungen gar nicht umsetzen und ignorieren?

Für mich ist der Maßstab, wie wir als Sozialdemokraten jetzt und im Weiteren die Vorschläge der Van Rompuy-Gruppe diskutieren, ziemlich einfach. Es geht um vier Fragen:

Erstens: Wer zahlt für das vorgeschlagene Euro-Zonen-Budget, wer haftet dafür?

Sind es zusätzliche Mittel, oder sind es Mittel, die ohnehin in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen werden? Gibt es, bezogen auf die Verwendung dieser Mittel, eine demokratische Kontrolle?

Zweitens: Führen die Vorschläge nicht einfach nur zu mehr Europa, sondern auch zu einem besseren Europa, weil es eine bessere Bankenaufsicht und eine bessere Bankenabsicherung gibt, weil es eine besser verzahnte Wirtschafts- und Finanzpolitik gibt, weil es eben auch neue Möglichkeiten für ein antizyklisches Verhalten gibt? Oder verlieren sich die Vorschläge in der langen Reihe von diversen Initiativen?

Drittens: Führen diese Vorschläge zu einem Mehr an Demokratie, weil sie das Europäische Parlament einbinden und stärken, oder schreiben sie den Trend zu einer „Vergipfelung“ der europäischen Politik fort?

Viertens: Wird Europa zwischen den 17 Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion und den 10 weiteren Mitgliedstaaten in der Europäischen Union auseinandergetrieben, oder schaffen wir eine positive Dynamik für ein handlungsfähiges Europa, das trotz gewisser Binnendifferenzierung weiterhin zusammensteht und zusammenhält?

Auf alle diese Fragen habe ich heute von Ihnen noch keine Antworten bekommen, aber zu diesen Fragen werden wir nachhaken und nacharbeiten müssen, Frau Bundeskanzlerin, wenn Sie die Zustimmung meiner Fraktion zu wahrscheinlich notwendigen weiteren Rettungspaketen bekommen wollen.

War Europa nach dem verheerenden Zweiten Weltkrieg zuallererst eine Friedensgemeinschaft und zugleich in den Zeiten des Kalten Krieges vor allen Dingen ein Raum für Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand, so sind seit 1989 die Aufgaben noch einmal gewachsen. Die

Erweiterung der Europäischen Union war die erste Herausforderung, die von Europa als neues, als ungeteiltes Ganzes nach dem Wunder von 1989/90 gemeistert wurde.

Die aktuelle Herausforderung ist die anhaltende Krise, die eben nicht nur eine Krise unserer Währung ist. Wir merken, dass diese Krise mehr als Geld kosten könnte, nämlich Legitimation durch die Bürgerinnen und Bürger. Wer die Einigung unseres Kontinentes in die Zukunft fortentwickeln will, der braucht eine neue Begründung, und diese Begründung kann, wie Sie richtig sagen nicht mehr allein die Bezugnahme auf den Krieg zwischen 1914

## In der Welt des 21. Jahrhunderts braucht Europa eine gemeinsame Stimme.

**Dieses Europa muss aber ein sozial gerechtes Europa der Chancen für alle sein.**

und 1945 sein. Das versteht vielleicht meine Generation; aber schon unsere Kinder verstehen es nicht mehr. Europa muss sich neu konstituieren und neu erklären.

Ob Klimawandel, Migration, Bevölkerungswachstum, Rohstoffversorgung, Nahrungsmittelversorgung, demografischer Wandel oder

auch soziale Spaltungstendenzen – auf all diese globalen Herausforderungen mit ihren teilweise dramatischen Konsequenzen für jede und für jeden von uns, genau dafür kann Europa Antworten liefern.

Dieses Europa, meine Damen und Herren, muss aber ein Europa mit einem inneren Gleichgewicht

und damit ein sozial gerechtes Europa der Chancen für alle sein. Nur ein solches Europa ist stark und attraktiv genug, alle Mitgliedstaaten und den dort lebenden und arbeitenden Menschen Freiheit, Frieden, Schutz, soziale Ordnung, Sicherheit und Selbstbestimmung zu gewährleisten. Nur

wenn uns das gelingt, ein solches Europa in den Blick zu nehmen, wird die Erfahrung der Regierenden wieder in Übereinstimmung mit den Erfahrungen der Regierten zu bringen sein. Es ist also an Ihnen zuerst, Frau Bundeskanzlerin, und an Ihrer Regierung, aber auch an uns allen hier im Hause, dass

wir diesen Weg konsequent und konzentriert fortsetzen. Ihre Politik der letzten zwei Jahre und auch Ihre heutige Rede sind dem nicht gerecht geworden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rainer Brüderle, FDP:

## Europa muss in seinen Möglichkeiten erweitert werden



Rainer Brüderle (\*1945)  
Landesliste Rheinland-Pfalz

In den letzten Wochen wurde viel über Nebentätigkeiten gesprochen. Ich wollte dazu eigentlich nichts mehr sagen.

Es wurde von vielen Seiten vieles erklärt. Nicht alles hat zum Ansehen von uns Parlamentariern beigetragen.

Aber nach Ihrer Rede muss ich doch eines betonen, Herr Kollege Steinbrück: Bundeskanzler ist keine Nebentätigkeit; das ist die schwierigste Aufgabe, die deutsche Politik zu vergeben hat.

Heute sind Sie größtenteils den Beweis schuldig geblieben, sich der Größe der Aufgabe bewusst zu sein. Steinbrück weiß es besser – aber immer erst hinterher; so ist es bei ihm.

Die Lehman-Pleite war für Sie ein amerikanisches Problem ohne Auswirkungen auf Deutschland. Kurze Zeit später haben Sie erklärt:

Dass die Bundesrepublik Deutschland maßgeblich mitgeschüttelt wird, ist kein Wunder. Hypo Real Estate, IKB, WestLB: Bei jeder großen Bankpleite der letzten Jahre hatten Sie irgendwie Ihre Finger drin. Man ist versucht, zu sagen: Holt bloß nicht den Steinbrück rein, sonst geht ihr pleite. Kürzlich haben Sie in der Welt am Sonntag vor Inflation durch die Anleihenkäufe der EZB gewarnt. Da haben Sie ökonomisch recht; ich unterstütze das. Aber vor einem Jahr haben Sie erklärt – ich zitiere wörtlich –

: Allerdings zeigen die Fed der USA und die Bank of England, dass in Krisenzeiten genau dies – gemeint ist die Staatsfinanzierung mit der Notenpresse – die Rolle von Notenbanken ist. – Das ist das komplette Gegenteil

von dem, was Sie heute behaupten. So wollten Sie die Inflationsmaschine anwerfen.

Was gilt denn nun? Wo bleibt Ihr Plan für Deutschland, für Europa?

Bei Steuererhöhungen liefern Sie sich einen Wettlauf mit den Grünen. Auch da frage ich Sie: Was wollen Sie denn nun? Wollen Sie wie der sozialistische Präsident in Frankreich den Wachstumseinbruch durch Ihre Steuererhöhungen auch noch verschärfen? 30 Milliarden Euro Steuererhöhungen will die SPD. Das ist mehr als 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Die Bundesregierung und die Forschungsinstitute sagen für 2013 ein Wirtschaftswachstum von 1 Prozent voraus. Will die SPD, wollen Sie, Herr Steinbrück, die deutsche Wirtschaft in eine Rezession führen?

Herr Trittin hat am Wochenende ein wahres Enteignungsprogramm für breite Teile der Bevölkerung angekündigt. Die Vermögensteuerpläne von Trittin treffen Millionen und nicht Millionäre. Das ist ein Anschlag auf das Eigentum. Er will das auch noch rückwirkend machen. Da wird der demokratische Rechtsstaat einfach außer Kraft gesetzt. Hier kommen die alten Reflexe des kommunistischen Bundes Westdeutschland bei ihm wieder hoch.

Diese Woche trat Herr Trittin bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in feinem Zwirn auf; aber darunter trägt er immer noch das Mao-Jäckchen, das ist einfach seine Einstellung.

Die christlich-liberale Koalition widmet sich den großen Herausforderungen, vor denen Deutschland und Europa stehen; das hat die Bundeskanzlerin heute sehr deutlich gemacht. Die Europäische Union steht mitten in der schwersten Bewährungsprobe ihrer Geschichte. Ökonomen sagen: Die Euro-Zone ist kein optimaler Währungsraum, zwei Dinge fehlen: die volle Mobilität auf dem Arbeitsmarkt und die politische Union. Die mangelnde Mobilität der Arbeitskräfte ändert sich gerade, wenn auch unter dramatischen Vorzeichen,

in Südeuropa. Wer Europa als Ganzes sehen will, wird verstehen, dass Europa einen gemeinsamen Arbeitsmarkt braucht. Deshalb ist zu begrüßen, wenn gut ausgebildete Spanier oder Griechen einen Arbeitsplatz in Deutschland suchen. Das ist ein Schritt der Integration und ein Schritt zu einem einheitlichen Wirtschafts- und Währungsraum.

Die größere Herausforderung ist die politische Union. Als der Euro eingeführt wurde, war es vor allem wegen der Bedenken Frankreichs nicht möglich, damals eine politische Union zu erreichen. Deshalb haben Helmut Kohl, Hans-Dietrich Genscher und Theo Waigel den Stabilitätspakt durchgesetzt. Das stabilitätspolitische Erbe, das europapolitische Erbe von Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher wurde von Rot-Grün verspielt.

Ich verkenne nicht, was Gerhard Schröder im Inland geleistet hat, die Agenda 2010. Aber Gerhard Schröder

hat Europa nicht weiterentwickelt, sondern zurückentwickelt. Er hat einen Rückschritt gemacht. Er hat ein Stück Renationalisierung mit auf den Weg gebracht. Gerhard Schröder sprach von dem Euro als der

„kränkenden Frühgeburt“ – wörtlich. Er hat seine Prophezeiung offensichtlich selbst erfüllen wollen und gemeinsam mit Frankreich den Stabilitätspakt beerdigt. Er hat Griechenland in die Europäische Union aufgenommen, obwohl es nicht die Voraussetzungen für den Euro hatte. Ihre eklatanten Fehler, Ihre Scherben, die Sie hinterlassen haben, müssen wir heute wegräumen. Das ist die Aufgabe, vor der wir stehen.

Ratspräsident Van Rompuy hat mit anderen Vorschläge für eine politische Union gemacht. Es ist ein mutiger Entwurf, auch wenn wir Liberale nicht alles teilen, was dort aufgeschrieben wurde. Den Ansatz eines Europa der mehreren Geschwindigkeiten finde ich aber gut. Alle sind eingeladen, mitzugehen. Wer aber nicht mitgehen will, soll diejenigen, die vorangehen wollen, nicht aufhal-

ten dürfen. Darum geht es. „A plusieurs vitesses“ fordert jetzt der französische Präsident. Europapolitisch ist er in der Realität angekommen. Ich bin optimistisch, dass er das europapolitisch auch noch hinbekommt.

Wir wollen, dass Europa erfolgreich ist. Dazu kann ein Euro-Zonen-Budget sinnvoll sein. Exogene Schocks können einzelne Länder der Währungsunion treffen. Zum Auffangen solcher Schocks haben wir kein Instrument. Aber man muss die Bedingungen eines solchen Instruments auch klar definieren. Erstens. Es darf keine Steighilfe für einen europäischen Finanzminister sein. Zweitens. Es darf nicht der Einstieg in Euro-Bonds sein. Und drittens. Es darf nicht der Anlass zur Einführung einer EU-Steuer sein.

Die Idee von Europa darf nicht darauf reduziert werden, lediglich immer mehr Geld nach Brüssel zu überweisen. Wenn überhaupt, kann es dabei nur um eine Umschichtung bestehender Mittel gehen.

Nach der Präsidentschaftswahl in den USA erscheint der nächste Troika-Bericht. Ich bin sehr gespannt, was der Kollege Steinbrück dazu erklären wird; denn auch zum Thema Griechenland hat er alles im Angebot: Früher hat er eine Insolvenz gefordert. Dann hat er vor diesem Schritt gewarnt. Vor der Sommerpause war er gegen ein drittes Griechenland-Paket. Heute ist er dafür.

Wie bei allen Reformen und großen Veränderungen wird man meines Erachtens allenfalls in der Zeitachse über kleine Zugeständnisse an die griechische Regierung reden können. Zeit kostet Geld. Das ist richtig. Eine Finanzierung von Reformpausen wird es nicht geben dürfen. Keine Leistung ohne Gegenleistung. Das ist eine klare Linie dieser Koalition.

Aber man darf sich nichts vormachen. Selbst wenn Griechenland freiwillig zur Drachme zurückkehren würde, bedeutet das kein Ende der Finanzhilfen. Griechenland bleibt Mitglied der EU mit allen Pflichten und Rechten, auch dem Recht auf Solidarität. Vor allem eines weiß keiner: Wie ist es mit der Ansteckungsgefahr Griechenlands? Es gibt die Kettentheorie, die besagt: Das Auswechseln des schwächsten Glieds stärkt den Rest. Es gibt die Dominotheorie: Wenn der Schwächste fällt, fallen die anderen hinterher. Beide Szenarien sind denkbar. Beides sind Theorien, aber wir müssen in der Praxis Entscheidungen treffen.

Für die FDP ist der Weg der Entscheidung klar: Zuerst muss Griechenland seine Hausaufgaben ma-

chen, dann muss Griechenland die Klassenarbeit, sprich die Bewertung durch die Troika, bestehen. Danach wird über die Versetzung entschieden.

Meine Damen und Herren, die Europäische Union hat – darauf sind wir alle ein Stück weit stolz – den Friedensnobelpreis bekommen. Das ist das erfolgreichste Friedensprojekt der Geschichte. Jetzt geht aber die Diskussion los: Wer holt den Preis ab?

Das zeigt: Europa hat noch immer nicht die eine Telefonnummer, wie es Kissinger einmal ausgedrückt hat. Aber wir machen gerade Fortschritte. Wir brauchen klare Strukturen. Europa muss von den Bürgern getragen werden. Es braucht verständiges Recht. Das Recht muss eingehalten werden, das in Europa geschaffen und vereinbart wird. Wir haben Defizite. Ich nenne als Beispiel die Stimmenverhältnisse bei der Europäischen Zentralbank. Dort ist Malta formal genauso stark wie Deutschland. Das bildet weder die Wirtschaftskraft noch die Bevölkerungszahl noch das Risiko ab, das Deutschland gegebenenfalls zu tragen hätte. Auch bei den Wahlen zum Europaparlament zählt eine deutsche Stimme weniger als andere. Ein bürokratischer Superstaat ohne demokratische Kontrolle ist falsch. Europa muss das Prinzip „One woman, one vote - one man, one vote“ erfüllen. Das ist Demokratie, die ihren Namen voll verdient. Wir brauchen diese weitere Demokratisierung Europas.

Europa muss von einem Gefühl getragen werden. Europa muss erlebt und gelebt werden. Europa muss ein Stück Faszination bieten. Mit immer mehr Zentralisierung und größerer Bürokratie erreichen wir das nicht. Wir müssen die Herzen der Menschen erreichen, sonst bleibt Europa ein Projekt der Eliten. Europa muss in seinen Möglichkeiten erweitert werden, das aber solide und stabil.

Da darf man nicht mit Illusionen oder kurzfristigen Effekten operieren. Ebenso verfehlt ist die Vorstellung der SPD, die die deutschen Exporte wieder drosseln will. 50 Prozent unserer Exporte gehen an unsere europäischen Nachbarn. Weshalb wollen die Sozialdemokraten den Arbeitnehmern die Aufträge für Exporte in die europäischen Nachbarländer nehmen? Sie sollten einmal die Realität anpacken, und Herr Steinbrück sollte sich darüber klar werden, was er wirklich will, und nicht jedem etwas bieten, wie es gerade passt.

Steinbrück kann alles, nur nichts ist klar.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Wir müssen das Herz der Menschen erreichen, sonst bleibt Europa ein Projekt der Eliten.**

Dr. Gregor Gysi, DIE LINKE:

## Wo zeichnet sich die wirkliche Alternative ab?



Gregor Gysi (\*1948)  
Wahlkreis: Berlin-Treptow - Köpenick

Heute hat der Bundestagswahlkampf offiziell hier im Bundestag begonnen. Das ist schon ein bisschen merkwürdig; denn es gibt noch gar kein Wahlrecht etc. Aber das lasse ich alles mal dahingestellt sein.

Es wird für Sie schwer werden, Frau Bundeskanzlerin, und auch für Sie, Herr Steinbrück, sich als Alternativen zu präsentieren. Alle Europa-beschlüsse haben Sie zusammen gefasst.

Die Deregulierung der Finanzmärkte haben Sie unter der Regierung von Frau Merkel gemeinsam betrieben. Die prekäre Beschäftigung haben Sie in Deutschland in großem Ausmaß eingeführt. Wo soll sich denn da eine wirkliche, knallharte Alternative abzeichnen, die wir meines Erachtens brauchen?

Viele haben sich hier zum Friedensnobelpreis für die EU geäußert. Lassen Sie mich dazu etwas sagen: Die Europäische Union hat es tatsächlich erreicht, dass 60 Jahre lang Frieden zwischen den Mitgliedsländern herrschte. Das ist in Anbetracht der europäischen Geschichte gar nicht hoch genug zu bewerten. Ich stelle fest, dass man in Asien, Afrika und Lateinamerika regionale Zusammenschlüsse wie die EU als erstrebenswert ansieht.

Aber es gibt auch eine andere Seite der EU.

Erstens bin ich sowieso dagegen, dass Institutionen ausgezeichnet werden. Ich bin dafür, dass einzelne Menschen ausgezeichnet werden, die sich wirklich für den Frieden engagieren.

Zweitens sind die EU-Länder einschließlich Deutschland an einer Vielzahl von Kriegen beteiligt. Die EU-Länder sind äußerst hoch aufgerüstet und besonders stark beim Export von Kriegswaffen, auch Deutschland. Die EU strebt ferner ein eigenes Militär an, um endlich auch an Kriegen außerhalb der EU teilnehmen zu können. Dafür ver-

dient man alles Mögliche, aber keinen Friedensnobelpreis.

Kommen wir nun aber zur Euro-Krise und damit auch zu Griechenland. Ich muss feststellen: Die Bundesregierung beginnt, in einigen Fragen zaghaft und vorsichtig den Linken zu folgen.

Was Sie jetzt zum Teil zu Europa sagen, ist das, was wir schon vor Jahren gesagt haben. Darf ich den Mindestlohn als weiteres Beispiel anführen? Als Sie noch dagegen waren, haben wir ihn schon längst vorgeschlagen. Da waren auch noch die Grünen und die meisten Gewerkschaften dagegen. Wir waren die Ersten, die ihn gefordert haben. Heute klingt es in Deutschland so, als seien alle dafür.

Darf ich daran erinnern, dass Sie alle für die Einführung der Praxisgebühr waren? Die Einzigen, die sich gegen die Praxisgebühr ausgesprochen haben, waren wir. Jetzt reden Sie alle dagegen.

Durch eine falsche Politik der EU und auch der Bundesregierung sind unerträgliche Verhältnisse in Griechenland, Portugal, Italien und Spanien entstanden. Der Druck wird immer größer, Griechenland nicht abzubauen, sondern endlich aufzubauen.

Selbst der Internationale Währungsfonds beginnt jetzt selbstkritisch festzustellen, dass die harten Kürzungsmaßnahmen zulasten der Beschäftigten, zulasten des Mittelstandes und zulasten der kleinen und mittleren Unternehmen sowie der Rentnerinnen und Rentner nicht nur übertrieben waren, sondern die Krise massiv verschärft haben. Der Währungsfonds stellt die Kürzungsprogramme also generell in Frage. Das ist ein miserables Zeugnis für die Bundesregierung, die immer darauf bestanden hat.

Die jetzige griechische Regierung macht aber alle Kürzungen mit. Das Einzige, worum sie bittet, ist, dass sie für die Reformen zwei Jahre mehr Zeit bekommt.

In Griechenland betragen die Kürzungen der Löhne und Gehälter in der Privatwirtschaft und der Renten jetzt 20 Prozent. Es gibt 30 Prozent weniger Steuereinnahmen. Deshalb gibt es auch eine höhere Verschuldung. Die Wirtschaftsleistung selbst ist um 20 Prozent zurückgegangen. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei fast 50 Prozent. Das europäische Geld einschließlich des deutschen Geldes wird auf diese Art und Weise in den Sand gesetzt. So kann Griechenland ja gar nicht zurückzahlen.

Das, was Sie hier angerichtet haben, ist eine schwere Untreue zum Nachteil der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Deutschland.

Es müssen immer diejenigen die Kosten der Krise tragen, die sie nicht verursacht haben. Warum haben die Bundesregierung, der Internationale Währungsfonds, die EU-Kommission und die Europäische Zentralbank bisher nie gefordert, dass diejenigen, die die Krise verursacht und an ihr verdient haben, endlich auch die Kosten tragen?

Den öffentlichen Schulden stehen immer auch Vermögen gegenüber. Wir brauchen eine Vermögensabgabe und eine Vermögensteuer. Aber die Devise der Bundesregierung ist und bleibt eine Umverteilung von unten nach oben, nie in umgekehrter Richtung.

Wissen Sie, Frau Bundeskanzlerin, wenn zu Ihrer Rede eine Aussprache stattfindet, sollte man ab und zu auch einmal hinzuhören und nicht eine solche Arroganz an den Tag legen.

Wenn sich nun aber etwas verändert – ganz vorsichtig –, dann liegt das in erster Linie an den Protesten in Griechenland, auch in Spanien und in Portugal. Die Bevölkerungen dort erzwingen eine Änderung der jeweiligen Regierungspolitik, niemand anderes.

Nachdem es so viel Kritik von Ihnen gab, sage ich: Ja, unser Parteivorsitzender Bernd Riexinger hat in Griechenland für soziale Gerechtigkeit mit demonstriert. Darüber regen Sie sich auf. Darf ein Deutscher nicht in Griechenland demonstrieren? Darf Ihrer Meinung nach ein Grieche nicht in Deutschland demonstrieren?

Ich sage auch etwas zu den Hakenkreuzen, die dort gezeigt wurden. Wir lehnen das genauso ab wie Sie. Aber Sie müssen verstehen: Die Griechen verbinden Hakenkreuze gar nicht mit den KZs und diesen Verbrechen, sondern nur mit der Besatzungszeit. Trotzdem ist es völlig falsch. Deutschland ist nicht faschistisch und die Kanzlerin erst recht nicht. Das sehen wir genauso; das sagen wir auch den Griechen. Die Vertreter der mit uns befreundeten griechischen Partei tragen diese Fahnen auch nicht. Aber das Demonstrieren für soziale Gerechtigkeit in Griechenland ist mehr als berechtigt und dringend nötig.

Jetzt nenne ich Ihnen den Grund für Ihre veränderte Politik; Herr Steinbrück, Sie haben diesen Grund nicht genannt. Frau Merkel war doch

in China. Ich werde Ihnen etwas erzählen. Es gibt diese veränderte Haltung nämlich auch wegen China. China möchte nicht nur den Dollar als Weltwährung, sondern auch den Euro, damit es ein bisschen spielen und anders auf dem Finanzmarkt eingreifen kann.

Deshalb hat China europäische Staatsanleihen aufgekauft. Das Handelsblatt hat geschrieben – nicht ich, liebe Frau Künast –, dass es sich dabei um ein Viertel aller Euro-Anleihen handelt, einschließlich der deutschen.

Nun waren Sie in China, Frau Bundeskanzlerin. Da hat Ihnen der Ministerpräsident gesagt, dass China nicht will, dass Griechenland aus dem Euro ausscheidet; denn China geht davon aus, dass das den Euro zerstört. Er hat Sie ein kleines bisschen genötigt und soll Ihnen gesagt haben: Wenn Griechenland aus dem Euro ausscheidet, wird China alle Euro-Staatsanleihen auf den Markt werfen. – Dann hätten wir die nächste Krise. Ich sage Ihnen auch, warum. Wenn so viele Euro-Staatsanleihen auf den Markt geworfen werden, sind sie natürlich nichts mehr wert. Dann ziehen sich die Investoren zurück, und es kommt zu einer schweren Währungskrise. Deshalb fuhr Frau Merkel danach nach Griechenland und sagte: Ihr müsst bleiben.

Ich wundere mich, Frau Bundeskanzlerin: Sie hören viel zu wenig auf uns, die demokratischen Sozialistinnen und Sozialisten. Aber auf die chinesischen Kommunistinnen und Kommunisten hören Sie.

Herr Brüderle, Sie sollten einmal darüber nachdenken, wer hier das Mao-Jäckchen trägt. Auf jeden Fall haben Sie, Frau Bundeskanzlerin, Sie, Herr Steinbrück, und wir recht: Griechenland darf nicht aus dem Euro gedrängt werden. Die Bertelsmann-Stiftung hat jetzt festgestellt: Wenn das passiert, erleben wir eine Rezession der Weltwirtschaft und anschließend heftige globale soziale Spannungen. An Griechenland darf kein Exempel statuiert werden, wie das der weltberühmte bayerische Ökonom Markus Söder fordert.

Wir brauchen endlich einen Marshallplan und Investitionen. Dann – und nur dann – bekommen wir auch unser Geld zurück. Es müsste direkte Konjunkturkredite und einen direkten Kauf von Staatsanleihen durch die EZB geben; es darf keinen Umweg über die privaten Banken geben; die müssen wir dabei nicht reich machen. Das ist durch die Verträge verboten, und deshalb müssen die Verträge geändert werden. Wir brauchen einen weiteren Schuldenschnitt der Banken. Wir brauchen endlich eine Heranziehung der Vermögenden in der EU, auch wenn das Vermögen im Ausland liegt.

Ich nenne immer drei Stichworte: Steuergerechtigkeit brauchen wir. Steuerhinterziehung muss bekämpft werden. Steuerflucht muss verhindert werden. Zur Verhinderung von Steuerflucht – die Vermögenden ziehen immer so gerne auf die Seychellen, nach Liechtenstein und was weiß ich wohin – gibt es einen einfachen Weg: Wir müssen in Deutschland und in ganz Europa lediglich US-Recht einführen und die Steuerpflicht an die Staatsbürgerschaft binden. Dann können sie wohnen, wo sie wollen, und sie können ihr Vermögen hinbringen, wohin sie wollen; aber dann bleiben die Deutschen hier steuerpflichtig, und die griechischen Vermögenden bleiben in Griechenland steuerpflichtig. Warum führen wir das nicht ein? Ich habe darauf noch keine vernünftige Antwort von Ihnen gehört.

Darüber hinaus muss es in Griechenland zu einer Halbierung der Rüstungsausgaben kommen.

Nun komme ich zur Finanztransaktionssteuer. Es gibt jetzt elf Euro-Länder, die sie einführen wollen. Das ist ein Erfolg der Antiglobalisierungsbewegung und auch ein Erfolg der Linken. Sie, Herr Steinbrück, haben im Haushaltsausschuss gesagt, dass die Finanztransaktionssteuer eine sozialistische Spinnerei sei.

Jetzt gibt es nur zwei Möglichkeiten, Herr Steinbrück: Entweder sind auch Sie ein sozialistischer Spinner, oder die Antiglobalisierungsbewegung und die Linken hatten schon damals recht. – Äußern Sie sich doch einmal zu diesen beiden Varianten!

Bei der Umsetzung darf es aber keine Verwässerung geben. Die Bundesregierung hat in ihrem Antrag an die EU-Kommission nämlich darauf verzichtet, die Steuer auch beim Devisenhandel anzuwenden. Aber genau das hatten Union, FDP, SPD und Grüne anders vereinbart, und ohne den Devisenhandel ist die Steuer natürlich weniger als die Hälfte wert. Auch in Deutschland führt die Krise zu immer mehr Verliererinnen und Verlierern.

Es gibt auch eine Krise der Realwirtschaft. Der Internationale Währungsfonds prognostiziert ein Wirtschaftswachstum in China von 8,2 Prozent, in den USA von 2,1 Prozent und in der Euro-Zone von minus 0,4 Prozent. Damit wird die Euro-Krise zur größten Sorgenquelle der Weltwirtschaft.

Sie müssen Ihre Politik in Europa ändern. Wenn Sie wollen, dass es mehr Europa gibt, müssen Sie Europa auch für die Jugend attraktiver machen. Die Umverteilung von unten nach oben muss beendet werden, und mit einer gerechten Umverteilung von oben nach unten muss begonnen werden. Anders werden Sie diese Krise niemals meistern.

(Beifall bei der LINKEN)

**Durch die Politik der EU und der Bundesregierung gibt es unerträgliche Verhältnisse in Griechenland.**

**Auch in Deutschland führt die Krise zu immer mehr Verliererinnen und Verlierern.**

Renate Künast, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

## Europa braucht einen europäischen Volksentscheid



Deutscher Bundestag

Renate Künast \*1955  
Landesliste Berlin

Lieber Herr Kollege Kauder, lassen Sie mich am Anfang eine halbe Minute dafür verwenden, Sie darauf hinzuweisen, wie die europäischen Empfehlungen zur deutschen Haushaltspolitik lauten. Ja, das Wort Betreuungsgeld wird nicht ausdrücklich erwähnt, vielleicht deshalb nicht, weil man auf europäischer Ebene gar nicht so schlecht und so kurios denken kann, dass man wirklich glaubt, in Deutschland würde so etwas eingeführt.

Aber, meine Damen und Herren, in den Empfehlungen steht, dass Deutschland aufgefordert ist, eine Ganztagsbetreuung einzurichten bzw. Ganztagschulen für die Kinder des Landes zu bauen; das hält man auf europäischer Ebene in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht nämlich für richtig. Sie können Ganztagsbetreuung und Ganztagschulen gerne als absolutes Gegenstück zum Betreuungsgeld verstehen. Was Sie nicht erwähnt haben, Herr Kauder – daran zeigt sich Ihr Hang zur Vollständigkeit –: In den Empfehlungen steht auch, dass das Ehegattensplitting abgeschmolzen werden muss, um die Kinder in diesem Land zu finanzieren. Herr Kollege Steinbrück, das hatten Sie ganz vergessen, zu erwähnen. Woran lag das? Wir werden es sehen.

Nun zur Regierungserklärung der Kanzlerin. Frau Merkel, es hat mir nicht gereicht, dass Sie hier und heute den Friedensnobelpreis für die EU erwähnt und lediglich gesagt haben, wie schön dieser Schatz in unserer Hand ist. Eine Bemerkung kann ich mir an dieser Stelle nicht verkneifen: Auf der einen Seite erleben wir, dass die Europäische Union den Friedensnobelpreis bekommt, und wir sehen, welchen Schatz wir in der Hand halten. In der gleichen Woche werden auf der anderen Seite Sinti und Roma, die in Serbien und Mazedonien in Bretterbuden gehaust haben und den Winter fürchteten, als sie nach Deutschland kommen, be-

zichtigt, Asylmissbrauch zu betreiben.

Meine Damen und Herren, das ist eines Friedensnobelpreisträgers nicht würdig. Das hat mir nicht gereicht.

Mir hat auch nicht gereicht, was Sie aus der gegenwärtigen Verschnaufpause, bedingt durch den Anleihenkauf der EZB, gemacht haben. Sie haben lange zugelassen, Frau Merkel – auch wenn Sie gerade etwas anderes gesagt haben –, dass es in der Europapolitik und in der Griechenland-Politik Deutschlands zu einer Art Söderisierung kam. Das ist, glaube ich, so ziemlich das Schlimmste, was man erleben kann: die Stammtischadler, die in Kneipen über den Stammtischen im Luftraum kreisen und nicht daran denken, was für Deutschland und Europa gut ist. Auch an dieser Stelle kamen Sie zu spät, Frau Merkel.

Sie kamen zu spät – das kann ich Ihnen nicht ersparen –, obwohl Sie hier und heute gesagt haben, Deutschland sei in vielen Bereichen vorangegangen. Sie redeten über den Delors-Plan. Ja, über den hätten wir vor zweieinhalb Jahren reden können. Wo ist Deutschland da vorangegangen? Sie redeten über den Europäischen Stabilitätsmechanismus. Wir hätten ihn gerne schon im letzten Herbst verabschiedet. Aber Sie haben sich nicht dürfen getraut, weil Ihre Truppe offensichtlich nicht mitgemacht hätte.

Wenn wir über Euro-Bonds und eine wirklich gemeinschaftliche Haftung reden, sagen Sie: „Das wollen wir nicht“, um am Ende, wenn auch immer spät, doch umzufallen. Ein Beispiel dafür sind die EZB-Anleihen. In welchem Umfang haftet Deutschland? Wir haften für 27 Prozent. Was ist denn das? Ein anderes Beispiel ist die Diskussion über eine extra Finanzkapazität für den Euro-Raum. Das alles sind Themen, bei denen wir erstens sehen, dass Sie wieder zu spät dran sind, und bei denen wir zweitens sehen, dass Sie am Ende doch umfallen.

Sie haben heute keine wirkliche Perspektive aufgezeigt und keine Reformen vorgeschlagen. Ich muss Ihnen auch sagen: Sie haben heute nicht die ganze Wahrheit gesagt.

An dieser Stelle müssen wir kurz über Griechenland reden. Schäuble hat ja am Sonntag letzter Woche in Singapur gesagt: „... there will be no Staatsbankrott in Greece“. Das kommt auch zweieinhalb Jahre zu spät.

Was kommt jetzt? Jetzt kommt die Idee eines Sperrkontos, auf das die Gelder für die Griechen eingezahlt werden sollen. Was ist das nun wieder, Frau Merkel? Das ist eine Art Alibi dafür, dass erst die Schulden getilgt werden. Dahinter steckt, dass in Griechenland die Notenpresse angeworfen wird, um seine Probleme vor Ort zu lösen. Sagen Sie doch die ganze Wahrheit! Das ist wieder eine krumme Idee, weil Sie sich nicht trauen, zu sagen: „Es wird in diesem Hause ein drittes Griechenland-Paket geben“; denn Sie trauen sich nie, die ganze Wahrheit zu sagen.

Herrn Kauder möchte ich bezüglich Griechenland sagen: Es tut mir wirklich weh, dass Sie an dieser Stelle Richtung Griechenland schlicht und einfach rufen: Es mangelt am Willen, zu verändern. Damit stehen Sie übrigens im Dissens zu Ihrer

Kanzlerin, die ja gerade gesagt hat, sie habe erfahren, in Griechenland wo Herr Kauder, was mich daran ärgert, ist, dass Sie hier als konservativer Europäer stehen, der von der Ehe ja vielleicht etwas verstehen soll-

te. Oder? Zu der Ehe heißt es: in guten wie in schlechten Zeiten.

Ich kann nur sagen: Das heißt es auch in der Europäischen Union. In guten wie in schlechten Zeiten!

Deshalb darf man heute nicht einfach nur kritisieren, sondern muss in diesen Zeiten den 50 Prozent arbeitslosen Jugendlichen in Griechenland sagen: Ja, wir kümmern uns darum, dass ihr eine Perspektive bekommt. Darüber habe ich nur wenig gehört. Ich habe eigentlich nichts über das europäische Investitionsprogramm gehört, das wir hier im Juli verabschiedet haben, als wir uns wegen Spanien getroffen haben. Wo ist denn dieses europäische Investitionsprogramm? Wo wird es denn eigentlich umgesetzt? Wo ist das Geld?

Sie reden hier über Wachstum. Wir haben zu dem entsprechenden Zeitpunkt doch gesagt, wofür wir Gelder investieren wollen, damit sich zum Beispiel Griechenland, aber nicht nur Griechenland, modernisieren und wirtschaftlich entwickeln kann: den Schienenverkehr, den öffentlichen Verkehr, die Energie. Wo ist dieses Programm? Sie sagen: Deutschland geht voran. Ich sage Ihnen: Deutschland hat nicht einmal die Hausaufgaben gemacht, die wir hier im Deutschen Bundestag vereinbart haben. So ist es.

Nun zu den Vorschlägen, die im Detail gemacht worden sind. Schau-

en wir uns einmal die Vorschläge von Van Rompuy bzw. der vier Präsidenten an. Sie sind ja auch im Auftrag der Bundeskanzlerin auf den Weg gebracht worden. Was wollen wir denn jetzt eigentlich? Van Rompuy oder Schäuble? Es ist schon eine gewisse Chuzpe, zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Berichts der vier Präsidenten zu sagen: Nun schlagen wir wieder einmal das Gegenteil vor. – Das ist das typische von Merkel und Schwarz-Gelb in Europa angerichtete Chaos.

Im Bericht von Van Rompuy bzw. der vier Präsidenten werden einige Punkte angesprochen: der Schuldentilgungsfonds, die Bankenaufsicht, eine bessere Überwachung der nationalen Haushalte usw. Sie sind am Ende aber doch wieder nur Skeptiker. Ich will das einmal an den vier Punkten deutlich machen, die ja nicht Sie erfunden haben, sondern im Bericht der Präsidenten stehen:

Erstens. Die gemeinsame Finanzmarktpolitik. Sie wollen jetzt auch eine Finanzmarktaufsicht bis Ende des Jahres. Ich kann das ja nur begrüßen, weil Sie bisher alle immer nur mit Samthandschuhen angefasst haben.

Eine effiziente Regulierung wollen wir jetzt aber auch sehen. Das heißt, wir brauchen eine europäische Abwicklungseinheit oder eine europäische Einlagensicherung. Sie, Frau Merkel, haben an dieser Stelle am Ende aber doch wieder nur Andeutungen gemacht.

Zweitens. Die gemeinsame Fiskalpolitik. Wir sprechen uns für mehr Haushaltsdisziplin aus. Ja, aber die vier Präsidenten – darauf gehen Sie am Ende nicht ein – reden über die mögliche Einführung eines Altschuldentilgungsfonds. Schon wieder verweisen sie darauf, dass ein Altschuldentilgungsfonds nötig ist, allein schon, um den Zinsdruck für die betroffenen Mitgliedstaaten zu verringern. Das würde der Fonds ermöglichen. Was haben Sie zur Zinsdrucksenkung angeboten, Frau Merkel? Bis zum Augenblick eigentlich gar nichts!

Drittens. Die gemeinsame Wirtschaftspolitik. Ihren Reden, Frau Merkel, folgen nie Taten. Bisher hat sich die Bundesregierung eben nicht wirklich für eine Harmonisierung der Steuerpolitik oder gegen Steuerdumping eingesetzt.

Wo ist Ihre Arbeitsmarktpolitik? Deutschland war bisher kein Vorkämpfer für eine europäische Regelung. Gegen die Jugendarbeitslosigkeit haben Sie auch kein konkretes Programm. Das sind Sie heute schuldig geblieben.

Am Ende wollen Sie sogar eher noch den europäischen Haushalt kürzen, aus dem man solche Programme finanzieren könnte.

Zu dem vierten Aspekt, der stärksten demokratischen Legitimation, die Van Rompuy und andere vorgeschlagen, kann man ja sagen: Deutschland steht dafür – im wahren Sinne des Wortes –, die europäischen Institutionen zu schwächen.

Nun zu einigen Ihrer Detailvorschläge, die wilden und unabhängigen Vorschläge von Herrn Schäuble, die Sie heute auch wieder benannt haben. Gucken wir uns das einmal an. Da soll jetzt ein Mann in Brüssel den Daumen heben oder senken über den Haushaltsplan eines demokratisch gewählten Parlaments.

Meine Damen und Herren, wir wollen mehr Haushaltsdisziplin und durchaus ein Stück Aufsicht an dieser Stelle. Aber was schlagen Sie faktisch vor, weil Sie eben nicht weitergehen? Sie schlagen doch faktisch einen Supermann, einen Superkommissar vor: Der ist dann sozusagen Erster in einer Kommission. Das spaltet die Europäische Kommission.

Ihr Vorschlag ist ein Superkommissar als Erster unter Gleichen in einer Kommission. Und wer sucht den dann aus, meine Damen und Herren? Dann hätten Sie doch mindestens an dieser Stelle sagen müssen, wie Sie sich das vorstellen. Ein ausgemauelter Kommissar, bei dem das Parlament den Gesamtblock wählt, ist doch nicht demokratischer. Dann hätten Sie an dieser Stelle sagen müssen: Diese Person wird durch das Europäische Parlament eigenständig gewählt und könnte auch abgewählt werden.

Am Ende muss ich sagen: Was ich mir gewünscht hätte wäre, bei Ihren Worten am Ende über die Kraft Europas, darüber, dass Europa mehr als Währungs-, Geld- und Haushaltspolitik ist, wenn wirklich klar gesagt würde: Wir wollen ein ökologisches und soziales Europa.

Sie haben über Talente und Technologien geredet. Dann sagen Sie es doch wirklich: Ein Europa, das mit seinen Nachbarn gut zusammenlebt, das nicht auf Kosten anderer Menschen irgendwo auf der Welt lebt, das nicht auf Kosten der Jugend lebt, meine Damen und Herren.

Dieses Europa – das haben Sie verpasst, Frau Merkel – braucht jetzt dringend jenseits des Dickichts der aktuellen Verhandlungen einen europäischen Konvent unter Beteiligung der Sozialpartner, unter Beteiligung der Zivilgesellschaft, und dann kommen wir raus aus den internen Zirkeln und machen einen Volksentscheid, an dem die gesamte europäische Bevölkerung beteiligt wird. Das hätte eine Perspektive heute sein können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Dr. Hermann Otto Solms (FDP), Volker Kauder, Norbert Barthle, Klaus-Peter Flosbach, Michael Stübgen und Gerda Hasselfeldt (alle CDU/CSU). Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.

Debatte zur Ausbildungspolitik / 198. Sitzung des 17. Deutschen Bundestages am 18. Oktober 2012

Willi Brase, SPD:

## Die Qualität in der beruflichen Ausbildung verbessern



Willi Brase (\*1951)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Wir diskutieren heute über die Ausbildungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben wie immer einen gelungenen und guten Berufsbildungsbericht, der die Situation anhand von Zahlen verdeutlicht. Wenn wir gleich hören werden, dass alles wunderbar ist, dass wir sehr viele Ausbildungsplätze haben, aber angeblich nicht genügend Auszubildende, nicht genügend Jugendliche, die ausbildungsreif sind, so verweise ich auf die BIBB-Studie, die feststellt: Das, was wir derzeit zahlenmäßig am Ausbildungsmarkt erleben, ist auch ein Produkt der demografischen Entwicklung und weniger ein Produkt der Regierungspolitik von Rot-Grün.

Wir haben derzeit 50 Prozent der jungen Leute in dualer Ausbildung, 20 Prozent in schulisch-beruflicher Ausbildung nach Landesrecht und 30 Prozent im Übergangssystem. Wir von der SPD sind der Meinung, dass das, was derzeit im Übergangssystem abläuft, nicht mehr ertragbar ist und die Aktivitäten, die im Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland beschlossen wurden, ungenügend, teilweise sogar gar nicht umgesetzt wurden. Es ist zu kritisieren, dass sich die Bundesregierung im Pakt zwar verpflichtet hat, ihren Wust an Maßnahmen im Übergangssystem ein Stück weit zu durchforsten, dass aber als Ergebnis herausgekommen ist: Wir können nichts ändern, aber wir wollen das zukünftig bei neuen Maßnahmen ein bisschen berücksichtigen. – Das ist absolut mangelhaft.

Wir wissen, dass die Vielfalt der Maßnahmen im Übergangssystem zu groß und daher nicht hilfreich ist.

Da verweise ich doch gerne auf neun Bundesländer, die 2009 die Initiative „Übergang mit System“ gestartet haben. Die Bertelsmann-Stiftung – keine Kaderschmiede der SPD – hat diesen Prozess begleitet und festge-

stellt: Wenn wir dieses Übergangssystem mit der Vielfalt an Aktivitäten auf kommunaler, auf Landes- und auf Bundesebene und teilweise EU-finanziert weiterführen, werden wir auch noch 2025 230 000 junge Leute mehrjährig in diesem Übergangssystem vorfinden. Das ist verkehrt und falsch. Wir müssen schauen, dass wir von diesem System wegkommen. Sie, die Vertreter der Bertelsmann-Stiftung, haben weiter überlegt: Wie können wir unsere Forderung „Kein Abschluss ohne Anschluss“ auf den Weg bringen? Sie sagen: Würden wir sozusagen eine Ausbildungsgarantie für die jungen Leute aussprechen, dann könnten wir nicht nur real Geld sparen – das

Übergangssystem kostet mittlerweile 6 Milliarden Euro jährlich und ist insofern höchst ineffizient –, sondern langfristig auch 150 000 oder 160 000 junge Menschen direkt und besser qualifizieren und in Ausbildung bringen.

Ich möchte an dieser Stelle die Bundesregierung auffordern, diesen Prozess zu unterstützen, damit die Vielfalt der Maßnahmen in diesem System endlich verringert wird.

Es ist völlig falsch, meine Damen und Herren. Wenn wir von Ausbildungsgarantie sprechen, dann sagen wir als SPD: Ja, wir wollen das machen, was diese neun Bundesländer ein Stück weit – übrigens werden alle farbenmäßig völlig unterschiedlich regiert – auf den Weg bringen wollen. Wir wollen, dass das duale System weiter ausgebaut wird. Ich sagte eingangs, dass sich 50 Prozent der Auszubildenden im dualen System befinden. Dieser Anteil müsste gesteigert werden. Schließlich gibt es immer noch genügend Betriebe, die zwar die Ausbildungsfähigkeit besitzen, aber nicht ausbilden. Insofern erwarten wir auch vom Nationalen Pakt Initiativen, damit mehr Betriebe dazu gebracht werden, sich an der dualen Ausbildung zu beteiligen. Das geht nicht mit Schönwetterreden. Da muss man teilweise auch Druck machen.

Also, diese Ausbildungsgarantie ist machbar. Wenn diese im dualen System allerdings nicht unterzubringen ist, dann sind wir für eine staatlich finanzierte Ausbildungsunterstützung. Das kann im vollzeitschulischen Bereich sein. Das kann bei den ÜBSen sein. Das kann bei den Berufsbildungszentren sein, und das kann auf der Grundlage BBiG, Handwerksordnung oder mögli-

cherweise auch Landesrecht geschehen. Das ist für die jungen Menschen allemal besser, als ein, zwei oder drei Jahre im Übergangssystem zu verweilen.

Wenn das nicht reicht, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, dann müssen wir uns um die kümmern, die tatsächlich Probleme haben und möglicherweise noch nicht die nötigen Fähigkeiten und Kompetenzen besitzen, um in Ausbildung zu gehen. Da erachte ich die Einführung einer „Einstiegsqualifizierung Plus“ als weiteres Segment der Abqualifizierung oder der weiteren Austarierung als völlig falsch. Es reicht völlig aus, die Einstiegsqualifizierung zu nehmen und diese Einstiegsqualifizierung nur bei den Jugendlichen, die diese benötigen, und nicht bei den sogenannten Marktbenachteiligten vorzusetzen. Das ist der falsche Weg.

Wenn die Wirtschaft wirklich im Sinne von Fachkräfteentwicklung Leute braucht, dann muss man den Weg gehen, dass man auch den Marktbenachteiligten hilft. Zur Not müssen wir auch die Hürden der Einstiegsqualifizierung erhöhen, aber wir sollten nicht „Einstiegsqualifizierung Plus“ einführen. Das ist der falsche Weg.

Ich will einen weiteren Punkt ansprechen, weil dieser zunehmend eine Rolle spielt. Das ist die Qualität und die Qualitätsentwicklung in der beruflichen Bildung. Wenn es richtig ist, Frau Ministerin, dass der Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs diesen Punkt als wesentlichen Aspekt enthält, dann darf man auch einmal nachfragen, was wir mit den 1,5 Millionen Menschen zwischen 20 und 29 Jahren ohne Berufsabschluss machen. Ich meine diejenigen, die weder eine duale Berufsausbildung noch eine Ausbildung nach Landesrecht noch eine Assistentenausbildung oder einen Hochschulabschluss haben. Was machen wir mit denen? Wie packen wir die an? Das sind 1,5 Millionen. In der Altersgruppe der 25- bis 35-Jährigen sind es sogar 2 Millionen. Das heißt, wir haben eine Menge Leute, die nicht qualifiziert sind. Wir brauchen endlich konzeptionelle Vorschläge, wie wir diesen Menschen über das SGB III oder das SGB II – eventuell benötigen wir dafür Steuermittel – eine Chance geben können.

Wir wissen alle: Wer nicht qualifiziert ist, geht in den Niedriglohnbereich. Ich spare mir jetzt einen Debattebeitrag dazu. Im Niedriglohnbereich verdient er aber nicht viel, und im Alter muss er Grundsicherung bekommen. Das ist doch „linke Tasche – rechte Tasche“. Das bringt doch nichts. Legen Sie ein gutes Konzept vor, wie wir diese hohe Zahl von 1,5 Millionen Menschen ein Stück weit verringern können.

Die DGB-Jugend befragt alljährlich – auch dieses Jahr wieder – die an der dualen Ausbildung Beteiligten, vor allen Dingen die Auszubildenden, wie sie die Qualität ihrer Ausbildung einschätzen. Es verwundert die Fachleute nicht, dass dabei herauskam, dass der Bereich Hotel und Gaststätten allergrößte Probleme hat. Gleichzeitig diskutieren wir – ich bin auch Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz – über die Weiterentwicklung des Tourismus. Dazu sage ich: In diesem Bereich müssen schnell Maßnahmen ergriffen werden. Die Abbrecherquote ist hoch. Zwischen 40 und 50 Prozent der Ausbildungsverträge werden aufgelöst. Zwischen 20 und 25 Prozent der Ausbildungsplätze sind unbesetzt.

Ich will darauf hinweisen – damit will ich nicht Werbung machen, sondern verdeutlichen, dass manches, was wir hier beschlossen haben, durchaus Sinn hatte –, dass sich im Kammerbezirk meines Wahlkreises Siegen-Wittgenstein Vertreter der Gewerkschaften, der Kammer und der Betriebe zusammengesetzt haben, um die Frage zu klären, wie man diese schwierige Situation verändern kann. Ich sage nichts zu dem Prüfungsergebnis; denn das wäre schon fast peinlich.

Die Frage ist: Wie können wir diese Situation ändern? Im Jahr 2005 haben wir mit der Reform des BBiG den örtlichen Berufsbildungsausschüssen mehr Aufgaben gegeben und sie beauftragt, sich um die Qualität zu kümmern. Ich kann nur jeder und jedem empfehlen, vor Ort zu schauen, wie es um die Qualität bestellt ist. Ausbildungsmärkte sind regionale Märkte. Manchmal müssen sich auch die Kammern bewegen. Manchmal müssen sie auf Unternehmen zugehen und Druck machen, damit die Ausbildung besser wird. Schauen Sie sich den Ausbildungsreport 2012 der DGB-Jugend an. Darin steckt eine Aufforderung, darüber zu diskutieren, wie wir die Qualität im Bereich der beruflichen Bildung verbessern können. Wenn die Fachkräftediskussion einen Sinn haben soll, dann müssen wir bei der Qualität ansetzen. Dann dürfen Überstunden, schlechte Bezahlung, schlechte Arbeitsbedingungen usw. usf. nicht auf der Tagesordnung stehen. Dann muss die duale Ausbildung auch ein hohes Maß an Qualität aufweisen. Dann ist sie vertretbar, und dann lässt sie sich auch im Ausland gut verkaufen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Wir wissen, dass die Vielfalt der Maßnahmen im Übergangssystem zu groß und daher nicht hilfreich ist.**

**Wenn die Fachkräftediskussion Sinn haben soll, müssen wir bei der Qualität ansetzen.**



Die duale Ausbildung verbindet Arbeiten im Betrieb mit Schulunterricht.

Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

## Ohne kluge Politik entwickelt sich Berufsbildungspolitik nicht weiter



Annette Schavan (\*1955)  
Wahlkreis: Ulm

Die berufliche Bildung, die duale Ausbildung erfahren international derzeit eine Zustimmung und Akzeptanz wie nie zuvor. Das hat zwei Gründe: Der eine ist die hohe Arbeitslosigkeit unter jungen Leuten, und zwar nicht nur in europäischen Ländern. In vielen Regionen der Welt besteht die Gefahr, dass ein akademisches Proletariat entsteht. Der zweite Grund hängt mit der Frage zusammen, wie es angesichts des raschen technologischen Wandels und der raschen Entwicklung des Selbstverständnisses und der Anforderungen der Unternehmen gelingen kann, die richtigen Fachkräfte zu bekommen.

Angesichts dessen sagen Kollegen aus Europa, aus Südamerika, aus Indien, aus China und vielen anderen Ländern: Wir wollen diese starke Seite des Bildungssystems in den deutschsprachigen Ländern einführen. Deshalb werden wir eine europäische Berufsbildungskonferenz in Berlin durchführen. Wir wollen uns nicht nur mit der Frage beschäftigen, wer aus anderen Ländern kurzfristig nach Deutschland kommen kann, um hier ausgebildet zu werden, sondern wir wollen uns auch mit der Frage beschäftigen, wie die Bildungssysteme und Lernkulturen in anderen Ländern durch die Zusammenarbeit verschiedener Akteure und mithilfe eines großen Einsatzes der Unternehmen weiterentwickelt werden können.

Es stimmt, was im BIBB-Bericht steht, also im Bericht des Bundesinstituts für Berufsbildung: Die jetzige Entwicklung hat mit der demografischen Veränderung zu tun.

Lieber Herr Brase, Sie haben recht, wenn Sie sagen, dass die guten Zahlen nicht nur das Ergebnis rot-grüner Regierungspolitik sind; da stimme ich Ihnen sofort zu. Das Ergebnis nur unserer Regierungspolitik sind sie aber auch nicht. Weder Schwarz-Gelb noch Rot-Grün ist ausschlaggebend. Aber unterschätzen wir nicht das, was diese Bundesregierung seit 2005 gera-

de im Blick auf benachteiligte Jugendliche, gerade im Blick auf die Weiterentwicklung der beruflichen Bildung auf den Weg gebracht hat. Ohne kluge Politik entwickelt sich Berufsbildungspolitik nicht weiter.

Damit komme ich zu den Fakten: Die Zahl der Ausbildungsverträge hat sich bundesweit um 10 000 erhöht. Entsprechend ist die Zahl derer, die unversorgt sind, deutlich zurückgegangen. Verglichen mit 2010 gibt es einen Rückgang um 10 000 bzw. 5,7 Prozent. In dieser Gruppe sind jetzt noch rund 174 000. Das ist die Gruppe, die Sie unter anderem angesprochen haben, um die wir uns besonders kümmern. Man muss allerdings auch sagen: Allein in den letzten vier Jahren ist diese Gruppe um 100 000 zurückgegangen. Der Rückgang um 100 000 im Übergangssystem ist nicht Konsequenz der demografischen Entwicklung, sondern Konsequenz zahlreicher Maßnahmen mit vielen Akteuren.

Dazu gehört unter anderem der Ausbildungspakt der Bundesregierung. Die Zahl der Eintritte in das Übergangssystem ist um 8 Prozent gesunken. Auch das ist interessant, Herr Brase: Die Zahl derer, die in das Übergangssystem gekommen sind, ist seit 2005 um knapp 30 Prozent gesunken. Deshalb bin ich sehr zuversichtlich. Wir haben eine Verbindung von richtigen Maßnahmen.

Dies gilt übrigens auch beim Einstieg. Ich halte die Initiative „EQ Plus“, die im Rahmen des Paktes vereinbart worden ist, für nicht so schlecht. Wir müssen immer wieder über Maßnahmen nachdenken, mit deren Hilfe die, die sich schwertun, den Einstieg schaffen, nicht, um dann niedriger qualifiziert zu werden, sondern um erfolgreich den Einstieg zu schaffen und über die zweijährige in die dreijährige Ausbildung zu kommen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass die richtigen Maßnahmen, die richtigen Weichenstellungen und die demografische Entwicklung zu einem deutlichen Abbau des Übergangsbereichs in den nächsten Jahren führen können.

Schließlich noch etwas zur Gruppe der Ungelernten; auch diese hat Herr Brase angesprochen. Ich nenne jetzt einmal die Altersgruppe 20 bis 24 als Beispiel.

Man kann nicht einfach warten, bis sie irgendwo eine Chance bekommen. Deshalb erinnere ich an die Förderinitiative „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“. Da wird übrigens deutlich, dass gerade im Bereich der Nachqualifizierung die Möglichkeiten, Module anzubieten, eine hohe Bedeutung haben. Das gilt für den Weiterbildungsbereich, aber auch für den Nachqualifizie-

rungsbereich. Das Programm „Perspektive Berufsabschluss“ des BMBF zeigt gute Quoten; auch in dieser Gruppe gibt es einen Rückgang.

Die Bundesagentur für Arbeit rechnet bis zum Jahr 2025 mit einem Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen um 6,5 Millionen. Natürlich sind diese Prognosen über unsere Bevölkerungsentwicklung ein ganz wesentlicher Grund dafür, dass wir sagen: Wir müssen erreichen, dass die Unternehmen in unserem Land Fachkräfte bekommen. Aber ich füge hinzu: Für mich sind die Zukunftschancen der jungen Generation nach wie vor die allererste Motivation in der Berufsbildungspolitik. Das muss Markenzeichen unserer Politik sein, und das ist Markenzeichen unserer Politik. Wir müssen Sorge dafür tragen, dass junge Leute in Deutschland Zukunftsperspektiven haben. Die Erfahrungen, die wir gesammelt haben, müssen auch in einen Prozess der internationalen Weiterentwicklung der Bildungssysteme einfließen.

Aufgrund der demografischen Entwicklung gibt es zusätzlichen Reformbedarf. Die Stichworte hier sind: Ausbildung in der Fläche, Berufsgruppen. Wer berufliche Schulen und Ausbildungsbetriebe besucht, der weiß, dass es für die Ausbildungsbetriebe wichtig ist, dass die Ausbildung in der Nähe des Betriebes stattfindet. Aber bei immer mehr klassischen Berufsbildern müssen die jungen Leute viele Kilometer fahren, um überhaupt noch beschult zu werden. Deshalb werden wir den Prozess der Bildung von Berufsgruppen im Zuge der Neuordnung von Berufsbildern deutlich

Agnes Alpers, DIE LINKE:

## Garantieren Sie endlich hier allen Menschen eine gute Ausbildung



Agnes Alpers (\*1961)  
Landesliste Bremen

voranbringen. Wir werden Sorge dafür tragen, dass attraktive Bildungs- und Berufsperspektiven damit verbunden sind.

Berufsfamilie oder Berufsgruppe - wie man es nennt, ist mir egal - heißt auch: Jetzt haben wir die Chance, dass bei Neuordnungen, bei Weiterentwicklungen noch stärker definiert wird: Welchen Grundbestand an Kompetenzen haben wie viele Berufe? Nehmen Sie etwa den Bäcker, den Konditor oder den Speiseeismeister. Was ist das gemeinsame Fundament? Wie kann eine Berufsfamilie aussehen? Was sind Module für Spezialisierung?

Das beinhaltet auch neue, zusätzliche Perspektiven, weil der, der das eine Modul belegt hat, in der Lage ist und die Möglichkeit hat, im Laufe seines Berufslebens weitere Module hinzuzunehmen. Die Debatte über Modularisierung werden wir also ganz anders führen als vor einigen Jahren. Da bestand die Gefahr, dass junge Leute bei Modularisierung zu früh abspringen und nicht eine wirklich qualifizierende Ausbildung erhalten. Heute ist der Begriff „Modularisierung“ auch bei den Sozialpartnern sehr viel mehr mit Weiterentwicklungsperspektiven verbunden. Damit müssen wir zügig vorangehen. Schließlich war ein ganz wichtiger Punkt - das merke ich überall, vor allem im Handwerk, aber auch bei den Industrie- und Handelskammern -: Die Gleichsetzung des Technikers und des Meisters mit dem Bachelor ist im deutschen Qualifikationsrahmen ein unglaublich wichtiges Symbol gewesen. Die symbolische Wirkung ist noch viel höher als das, was damit an Philosophie der Berufsbildungspolitik tatsächlich verbunden ist.

Das Gleiche gilt für das Anerkennungsgesetz. Auch hier gibt es viele positive Nachrichten darüber, wie sich die Kammern vor Ort darum kümmern, dass die Anerkennungs-

verfahren sowie die konkreten Prozesse positiv ablaufen. Angesichts dessen sage ich:

Erstens. Die Demografie wird uns vor weiteren Reformbedarf stellen. Ob man sie jetzt positiv oder negativ empfindet, ist ganz egal. Tatsache ist: Unsere Unternehmen bieten mittlerweile Ausbildungsstellen an, die nicht besetzt werden. Das macht ihnen Sorge, weil sie früher ihre Auszubildenden übernommen haben. Nun fragen sie uns, wie es noch besser gelingen kann, dass sie genügend Fachkräfte bekommen.

Zweitens. Diejenigen, die im Übergangssystem sind, brauchen viele verschiedene Wege, um die Kompetenzen zu erhalten, die ihnen einen guten Einstieg in die berufliche Bildung ermöglichen.

Drittens. Wir werden bei der Neuordnung nicht mehr immer mehr Spezialisierung zulassen dürfen. 360 Ausbildungsberufe sind - dies kann man sagen - ein Zeichen für unsere sehr ausdifferenzierte Landschaft. Aber es dürfen nicht mehr werden, und es muss in der großen Gruppe der 360 Ausbildungsberufe Strukturen geben, die zu deutlich mehr Berufsgruppen oder Berufsfamilien führen.

Insofern mein Votum: Lassen Sie uns jetzt nicht über solche alte Klamotten wie Ausbildungsgarantie oder Umlagefinanzierung reden. Vielmehr setzen wir auf das freiwillige hochverantwortliche Engagement unserer Unternehmen. Ich möchte die Unternehmen jetzt dafür gewinnen, sich eben auch in Spanien, in Portugal, in der Slowakei, in Indien, wo Anfang November darüber beraten wird, und anderswo dafür zu engagieren. Das hilft unseren jungen Leuten mehr. Deren Zukunftschancen müssen das erste Ziel sein, das uns leitet, wenn wir über Berufsbildungspolitik sprechen.

Vielen Dank.  
(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Frau Schavan, über genau diese alten Klamotten wie Ausbildungsgarantie müssen wir in Anbetracht der Probleme heute sehr wohl noch reden. Aber darauf werde ich später noch zurückkommen. Unsere Regierungsfractionen sagen immer: Die Ausbildungsplatzchancen steigen. Es gibt mehr unbesetzte Stellen als Bewerberinnen und Bewerber. Das größte Problem ist, 30 000 freie Ausbildungsstellen zu besetzen. - Aber das hat nichts mit der Realität zu tun.

Der Berufsbildungsbericht 2012 besagt, dass von den bei der Bundesagentur für Arbeit rund 540 000 ge-

meldeten Ausbildungsbewerberinnen und -bewerber nur gut die Hälfte einen Ausbildungsplatz bekommen hat. Bei über 100 000 jungen Menschen weiß diese Agentur, wo sie verblieben sind. Aber sie haben keinen Ausbildungsplatz erhalten. Von fast 86 000 Bewerberinnen und Bewerbern weiß man nicht, was aus ihnen geworden ist. Aber auch sie haben keinen Ausbildungsplatz erhalten. Wir halten also fest: Sie zählen fast 200 000 junge Menschen in Ihrer Statistik als „vermittelt“, ob-

Fortsetzung von Seite 13: Agnes Alpers (DIE LINKE)

wohl sie gar keinen Ausbildungsplatz erhalten haben. Das ist doch nichts anderes als schnöde Trickerei. So etwas lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

Das heißt also, insgesamt befinden sich weit über 200 000 junge Menschen im Übergangssystem. 1,5 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 29 Jahren haben keine Ausbildung. Rechnen wir die Menschen bis 34 Jahre hinzu, sind es sogar 2,2 Millionen.

Die Linke, Frau Schavan, bleibt dabei: Setzen Sie das Recht auf Ausbildung um und führen Sie endlich die Ausbildungsumlage ein!

Das zweite Problem. Trotz des Ausbildungspakts bilden nur noch 22,5 Prozent der Betriebe aus. Der Grund – so die Arbeitgeber –: Nur gut die Hälfte der Betriebe darf noch ausbilden, und kleine Betriebe können ihre Ausbildungsplätze nicht besetzen. 2003, meine Damen und Herren, wurde die Pflicht, eine Ausbildereignungsprüfung vorzuweisen, aufgehoben, um zu ermöglichen, dass auch Betriebe ohne Ausbilderin oder Ausbilder ausbilden. Es wurden aber fast keine neuen Ausbildungsplätze eingerichtet. Sechs Jahre später wurde die Ausbildereignungsprüfung deshalb wieder eingeführt.

Was also hindert die Betriebe tatsächlich daran, auszubilden? Arbeitgeber in kleinen Betrieben sagen mir: Der Druck ist sehr groß. Jeder Auftrag muss schnell und fachgerecht ausgeführt werden. Es gibt kei-

ne Ausbilder, oder man hat keine Zeit, um den Lehrlingen alles zu erklären und die Erklärungen zu wiederholen. Generell bräuchten die Azubis zu wenig Praxiserfahrung mit. Wir Linke sagen: Kleine Betriebe müssen unterstützt werden, wenn sie eine Ausbildungsbefähigung erwerben wollen. Sie sollen gefördert werden, wenn sie erstmals einen Ausbildungsplatz schaffen oder einen zusätzlichen Ausbildungsplatz einrichten. Auch die Ausbildung im Verbund wollen wir fördern.

Ich selbst bilde im Bundestag eine Auszubildende aus. Sicher: Man muss sich darauf einstellen, und man muss sich umstellen. Allerdings eröffnet man einem jungen Menschen Zukunftschancen. Deshalb, meine Damen und Herren, lohnt sich Ausbildung. Als Lehrerin für 23 Ausbildungsberufe weiß ich, wie wichtig eine kontinuierliche Anbindung an den Betrieb ist.

An dieser Stelle wende ich mich den Grünen zu: Mit Ihrem Konzept DualPlus propagieren Sie immer noch die flächendeckende Modularisierung der Ausbildung. Sie sehen den Vorteil darin, dass Betriebe nicht mehr die gesamte Ausbildungsverantwortung übernehmen müssen, sondern nur noch einzelne Ausbildungsbausteine anbieten. Das ist Unsinn. Denn junge Menschen, ins-

besondere Menschen mit Unterstützungsbedarf, brauchen kein Modulhopping, sondern einen verlässlichen Betrieb, in dem sie handlungsorientiert lernen und kontinuierlich die Berufsbildungsreife erwerben.

Dritter Punkt – nun zu Ihnen, Frau Schavan –: Sie erzählen uns häufig von Bildungsketten, Berufsorientierung und Einstiegsbegleitung. Dann behaupten Sie, dass der demografische Wandel die Ausbildungsprobleme von ganz allein lösen wird.

Das Bundesinstitut für Berufsbildung sagt klipp und klar:

Die Beschäftigungschancen von Menschen ohne Berufsabschluss werden sich durch die demografische Entwicklung nicht verbessern. Eine der wichtigsten Aufgaben ist doch heute, für die 1,5 Millionen jungen Menschen ohne Berufsabschluss Perspektiven zu schaffen. Dies gilt allerdings auch im Hinblick auf die Menschen im Übergangssystem und alle Menschen ohne Berufsabschluss.

Vierter Punkt – nun zur Einstiegsqualifizierung –: Gedacht war sie, um jungen Menschen mit eingeschränkten Vermittlungsperspektiven über die Praxis im Betrieb einen Ausbildungsplatz zu vermitteln. Die Arbeitgeber erhalten dafür monatlich 216 Euro und einen Zuschuss

zur Sozialversicherung. Die Praxis zeigt aber, dass nicht nur sogenannte benachteiligte junge Menschen eine Einstiegsqualifizierung erhalten haben, sondern zur Hälfte auch junge Menschen mit mittlerem Schulabschluss und Abitur. Von all diesen jungen Menschen haben direkt nach der Maßnahme aber nur 44 Prozent einen Ausbildungsplatz erhalten. Ich frage Sie: Welche dieser jungen Menschen – die ohne Schulabschluss oder die mit Hauptschulabschluss oder die mit mittlerer Reife oder die mit Abitur? – haben die Ausbildungsstellen wohl besetzt?

Fest steht jedenfalls, dass der begleitende Berufsschulunterricht, der ja keine Pflicht ist, meist nicht in Anspruch genommen wird. Es gibt häufig kein Zertifikat, also keinen Nachweis über die erworbenen Qualifikationen.

Bei all diesen Mängeln verstehe ich nicht, warum die SPD die Einstiegsqualifizierung als zentrales Instrument im Übergangsbereich fest-schreiben will.

Dennoch finde ich: Dieses Instrument kann viele Vorteile bieten, wenn es richtig ausgestaltet wird. Ich sage Ihnen: Wer eine Einstiegsqualifizierung erwirbt, der muss auch einen Ausbildungsplatz bekommen.

Die Grundregel lautet für uns: Alle Maßnahmen müssen individuell auf die einzelnen Menschen abgestimmt werden und verlässlich in Ausbildung führen.

Fünfter Punkt. Warum können bestimmte Ausbildungsplätze nicht besetzt werden? Das liegt zum einen an den regionalen Ungleichgewichten. Während beispielsweise in Bayern und an der Ostseeküste in verschiedenen Berufen Auszubildende gesucht werden, gibt es in Herford oder auch in meiner Heimatstadt Bremen mehr Bewerberinnen und Bewerber als Plätze. Zum anderen gibt es große Unterschiede zwischen den einzelnen Branchen.

Das Bundesinstitut für Berufsbildung geht davon aus, dass für Büroberufe auch noch im Jahre 2030 ein ausreichendes Fachkräfteangebot zur Verfügung stehen wird. Ganz anders sieht es im Hotel- und Gaststättenbereich aus. So kommen in der Gastronomie heute nur 37 Bewerberinnen und Bewerber auf 100 Ausbildungsstellen. Auszubildende im Hotel- und Gaststättengewerbe in Bremen haben mir in Gesprächen und bei meiner Befragung folgende Gründe genannt: Überstunden, ausbildungsfremde Tätigkeiten, schlechte Vermittlung der Ausbildungsinhalte, regelmäßig Arbeit nach der Berufsschule, kaum Freizeit, geringe Vergütung und geringe Wertschätzung ihrer Person.

Angesichts dessen fordern wir als Linke: Die duale Ausbildung muss attraktiv bleiben. Eine hohe Qualität, eine gute Vergütung, Übernah-

megarantie mit guten Tarifen und Aufstiegsperspektiven, das schafft klare Perspektiven für all diese jungen Menschen.

Sechster Punkt. Fachkräftesicherung durch die Integration von jungen Menschen ohne Berufsausbildung. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales schätzt die Wirksamkeit, unterschiedliche Gruppen als Fachkräfte zu mobilisieren, folgendermaßen ein: Große Chancen werden darin gesehen, die Arbeitszeiten von erwerbstätigen Frauen auszuweiten und Ältere länger in Arbeit zu halten. Mittel- und langfristig wird es aber auch sehr wirksam sein, nichterwerbstätige Mütter zu integrieren und die Bildungsangebote sowie die Angebote zur Betreuung von Kindern auszubauen. Im Gegensatz dazu stuft das Ministerium die Wirksamkeit der Anerkennung von ausländischen Abschlüssen und der Aktivierung von Langzeitarbeitslosen dafür, diese Menschen als Fachkräfte zu mobilisieren, als gering ein. Auch langfristig

wird es kaum wirksam sein, Frauen für die MINT-Berufe zu interessieren. Die geringste Wirksamkeit hat die Integration von mehr Jugendlichen in die Berufsausbildung. Junge Menschen ohne Berufsausbildung müssen sich also wieder

ganz hinten in der Schlange anstellen. Das ist nicht verantwortbar.

Siebter Punkt. Ganz schlechte Perspektiven haben bei Ihrer Politik Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderung und Frauen. Der Anteil aller mit Frauen abgeschlossenen Ausbildungsverträge liegt gerade noch bei 40 Prozent. Menschen mit Behinderung und Menschen mit Migrationshintergrund werden bei der Vergabe von Ausbildungsstellen oft gar nicht berücksichtigt. Nur jeder dritte Mensch mit Migrationshintergrund erhält heute einen Ausbildungsplatz – und das bei gleichen Interessen und gleichen Abschlüssen. Das ist nicht nur zu verurteilen, sondern das haben Sie auch abzustellen.

Achter Punkt. Das große Konzept dieser Regierung heißt seit 2010: Nationaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland. Doch hier tut sich noch immer nichts Wesentliches. Es reicht eben nicht, mit den Arbeitgebern Absichtserklärungen auf einem Stück Papier abzugeben, sondern es muss endlich verbindlich für alle Menschen ohne Berufsausbildung gehandelt werden.

Frau Ministerin Schavan, Sie schwadronieren über das duale System in Europa, in der ganzen Welt. Garantieren Sie endlich hier allen Menschen eine gute Ausbildung! Dann wird man Ihnen auch wieder glauben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

### Betriebe müssen unterstützt werden, wenn sie eine Ausbildungsbefähigung erwerben wollen.

### Nur jeder dritte Mensch mit Migrationshintergrund erhält heute einen Ausbildungsplatz.



Menschen mit Migrationshintergrund bekommen immer seltener einen Ausbildungsplatz.

© picture-alliance/zb

Heiner Kamp, FDP:

## Der Ausbildungspakt trägt Früchte



Heiner Kamp (\*1964)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Geschätzte Kollegin Alpers, ich glaube, Sie haben heute über vieles geredet, aber nicht über die Situation am Ausbildungsmarkt, die sehr erfreulich ist und die in der Tat mit Herausforderungen verbunden ist, denen wir auch begegnen werden. Ich werde Ihnen dies jetzt erläutern. Ich empfehle Ihnen, gut zuzuhören.

„Never touch a running system“: Wenn ein Motor rund läuft, empfiehlt es sich eben nicht, an den Kolben herumzuwerkeln; sonst entsteht Pfusch. Diesen klugen Rat aus Betrieb und Werkstätte sollten sich Pädagogen, Sozialwissenschaftler und Lehrer auf den Oppositionsbänken hinter die Ohren schreiben.

Bezwingen Sie doch einmal Ihren Drang, die Finger in das gut geölte Räderwerk unseres Berufsbildungssystems zu stecken. Sie ersparen dadurch unserem Land den erwartbaren Pfusch und Murks und sich einige Tränen der Reue.

Der deutsche Motor läuft rund. Die internationalen Delegationen strömen ins Land, sie wollen „Training made in Germany“ sehen, wollen erfahren, was es heißt, wenn Berufsschulen und Ausbildungsbetriebe partnerschaftlich kooperieren.

Ausbildungsplatzabgabe, Ausbildungsplatzgarantie und das grüne DualPlus-Murks-Modell interessieren die Besucher aus Spanien, Italien, China und Südamerika dagegen nicht im Ansatz. Wen wundert's!

Wenn wir uns den Berufsbildungsbericht 2012 ansehen, so haben wir allen Grund zur Freude. Das haben die meisten eingesehen, auch die auf der Oppositionsbank.

Auch in diesem Berichtsjahr hat sich die Situation am Ausbildungsmarkt wiederum weiter verbessert. Die Schulabgängerzahlen gehen zurück. Die Zahl der Bewerber ist um 2,5 Prozent zurückgegangen. Trotzdem ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge um 1,8 Prozent gestiegen.

Ganz besonders freue ich mich darüber, dass die Zahl der betrieblichen Ausbildungsverträge um mehr als 20 000 angestiegen ist. Denn eine betriebliche Ausbildung genießt für uns gegenüber außerbetrieblichen Modellen ganz klare Priorität. Über diese Entwicklung können junge Menschen in Deutschland zu Recht jubeln.

Erfreulich ist auch, dass die Anstrengungen zur Senkung der Zahl der Altbewerber nach Jahren endlich gefruchtet haben. Ihre Zahl ist merklich gesunken. Wir sind auf dem richtigen Weg.

Liebe Frau Alpers, der Ausbildungspakt trägt Früchte. Unser Dank gilt neben den Sozialpartnern, neben den Kammern, neben den Verbänden auch unserem Bundeswirtschaftsminister Rösler, der die Weichen für die Neuausrichtung des Paktes mehr als erfolgreich gestellt hat. Nicht Ausbildungsplätze wie zu Zeiten von Rot-Grün, sondern junge Auszubildende werden heute gesucht. Wer heute einen Ausbildungsplatz sucht, hat so gute Karten wie schon lange nicht mehr.

Die große Stärke unserer dualen Berufsausbildung ist doch die Nähe zur betrieblichen Praxis. Sie sichert einerseits eine bedarfsgerechte und praxisnahe Ausbildung, andererseits gewährleistet sie hohe Quoten der Übernahme in Beschäftigung. Eine Ausbildung ist und bleibt die beste Garantie für gesellschaftliche Teilhabe und Integration in den Arbeitsmarkt.

Wir, Deutschland, sind in der Krise gerade deswegen so erfolgreich, weil unser System der beruflichen Ausbildung uns innovationsfähiger macht als unsere Nachbarn, denen die Brücke zwischen Berufsschule und Betrieb fehlt. Darum ist das Handwerk in Deutschland so stark. Deswegen sind unsere mittelständischen Betriebe so innovativ. Das ist nichts Neues. Doch da meine Worte die Zweifel im Oppositionslager eventuell nicht ganz werden ausräumen können,

möchte ich auf den Innovationsindikator der Deutsche-Telekom-Stiftung und des BDI verweisen, der in der nächsten Woche vorgestellt wird.

In der oberen Hälfte des Innovationsrankings finden sich vor allem Länder, die vorwiegend – wen wundert's! – dual ausbilden. Das ist ein Beleg dafür, dass die Durchakademisierung unserer Bevölkerung nicht zwingend zum Glück und zum

Wohle der Nation führt. Man blicke nur auf Finnland mit einer Jugendarbeitslosigkeit von über 20 Prozent.

Mit 8,1 Prozent verzeichnete Deutschland im August 2012 die geringste Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Es hat sich ausgezahlt, dass wir nicht, wie von so vielen Visionären verlangt, die Axt an unser System der Berufsausbildung gelegt haben. Wir sind gut damit gefahren, dass wir von den so vollmundig geforderten Experimenten abgesehen haben und die Forderung nach Auflagen, nach Zwangsmaßnahmen für Ausbildungsbetriebe abwehren konnten. Nicht zuletzt deswegen bilden

**Auch in diesem Berichtsjahr hat sich die Situation am Ausbildungsmarkt weiter verbessert.**

sich vor den Türen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und unseres bundeseigenen Berufsbildungs-Think-Tanks BIBB lange Schlangen. Das erfolgreiche deutsche Berufsbildungssystem wird zunehmend ein Exportschlager. Da ist es ein richtiger Schritt, wenn wir beim BIBB eine Zentralstelle für internationale Zusammenarbeit einrichten. Durch seine bereits bestehenden internationalen Kooperationen ist es für diese Aufgabe mehr als gut gerüstet.

Auf einem Berufsbildungsgipfel in Berlin werden wir bald gemeinsam mit mehreren unserer europäischen

Partner über eine Modernisierung der beruflichen Bildung in Europa beraten. Ergebnis soll ein konkreter Fahrplan sein. Es gilt, unseren Nachbarn und Freunden zu helfen, die eigenen Bildungssysteme zu impfen und diese für spätere Krisen weniger anfällig zu machen. Es ist doch ein großer Erfolg, wenn zum Beispiel Indien auf Anregung aus Deutschland nun die Zusammenarbeit von Berufsschulzentren und Wirtschaft zulässt: ein erster Schritt in Richtung Dualität, ein wichtiger Schritt für das Bildungssystem der größten Demokratie auf unserem Globus.

Bei allem Erfolg der beruflichen Bildung in Deutschland und der weiter verbesserten Lage am Ausbildungsmarkt dürfen wir aber auch die Augen nicht vor den Herausforderungen verschließen, die noch vor uns liegen. Zwei sind auch in diesem Berichtsjahr wieder deutlich geworden:

Erstens. In einigen Regionen und Branchen haben Unternehmen zunehmend Probleme, passende Bewerber zu finden.

Zweitens. Auch fällt es – natürlich – gerade den leistungsschwächeren Jugendlichen nach wie vor noch schwer, einen Einstieg in die Ausbildung zu finden.

Die Initiative „Bildungsketten“ und der Ausbildungspakt sind die richtigen Antworten auf diese zwei Aspekte. Mit ihnen helfen wir leistungsschwächeren Schülerinnen und Schülern auf die Beine. Wir unterstützen sie und Betriebe dabei, ein echtes Ausbildungsverhältnis einzugehen. Keine Maßnahme, kein Übergangssystem, kein Tun-als-ob: Nichts ist so gut wie echte betriebliche Ausbildung. Genau deswegen nehmen wir 75 Millionen Euro in die Hand, um diese echten Ausbildungsplätze zu unterstützen; Hilfe

zur Selbsthilfe und keine Dauererschleifen der Beschäftigungstherapie.

Ganz anders die Opposition. Da will die SPD tatsächlich der unter Volldampf stehenden Maschine Ausbildung die Zahnräder austauschen. Trotz Ausbildungsplatzüberschuss wird nun eine Ausbildungsplatzgarantie gefordert. Was kommt als Nächstes? Strafen für Ausbildungsbetriebe, weil sie keine Auszubildenden finden? Lässt Herr Steinbrück die Kavallerie schon aufsitzen?

Die Grünen üben sich dagegen wieder einmal in Zwangsbeglückung. Sie präsentieren mit ihrem Wundermodell DualPlus die Minusnummer schlechthin. Im Gespräch mit Sozialpartnern und Kammervertretern ernte ich stets Stirnrünzeln, Unverständnis, ja manchmal auch ein Schmunzeln, wenn DualPlus zur Sprache kommt. Bislang ist mir noch nie ein Sachverständiger oder Experte untergekommen, der diese windigen Projekte auch nur im Ansatz für praktikabel und umsetzbar gehalten hätte.

Kurzum: Wir brauchen keine Zwangsabgaben, keine Strafen für Ausbildungsbetriebe, kein schulisches Ergänzungsmodell. Wir brauchen eine vernünftige berufliche Bildung. Lassen Sie mich ganz kurz noch auf unsere Maßnahmen und Vorschläge eingehen; dann bin ich auch schon fertig. Ja. Das müssen Sie vielleicht in den weiteren Beratungen ausführen. Schade. - Sie können das in unserem Antrag gerne nachlesen. Er ist umfassend, er ist nicht ideologiegeführt. Unsere Vorschläge sind sachgerecht und vor allem praktikabel.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Kai Gehring, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

## Wir schlagen DualPlus zur bundesweiten Umsetzung vor



Kai Gehring (\*1977)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Auch der siebte Berufsbildungsbericht unter Ministerin Schavan bilanziert, dass

Berufsbildung nicht zu den Herzensanliegen dieser Koalition zählt. Auf großer Bühne und überall in Europa lobt die Ministerin zwar seit Jahren die duale Ausbildung. Angesichts dramatischer Jugendarbeitslosigkeitsquoten in anderen Ländern ist das Interesse dort auch groß. Bei der konkreten Berufsbildungspolitik hierzulande hakt es aber.

Noch immer hat die Koalition kein Konzept vorgelegt, um gemeinsam mit Ländern, Kommunen und der Bundesagentur für Arbeit das Dickicht der Übergangsangebote zwischen Schule und Ausbildung zu lichten. Auch in der Antwort der Bundesregierung auf unsere Kleine Anfrage haben wir vergeblich danach gesucht, und

noch immer verweist die Koalition lieber auf immer neue Projekte, als das ganze System endlich geschlossen und entschlossen zukunftsfähig zu machen. Angesichts des steigenden Fachkräftemangels ist das zu wenig.

Bezeichnend ist auch, dass der Berufsbildungsbericht erst ein halbes Jahr nach seiner Beratung im Kabinett und ein halbes Jahr vor der Vorlage des nächsten Berichtes im Parlament beraten wird – und nicht etwa auf Regierungsinitiative, sondern weil die Opposition kluge Anträge zur Reform der beruflichen Bildung vorgelegt hat.

Fortsetzung von Seite 15: Kai Gehring (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für die Schulabgängerinnen und -abgänger ist es kein gutes Zeichen, dass Schwarz-Gelb auch 2013 weiter ausschließlich auf eine gute Konjunktur, den eher unergiebigem Ausbildungspakt mit der Wirtschaft und den demografisch sinkenden Anteil von Ausbildungsplatzsuchenden setzt. Das ist kein Konzept für die notwendige Modernisierung des Berufsbildungssystems, das ist Aussitzen.

Für uns als Grüne-Fraktion ist gute Ausbildung der Schlüssel zu Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe. Wir wollen die Betriebe mit mehr potenziellen Fachkräften zusammenbringen, und wir wollen für alle Jugendlichen das Recht auf eine anerkannte qualifizierende Ausbildung verwirklichen, egal ob ohne oder mit Einwanderungsgeschichte, ob leistungsstark oder schulmüde, ob gehandicapt oder nicht. Es kommt darauf an, jeden und jede bis zum Berufsabschluss mitzunehmen. Dafür müssen sich alle – Sozialpartner, Gesellschaft und Politik – viel stärker ins Zeug legen. Wir dürfen niemanden zurücklassen.

Natürlich stimmt es auch uns sehr optimistisch, dass sich der Ausbildungsmarkt leicht entspannt. Das ist aber kein Grund zur Entwarnung und kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es rund 175 000 Altbewerber gibt, die sich seit mehr als einem Jahr um einen Ausbildungsplatz bemühen, dass auch 2011 fast 300 000 Neuzugänge in unwirksamen Maßnahmen des Übergangssektors geparkt wurden und dass die Chancen auf einen Ausbildungsplatz ungerecht verteilt sind und viel zu viele Jugendliche durchs Raster fallen.

Daher frage ich Sie, Frau Ministerin Schavan: Was tun Sie für die 2,2 Millionen bis 34-Jährigen ohne Berufsabschluss, die sich weder in einer Maßnahme noch in Ausbildung befinden? Der DGB nennt diese Gruppe zu Recht „Generation abgehängt“, da ihr prekäre Arbeitsverhältnisse oder Arbeitslosigkeit drohen. Für diese Gruppe stehen viel zu wenig Qualifizierungsangebote bereit. Das muss sich ändern. Die Spaltung des Ausbildungsmarktes in Chancenreiche und Chancenarme muss beendet werden.

Der Weg der Koalition, sich nur auf die Paktpartner zu verlassen, bringt zu wenig; denn sie haben ihr Ziel, die Zahl der Ausbildungsabbrüche zu verringern, klar verfehlt. Die Vertragslösungsquote ist sogar auf 23 Prozent gestiegen. Ein Teil der Abbrüche ist auf schlechte Arbeitsbedingungen zurückzuführen, bis hin zu Fällen von Ausnutzung

Das heißt, wir müssen die Qualität der Ausbildung weiter stärken.

Der übergroßen Mehrheit der Ausbildungsbetriebe in unserem Land gebührt die Anerkennung des gesamten Hauses. Sie leisten wahnsinnig viel für die Perspektiven der jungen Generation und die Chancen unserer Wirtschaft. Wir beobachten aber aufmerksam und mit Sorge, dass der Anteil der Ausbildungsbetriebe rückläufig ist. Hier fordern wir eine Trendumkehr. Wir brauchen wieder mehr Betriebe, die ausbilden, und wir brauchen mehr mutige Betriebe,

die auch Jugendlichen mit schlechten Zeugnissen eine Chance geben. Genau hier setzt unser Konzept DualPlus an. DualPlus garantiert individuelle Förderung, bringt Betriebe und Bewerber zusammen und

fügt sich in die unterschiedlichen Gegebenheiten der Bundesländer ein. DualPlus gestaltet diesen ineffizienten Übergangsdschungel zu einer echten Eingangsphase der beruflichen Ausbildung für alle Jugendlichen um; denn alle ausbildungsinteressierten Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz bekommen haben, erhalten ein Angebot. Nach dem dualen Prinzip durchlaufen sie einen Teil ihrer Ausbildung in der Berufsschule und einen Teil im Betrieb. Dabei erreichen sie auch Zwischenziele, weil die Ausbildung in einzeln zertifizierten und bundesweit anerkannten Ausbildungsbausteinen unter Wahrung des Berufsprinzips absolvierbar ist.

Überbetriebliche Ausbildungsstätten – das ist neu – unterstützen Jugendliche zusätzlich. Hier können sie ihre Stärken ausbauen und Schwächen ausbügeln, zum Beispiel mit gezielter Sprachförderung.

Diese Unterstützungsstruktur entlastet ausbildende Betriebe; auch kleinste und spezialisierte können sich beteiligen. DualPlus ist gut anschlussfähig bei Reformkonzepten von Bundesländern, die ihr

Übergangssystem längst neu strukturieren, sei es in Hamburg oder Nordrhein-Westfalen. Deshalb schlagen wir DualPlus zur bundesweiten Umsetzung vor.

Politik und Tarifpartner sind in der Pflicht, gute und verlässliche Ausbildung für alle Jugendlichen zu garantieren. Das gelingt nicht durch Warten auf Konjunktur und demografischen Wandel, liebe Koalition. Jugendliche brauchen Ausbildung statt Aussitzen. Packen Sie es endlich an!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Uwe Schummer, CDU/CSU:

## Die duale Ausbildung ist weltweit Vorbild geworden



Uwe Schummer (\*1957)  
Wahlkreis: Viersen

DualPlus wird nach dem, was wir in unseren Gesprächen mit dem Handwerk gehört haben, vom Handwerk massiv abgelehnt, weil es als Abkehr vom dualen System gesehen wird. Aber darüber können Sie mit dem Handwerk gerne weiter diskutieren. Wir werden das aufmerksam verfolgen.

Interessant war gestern unser gemeinsames Fachgespräch im Bildungsausschuss über grenzüberschreitende Ausbildungskooperationen. Dabei ist eindeutig festgestellt worden, dass die duale Ausbildung in Deutschland, Österreich und der Schweiz mittlerweile weltweit Vorbild geworden ist als ein Instrument, mit dem die Krise überwunden und jungen Menschen Handlungskompetenz vermittelt werden kann. Viele Länder überlegen mittlerweile, dieses System zu übernehmen. Wir Deutschen haben mit 7,9 Prozent die geringste Jugendarbeitslosigkeit nach der Krise innerhalb der Europäischen Union. Der Durchschnitt der Jugendarbeitslosigkeit der unter 25-Jährigen in der Europäischen Union liegt bei 22,6 Prozent; die Spitzen der Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland und Spanien liegen bei über 50 Prozent.

Lernen in der Praxis für die Praxis hat eine hohe Integrationskraft in Bezug auf die Arbeitswelt. Wissen ist wichtig. Das Wissen auch anwenden zu können ist aber am Ende entscheidend.

Spanien und Griechenland wollen Formen der dualen Ausbildung entwickeln. Auch Themen wie Solartechnik, effizientes Bauen und deutsche Handwerkskultur sind eng mit der dualen Ausbildung verknüpft. Das ist eine Voraussetzung, die wir in Deutschland haben und die andere Volkswirtschaften entwickeln wollen, um wirtschaftliche Potenziale in ihren Ländern zu schaffen, und damit auch ein Teilelement, um die Überwindung der Krise in diesen Staaten voranzutreiben.

Ein solcher europäischer Bildungsraum braucht auch Mobilität,

und Mobilität braucht so etwas wie Angebote zum Jugendwohnen. Es war eine ganz wichtige Entscheidung der christlich-liberalen Koalition, dass die 550 Jugendwohnheime für Jugendliche in der Ausbildung, die wir in Deutschland haben, wieder Investitionsförderung bekommen. Damit bieten wir wieder pädagogische Begleitung und eine Unterkunftsmöglichkeit, und es kann entsprechender Förderunterricht organisiert werden, wenn Mobilität von Hunderttausenden junger Menschen im Rahmen der Ausbildung notwendig und sinnvoll ist. Wir sollten dankbar sein, dass bei uns in Deutschland über die duale Ausbildung 30 Milliarden Euro jährlich von der Wirtschaft für Ausbildungsvergütungen, Ausbildungswerkstätten und Ausbilder, die freigestellt werden, zur Verfügung gestellt werden. Das heißt, 70 Prozent der gesamten dualen Ausbildungskosten

finanziert bei uns die Wirtschaft. Es ist kaum denkbar, dass diese Finanzierungslast von den öffentlichen Haushalten alleine getragen werden könnte. Das ist der Ansatz, die Wirtschaft mit ins Boot zu holen - auch bei

der Finanzierung, der Qualitätssicherung und der Bereitstellung entsprechender Ausbildungsplätze. Ein wichtiger Erfolg der Bundesregierung der letzten Jahre ist, dass die Zahl der sogenannten Altbewerber - das heißt derjenigen, die vor mehr als zwölf Monaten aus der Schule entlassen wurden und einen Ausbildungsplatz suchen - von 380 000 auf immerhin 175 000 abgebaut worden ist. Der Trend, diese Gruppe mit einer Ausbildung zu versorgen, geht massiv weiter. Es zeigt sich auch eine Bildungsrendite der dualen Ausbildung im Hinblick darauf, wo die Arbeitslosigkeit am geringsten ist. Bei den Akademikern liegt die Arbeitslosigkeit derzeit bei etwa 3,2 Prozent. In der Gruppe derer, die eine Weiterbildungsqualifikation im dualen System erworben haben wie Meister und Techniker, liegt die Arbeitslosigkeit derzeit bei 2,7 Prozent. Das heißt, die Bildungsrendite und letztendlich auch der Schutz vor Arbeitslosigkeit sind in der dualen Ausbildung in den Weiterbildungsmöglichkeiten am stärksten, noch stärker als in der akademischen Qualifizierung. Wir haben mit den Bildungsketten einen systematischen Übergang von der Schule in den Beruf geschaffen. Wir haben damit auch erreicht, dass ein Stück weit das Übergangssystem geglättet und auch

besser aufeinander abgestimmt worden ist. Wir sagen, dass wir eine frühzeitige Berufsorientierung brauchen, beispielsweise nicht erst drei Monate vor der Schulentlassung, sondern drei Jahre vorher mit einer Potenzialanalyse. Darauf aufbauend durchlaufen die Jugendlichen dann in überbetrieblichen Werkstätten, beim Handwerk oder in anderen Bereichen verschiedene Berufsfelder um dort zu schauen, in welchem Berufsfeld sie noch in der Schule betriebliche Praktika absolvieren und ihre Berufsorientierung entsprechend zielgerichtet organisieren können. Auch dies ist ein Instrument gewesen, um die Schulabbrecherquote durch mehr Motivation, durch frühzeitige und bessere Berufsorientierung von fast 10 Prozent auf 5,5 Prozent abzusenken. Es gibt eine Perspektive nach dem Abschluss: kein Abschluss in der Schule ohne weiteren Anschluss.

Wir brauchen weiterhin auch Instrumente im Bereich der Behinderten. In diesem Bereich liegt die Beschäftigungsquote bei nur 0,9 Prozent. Gemeinsam mit dem Berufsbildungsinstitut wollen wir klären, dass aus den Berufs-

feldern heraus Bausteine entwickelt werden, die einfache Arbeiten darstellen, mit denen Teilqualifikationen vermittelt werden können, sodass man den Behinderten eine Chance gibt, integriert in Unternehmen und außerhalb der betreuten Werkstätten eine sinnvolle Beschäftigung zu finden. Da müssen wir Potenziale nutzen und auch diese Potenziale stärker mit in die Arbeitswelt hineinbringen.

Wir nutzen und schöpfen Potenziale in unserer Wirtschaft. Das Potenzial unserer Wirtschaft ist der Mensch, und der Schlüssel zur Hebung dieses Potenzials ist die Bildung. Da haben wir die beste Bildungsministerin in Deutschland seit 1949 mit Annette Schavan.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Oliver Kaczmarek (SPD), Patrick Meinhardt (FDP), Brigitte Pothmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Nadine Schön (CDU/CSU). Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.

**Politik und Tarifpartner sind in der Pflicht gute Ausbildung für alle Jugendlichen zu garantieren.**

**Viele Länder überlegen inzwischen, das System der dualen Ausbildung zu übernehmen.**

**Die Spaltung des Ausbildungsmarktes in Chancenreiche und Chancenarme muss enden.**

Debatte über die Beaufsichtigung von Kreditinstituten / 198. Sitzung des 167 Deutschen Bundestages am 18. Oktober 2012

Hartmut Koschyk, Parlamentarischer Staatssekretär:

## Basel III ist Herzstück der Reformen des Finanzmarktes



Hartmut Koschyk (\*1959)  
Wahlkreis: Bayreuth

Mit den im Dezember 2010 veröffentlichten Empfehlungen des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht wurde eine neue Grundordnung für die Banken weltweit geschaffen. Diese „Basel III“ genannten Empfehlungen sind eine der wichtigsten Konsequenzen aus der Finanzmarktkrise, und sie dienen dem Zweck, Banken in Zukunft krisenfester zu machen; denn eines haben wir in der Krise gelernt: Banken, die mit zu wenig Eigenkapital ausgestattet sind und zu stark über ihre Eigenkapitalquote hinausgehende Risikogeschäfte eingehen, können nationale und internationale Finanzsysteme in große Erschütterung versetzen. Die Umsetzung von Basel III ist ein Herzstück der Reformen auf dem Finanzmarkt; denn ein nachhaltig funktionierendes Bankensystem braucht nicht nur qualitativ hochwertiges Eigenkapital, sondern muss auch über hinreichend Eigenmittel verfügen.

Im Rahmen der G 20 hat sich Deutschland, haben sich die Europäer verpflichtet, Basel III als zentrales Element der Bankenregulierung jetzt umzusetzen. Auch auf internationaler Ebene - und das ist für die Bundesregierung ganz entscheidend - ist die Umsetzung vorangekommen. So haben die USA im Juni 2012 ihre Vorschläge zur Umsetzung zur Konsultation gestellt und wollen mit der Implementierung am 1. Januar 2013 beginnen. Auch Japan will mit der Umsetzung ab Ende des ersten Quartals 2013 beginnen und die Arbeiten an den nationalen Regulierungsvorschriften weitgehend beenden.

Auf EU-Ebene haben die Finanzminister am 15. Mai dieses Jahres die Vorschläge zur Umsetzung von Basel III mittels einer EU-Verordnung und einer Richtlinie gebilligt. Auf europäischer Ebene unterstützt die Bundesregierung mit Nachdruck

einen schnellen Abschluss der Verhandlungen zwischen Rat, Europäischem Parlament und Kommission noch in diesem Jahr. Bundesfinanzminister Schäuble hat in den letzten Wochen mit vielen Mitgliedstaaten, mit der Kommission und auch mit den maßgeblichen Persönlichkeiten im Europäischen Parlament gesprochen; denn ein Aufschub der Umsetzung von Basel III dient der Sache nicht, vor allem weil die Wirkung dieser Regulierung über die unmittelbar betroffenen Banken hinausgeht und Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt betrifft. Daher haben wir auch in Deutschland das nationale Gesetzgebungsverfahren frühzeitig eingeleitet. Natürlich müssen wir jetzt auf den Ausgang der Trilog-Verhandlungen warten. Aber wir wollten in Deutschland alles tun, um unsere Entschlossenheit zu bekunden, Basel III so zeitgerecht und so früh wie möglich umzusetzen.

Mit der neuen EU-Verordnung wird die Harmonisierung des EU-Bankenaufsichtsrechts weiter gestärkt. Alle Mitgliedstaaten müssen dieselben Vorschriften anwenden und dürfen nur in ausdrücklich zugelassenen Fällen abweichen. Dies ist ein besonderer Baustein für eine kommende einheitliche europäische Aufsichtsstruktur.

Das Gesetzspaket enthält zahlreiche neue Sicherheitsstandards und gibt der deutschen Bankenaufsicht neue und verschärfte Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten an die Hand. Die neuen Regelungen schützen Allgemeinheit und Steuerzahler besser vor dem Risiko, bei Ausfällen im Bankensektor in Haftung genommen zu werden.

Ein Teil der Umsetzung von Basel III erfolgt mittels einer unmittelbar in Deutschland geltenden EU-Verordnung. In dieser Verordnung werden unter anderem strengere Mindesteigenkapitalanforderungen an Banken, -insbesondere eine deutliche Erhöhung des harten Kernkapitals, festgelegt, eine Verschuldungsobergrenze ab 2018 nach einer entsprechenden Beobachtungsphase eingeführt und zwei neue Liquiditätskennziffern zur Abdeckung der Liquidität für 30 Tage und zur Abdeckung der Liquidität bis zu einem Jahr vorgesehen.

Im Kern verlangt Basel III von den Banken qualitativ besseres und quantitativ umfangreicheres Eigen-

kapital. Hier bestanden in der Vergangenheit Defizite, die für Unsicherheiten und Misstrauen hinsichtlich der Haftungseigenschaft der Kapitalinstrumente gesorgt haben. Nicht zuletzt deshalb mussten in Schieflage geratene Banken vom Staat und damit vom Steuerzahler gestützt werden. Vor diesem Hintergrund war es sehr wichtig, in diesem Sektor grundsätzlich und grundlegend tätig zu werden.

Mit den Änderungen des Kreditwesengesetzes vollziehen wir folgende Veränderungen: Es wird eine Verbesserung der Transparenz der Bankgeschäfte und eine umfangreichere Offenlegung von Millionenkrediten gegenüber den Aufsichtsbehörden geben. Es werden die Anforderungen an die Art und Weise, wie eine Bank

zu führen ist, erhöht. Es wird in Abhängigkeit von der Größe der Bank zur Einrichtung zusätzlicher Ausschüsse kommen, um weitere interne Kontroll- und Beratungsmöglichkeiten zu schaffen. Wir werden eine

Verschärfung der Sanktionsmaßnahmen durch Erhöhung des Bußgeldrahmens bekommen; damit wird grundsätzlich auch ermöglicht, die durch Verstöße gegen das Bankenaufsichtsrecht erzielten Gewinne abzuschöpfen. Schließlich werden

neue Kapitalpuffer eingeführt, die unabhängig voneinander festgesetzt werden und zu einer Erhöhung des harten Kernkapitals führen.

Für uns als Bundesregierung war sowohl bei den Verhandlungen im Basler Ausschuss, die BaFin und Bundesbank geführt haben, als auch bei der Umsetzung auf europäischer Ebene entscheidend, die bewährte Infrastruktur der deutschen Banklandschaft zu sichern. Deshalb haben wir sowohl bei den Verhandlungen als auch bei der Umsetzung von Basel III sehr darauf geachtet, Lösungen zu finden, die unserem Wirtschaftssystem und seinen Finanzierungsbedürfnissen angepasst sind und den vielfältigen Merkmalen des bewährten Drei-Säulen-Systems des deutschen Bankensektors gerecht werden.

Im Basler Ausschuss für Bankenaufsicht wurde eine prinzipienbezogene Ausgestaltung der qualitativen Anforderungen an das Eigenkapital im Sinne des Grundsatzes „Qualität des Eigenkapitals geht vor dessen rechtlicher Form“ geschaffen. Das hat bei der Umsetzung in zahlreichen Mitgliedstaaten, die anders strukturierte Bankensysteme haben, Widerstand hervorgerufen. Aber wir haben es geschafft, dafür zu sorgen, dass die regulatorischen Rahmenbedingungen für Banken in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft, einer eingetragenen Genossenschaft oder einer öffentlichen Anstalt wie einer Sparkasse in diesem zentralen Punkt gleichwertig ausgestaltet wer-

den. Das heißt, eine Genossenschaftsbank kann die Genossenschaftsanteile ebenso ihrem harten Kernkapital zurechnen wie etwa eine Sparkasse die Einlagen stiller Gesellschafter.

In den Ratsverhandlungen zur Umsetzung von Basel III hat die Bundesregierung zudem eine Klausel durchgesetzt, die auch den nicht als Konzern organisierten Finanzverbänden eine günstige Berechnung ihres Eigenkapitals im Hinblick auf ihre Finanzbeteiligungen erlaubt. Das Eigenkapital steht den Verbundinstituten zur Ausreichung von Krediten im Aktivgeschäft weiter zur Verfügung. Auch in Zukunft werden so Genossenschaftsbanken und Sparkassen in Deutschland ihre zentrale Rolle im Privatkundengeschäft und ebenso bei der Finanzierung der Wirtschaftsunternehmen umfassend und letztlich besser als zuvor erfüllen können.

Seitens der Bundesregierung wollen wir alles dafür tun, diesen großen Regulierungsschritt weiter im Gleichklang mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union voranzubringen. Sie können sich darauf verlassen, dass die Bundesregierung alles tun wird, um die schwierigen Trilog-Verhandlungen zwischen Rat, Kommission und Europäischem Parlament zügig zu einem Abschluss zu bringen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Es wird eine umfangreiche Verbesserung der Transparenz der Bankgeschäfte geben.**

**Die neuen Regelungen schützen Allgemeinheit und Steuerzahler besser vor Risiko.**



Dank Basel III müssen Banken mehr Eigenkapital als Sicherheit zurücklegen.

Manfred Zöllmer, SPD:

## Bundesregierung muss Worten nun auch Taten folgen lassen



Manfred Zöllmer (\*1950)  
Wahlkreis: Wuppertal I

Basel III ist ein dringend notwendiges Regelwerk zur Stabilisierung des Finanzsystems. Es ist notwendig, weil der Verlauf der Finanzmarktkrise gezeigt hat, dass eine verbesserte Ausgestaltung der Banken mit Eigenkapital dringend erforderlich ist, um die Stabilität des Finanzsystems insgesamt zu verbessern. Eigenkapital stabilisiert, mehr Eigenkapital bedeutet aber auch weniger Geld für riskante und spekulative Geschäfte.

Basel II, das Vorläufermodell, hatte die Weichen in die falsche Richtung gestellt. Danach ist es de facto zu einer geringeren Eigenkapitalunterlegung gekommen, da die Regelung es den Banken erlaubt hat, Risiken mit eigenen Modellen zu bewerten und zu gewichten und die Risikobewertungen auf Ratingagenturen zu verlagern. Der Verlauf der Finanzmarktkrise hat gezeigt: Dies war ein falscher Weg. Das musste korrigiert werden.

Die G20 hatte deshalb schon 2009 in London und Pittsburgh gefordert, durch die Erhöhung der Quantität und der Qualität des Eigenkapitals bei verbesserter internationaler Vergleichbarkeit der Eigenmittel die Liquidität des Bankensystems weltweit zu stärken und damit die Widerstandskraft des Systems gegen Krisen zu verbessern. Kernpunkte waren höhere Eigenkapitalanforderungen mit einem Zuschlag für systemrelevante Banken, neue Definitionen zur Qualität des Eigenkapitals und eine nicht risikobasierte Schuldengrenze, im Englischen: Leverage Ratio. Diese Leverage Ratio soll allerdings noch nicht verbindlich sein. Wir hoffen aber, dass sie in absehbarer Zeit endlich verbindlich eingeführt wird. Kapitalpuffer sollen eingeführt werden, damit

die Banken auch in schwierigen Situationen über ausreichend Liquidität verfügen.

Eigentlich hätten wir hier heute über einen Gesetzentwurf zur Umsetzung von Basel III diskutieren sollen. Das steht ja auf der Tagesordnung, und wir haben auch ein dickes Paket von 184 Seiten Gesetzestext auf den Pulten liegen. Eine ganze Reihe bestehender Gesetze wird geändert: Pfandbriefgesetz, Kreditwesengesetz bis hin zum Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank, worüber ich mich schon gewundert habe. So weit, so gut. Wer aber in den Gesetzentwurf hineinschaut, stellt fest: An den wirklich wichtigen Punkten finden Sie genau dieses, nämlich Punkte und keine Inhalte.

Das Werk sollte eigentlich am 1. Januar 2013 in Kraft treten. Es ist aber nicht fertig. Die Bundesregierung hat bei den Verhandlungen in Brüssel bisher nicht vermocht, ein Ergebnis zu erzielen.

Herr Flosbach, das ist eine Tatsache, entschuldigen Sie. Oder wie soll man es nennen, wenn die eigene Zielsetzung nicht erreicht wird?

Es gibt eine Reihe von strittigen Punkten in diesem sogenannten Trilog auf europäischer Ebene. Alle Beteiligten bemühen sich, zu einem Ergebnis zu kommen, aber eine ganze Reihe sehr wichtiger Fragen ist noch offen. Dabei geht es zum Beispiel um die Liquiditätssicherung, die Eigenkapitaldefinition oder die Manageregehälter. Das sind für uns zentrale Punkte, die geregelt werden müssen. Erst dann können wir die Qualität dessen, was letztendlich in Kraft treten soll, auch wirklich bewerten.

Wir können über die Umsetzung von Basel III heute gar nicht substanzial debattieren, weil wir nur eine Verpackung, aber noch keinen Inhalt vorliegen haben.

Deshalb ist meine Bitte an die Bundesregierung: Tun Sie in der Öffentlichkeit doch bitte nicht so, als würden bereits jetzt strengere Eigenkapitalregeln umgesetzt. Das ist nicht der Fall. Auf den Ärger mit den Briten will ich gar nicht eingehen. Eine interessante Frage hinterher wird sein: Schaffen wir es wirklich, einheitliche Regeln umzusetzen? Die Briten sind ja bereits jetzt dabei, sich hier herauszustecken, nachdem sie das Ganze erst erhöhen wollten. Jetzt wollen sie deutlich unterhalb der Kriterien bleiben. Das ist wirklich schwierig.

Ich glaube, wir müssen aber auch über die Frage diskutieren: Reicht Basel III eigentlich aus? Wenn man sich wissenschaftliche Studien anschaut, dann stellt man fest: Es gibt eine ganze Reihe solcher Studien, die sagen: Basel III ist zu lasch. Es bündigt die Banken nicht wirklich.

Ich darf hier einmal Herrn Adair Turner zitieren, der sagt:

Um das Finanzsystem wirklich sicher zu machen, müssten die Eigenkapitalauflagen für Banken deutlich schärfer sein als Basel III.

Immerhin ist er Chef der britischen Finanzmarktaufsicht, ein aus-

gewiesener Experte, kein Vertreter irgendeiner Occupy-Bewegung.

Auch andere Wissenschaftler haben sich dieser Überlegung angeschlossen. Sie sagen, bei einer Eigenkapitalquote von 16 bis 20 Prozent würde die Wahrscheinlichkeit neuer Finanzkrisen deutlich sinken.

Wir wissen auf der anderen Seite, dass sich die Banken aber vehement dagegen wehren, höhere Eigenkapitalanteile zu unterlegen. Die große Frage ist: Kommt es dann wirklich dazu, dass die Zahl der Kredite, die vergeben werden können, dann deutlich geringer wird? Wird es zu einer Kreditklemme kommen? Wie sind die Auswirkungen auf die Realwirtschaft?

Man wird das im Moment sicherlich nur ansatzweise beurteilen können. Es gibt sehr seriöse Schätzungen, die sagen, die Auswirkungen deutlich höherer Eigenkapitalunterlegungen sind begrenzt. Also, zum Beispiel hat die Bank für internatio-

nen Zahlungsausgleich einmal gesagt: Eine Verdoppelung der Basel-III-Quote würde das Wachstum um ungefähr 0,7 Prozent bremsen. Das wäre dann natürlich ein relativ überschaubarer Preis für ein sicheres Finanzsystem.

Ich sage nicht, dass wir das fordern, ich sage nur, man muss es sehr genau beurteilen, evaluieren und wissenschaftlich begleiten.

Wir wären schon froh, wenn es gelänge, Basel III im vereinbarten Zeitplan umzusetzen und eine vernünftige Eigenkapitalunterlegung zu schaffen.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, nun den Worten auch Taten folgen zu lassen. Wir werden dann über die entsprechenden Details reden. Wir können nur hoffen, dass es sehr bald gelingt, auch wirklich Fakten zu schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Björn Sängler, FDP:

## Das Fundament einer neuen Sicherheitsarchitektur



Björn Sängler (\*1975)  
Landesliste Hessen

Wir beginnen heute die Beratungen über ein ganz zentrales Gesetzesvorhaben in der Regulierung der Finanzmärkte. Gemeinsam mit dem Bankenrestrukturierungsgesetz wird es meiner Auffassung nach das Fundament einer neuen Sicherheitsarchitektur darstellen.

In der Tat ist es ein ungewöhnliches Verfahren, Herr Kollege Zöllmer, wenn man mit den Beratungen beginnt, bevor die eigentliche Richtlinie in Brüssel fertig ist. Das ist völlig richtig.

Heute früh hat Ihr Kanzlerkandidat gesagt, man soll den europäischen Partnern nicht immer gleich mit der Kavallerie drohen, wenn aus deutscher Sicht irgendetwas nicht richtig läuft. Also, den europäischen; die Schweiz gehört ja nicht dazu.

Insofern wundert es mich jetzt schon, dass Sie der Auffassung sind, dass hier am deutschen Wesen dann

auch die Welt bzw. die europäische Welt genesen soll.

Tatsache ist, es hakt in Brüssel, aber – der Staatssekretär Koschyk hat das schon sehr richtig gesagt – wir sind bereit, das umzusetzen. Insofern finde ich es auch richtig und gut, dass die Bundesregierung jetzt mit den Beratungen beginnt, um auch einen kleinen Hinweis nach Brüssel zu geben, dass man dort vielleicht das eine oder andere Problem etwas schneller löst.

Worum geht es? Es gibt zwei grundlegende Probleme für jedes Unternehmen, in Schwierigkeiten zu kommen. Das eine ist eine Überschuldung, das andere ist ein Liquiditätengpass. Beide Probleme haben wir im Rahmen der Finanzkrise bei Banken gesehen. Beide Probleme sind eben bei Banken aufgrund der Verflechtungen und auch der Wichtigkeit für die Realwirtschaft nicht so ohne Weiteres zu lösen.

Diese beiden Probleme werden mit dem Basel-III-Vorhaben oder CRD-IV-Vorhaben in den Griff zu bekommen sein. Es wird eine risiko-adäquate Eigenkapitalunterlegung geben. Es gibt eine neue Definition dessen, was überhaupt Eigenkapital ist, welche Qualität das haben sollte. Auch hier herzlichen Dank an die Bundesregierung, dass die deutschen Besonderheiten entsprechend berücksichtigt werden. Die sind gelöst.

Darüber hinaus werden weitere Risiken, die es geben kann, geregelt,

beispielsweise das Gegenparteiausfallrisiko, das Risiko, das sich aus der Unternehmensführung einer Bank ergeben kann. Glücklicherweise ist das alles so angelegt, dass wir über den Umsetzungsweg in Form einer Verordnung zumindest in Europa auf ein „level playing field“ kommen. Aber ich erinnere noch einmal an den Entschließungsantrag, den dieses Haus im letzten Jahr zu diesem Thema mit großer Mehrheit beschlossen hat. Wichtig ist, dass diese Regeln auf allen relevanten Finanzmärkten dieser Welt umgesetzt werden.

Die Abhängigkeit von Ratingagenturen wird durch das Vorhaben reduziert werden. Es wird eine Stärkung des internen Ratings geben, sodass wir dann insgesamt zu einer guten Aufstellung kommen: auf der einen Seite die CRD-IV-Maßnahmen, die präventiv wirken, auf der anderen Seite das Bankenrestrukturierungsgesetz, das dann, sollte es zu Problemen kommen, eine geordnete Abwicklung ermöglicht.

Mit dem im Bankenrestrukturierungsgesetz vorgesehenen „living will“ werden sich Kreditinstitute so organisieren müssen, dass sie problematische Teile relativ schnell herauslösen können. Das ist im Prinzip eine Art Trennbankensystem, das da entsteht. Diese Regelungen in Kombination mit der Einlagensicherung werden dann die Sparer schützen und unser Finanzsystem stabilisieren.

**Ich glaube, wir müssen aber auch über die Frage diskutieren: Reicht Basel III eigentlich aus?**

**Die Abhängigkeit von Ratingagenturen wird durch das Vorhaben reduziert werden.**

Der Binnenmarktkommissar Barnier hat bei der Vorstellung des Richtlinienentwurfs gesagt:

Die Finanzkrise hat viele Familien und Unternehmen in Europa hart getroffen. Wir dürfen nicht zulassen, dass es noch einmal zu einer solchen Krise kommen kann und unser

Wohlstand durch einige wenige Finanzmarktakteure aufs Spiel gesetzt wird.

Das ist richtig. Da ist schon viel erreicht worden, um Vorsorge zu treffen. Es ist auch noch einiges offen. Aber es ist ein großes Verdienst dieser Bundesregierung, dass wir

schon extrem weit gekommen sind.

Das nutzt uns aber nichts, wenn die Regulierung am Ende dafür sorgt, dass die Finanzbranche nicht mehr in der Lage ist, ihrer Aufgabe vernünftig nachzukommen, nämlich die Realwirtschaft zu finanzie-

ren; denn um den von Herrn Barnier angesprochenen Wohlstand zu erreichen, brauchen wir Wachstum. Das Wachstum muss finanziert werden. Die kumulativen Wirkungen der Regelungen, die wir schon jetzt haben – es kommen noch weitere –, bereiten möglicherweise doch die eine

oder andere Sorge, dass es hier zu Problemen kommt.

Im Handwerk gibt es einen Spruch, der da lautet: Nach Fest kommt Ab. Auch das muss beachtet werden. Insofern freue ich mich auf die Beratungen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Dr. Axel Troost, DIE LINKE:

## Wir beraten nur über eine Hülle und keinen Inhalt



Axel Troost (\*1954)  
Landesliste Sachsen

Diese Beratung hat schon eine gewisse Komik. Das ist schon deutlich geworden, sowohl durch die Rede von Staatssekretär Koschyk als auch vom Kollegen Zöllmer von der SPD. Wir beraten hier einen Gesetzentwurf. Aber die dazugehörige Richtlinie und Verordnung der EU liegen nicht vor. Insofern haben wir hier in der Tat eine Hülle und keinen Inhalt, über den man wirklich konkret streiten könnte.

Warum dieser unreife Gesetzentwurf? Sie wollen damit besondere deutsche Termintreue beweisen. In Pittsburgh ist 2009 beschlossen worden, dass das Basel-III-Abkommen bis Ende 2012 vorliegen soll. In

Pittsburgh ist aber auch beschlossen worden, dass sich bis dahin alle zu den UN-Millenniumszielen und zu der Entwicklungshilfequote bekennen sollen. Dabei haben Sie bisher keine solche Termintreue zeigen können.

Jetzt aber zum Basel-III-Abkommen selber. Wir sind uns in drei wesentlichen Punkten in der Tat einig: Erstens. Das Basel-III-Abkommen ist nur ein Element einer umfassenden Finanzmarktregulierung. Zweitens. Höheres und besseres Eigenkapital ist für Banken sinnvoll, weil Banken damit widerstandsfähiger sind. Drittens. Bank ist nicht gleich Bank. Das Basel-III-Abkommen darf nicht dazu führen, dass Sparkassen und Genossenschaftsbanken auf der Strecke bleiben. Das würde das Finanzsystem nicht sicherer, sondern nur noch wackeliger machen.

**Gerade große Banken müssen gezwungen werden, entsprechend mehr Eigenkapital vorzuhalten.**

Doch über dieses Grundsätzliche hinaus gibt es aus unserer Sicht allen Anlass, zu meckern. Die Reform geht grundsätzlich in die richtige Richtung. Sie wird der Tiefe der Krise und dem bestehenden Veränderungsbedarf aber nicht gerecht. Insbesondere differenziert die Novelle ungenügend zwischen auf der einen Seite den Banken, die im internationalen Kapitalmarkt das große Rad drehen, und auf der anderen Seite den Tausenden kleinen Banken, welche hauptsächlich Spareinlagen verwalten und private Haushalte sowie kleine und mittelständische Unternehmen mit Krediten versorgen. Es sind aber die wenigen großen Banken vom Schlage einer Deutschen Bank oder einer Commerzbank, die uns Kopfschmerzen bereiten, und nicht die vielen kleinen Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Außerdem wird das Problem der Schattenbanken überhaupt nicht angegangen, sondern bleibt völlig außen vor. Außer vagen Absichtserklärungen haben Sie zu diesem Bereich bisher rein gar nichts geliefert.

Doch bleiben wir bei den Banken im Engeren. Die systemrelevanten Banken sollen einen Eigenkapitalzuschlag von 1 bis 3,5 Prozent bekommen. Insgesamt liegt deren Eigenkapitalquote damit im historischen Vergleich aber immer noch relativ niedrig. Staaten wie die Schweiz und Schweden wollen im nationalen Alleingang deutlich höheres Eigenkapital verlangen.

Laut Finance Watch, einer Organisation, die den Kapitalmarkt schon genau beobachtet, hätte in der jüngsten Krise – das ist eben auch angesprochen worden – eine Eigenkapitaldecke von ungefähr 16 Prozent die meisten Verluste einzelner Banken absorbiert. Bei 24 Prozent – so deren Berechnung – hätten beinahe alle Verluste in sämtlichen Bankenkrisen seit 1988 absorbiert werden können.

Wir liegen aber mit den Entwürfen und den Gedanken bisher weit darunter. Gerade große Banken müssen aber gezwungen werden, entsprechend mehr Eigenkapital vorzuhal-

ten. Doch Sie lehnen entsprechende Zuschläge in großem Umfang für systemrelevante Banken ab. Basel III ist daher wesentlich zu zaghaft. In den letzten Jahren haben sich zahlreiche Finanzprodukte, Institute und Geschäftsmodelle entwickelt. Dafür gab es immer den Applaus, weil die Märkte das entwickelt haben. Dann hat man gesagt: Wir wollen eine Art Selbstregulierung haben. Diese Selbstregulierung ist nach wie vor auch die Logik von Basel III. Sie drehen sie nur etwas zurück.

Dr. Gerhard Schick, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

## Wir haben hier noch richtig was zu tun



Gerhard Schick (\*1972)  
Landesliste Baden-Württemberg

In der Tat ist es bemerkenswert, dass das Regelwerk auf europäischer Ebene noch nicht fertig ist und wir hier trotzdem schon eine Vorlage haben. Ich finde, es ist aber eigentlich sinnvoll, dass wir versuchen, so zügig wie möglich an die Umsetzung zu gehen und den Prozess zu beginnen.

Wenn man über die Verhandlungen in Brüssel redet, muss man, finde ich, aber einmal sagen, was da eigentlich die Verhandlungsposition ist und wer da auf welcher Seite steht. Darüber habe ich noch nicht viel gehört. Der erste Punkt sind die Liquiditätsregeln. Aus dem Rat, dem

Vertreter der Regierungen, wird verhindert, dass ein festes Datum festgelegt wird. Das Parlament will hier ein festes Datum für die Einführung festlegen. Ich glaube, das ist auch sinnvoll. Sie können nachher gerne Ihre Ausführungen machen und das darlegen. Ich habe nicht widersprochen. An dieser Stelle ist es vielleicht ausnahmsweise einmal nicht die Bundesregierung. Das können Sie nachher gerne ausführen. Sonst melden Sie sich bitte zu einer Zwischenfrage, wenn Sie das genauer haben wollen.

Der zweite Punkt sind die Bonuszahlungen. Viele Menschen haben sich zu Recht darüber empört, dass Millionenboni dazu geführt haben, dass Banken große Risiken eingehen und nachher genau die Leute, die Boni kassiert haben, nicht die Verantwortung übernehmen, wenn es schiefgeht.

Unsere grüne Position im Europäischen Parlament ist, dass wir die Bonuszahlungen so tief drücken, dass sie nicht höher sind als das Fixgehalt – höchstens eins zu eins. Die Regierungen der Mitgliedstaaten wollen diese Position aufweichen. Ich glaube, es ist im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und eines stabilen Finanzmarktes, dass wir zu Regelungen für niedrigere Bonus-

zahlen kommen und die Fehlentwicklungen in der Vergangenheit endlich korrigieren.

Dann geht es um die Aufschläge für systemische Banken. Dabei muss man sagen: Es ist notwendig, dass wir für große Banken einen zusätzlichen Kapitalpuffer aufbauen, der mit zusätzlicher Größe ansteigt. Es ist nämlich so, dass seit Ausbruch der Finanzkrise viele Institute noch größer geworden sind und damit die Gefahr bei einem Zusammenbruch noch gewachsen ist. Deswegen sind wir Grünen für eine Größenbremse für Banken, die sicherstellt, dass Größe sich nicht lohnt, sondern teuer wird, und wollen auch im Europäischen Parlament durchsetzen, dass es Aufschläge gibt, die auf europäischer Ebene gemeinsam etabliert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

**Die Höhe des Eigenkapitals zu bestimmen, ist Aufgabe der Aufsicht und nicht der Bank selbst.**

denen externe Ratings zugrunde gelegt werden. Wir fordern eine Aufsicht auf Augenhöhe bei den Banken und mit den Banken. Wir müssen uns trauen, den Banken in der Tat Vorgaben zu machen, die eine ausreichende Eigenkapitalvorsorge bedeuten und den internationalen großen Banken, die am großen Rad drehen, so viel Rückhalt geben, dass sie im Falle einer Auseinanderentwicklung bzw. einer Krise Auffanglösungen aus dem Eigenkapital haben und nicht die Staaten zu Rettungsaktionen herangezogen werden.

Entwicklungen aus dem Eigenkapital haben und nicht die Staaten zu Rettungsaktionen herangezogen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Fortsetzung von Seite 19: Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

stehende europäische Bankenaufsicht durchzusetzen. Ich glaube, es ist notwendig, dass wir hier einen Schritt vorankommen.

Ich will noch zu einem weiteren Punkt kommen, der wichtig ist: Was leistet eigentlich Basel III in Bezug auf die Eigenkapitalausstattung? Das ist der zentrale Kern der neuen Regulierung. Wir können sehen, dass man immer noch bei dem alten Modell bleibt.

Ich nehme das Beispiel Deutsche Bank: Bilanz 2,2 Billionen Euro. 56 Milliarden Euro sind regulatives Eigenkapital. Trotzdem heißt es: Die Kapitalquote beträgt 9,5 Prozent. Das klingt erst einmal viel und hört sich nach Stabilität an. Aber wenn man die zwei genannten Größen zueinander ins Verhältnis setzt, kommt man auf eine Relation von 2,5 Prozent. Dann sieht man den Unterschied in der Frage, ob man es den Banken wie bisher erlaubt, ihre Bilanz kleinzurechnen und damit eine größere Kapitalquote auszuweisen, als vorhanden ist, oder ob wir ein stabileres System mit einer Schul-

denbremse für Banken schaffen, indem wir wirklich fragen: Wie ist das Verhältnis von Eigenkapital zur gesamten Bilanzsumme?

Dabei müssen wir eines sehen: Auch fünf Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise wird in Deutschland einer Bank wie der Deutschen Bank eine Eigenkapitalausstattung von nur 2,5 Prozent erlaubt. Dieselbe Bank würde einem mittelständischen Unternehmen, das nur 2,5 Prozent Eigenkapital hat, nie einen Kredit geben. Dazu sagen wir Grünen zusammen mit vielen wissenschaftlichen Institutionen: Es braucht definitiv eine Untergrenze, eine Schuldenbremse für Banken. Wir wollen ein Eigenkapital von 5 Prozent als Minimum vorschreiben, wie es in Kanada bereits der Fall ist, wo wir unter anderem bei einer Reise des Finanzausschusses gelernt haben, dass auch deswegen die kanadischen Banken von der Kri-

se nicht so stark getroffen worden sind wie die deutschen Banken.

Dabei ist ein Punkt sehr wichtig. Dass die deutsche Bundesregierung - in dem Fall war es wirklich die deutsche Bundesregierung, und dazu müssen auch die Koalitionsfraktionen stehen in Basel, vertreten durch die Bundesbank, und in Brüssel darauf gedrängt hat, dass die Leverage Ratio, also die ungewichtete Eigenkapitaluntergrenze, nicht festgeschrieben wird, sondern wir erst noch fünf Jahre beobachten, halte ich für falsch. Da stand die Bundesregierung auf der falschen Seite. Denn wir müssen es endlich schaffen, Stabilität sicherzustellen. Es ist viel zu gefährlich, Banken mit so wenig Eigenkapital zuzulassen. Wir haben jetzt einen großen Gesetzentwurf mit sehr vielen einzelnen Punkten vor uns. Sie sind schon genannt worden: Es geht um Anpassungen

**Es braucht definitiv eine Untergrenze, eine Schuldenbremse für Banken.**

bei der Rentenbank – das halten wir für sinnvoll –, es geht darum, das in vielen einzelnen Punkten anzupassen.

Dann haben wir die Möglichkeit, nationale Wahlrechte auszuüben. Da gilt es jetzt wieder, genau hinzuschauen, was uns eigentlich die Koalition hier vorschlägt. Das ist im Kern unsere Aufgabe als Deutscher Bundestag: zu entscheiden, welche dieser Wahlrechte wir wie ausüben. Wir stellen fest, dass bei entscheidenden Punkten, bei denen der nationale Gesetzgeber das umsetzen kann – zum Beispiel bei der Frage der Risikogewichtung bei Immobilienkrediten –, die Bundesregierung uns vorschlägt, diese Wahlrechte nicht zu nutzen und damit aufsichtsrechtlich bei uns nicht so stark aufgestellt zu sein, wie wir es sein könnten. Angesichts der Entwicklung, dass wir an manchen Stellen gerade in Deutschland im Immobiliensektor eine beginnende Blase haben, halten wir es für falsch, an dieser Stelle die Wahlrechte nicht auszunutzen. Vielmehr

müssten wir auch national entsprechend dort vorsorgen, wo uns das europäische Recht die Möglichkeit dazu gibt.

Es gibt also Bedarf, nachzusteuern: zum einen beim Thema Leverage Ratio, also beim Thema Schuldenbremse für Banken. Wir wollen eine stabile Eigenkapitaluntergrenze. Zum anderen müssen wir dafür sorgen, dass die nationalen Wahlrechte so ausgeübt werden, dass der deutsche Finanzmarkt stabil ist. Denn eines muss man in Deutschland zur Kenntnis nehmen – die internationalen Vergleiche sind sehr eindeutig –: Im internationalen Vergleich – ich zitiere den Global Financial Stability Report des Internationalen Währungsfonds vom Oktober 2012, also ganz aktuell – sind die deutschen Banken diejenigen mit der schwächsten Eigenkapitalausstattung. Das heißt, wir haben hier noch richtig was zu tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Klaus-Dieter Flosbach, CDU/CSU:

## Ein Rahmenwerk zur Stärkung der Widerstandskraft der Banken



Klaus-Dieter Flosbach (\*1952)  
Wahlkreis: Oberbergischer Kreis

Wir sind im fünften Jahr der Banken- und Finanzkrise. Jeder Presseartikel, jedes Buch, jeder Wissenschaftler, der über die Krise spricht, wird über das Eigenkapital von Banken sprechen. Überall wird dargelegt, die erste Erkenntnis aus dieser Krise sei gewesen, dass die Banken mehr Eigenkapital haben müssen. Dies setzt sich in allen Bereichen durch, und deswegen unterscheiden wir uns auch in dieser Grundsatzfrage nicht. Die Risiken werden gemindert, je mehr Eigenkapital da ist. Auch viele unserer Diskussionen über Trennbanken, über Fragen der Insolvenz oder über Einlagensicherung relativieren sich, je mehr Eigenkapital im Bankensystem vorhanden ist.

Weil das so eine zentrale und wichtige Frage ist, stellen wir uns als

Regierungspartei natürlich auch die Frage, warum sich der Kanzlerkandidat der SPD, der in einem Papier von 5 plus 25 Seiten dargelegt hat, wie er das alles regulieren würde, nicht dazu bequem, doch einmal in dieses Parlament zu kommen, um mit den Finanzpolitikern über diese zentrale Frage zu diskutieren. Das mag auch daran liegen, dass in seiner Stellungnahme von diesen insgesamt 30 Seiten sich überhaupt nur eine einzige Seite mit diesem Thema beschäftigt hat, das allgemein als die zentrale Sache der Finanzmarktregulierung anerkannt ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute geht es um die Umsetzung der europäischen Richtlinie. Es ist ein Rahmenwerk zur Stärkung der Widerstandskraft der Banken, auch bekannt geworden unter dem Thema Basel III, weil es eben in Basel einen Ausschuss gibt, der aus Notenbankern und Vertretern von Aufsichtsbehörden besteht und im Grunde die Standards für die Finanzmarktstabilität festlegt.

Wir waren letzte Woche mit einigen Kollegen im französischen Parlament und haben dort einen Unterschied in der Finanzdiskussion festgestellt. Wir haben nämlich einen anderen parlamentarischen Prozess als die Franzosen, die das möglicher-

weise in ganz kurzer Zeit verabschieden, während wir uns sehr intensiv über Monate mit diesem Thema beschäftigen. Ich halte es für richtig, dass wir das machen, auch wenn noch nicht jedes Detail geklärt ist.

Auf der europäischen Ebene gibt es noch ein Vermittlungsverfahren zwischen dem Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission und dem Europäischen Rat, bekannt als das Trilogverfahren. Nach

meinen Erkenntnissen wird sich das noch einige Monate hinziehen. Ich glaube nicht, dass wir den 1. Januar halten können. Die Ziele sind aber dennoch festgelegt worden, wobei es sich hier um folgende Fragen

handelt: Wie schaffen wir eine größere Widerstandskraft? Wie sieht es mit Risikomanagement aus, und wie sieht es mit Transparenzsystemen aus?

Wir brauchen mehr Eigenkapital im Bankensystem, sowohl von der Qualität als auch von der Quantität her. Die normalen Banken müssen bis zum Jahre 2019, also Zug um Zug, diese Vorgabe auch hier in Deutschland umsetzen. Das ist für die eine oder andere Bank aber nicht ganz einfach, weil die Banken neben der Beschaffung von zusätzlichem Eigenkapital auch noch die Bankenabgabe zu tragen haben. Zudem

**Wir brauchen mehr Eigenkapital im Bankensystem, sowohl von der Qualität als auch Quantität her.**

sind wir auf dem Weg zur Finanztransaktionssteuer. Es ist also mit weiteren Belastungen zu rechnen.

Bei dem Treffen der G20 in Cannes ist deutlich geworden: Je größer eine Bank ist, desto mehr Eigenkapital muss vorgehalten werden. Deswegen kann ich hier nicht den Eindruck bestätigen, dass die großen Banken kein erhöhtes Eigenkapital vorlegen müssten. Gerade in Cannes ist noch einmal eine Erhöhung um 2,5 Prozentpunkte vorgenommen worden. Wir haben mehr oder weniger positiv auch die sogenannten Stresstests in Europa begleitet, die EBA-Stresstests, deren Ergebnis war, dass 13 deutschen Banken gesagt wurde, sie müssten deutlich mehr Eigenkapital schon bis zum 30. Juni des Jahres 2012 vorhalten. Hier ging es allein um eine Summe von 13 Milliarden Euro. Wichtig ist, dass die großen Banken natürlich deutlich mehr Eigenkapital vorhalten müssen.

Wir haben hier heute morgen auch schon über die Bankenunion gesprochen. Da geht es um die Frage, ob die Europäische Zentralbank eine neue Aufsichtsposition übernehmen soll. Meines Erachtens ist es bei dieser Diskussion über Basel III oder CRD IV einfach wichtig, dass wir auch in den nächsten Monaten darauf achten, dass wir die Regulierung angemessen, proportional umsetzen. Das heißt, kleine Banken dürfen nicht so kontrolliert werden wie große Banken. Was die Sparkassen und die Volksbanken angeht, sollte deutlich werden, dass hier proportional kontrolliert und beaufsichtigt wird, aber nicht das Gleiche wie bei den großen Banken gemacht wird.

Wir haben nun einmal in Europa unterschiedliche Bankensysteme. Für uns war es sehr wichtig, dass

auch bei der Definition des Eigenkapitals auf die Rechtsformneutralität geachtet wurde. Rechtsformneutral heißt, dass die sogenannten stillen Einlagen unserer Sparkassen oder die Genossenschaftsanteile der Genossenschaftsbanken als hartes Kapital akzeptiert werden.

Auch wir fordern, dass Mittelstandskredite anders unterlegt werden, dass also die Möglichkeit zur Finanzierung unserer Realwirtschaft, insbesondere unserer mittelständischen Wirtschaft, entsprechend berücksichtigt wird. Auch werden wir prüfen müssen, ob die Bewertung von Beteiligungen so angemessen ist. Aber ich denke nach wie vor: Es ist und bleibt das Kernthema.

Ein letzter Satz noch einmal zu Steinbrück: In den 25 Seiten seiner Vorlage hat er auf eines überhaupt nicht hingewiesen, was möglicherweise für uns auch Gegenstand einer Diskussion sein wird, nämlich auf die Eigenkapitalunterlegung für Staatsanleihen. Dass dieses Thema von Herrn Steinbrück überhaupt nicht angesprochen worden ist, zeigt doch nur, dass er sich die Möglichkeiten einer höheren Staatsverschuldung auch in Zukunft nicht nehmen lassen will.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Dr. Carsten Sieling (SPD), Dr. Volker Wissing (FDP) und Ralph Brinkhaus (CDU/CSU). Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.